
JAHRBUCH
DES HISTORISCHEN
KOLLEGS
2002

R. Oldenbourg Verlag München

Schriften des Historischen Kollegs
herausgegeben von
Lothar Gall
in Verbindung mit
Etienne François, Johannes Fried, Klaus Hildebrand, Manfred Hildermeier, Claudia Märkl,
Jochen Martin, Heinrich Nöth, Ursula Peters, Wolfgang Quint und Dietmar Willoweit

Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner
Anschrift:

Historisches Kolleg, Kaulbachstr. 15, 80539 München
Tel. (089) 28 66 380, Fax (089) 28 66 38 63

Das Historische Kolleg fördert im Bereich der historisch orientierten Wissenschaften Gelehrte, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben. Es vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“.

Das Historische Kolleg, früher vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen, wird seit dem Kollegjahr 2000/2001 in seiner Grundausstattung vom Freistaat Bayern finanziert; seine Stipendien werden aus Mitteln des DaimlerChrysler-Fonds, der Fritz Thyssen Stiftung, des Stifterverbandes und eines ihm verbundenen Förderunternehmens dotiert. Träger des Kollegs ist nunmehr die „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs“.

Bibliographische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet
über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

© 2003 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56736-5

Inhalt

Preis des Historischen Kollegs

Siebte Verleihung am 23. November 2001

Begrüßung durch den Vorsitzenden des Kuratoriums des Historischen Kollegs <i>Professor Dr. Lothar Gall</i>	3
Grußwort des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst <i>Hans Zehetmair</i>	7
Ansprache des Stifters <i>Hilmar Kopper</i> , Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG	11
Laudatio auf den Preisträger <i>Professor Dr. Arnold Esch</i>	13
Verleihung des Preises durch den Herrn Bundespräsidenten <i>Dr. h.c. Johannes Rau</i>	23
Vortrag des Preisträgers Geschichte als Delegation <i>Professor Dr. Wolfgang Reinhard</i>	27

Kollegvorträge

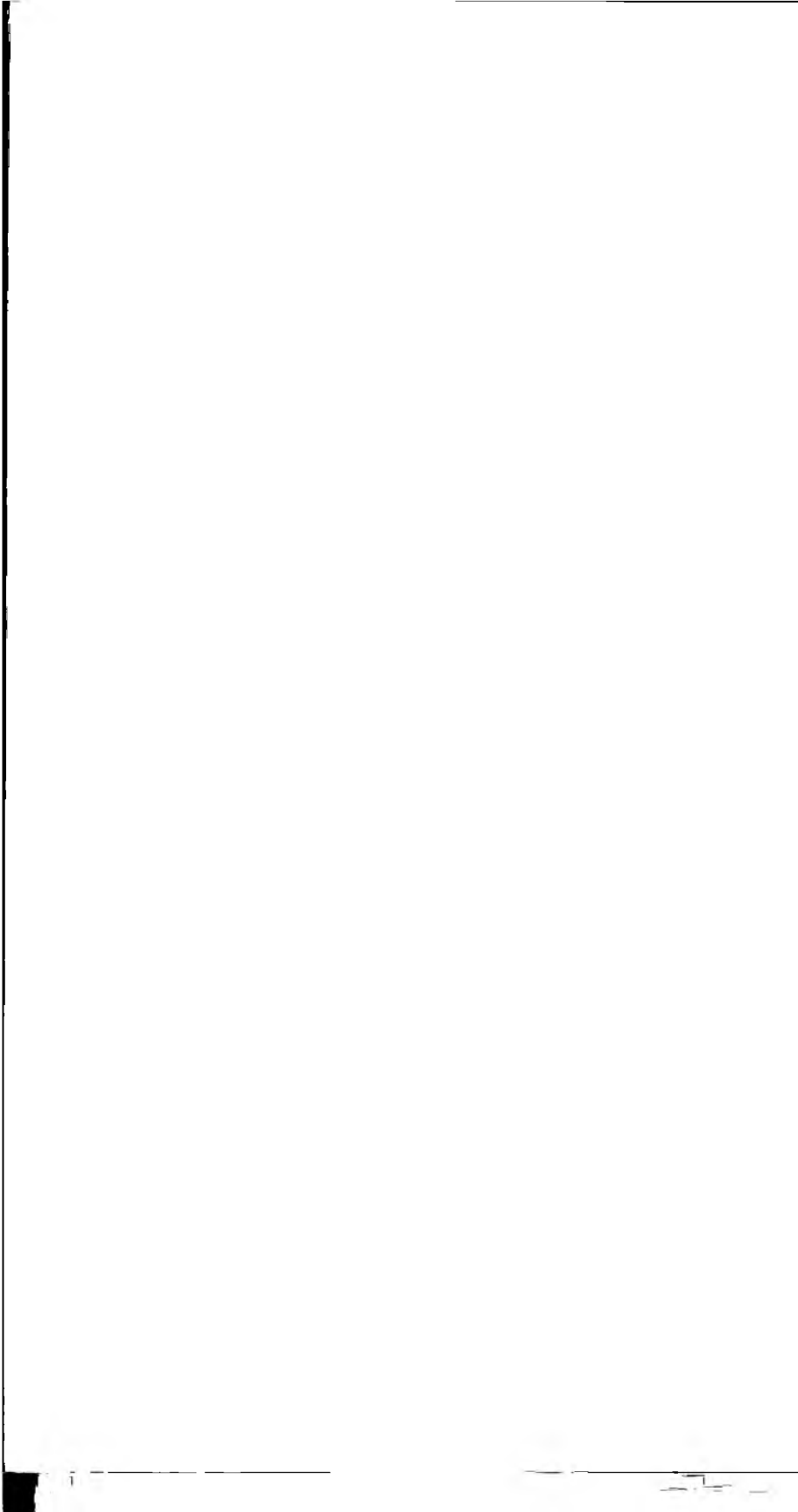
<i>Jürgen Trabant</i> Sprache der Geschichte.	41
<i>Marie-Luise Recker</i> „Es braucht nicht niederreißende Polemik, sondern aufbauende Tat“. Zur Parlamentskultur der Bundesrepublik Deutschland .	67
<i>Helmut Altrichter</i> War der Zerfall der Sowjetunion vorauszusehen?	89
Andreas Rödter „Durchbruch im Kaukasus“? Die deutsche Wiedervereinigung und die Zeitgeschichtsschreibung	113

Aufgaben, Stipendiaten, Schriften

Aufgaben des Historischen Kollegs	143
Mitglieder des Kuratoriums und der Auswahlkommission, Gäste des Kuratoriums.	145
Kollegjahr 2001/2002	147
Kollegjahr 2002/2003	153
Geförderte Veröffentlichungen der Stipendiaten („opera magna“)	154
Geförderte Veröffentlichungen der Förderstipendiaten	159
Schriften des Historischen Kollegs	
– Kolloquien	160
– Vorträge	168
– Dokumentationen	173
– Jahrbücher	175
– Sonderveröffentlichung	179

Preis des Historischen Kollegs

Siebte Verleihung
23. November 2001





Wolfgang Reinhard



Begrüßung durch den Vorsitzenden des Kuratoriums des Historischen Kollegs

Professor Dr. Lothar Gall

Herr Bundespräsident,
Herr Staatsminister,
lieber Herr Reinhard,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
zur diesjährigen Verleihung des Preises des Historischen Kollegs begrüße ich Sie alle sehr herzlich, insbesondere Sie, Herr Bundespräsident, der Sie uns in der Tradition Ihrer Vorgänger die Ehre geben, den Preis zu verleihen und zu uns zu sprechen. Dieser Preis, gestiftet vor fast 20 Jahren von der Deutschen Bank im Zusammenhang mit der Errichtung des Historischen Kollegs und seither alle drei Jahre verliehen, hat sehr rasch den – inoffiziellen – Namen „Deutscher Historikerpreis“ erhalten. Das hängt mit seiner speziellen Zielsetzung zusammen. Es war an die Auszeichnung eines Werkes gedacht, das wissenschaftliches Neuland erschließt, dabei über die Zunftgrenzen hinausragt und hinauswirkt, also zugleich eine breitere Öffentlichkeit erreicht und die Ergebnisse des Faches und der Fachwissenschaft in sie vermittelt. Es hängt aber auch ganz konkret mit der Auswahl der bisherigen Preisträger aus den unterschiedlichsten Bereichen der Geschichtswissenschaft, der Geschichte Ägyptens und ihrer Wirkungen, der alten, der mittelalterlichen, der Geschichte der Neuzeit zusammen, die mit ihrem Werk jeweils eine hervorragende Stellung in ihrem Fach einnahmen. Das gilt auch für den diesjährigen Preisträger, Herrn Wolfgang Reinhard, den ich zusammen mit seiner Frau ganz herzlich begrüße. Sie haben, Herr Reinhard, den Blick der Geschichtswissenschaft wie der Öffentlichkeit in einem mehrbändigen Werk unter dem Titel „Geschichte der europäischen Expansion“ zugleich, eine oft erhobene, aber selten eingelöste Forderung, sehr eindringlich auf die Geschichte der außereuropäischen Welt gelenkt. Und Sie haben, in einem zweiten grundlegenden Werk, eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas auf sozialwissenschaftlicher Grundlage

vorgelegt, die vor wenigen Jahren unter dem Titel „Geschichte der Staatsgewalt“ erschien und großes Aufsehen in Wissenschaft und Öffentlichkeit erregt hat; davon wird noch ausführlich die Rede sein. Mit beiden Werken, denen eine Fülle weiterer beiseite steht, entsprechen Sie nach Meinung der Preisjury auf der Grundlage von entsprechenden Anfragen bei über hundert Historikern den Intentionen des Preises in beispielhafter Weise. Von der „Geschichte als Delegation“ werden Sie nachher zu uns sprechen, und wir sind auf die inhaltliche Füllung dieses wohl sehr bewußt etwas provozierend gewählten Titels Ihres Vortrages schon sehr gespannt.

Ich sagte, der Preis wurde im Zusammenhang mit der Errichtung des Historischen Kollegs gestiftet, das bei der Auswahl seiner Stipendiaten ähnlichen Zielen, dem Abschluß eines großen, zugleich an eine breitere Öffentlichkeit gerichteten Werkes dienen sollte und soll. Auch das Kolleg war zunächst, für zwanzig Jahre, eine Stiftung der Deutschen Bank. Seit dem vergangenen Jahr ist es als Institution in die Obhut des Bayerischen Staates übergegangen unter finanzieller Mitträgerschaft von Stiftungen aus der Wirtschaft: derzeit, also für die ersten fünf Jahre, der Fritz Thyssen Stiftung, dem DaimlerChrysler-Fonds, dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und einem ihm verbundenen Förderunternehmen. Viele haben an dieser Überleitung mitgewirkt: die Bayerische Staatsregierung, die zuständigen Gremien des Bayerischen Landtages, insbesondere seines Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur, die Vertreter der Ministerien. Ihnen allen sei dafür namens des Kuratoriums des Historischen Kollegs auch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich gedankt. Stellvertretend für sie nenne und begrüße ich Herrn Staatsminister Zehetmair, der sich für diese Lösung gemeinsam mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten nachdrücklich eingesetzt und an der Tätigkeit des Kollegs seit vielen Jahren ein lebhaftes persönliches Interesse genommen hat.

Stifter des Preises ist auch in diesem Jahr noch die Deutsche Bank, deren langjährigen Vorstands- und jetzigen Aufsichtsratsvorsitzenden Hilmar Kopper ich gleichfalls herzlich begrüße. Er ist zugleich Vorsitzender des Freundeskreises des Historischen Kollegs, der sich mittlerweile gebildet hat und der in seinen Kuratoren und Mitgliedern heute abend hier zahlreich vertreten ist; ich nenne stellvertretend nur Herrn Dr. Baumann, den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Siemens-AG. Dieser Freundeskreis dokumentiert nicht zuletzt die breite Verankerung des Kollegs und seines Preises in weiten Gruppen der Gesellschaft und damit zugleich die Wechselwirkung zwischen ihr und der Wissenschaft.

Diese, vielfältig präsent in ihren Amtsträgern, in Akademie- und Universitätspräsidenten und -rektoren, in den Dekanen nahestehender Fakultäten und Fachbereiche, speziell auch in Herrn Reinhard persönlich verbundenen Gelehrten und wissenschaftlichen Weggenossen, hat uns in Gestalt der Bayerischen Akademie der Wissenschaften immer wieder auch räumlich den Platz für unsere Veranstaltungen eingeräumt. Dafür danke ich ihr und ihrem gegenwärtigen Hausherrn, Herrn Präsidenten Nöth und seinem Vorgänger, Herrn Fuhrmann, die beide zugleich dem Kuratorium des Kollegs viele Jahre verbunden waren und sind – Herr Fuhrmann als sein langjähriger Vorsitzender und Herr Nöth als Mitglied des Kuratoriums während seiner Amtszeit. Beiden gilt neben meinem Dank mein herzlicher Gruß.

Meine Damen und Herren, ich sprach davon, daß der Bayerische Staat das Historische Kolleg in seine Obhut genommen habe, aber eben nicht als bayerische Institution, sondern gewissermaßen in seiner gesamtstaatlichen Verantwortung, die gerade auch der deutschen Geschichtswissenschaft bis heute in vielfältiger Weise zugute kommt – in Anknüpfung an eine lange einschlägige Tradition, die tief ins 19. Jahrhundert, in die Zeit der Wittelsbacher zurückreicht, auf die auch die Gründung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zurückgeht, ebenfalls eine gesamtdeutsche Institution in bayerischer Trägerschaft. Als heutigen Repräsentanten des Hauses Wittelsbach, auf das diese Tradition zurückgeht, begrüße ich S.K.H. Herzog Franz von Bayern.

Wie der Historikerpreis, der heute zum siebten Mal verliehen wird, ein deutscher Historikerpreis ist, so ist auch, wie gesagt, seine Trägerinstitution, das Historische Kolleg, ein deutsches Kolleg zur Förderung von Spitzenvertretern der deutschen wie der internationalen Geschichtswissenschaft. Darin besteht zugleich der Anspruch der Institution des Preises und daran bemißt sich sein Maßstab.

Mit der heutigen Preisverleihung wird traditionsgemäß das neue Kollegjahr offiziell eröffnet. Ich begrüße aus diesem Anlaß die neuen „Stipendiaten“, Frau Professor Marie-Luise Recker aus Frankfurt am Main und ihre Kollegen Herrn Professor Altrichter aus Erlangen und Herrn Professor Trabant aus Berlin sowie Herrn Privatdozenten Andreas Rödder als Förderstipendiaten. Ihre Arbeitsvorhaben finden Sie in Ihren Programmen gedruckt. Mit ihnen zusammen begrüße ich alle zahlreich erschienenen bisherigen „Stipendiaten“, unter ihnen besonders als ehemaligen Preisträger Herrn Professor Johannes Fried. Sie bilden, zusammen mit dem Freundeskreis, so etwas wie eine große Gemeinde um das Kol-

leg, den Beginn einer bereits längeren Traditionskette, von der ich hoffe, daß sie einst viele Generationen umspannen wird.

Grußwort des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Hans Zehetmair

Herr Bundespräsident,
Königliche Hoheit,
Herr Professor Gall, Hohe Festversammlung,
meine Damen und Herren,

ich freue mich, Sie hier in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften im Namen der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber zu begrüßen. Der Herr Ministerpräsident hat mich gebeten, Ihnen seine herzlichen Grüße zu entbieten. Gern hätte er Sie selbst hier an dieser Stelle begrüßt, jedoch ist er anderweitig terminlich seit längerem fest gebunden.

Als für die Wissenschaft zuständigem Fachminister ist es mir ein großes Vergnügen, diesen Abend in illustrierter Runde zu verbringen. Bereits die Liste der Redner des heutigen Abends ist beeindruckend und zeigt, welche Bedeutung und welchen Ruf der Preis des Historischen Kollegs in der Fachwelt, aber auch in der Öffentlichkeit genießt. Der Umstand, daß dieser Preis nicht jährlich, sondern nur in einem dreijährigen Abstand vergeben wird, unterstreicht, daß es hier nicht um die Honorierung einer Einzelleistung oder eines kurzfristigen Erfolges geht, sondern vielmehr um die Würdigung der Gesamtleistung eines herausragenden Historikers.

Mit der Entscheidung, Herrn Professor Dr. Wolfgang Reinhard mit diesem Preis auszuzeichnen, hat die Auswahlkommission des Historischen Kollegs einmal mehr Kompetenz und Weitsicht bewiesen. Gerne würde ich an dieser Stelle näher auf das wissenschaftliche Werk von Professor Reinhard eingehen, auf seine Verdienste um die Geschichtswissenschaft und die Geschichtsschreibung, die zuletzt in seinem 1999 erschienenen Buch „Geschichte der Staatsgewalt“ gipfelten. Doch ich will dem Laudator, Herrn Professor Esch, nicht vorgreifen. Im übrigen ist dieser berufener als ich, das Werk des Preisträgers zu würdigen. Gestatten Sie mir deshalb einige allgemeinere Ausführungen.

Im letzten Jahr ist es mir, und darüber freue ich mich, gelungen, daß der Freistaat Bayern die Grundfinanzierung des Kollegs in die staatliche Wissenschaftsförderung aufgenommen und damit eine wissenschaftspolitische Entscheidung von hoher Bedeutung getroffen hat, die auch über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung findet. An die Stelle der bisher ausschließlich privaten Förderung des Kollegs ist eine gemeinsame Finanzierung aus öffentlichen und privaten Mitteln getreten.

Der Freistaat Bayern übernimmt die Kosten für den Personal- und Sachaufwand und für den Sitz in der schönen Kaulbachvilla; sozusagen die „Grundausstattung“ des Kollegs. Private Zuwendungsgeber stellen die Mittel zur Dotierung der Stipendien zur Verfügung. Es ist dies, glaube ich, ein gelungenes Beispiel für das zukunftsweisende Modell der „Public Private Partnership“ im Bereich der Wissenschaftsförderung.

Es ist aber auch ein weiteres Beispiel für das anhaltend hohe Engagement des Freistaats Bayern für die Geisteswissenschaften im allgemeinen und die Geschichtswissenschaft im besonderen. Vor zwei Jahren konnte, wie Sie wissen, das Historikerzentrum der Ludwig-Maximilians-Universität eingeweiht werden. In diesem Historikerzentrum werden die Geisteswissenschaftlichen Institute der Universität vereinigt, die bisher über verschiedene Standorte im Stadtgebiet verteilt waren. Das Historikerzentrum der LMU, die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die Monumenta Germaniae Historica, das Institut für Zeitgeschichte, die Bayerische Staatsbibliothek und das Bayerische Hauptstaatsarchiv und nicht zuletzt das Historische Kolleg als wahres „center of excellence“ bilden ein starkes Gravitationszentrum der geschichtswissenschaftlichen Forschung und Lehre im gesamten deutschsprachigen Raum.

Die Münchner Universitäten bieten mit dem jetzt begonnenen Wintersemester ein Studium der Wissenschafts- und Technikgeschichte an. Dabei wirken die Universität München und die Technische Universität München sowie das Deutsche Museum bei der Verwirklichung des neuen Studienangebotes eng zusammen. Das neue Studienangebot vereint die geistes- und naturwissenschaftlichen Komponenten der Wissenschaftsgeschichte.

Die Förderung der Geisteswissenschaften durch die Bayerische Staatsregierung beschränkt sich aber nicht auf den Raum München. Im Mai dieses Jahres habe ich den Neubau der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth eingeweiht. Die hierdurch erfolgte räumliche Zusammenführung der Fakultät mit dem Campus der Universität setzt einen Meilenstein für eine noch intensivere interdisziplinäre

näre Zusammenarbeit der Kulturwissenschaften mit den anderen Fakultäten.

Ebenfalls an der Universität Bayreuth wurde zum vergangenen Sommersemester der Bachelor-Studiengang „Geographische Entwicklungsforschung Afrikas“ gestartet. Dieser Studiengang zielt auf die Nahtstelle zwischen den Kultur- und Sozialwissenschaften und den Naturwissenschaften für Zwecke der Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit ab.

An der Universität Erlangen-Nürnberg konnte ich im Sommer grünes Licht für den neuen Bakkalaureusstudiengang Anglistik/Amerikanistik geben, mit dem neben sprachpraktischer und fachwissenschaftlicher Kompetenz auch kulturelles Wissen vermittelt werden soll.

Darüber hinaus sind wir gerade dabei, die Slawistik an den bayerischen Landesuniversitäten neu zu konzipieren. Mit der Bildung von drei Zentren der Slawistik in München sowie in Ost- und Nordbayern soll deren Profil in Bayern geschärft und damit ihre nationale wie internationale Konkurrenzfähigkeit weiter ausgebaut werden.

Diese Beispiele zeigen – und das ist mir ein besonderes Anliegen –, daß die Bayerische Staatsregierung nicht nur naturwissenschaftlich-technische Fächer und Projekte fördert. Wir sorgen auch dafür, daß ein Gleichgewicht im akademischen Fächerkanon erhalten bleibt. Universitäten sind Stätten geistiger Kultur. Sie müssen Bildung auch für eine an geistigen und kulturellen Werten orientierte künftige Generation erschließen und vermitteln. An unseren Universitäten leben Geist und Tradition, und dieses wertvolle Erbe wollen wir bewahren.

Geisteswissenschaftliche Forschung und Lehre sind auch und gerade in einer modernen High-Tech-Gesellschaft unentbehrlich. Natürlich lassen sich Erfahrungen aus der Geschichte nicht ohne weiteres auf Gegenwart und Zukunft übertragen. Mit Hilfe von geschichtlichen Erkenntnissen können wir jedoch lernen, Probleme und Gefahren der modernen Welt zu erkennen und zu bewerten. Darüber hinaus zeigen sie uns bereits erprobte, aber auch gescheiterte Lösungsmodelle auf, philosophische, soziale und politische.

Unsere High-Tech-Gesellschaft braucht eine philosophische und methodische Reflexion des Sachwissens und des wirtschaftlichen Fortschritts. Gerade an den Universitäten ist der wissenschaftliche Sachverstand verfügbar, zu aktuellen Fragen und deren ethischer Bewertung Grundsätze und Leitlinien zu entwickeln. Die Technik und die Naturwissenschaften sorgen dafür, daß wir Ziele im High-Tech-Bereich erreichen. Aufgabe der Geisteswissenschaften ist es, für die notwendige Orientierung zu sorgen, die es uns erlaubt, diese Ziele verantwortungsvoll mitzu-

bestimmen. Die Geschichtswissenschaft mit ihrer auf der Erkenntnis des Vergangenen basierenden Erfahrung ist hier in besonderer Weise berufen und auch gefordert. Es gilt, den Kopf über den Wellen des Tagesgeschehens zu behalten und im Bedarfsfall auch gegen den Wind des flüchtigen Zeitgeistes zu steuern. Wer nur mit dem Zeitgeist verheiratet ist, hat ein kluger Wissenschaftler kürzlich gesagt, wird schnell Witwer sein. Der Historikerpreis sollte dem entgegenwirken.

Ansprache des Stifters

Hilmar Kopper

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrter Herr Staatsminister,
meine Damen und Herren,

ich gestehe, daß ich nicht ohne Wehmut zu Ihnen spreche.

Die Deutsche Bank nimmt Abschied vom Historischen Kolleg, und so sage auch ich Adieu. Immerhin, wir haben das Kind einst in die Welt gesetzt und es zwanzig Jahre lang wenn nicht erzogen, so doch gehegt und gepflegt. Die Mühe hat sich gelohnt. Dieses Kind ist wohlgeraten und mündig. Unterstützung braucht es weiterhin, aber die kann nun selbst beschafft werden, bei Gönnern aus Staat und Wirtschaft. Den Preis, um dessentwillen wir heute zusammenkommen, wird das Kolleg künftig in eigener Regie verleihen und dotieren.

Flugs haben sich Freunde gefunden und einen Verein gebildet, um zu helfen und jenseits des Etats auch Unmögliches möglich zu machen. Warum nicht zugeben, daß man sich freut über soviel Selbständigkeit und soviel erwachsenen Lebensmut. Die Wehmut weicht dem Stolz. Es ist der Stolz auf das Erreichte und auf das Versprechen, weiterzumachen. Auch vorwärts zu gehen. Nicht auf den ausgetretenen Pfaden, sondern möglichst auch auf neuem, noch nicht oder nicht mehr beackertem Land.

Ich habe die Deutsche Bank, die auch den Preis gestiftet und bisher dotiert hat, vier Mal vertreten und große Gelehrte ehren dürfen.

Warum sollte ich verschweigen, daß ich immer gern und manches Mal auch mit Herzblut dabei gewesen bin. Und mich freue, jetzt, zu guter Letzt, dem Preisträger Professor Wolfgang Reinhard die Glückwünsche der Stifterin überbringen zu können.

Die Wahl wird aus berufenem Mund gewürdigt werden. Aber vielleicht darf ich doch zum Ausdruck bringen, was dem Laien einleuchtet: Sie verlieren sich nicht in Details und zählen keine Erbsen. Es gelingt

Ihnen, sehr verehrter Herr Professor Reinhard, den Bogen zu schlagen zwischen Fernem und Nahem und die Linie, so gebrochen sie sein mag, bis in die Gegenwart hineinzuziehen. Das gilt für Ihr großes Werk, das, kaum erschienen, schon Standard ist: die „Geschichte der Staatsgewalt“. Und es gilt auch für Ihr jüngstes Opus, den neunten Band des neuen, von Ihnen mit herausgegebenen „Gebhardt“. Dieser Band, den in die Hand zu nehmen ich mir erlaube, handelt von Reichsreform und Reformation und doch nicht nur von Vergangenen.

Sie verlangen eine „zur Mikrohistorie geöffnete, makrohistorische Zusammenfassung“ der deutschen Geschichte. Und bringen es fertig, diesen gewaltigen Anspruch auf Ihrem ureigensten Gebiet, der Frühen Neuzeit, tatsächlich einzulösen. Und uns beizubringen, daß Ursache und Wirkung und Kontinuität immer und für jede Zeit verfehlt, wer nur die Oberfläche von Akteuren und Aktionen betrachtet. Luther, so lernen wir bei der Lektüre, hat beschleunigt und verzögert, was ohnehin eingetreten wäre. Und das Alte Reich, so lernen wir bei der Gelegenheit dann auch, ist keine Vorgeschichte eines späteren Reiches.

Am Abend des hundertsten Geburtstages von Hans-Georg Gadamer hatte ich das Vergnügen, mit einigen Lehrenden des Philosophischen Seminars der Universität Heidelberg die Idee einer Gastprofessur zu erwägen und auf den Weg bringen zu helfen. Karl Heinz Bohrer, der erste Inhaber, hat in diesem Sommer die Denktradition des großen Gadamer weitergesponnen und verbreitert. Er sprach über Nah- und Fernerinnerung, den radikalen Bedeutungsschwund der Vergangenheit, die moralische Dienstbarmachung der jüngsten Geschichte und die „Erinnerungsschmelze“ im Zeichen einer beispiellosen Erinnerungskultur. Wo und wie, von wem und seit wann sie genährt wird, wissen wir. Warum sie diese enorme Durchschlagskraft gewonnen hat, wissen wir – noch – nicht. Es müssen tiefere Kräfte am Werk sein, als Reden und Rituale vermuten lassen. Welche Wirkung die Kommunikationstechniken auf Geist und Geisteswissenschaft haben, ahnen wir noch kaum. Jedenfalls hat die Wehmut, die mich hier beschleicht, nicht nur den persönlichen Grund.

Genug der Abschweifung.

Zurück zu Reichsreform und Reformation und Wolfgang Reinhard.

Zurück zu allem, was der Geschichte und dem geschichtlichen Bewußtsein förderlich bleibt. Lassen Sie es mich in einem Satz zusammenfassen: Das Historische Kolleg und der Preis, den es vergibt, mögen gedeihen.

Laudatio auf den Preisträger

Professor Dr. Arnold Esch

Herr Bundespräsident,
Herr Staatsminister,
meine Damen und Herren.

Der Preis des Historischen Kollegs geht in diesem Jahr an Wolfgang Reinhard und gilt dem Gesamtwerk eines Historikers, der, große Fragestellungen in klare Sprache fassend, zentrale Themen der europäischen und außereuropäischen Geschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart behandelt und damit auch außerhalb Deutschlands breite Anerkennung gefunden hat.

1937 in Pforzheim geboren, studierte Reinhard Geschichte, Anglistik und Geographie in Heidelberg und Freiburg, wo er 1963 promovierte und sich, nach kurzem Schuldienst, 1973 habilitierte. Seit 1977 lehrte er in Augsburg, seit 1990 in Freiburg, erfolgreich in Forschung und Lehre (viele gute Bücher, viele gute Schüler), engagiert in universitären und wissenschaftlichen Gremien, darunter dem Beirat des Römischen Instituts. Seine weit gespannten, anregenden Forschungen wurden bald auch im Ausland bekannt und führten zu Einladungen, Aufgaben, Ehrungen, wie jüngst die Aufnahme in die British Academy.

Reinhard's wissenschaftliches Gesamtwerk in 20 Minuten vorzustellen ist nicht leicht: nicht nur, weil das Spektrum so breit ist, sondern weil die einzelnen Bereiche – päpstliche Kurie, europäische Expansion, Anfänge des modernen Staates – schon für sich so ausgedehnt sind. Vieles läßt sich von den Anfängen, von Rom her begreifen. Das Angebot der Görres-Gesellschaft, im Rahmen der Nuntiaturberichts-Edition die diplomatische Korrespondenz des päpstlichen Nuntius Antonio Albergati (1610–1621) zu übernehmen, führte ihn, der durch seine Dissertation über die katholische Reform in der südfranzösischen Diözese Carpentras bereits eine Vorstellung vom Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie hatte, 1966 nach Rom. Er nutzte den verlängerten Aufenthalt, um darüber hinaus Materialien für ein Vorhaben zu sammeln,

das sein Habilitationsthema werden und ein Lebensthema bleiben wird: der Bedeutung nachzugehen, die Familie und Klientel, „Freunde und Kreaturen“ (so der Titel einer Monographie) in ihrem Geflecht, ihrem „Netzwerk“, für das Funktionieren von Politik haben.

Es ist die Einsicht, daß es, in bestimmten Situationen, in der Politik primär um Personen und nicht um Sachen geht; die Einsicht, daß ein Herrschaftssystem nicht nur aus seinen Institutionen zu begreifen ist, aus seiner Verfassung sozusagen, sondern daß jede Herrschaft ein personelles Netzwerk ausbildet, ohne das man Herrschaft nicht in ihrem Funktionieren, Politik nicht in ihrem täglichen Vollzug versteht, und das man darum in seiner unterschiedlichen Dichte und unterschiedlichen Struktur untersuchen muß: Machteliten im Rom des 17. Jahrhunderts wie im Augsburg des 16. Jahrhunderts. Die Einsicht also auch, daß Politik nicht nur auf der Ebene der herrschenden Häupter, sondern auch in einer Zwischenschicht beschrieben werden müsse, wo vieles durchgesetzt – und vieles verhindert wird.

Diese Einsichten zu haben ist nicht so schwer wie: sie in Forschungsergebnisse umzusetzen. Für die römische Kurie heißt das nicht nur, aus den Archiven zu erarbeiten, wie sich im Kräftefeld der Macht die Netzwerke bilden, sondern auch, wie sie sich transformieren, um auf längere Dauer tragen zu können. Denn das Papsttum ist *Wahlmonarchie*, da ist der Machtwechsel anders als in der Erbmonarchie.

Das ist die Ebene der (wie Reinhard sagt): „Mikro-Politik“, „Historische Anthropologie römischer Mikropolitik“ – also Mikro, aber eben doch Politik –, und muß in mühsamer Einzelforschung rekonstruiert werden, womöglich bis hinab auf die Dienste und Erwartungen kleiner Amtsträger. Dazu bietet sich der (in der Mediävistik bereits bewährte) prosopographische Ansatz, d. h. neben der individuellen Biographie Einzelner die kollektive Biographie handelnder Gruppen zu erarbeiten (welche Voraussetzungen der Herkunft, der Ausbildung, der Klientel, der Karriere, und in welcher Dosierung, verschaffen Eintritt in die Gruppe?). Und auch unscheinbare Quellen, etwa private Aufzeichnungen von Sekretären, müssen herangezogen werden – nicht wegen ihrer Nachrichten, sondern wegen ihrer Perspektive!

Bei solcher Fragestellung mußte eine Eigentümlichkeit päpstlicher Herrschaft früh Reinhardts besondere Aufmerksamkeit wecken: der Nepotismus als integrierender Bestandteil des Herrschaftssystems. Nepotismus ist leicht zu verwerfen, auch leicht zu karikieren. Aber man könnte sich ja auch fragen, worum es beim Nepotismus Pauls V. in Wirklichkeit ging. Das ist im 17. Jahrhundert nicht so leicht zu sagen wie im

späten Mittelalter, in der Zeit des Großen Schismas etwa, wo die Nepoten die einzig verlässliche Stütze bei der Herrschaftssicherung waren. Eine solch einfache, praktische, einleuchtende Rechtfertigung läßt sich im 17. Jahrhundert nicht vorweisen. Um so mehr muß auffallen, daß auch kritische Zeitgenossen daran weniger Anstoß nahmen, als wir erwarten würden.

Nun sollte man den Nepotismus zunächst einmal in die Quellen hinein verfolgen, vor allem in die päpstlichen Finanzregister, und dort Umfang und Verwendungszweck der Ausgaben für die Verwandten feststellen. Reinhard hat das in mühsamer Arbeit getan (das meint der Titel „Papstfinanz und Nepotismus“) – mühsam auch, weil die Papstfinanz im 17. Jahrhundert nicht mehr den innovatorischen Vorsprung des 14. Jahrhunderts hat und in ihrer Buchführung erst einmal nachvollzogen werden muß. Sodann muß man tief in das Wertesystem der Zeit eindringen, das so ganz anders ist als das unsere. Wir können nicht damalige Päpste oder Kardinäle schulterklopfend an die Prinzipien von Leistung und Chancengleichheit erinnern, sondern müssen zur Kenntnis nehmen, daß Macht durchaus zur Förderung der eigenen Familie berechnete, ja verpflichtete. Auch das ist *pietas*, und *pietas* ist ein Gebot. Man muß sich das ja nicht zu eigen machen, aber man muß es wissen.

Hier sehen Sie die Arbeit des Historikers in ihrem ganzen Aufriß: vom Entziffern einzelner Zahlungseinträge über die Interpretation aus dem Kontext der Papstfinanz bis hin zum Einfügen dieses Halbfabrikats in ein soziales System: die römische Kurie als soziales System. Daß Reinhard auf der Basis derart solider empirischer Forschung aktuelle Theorie-Debatten (hier oder dann zum Thema Konfessionalisierung) nicht scheut, ja sich kräftig daran beteiligt, versteht sich: Es ist die Sicherheit dessen, der die historische Wirklichkeit kennt und darum zu bestimmen weiß, bis zu welchem (erlaubten oder unerlaubten) Grade die Abstrahierung von der Wirklichkeit geht. Das gibt der Theorie die erforderliche Bodenhaftung.

„Papstfinanz und Nepotismus“: Das führt auf das natürlichste in weitere Fragen, etwa zum Mäzenatentum, in dem sich diese Kardinäle und Nepoten (etwa Scipione Borghese) damals in besonderer Weise hervortaten, Künstler berufend, Wissenschaft fördernd. Man könnte, was die finanzielle Seite dieser generösen Haltung angeht, natürlich sagen: kein Kunststück, da sie in der Regel nicht wußten, wie das Geld hereinkam – anders als mäzenatische Kaufleute damals (und heute), die sehr wohl wissen, wie Geld zustande kommt, und in ihrem Innern erst einmal die natürliche kaufmännische Veranlagung, Gewinne zu reinvestieren, be-

schwichtigen müssen, bevor sie eine Barock-Fassade oder Barock-Skulptur finanzieren (oder eben das Historische Kolleg und diesen Historikerpreis) – eben weil sie die ökonomische *Alternative* kennen.

Die Ebene mikropolitischer Verflechtung läßt sich aber auch außerhalb der Kurie betreten, und darauf hat Reinhard viele seiner Schülerinnen und Schüler angesetzt: die informellen Beziehungen zwischen Rom und Städten des Kirchenstaats und zu auswärtigen Mächten zu untersuchen. Der Kardinallegat beherrscht Bologna nicht einfach nach dem Buchstaben von *Constitutiones*, sondern durch das Knüpfen klientelärer Verbindungen, etwa durch Patenschaften mit den führenden Familien. Um solches Geflecht freizulegen, muß man neben den vatikanischen auch die lokalen Archivalien heranziehen, in Perugia, in Bologna, in Genua, in Florenz, und nicht nur die offizielle Korrespondenz verwenden, sondern auch die private (ja in Italien kann, anders als wir das von nördlich der Alpen gewohnt sind, sogar amtliche Korrespondenz – auch damals schon – in *Familienarchiven* enden und muß dort erst aufgespürt werden). Wer in diese Netzwerke eindringt, der allerdings weiß, was im jeweiligen System die spezifischen Mittel von Herrschaft sind, und kann dann, erst dann, zu vergleichender Darstellung fortschreiten.

Die Arbeit an den vatikanischen Quellen führte ihn in viele Richtungen, in viele Probleme dieses Zeitalters. Reinhard untersuchte vor allem den Vorgang der „Konfessionalisierung“ (das ist nicht einfach ein anderer, neutralerer Epochenbegriff für „Gegenreformation“, sondern auch eine andere Perspektive) gemeinsam mit Heinz Schilling auf Tagungen, die von ursprünglich konfessionell orientierten historischen Gesellschaften nun *gemeinsam* veranstaltet wurden. Da verlaufen die Frontlinien nun nicht mehr zwischen den Konfessionen, sondern beispielsweise zwischen Kirchenhistorikern und Sozialhistorikern – was durchaus vorzuziehen ist, solange darauf geachtet wird, daß das *religiöse* Anliegen, die Dimension des Spirituellen, dabei nicht allzusehr in den Hintergrund gerät. Mit dem ihm eigenen integrierenden Blick die Forschungskonzepte „Konfessionalisierung“, „Sozialdisziplinierung“ und „Modernisierung“ in eins sehend, beteiligte er sich führend an der Debatte über die disziplinierenden Folgen der Konfessionalisierung, die, auf beiden Seiten, weite Lebensbereiche ergriffen und zu Repressionen führen konnten, deren häßliches Gesicht auch verständnisvolle Forschung nicht schönreden wird. Über die Religion schafft man es sogar, die Zustimmung der Disziplinierten zu ihrer Disziplinierung zu erlangen. Was daran „Modernisierung“ sei, mag der sich fragen, der im Moderneren grundsätzlich das Bessere sieht – aber „auch ausgesprochen ‚reaktionär‘ gemeinte kirchli-

che Maßnahmen können Modernisierung hervorrufen“, können „unvermeidliche Innovationen“ herbeiführen, können „nicht intendierte Wirkungen“ haben (etwa die, auf Kosten der Kirche zum Wachstum der Staatsgewalt beizutragen).

Solche Gedankengänge schrauben sich, wie Sie sehen, von der Ebene des konkreten Einzelfalls hinauf auf hohe Ebenen historischer Reflexion. Aber sie schärfen auch den Blick für den Einzelfall, wie er dem Historiker in den Archivalien entgegentritt, und immer neu entgegentreten wird etwa in den Materialien des jüngst geöffneten Archivs der Römischen Inquisition. Mit diesem Inquisitionsarchiv hat sich für Frühneuzeithistoriker eine fette unabgegraste Weide aufgetan, auf die Reinhard natürlich sogleich seine Schülerinnen und Schüler getrieben hat – Schüler, die in Rom immer sehr präsent waren und deren Fragestellungen man die Reinhardtsche Schulung durchaus anhörte.

Das päpstliche Rom als erste Beobachtungswarte in jungen Forscherjahren ist ja auch nicht das Schlechteste, um einen Sinn zu entwickeln für die Innenansicht von Macht und zugleich einen Sinn für universalhistorische Perspektive.

Und wahrhaft universalhistorische Perspektive, in die ihn früh auch sein Lehrer Erich Hassinger eingeführt hatte, zeigt sich in Reinhardts weiterem Forschungsthema, seiner vierbändigen „Geschichte der europäischen Expansion“ [1983–1990], Zusammenschau großer Räume und langer Zeiten: von den frühen Fahrten der Portugiesen, dem Abenteuer erster Begegnung, dem Übergang vom Handel zur Herrschaft, durch alle Stadien und Grade der Kolonisierung bis hin zur Dekolonisation im 20. Jahrhundert. Und das in allen vier außereuropäischen Kontinenten. Ein Prozeß von unerhörter Dynamik, der nicht als Heldenlied und nicht mit entschuldigendem Unterton beschrieben wird, sondern in nüchterner Analyse der Faktoren und Wirkungen: der wirtschaftlichen, der demographischen, natürlich auch der politischen. Denn man muß dafür auch die jeweiligen politischen Machtkonstellationen in Europa kennen, im Zeitalter der Entdeckungen wie im Zeitalter des Imperialismus.

Solche Analyse führt auf viele Fragen, etwa: Wie kalkuliert der Kapitalismus der Krone, und wie kalkuliert der Kapitalismus von Kaufleuten? Wie wandern Waren- und Geldströme (aber auch: wie wandern Krankheitserreger)? Wo hatte die Mission der Jesuiten Erfolg und wo nicht, und was waren die Gründe? Wie vollzieht sich Akkulturation, die Anpassung einander völlig fremder Kulturen, und was hat sie vor Ort für Folgen? Wie tiefgreifend war die Umschichtung der Bevölkerungen, in Nordamerika, in Lateinamerika, in den asiatischen Einflußzonen? Um-

fassende Kenntnis der internationalen Literatur erlaubt dabei auch die Darstellung örtlicher, auch vorkolonialer Verhältnisse in den entferntesten Zonen: eine Leistung, die die europazentrische Sicht (derer man sich bei dieser Themenstellung ja auch nicht zu schämen hätte) bis zu einem gewissen Grad ausbalanciert.

In diesem großen Werk zeigt Reinhard bereits seine bemerkenswerte Fähigkeit, gewaltige Materialmassen zu verarbeiten, Zahlen sprechen zu lassen (ohne daß sie Gedanken übertönten, wie das den sogenannten Kliometrikern manchmal unterläuft) und Einzelinformationen in große Darstellung zu integrieren. Und das, ohne der Versuchung zu erliegen, Zweifel, Lücken, Kontroversen zaghaft in vagen Aussagen zu überspielen. Zaghafte Aussagen gibt es bei Reinhard ohnehin nicht.

Nachdem viele Jahre die Geschichte der europäischen Expansion im Mittelpunkt seines Interesses gestanden hatte, kehrte Reinhard, frühere – nämlich römische – Einsichten wieder aufgreifend, zum Thema der politischen Institutionen und ihres Funktionierens zurück. Ein Stipendium des Historischen Kollegs ermöglichte den Abschluß des großen Werkes „Geschichte der Staatsgewalt“, dessen Leistung für das Urteil der Jury ausschlaggebend wurde.

Zunächst einmal zeigt dieses Werk, daß ein *opus magnum*, wie es das Historische Kolleg erwartet, nicht 1000 Seiten haben muß, um „magnum“ zu sein: es darf viel weniger sein, wenn nur die spezifische Dichte, der spezifische Ertrag da ist. Um dahin zu gelangen, braucht es mehrere Fähigkeiten, mehrere Tugenden. Erst einmal, natürlich, eine umfassende Sachkenntnis (davon reden wir nicht, denn Sachkenntnis beeindruckt, ist aber als solche nicht schon preiswürdig). Braucht es, zweitens, eine klare Vision: denn der Anspruch, komparatistisch zu arbeiten, darf (ebenso wie interdisziplinäre Arbeit, man kann es nicht oft genug sagen) nicht zwischen Spezialisten, sondern muß in *einem* Kopf stattfinden, im eigenen nämlich.

Und es erfordert – um in meinem etwas plakativen Tugendkatalog fortzuschreiten – eine gehörige Portion Courage: „Eine (so der Untertitel) vergleichende Verfassungsgeschichte *Europas* von den *Anfängen* bis zur *Gegenwart*“ – das ist sozusagen ALLES, vom Himmel durch die Welt zur Hölle; das verlangt in der Durchführung kühne Längsschnitte und tiefe Querschnitte und in der Darbietung die Verknüpfung beider. Ob das gelingt, ob der Mann (am Beispiel der großen Burgunderherzöge) „le Hardi“ oder „le Téméraire“ genannt zu werden verdient, sagt erst das Echo. Und das Votum der Fachwelt ist, in beneidenswerten Rezensionen,

eindeutig: Reinhard ist ein großer Wurf gelungen, eine Synthese, wie es sie in dieser Weise bisher nicht gab.

Man könnte zum Zweck einer vergleichenden Verfassungsgeschichte einerseits Gemeinsamkeiten, andererseits Unterschiede herausarbeiten und nebeneinanderstellen, und wird schon dafür Beifall erwarten dürfen. Aber hier wird mehr getan. Hier wird, die übliche (vom Begriff scheinbar geforderte) *nationalstaatliche* Betrachtungsweise verlassend, ein breiter Strom von Entwicklung unter *eine* Perspektive gebracht, als *ein* Prozeß begriffen: die Entwicklung und Ausbildung des modernen Staates (oder, genauer, der Staatsgewalt, mit der ganzen Ambivalenz, die „Gewalt“ im Deutschen hat: legitime Gewalt, aber auch Gewaltsamkeit, Disziplinierung, Repression). Eine gemeineuropäische Dynamik, in der die Nationalstaaten nur noch als Varianten einer Standardentwicklung erscheinen, eines Grundmusters, das in übergreifenden Kategorien wie „Partnerschaft und Widerstand“, „Modernität und Totalität“, „Sozialer Staat und Totaler Staat“ erfaßt wird.

Und „Staat“ nicht als Naturnotwendigkeit, nicht als Verkörperung der sittlichen Idee oder als Ziel der Weltgeschichte, auch nicht als kunstvoller Aufriß seiner Verfassung, sondern von einem Historiker ganz in die Geschichte geholt, an seinen historischen Platz gestellt – der Staat als „Erfindung Europas“ – und distanziert dabei beobachtet, wie er, gefräßig, sich immer weitere Lebensbereiche aneignet und mit seiner Zwangsgewalt immer weitere Ressourcen aktiviert: soziale, finanzielle, endlich auch emotionale. Der Staat (und das ist hier vor allem der *monarchische* Staat) vermag den Adel auszuschalten und an den Hof zu zwingen, die freien Kommunen zu überwältigen, die Kirche in die Schranken zu weisen. „Säkularisierter Staat“ sagt sich leicht: aber was hat die Abschtichung von geistlicher und weltlicher Gewalt an Energien gekostet; und was hat die Vorbildfunktion der Kirche (schließlich war sie es, die früh zu schreiben und hierarchisch zu organisieren verstand!) anfangs für Wirkung gehabt. Bis die Reformation, entgegen ursprünglicher Absicht, die Kirchen dem Zugriff der Staatsgewalt auslieferte, die protestantische direkt, die katholische indirekt.

Es sind weite Wege, die da verfolgt werden müssen: Wo zeigen sich zuerst die charakteristischen Merkmale frühmoderner Staatlichkeit, und was sind die eigentlichen Modernisierungsschübe? Welche Wirkung hat, durch die Verbindung zur „Nation“, die weitere Potenzierung des Staats im 19. Jahrhundert? Was führt in die Extremform des Staats, den totalitären Staat, der mit Brutalität selbst darüber bestimmt, was legal ist? Und endlich: Ist dieser Staat, der in unserer Zeit zunehmend Kompetenzen an

supranationale Organisationen abgibt, nun an sein Ende gekommen? Eine Frage, die, wie schon die – beinahe schockierende – Frage nach dem gemeinsamen Nenner von Sozialstaat und Totalstaat (der soziale Interventionsstaat als „bloße weiche Variante des totalen Staates“: da kommt es doch darauf an, *was* man in den Blick nimmt!), viele Rezensenten besonders angezogen hat. Uns muß hier die Feststellung genügen, daß es den Frühneuzeithistoriker Reinhard auch sonst kennzeichnet, die Linien seiner historischen Betrachtung bis in die Gegenwart auszuziehen und dabei in lakonischen Sätzen kritische Einsichten pointiert – gelegentlich auch überpointiert – auszusprechen.

Weite Wege also in den Längsschnitten „von den Anfängen bis zur Gegenwart“. Aber auch viele Fragen in den tiefen Querschnitten: Wie gelingt es, Freiheiten zu beseitigen und Gehorsam zu erzwingen? Wie gelingt es, Gerichtsbarkeiten (auch hier: Plural, ein Monopol *wird* erst daraus!) – wie gelingt es also, Gerichtsbarkeiten in ein staatliches Gerichtssystem zu bringen? Warum will man, und wie gelingt es, in immer mehr Bereichen – etwa in der Wirtschaft – mit immer mehr Normen regulierend eingreifen? Wie kommt man, bei der Abschöpfung finanzieller Ressourcen, von der ursprünglich fallweisen Umlage der Kriegskosten endlich zu permanenter Besteuerung. Und wie verlief das in England, wie in Frankreich, wie in Dänemark, wie in Portugal, in Preußen – und in noch fernerer Gegenden, die einem zum Begriff „Staat“ nicht gerade als erste einfallen, aber hier gleichfalls einbezogen sind?

Und so wird aus einem Thema, das auf den ersten Blick ganz verfassungsgeschichtlich wirkt (und sich im Untertitel ja auch so gibt), etwas Größeres. Nicht einzelne Institutionen, sondern Antriebskräfte und An eignungen stehen im Mittelpunkt, und das führt auf das natürlichste dazu, daß nach und nach die ganze Fülle der Erscheinungen angesogen und das Thema in immer weitere Bereiche und Fragestellungen geöffnet wird: sozialgeschichtliche, wirtschaftsgeschichtliche, kirchengeschichtliche, geistesgeschichtliche. Gewiß kam Reinhard fundierte Kenntnis der außereuropäischen Welt auch diesem Thema zugute. Reinhard, der die kulturanthropologisch-völkerkundliche Perspektive, die Einsicht in die kulturelle Bedingtheit menschlichen Verhaltens, als „Integrationspunkt“ seines wissenschaftlichen Denkens bezeichnet, vermag den europäischen Staat sozusagen von *außen* zu sehen, vermag den „Export“ dieses Modells in andere Erdteile zu beobachten und zu bewerten, und durch die Frage nach den Gründen für Erfolg oder (mehr noch:) Mißerfolg solchen Exports die spezifisch *europäischen* Züge dieses Staates noch deutlicher zu erfassen.

Ist die umfassende Sachkenntnis schon eine ungewöhnliche Leistung, so ist es noch mehr die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge in klarer einfacher Sprache durchsichtig zu machen und mit der erforderlichen Schärfe des Begriffs konzis in eine Gestalt zu bringen, die gleichwohl Darstellung ist und nicht Lexikonartikel. Und das ist preiswürdig.

Ein großes Thema also, geradezu geschaffen, vor lauter Bäumen den Wald nicht zu sehen. Der Historiker ist ohnehin, in besonderem Maße, in Gefahr, vor lauter Bäumen den Wald nicht zu sehen, oder aber umgekehrt sich nicht um die Bäume zu kümmern. Da den rechten Weg zu finden heißt nicht, einen „Mittel“weg zu finden (vom Wald ein bißchen, von den Bäumen ein bißchen), sondern, wie Richard Krautheimer einmal gesagt hat, den Wald zu sehen, *weil* er aus Bäumen besteht!

Denn Reinhards Fähigkeit, in der Weite des Überblicks doch auch den Einzelfall bis hinab auf niedere Entscheidungsebenen sichtbar zu machen, gibt der großen Perspektive die menschliche Dimension, ohne die Geschichtswissenschaft uns nichts zu sagen hat.

Verleihung des Preises
durch den Herrn Bundespräsidenten

Dr. h.c. Johannes Rau

I.

Dem, was wir gehört haben zum Mitdenken, zum Teil auch zum Nachlesen, will ich nur noch wenige Bemerkungen anfügen.

Politisches Geschäft ist ja Tagesgeschäft. Wenn es gut ist, wenn es richtig betrieben wird, dann hat es die Zukunft im Blick. Und oft bleibt dann, so scheint es, für die Vergangenheit kein Raum. Das war vermutlich schon immer so, und schon immer waren es die Historiker, die sich in die dunklen Kellergewölbe der kollektiven Erinnerung und der Archive vorgewagt haben.

Manche haben – so hat Lichtenberg einmal gesagt – „einen kleinen Finsternishandel“ eröffnet und aus der Geschichte eher das Dunkel als das Licht auf die Gegenwart leuchten lassen. Andere haben gewiß dazu beigetragen, daß die Bedingungen für unser gegenwärtiges Handeln historisch erhellt worden sind, und ich denke, uns ist in der Laudatio von Herrn Professor Esch schon deutlich geworden, daß ich von Wolfgang Reinhard spreche, wenn ich von denen rede, die diese Hilfe leisten, gegenwärtiges Handeln historisch zu erhellen.

II.

Ich kann und ich will sein wissenschaftliches Gesamtwerk nicht würdigen. Das können andere; und andere tun das mit der Brillanz, die wir soeben erlebt haben. Aber daß die „Geschichte der Staatsgewalt“ mittlerweile über die Grenzen des Fachs hinaus als „Meisterwerk“ gilt, das hat sich herumgesprochen. Dazu denn doch einige kurze Bemerkungen.

Die erste zur Bedeutung des Themas Staat: Der Staat hat ja lange zu den wichtigsten und beliebtesten Themen der Historiker gehört, gerade in Deutschland.

Droysen hat einmal gesagt: „Der Staat als öffentliche Macht ist die Assekuranz aller sittlichen Sphären innerhalb eines Staates, und sie alle opfern so viel von ihrer Autonomie und Selbstbestimmung, als erforderlich ist, damit die Macht da ist, sie zu sichern und zu vertreten.“

Der Staat als „Assekuranz aller sittlichen Sphären“ – das ist ein sehr hoher Anspruch, vielleicht ein zu hoher und vielleicht deshalb auch einer, der dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet hat. Hinter dieser Versicherungsagentur verbarg sich ja faktisch der Obrigkeitsstaat, und der hohe Ton ist auch noch angeschlagen worden, als aus dem Obrigkeitsstaat der Unrechtsstaat wurde, in der Zeit des Nationalsozialismus, als aus Schutz Terror wurde.

Und darum ist es vielleicht verständlich, daß nach dem Zweiten Weltkrieg die Beschäftigung mit dem Thema Staat in der Geschichtswissenschaft zuerst ein Stück zurücktrat. Viele hatten schlechte Erfahrungen mit dem Staat und mit der Politik gemacht. Andere fanden das Thema schlicht langweilig. Das Bild, das Wolfgang Koeppen für den Politikbetrieb dieser Jahre gefunden hat, das Treibhaus, gibt die besondere Situation von Staat und Politik in jener Zeit gewiß gut wieder. Das hat sich spätestens in den sechziger und siebziger Jahren verändert. Die sechziger Jahre waren sogar eine Zeit, in der man dem Staat und staatlicher Planung wieder viel, fast alles zutraute.

Und heute drohen dem Nationalstaat eher neue Gefahren. Manche halten ihn schlicht und einfach für obsolet. Die wachsende Bedeutung internationaler Institutionen, die wirtschaftliche Globalisierung, die wichtiger werdende Rolle von Verbänden und gesellschaftlichen Bewegungen, die Dauerkrise der öffentlichen Haushalte – all das trägt dazu bei, daß viele den Staat für überholt und für am Ende halten. Und wenn ich es richtig gelesen habe, dann gehören auch Sie, verehrter Herr Reinhard, zu denen, die viele Anzeichen dafür sehen, daß da kritisches Nachdenken nötig ist.

Ich will das positiv sehen. Viele denken heute kritisch über den Staat nach, über seine Rolle, über die Reichweite seines Einflusses, und ich finde es wichtig, daß es die Diskussion überhaupt gibt, daß sie an Breite und Tiefe zunimmt. Ich halte es auch für gut, daß diese Diskussion eine historische Dimension hat oder zumindest wieder bekommt. Daß man in Deutschland lange Zeit staatsfixiert war, das war sicher falsch, aber Staatsvergessenheit wäre genauso schlecht.

III.

Das bringt mich zu einer zweiten Bemerkung: Ich möchte mich nicht in die wissenschaftliche Diskussion einmischen, aber es gibt doch eine politische Diskussion, in der das Ende des Nationalstaats und der Primat der globalisierten Wirtschaft eine große Rolle spielen. Diese Stimmen, ganz gleichgültig, ob sie etwas feststellen, ob sie es bestreiten oder ob sie es kritisch untersuchen, treffen wichtige Aspekte der Wirklichkeit, aber nicht den Kern der Wirklichkeit, wie mir scheint.

Norbert Elias plädiert in den „Studien über die Deutschen“ dafür, „das Gefühl für das Erstaunliche, das Einzigartige des relativ hohen Grades an Gewaltlosigkeit innerhalb unserer Gesellschaftsverbände wieder zu erwecken“, und er weist dann auf die große zivilisatorische Rolle und Leistung des Staates hin.

Ich halte diese Mahnung für richtig. Sie erinnert uns daran, daß wir dazu neigen, etwas als selbstverständlich hinzunehmen, was nicht selbstverständlich ist, sondern das Ergebnis langer historischer Entwicklung. Natürlich kommt dann das Argument, daß wir gerade wieder erlebt haben, wie machtlos der Staat sein kann angesichts von Gewalt, und daß es auch so etwas wie Staatsterrorismus gibt, darauf haben Sie zu Recht hingewiesen.

Aber haben nicht gerade die jüngsten Ereignisse uns auch gezeigt, daß der Staat das wichtigste Instrument bleibt, das wir haben, damit das Recht die Oberhand behält und durchgesetzt wird? Ein unvollkommenes Instrument mit begrenzter Reichweite gewiß, das neuen Herausforderungen angepaßt werden muß. Man kann aber auch darüber streiten, wo der Staat heute zu viel tut und wo er sich zu wenig kümmert. Aber er bleibt das entscheidende Instrument zur Sicherung des Friedens und zur Wahrung des Rechts. Ich erkenne keine andere Institution, die diese Kernaufgabe übernehmen könnte. (Siehe Droysens Assekuranz)

Mittlerweile weiß jeder, daß wir keine zweite Schöpfung haben und daß wir deshalb die Umwelt schützen müssen. Das gilt auch, so glaube ich, in einem gewissen Maße für unsere Institutionen. Natürlich müssen sich Institutionen ständig wandeln, aber das schließt den Respekt nicht aus. Respekt vor gewachsenen Institutionen heißt nicht, daß man sie heilig spricht, das heißt aber, daß auch Institutionen ein Erbe sind, das wir hüten und mit dem wir pfleglich umgehen müssen.

IV.

Der Staat ist, wenn ich es richtig sehe, eine europäische Erfindung. Das führt uns Herr Reinhard sehr deutlich vor Augen. Diese europäische Erfindung wandelt sich. Institutionen wie die Europäische Union und die Vereinten Nationen sind hinzugetreten zu den Nationalstaaten, und sie verbinden sich mit ihnen in vielfältigen Formen.

In allen Teilen der Welt sind neue Staaten entstanden, deren innere Ordnung sich häufig genug von dem unterscheidet, was wir als mitteleuropäischen Staat kennen und schätzen. In manchen Teilen der Welt gibt es formale Staaten, und doch kann man fragen, ob die erkennbare äußere Ordnung nicht nur ein dünner formaler Firnis ist, unter dem andere Ordnungsprinzipien herrschen. Und hier, das soll meine letzte Bemerkung sein, ist nicht in erster Linie Respekt, sondern Mut zu zeigen.

Man kann die vielfältigen Tendenzen zum Gestaltwandel des Nationalstaates zum Anlaß nehmen, sein Ende auszurufen, oder man kann diese Entwicklung zum Anlaß nehmen, die Entwicklungen genau zu erfassen und daraufhin zu überprüfen, ob sie mithelfen, die zentralen Funktionen des Staates zu erfüllen. Max Weber nennt das das „Monopol legitimer physischer Gewaltausübung“. Das kann in vielen konkreten Formen existieren. Der Staat kann zur Räuberbande werden, von der schon Augustinus gesprochen hat. Er kann aber auch dem Frieden, dem Recht und der Gerechtigkeit verpflichtet sein, und dafür sollten wir weltweit eintreten.

Mir scheint nicht die reine Lehre, die zwischen „guten“ und „schlechten“ Staaten unterscheidet, das Richtige, sondern eine, die nach den Entwicklungstendenzen fragt, die konkrete Staaten in konkreten Situationen aufweisen. Friede, Recht und Gerechtigkeit sind und bleiben das Ziel, aber wir müssen an und mit dem weiterarbeiten, was vorhanden ist. Das scheint mir die entscheidende Maxime des Handelns für eine Zukunft, in der diese europäische Erfindung zunehmend auch in anderen kulturellen und historischen Situationen heimisch wird oder heimisch werden muß. Diesen Beitrag zur Diskussion wollte ich gern leisten und nun darf ich Ihnen, verehrter Herr Professor Reinhard, endlich den Preis geben, von dem Sie schon gelesen haben.

Vortrag des Preisträgers

Geschichte als Delegation

Professor Dr. Wolfgang Reinhard

Herr Bundespräsident,

Herr Staatsminister,

lieber Herr Esch,

liebe Freunde,

meine Damen und Herren,

wie alle Geschichte lebt auch diese Preisverleihung von der Spannung zwischen Struktur und Person. Die Entscheidung, wer den Preis erhalten soll, ist nämlich automatisch auch eine fachpolitische im Hinblick auf die Struktur der deutschen Geschichtswissenschaft. Erstmals wird heute nicht nur ein Spezialist für Europa zwischen 1500 und 1800 geehrt, sondern zugleich ein Historiker der europäischen Ausbreitung über die Erde, eine in Deutschland ziemlich vernachlässigte Fachrichtung. Zwei Ihrer Vorgänger, Herr Bundespräsident, haben bei Historikertagen darauf hingewiesen, wie wichtig außereuropäische Geschichte in der heutigen Welt wäre, aber die Fakultäten und Ministerien berufen ungerührt den nächsten Fachmann für Deutschlands Vergangenheit. Es fehlt daher nicht an Kollegen, die ihre Glückwünsche mit dem Ausdruck der Freude darüber verbunden haben, daß auch ihr Tätigkeitsfeld endlich einmal öffentliche Anerkennung findet.

Was hingegen die Person angeht, so verbindet sich die dankbare Freude über den Preis bei mir mit einer gewissen Verblüffung, daß einer Art von Schmalspuranarchist wie mir diese Ehre zuteil wird. Vielleicht waren die Worte des Herrn Bundespräsidenten und Arnold Eschs Laudatio insofern allzu freundlich. Denn diejenigen meiner Bücher, auf die es mir ankommt, sind nämlich nicht nur kritisch, sondern bisweilen geradezu destruktiv. Sollte des Rätsels Lösung darin bestehen, daß die Mitglieder der Jury sie nicht gelesen haben? Ich falle jedenfalls aus dem Rahmen des Faches, insofern Geschichtswissenschaft eigentlich unaus-

weichlich Legitimationswissenschaft ist. Das braucht nicht so offen und naiv ausfallen wie in einer Reimchronik des 15. Jahrhunderts:

*Der furst mich hett in knechtes miet,
ich ass sein Brot und sang sin liet;
ob ich zu einem andern kum,
ich ticht im auch, tut er mich drum¹.*

Oder so bitter wie bei Gerhard Ritter, der 1935 an Hermann Oncken schrieb: „Sie werden mit Dreck beworfen [...], während die große Masse des Kollegengesindels das Weihrauchfaß schwenkt.“²

Oder so giftig wie jüngst wieder bei einem Juristen: „Die Geschichte ist eine Hure. Sie bietet sich jedem an. Auch dem Politiker.“³

Der Jurist müßte es wissen, denn wahrscheinlich bleibt ihr so gut wie der Rechtswissenschaft nämlich gar nichts anderes übrig. Beide befassen sich mit dem, was faktisch geworden ist, und deswegen unreflektiert-naiv oder sogar ausdrücklich als zu Recht vorhanden und damit als gut gilt. Ein bekannter Münchener Historiker hat mehrfach ausdrücklich festgestellt, daß sich Geschichtswissenschaft durch gesellschaftlichen Bedarf legitimiert und als Bestandteil der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit in erster Linie zur Orientierung und Stabilisierung gesellschaftlicher Ordnungen da ist⁴. Der berühmt-berüchtigte Grundsatz von der normativen Kraft des Faktischen entspricht weit eher der Praxis der Historiker als derjenigen der Juristen, die ihn formuliert haben⁵. Sogar die antiquarische Geschichte unzähliger Heimatmuseen, ungefähr 90% aller Gemeinden haben heute ein eigenes Museum⁶, hat legitimatorischen Charakter, insofern sie durch viele neckische Gegenstände Identifikation mit der Heimat stiften soll.

¹ Reimchronik des Michael Beheim für Friedrich den Siegreichen von der Pfalz, nach: Uwe Neddermeyer, Universalhistorische Werke als Ratgeber der Fürsten, in: Chantal Grell, Werner Paravicini, Jürgen Voss (Hrsg.), *Les princes et l'histoire du XIVe au XVIIIe siècle* (Bonn 1998) 82.

² Klaus Schwabe, Rolf Reichardt (Hrsg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen (Boppard 1984) 279.

³ Rainer Maria Kiesow in: ders., Dieter Simon (Hrsg.), Auf der Suche nach der verlorenen Wahrheit. Zum Grundlagenstreit in der Geschichtswissenschaft (Frankfurt a.M. 2000) 10. Diese Feststellung findet sich aber bereits bei Pierre Bayle, *Dictionnaire historique et critique*, Bd. 3 (Rotterdam 1715) 951.

⁴ Winfried Schulze, Einführung in die neuere Geschichte (Stuttgart 1996) 31 f., 247 f., 253 f.

⁵ Georg Jellinek, Allgemeine Staatslehre (Berlin 1914) 337 f.

⁶ Gottfried Korff, Musealisierung total?, in: Klaus Fußmann, Heinrich Theodor Grütter, Jörn Rüsen (Hrsg.), Historische Faszination. Geschichtskultur heute (Köln, Weimar, Wien 1994) 129–144, hier 132; Rosmarie Beier (Hrsg.), Geschichtskultur in der zweiten Moderne (Frankfurt a. M. 2000).

Nicht anders verhält es sich mit linken „Barfußhistorikern“ und Geschichtswerkstätten oder Gruppen feministischer Historikerinnen, nur, daß deren kritische Arbeit nicht legitimieren will, was gewesen ist, sondern was werden soll. Damit sind sie in der besten Gesellschaft, denn auch die großen Kritiker des penetrant positiv denkenden deutschen Historismus, Karl Marx, Jacob Burckhardt, Friedrich Nietzsche, legitimierten Geschichte und Historie, nur eben eine je andere Geschichte und Historie: Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen mit gutem Ende, ästhetischen Geschichtsgenuß als „Bewältigung von Ohnmachtserfahrung“⁷, Geschichte im Dienste des Lebens großer Individuen. An einer wichtigen Richtung der jüngeren deutschen Geschichtswissenschaft läßt sich ebenfalls trefflich demonstrieren, wie aggressive Kritik mit der Übernahme von Machtrollen und zunehmendem Alter in bewahrende Haltung umschlägt.

Schließlich hat ja nicht nur positiv Erinnertes legitimatorische Funktion. Wir alle wissen, daß die Erinnerung an Auschwitz keineswegs nur für Israel, sondern auch für Deutschland legitimatorische Funktion hat, für ein Deutschland, das endlich einmal besser sein will als früher.

Wir müssen uns also fragen, ob Geschichtswissenschaft nicht einfach ein weiterer Bestandteil des an und für sich nicht-wissenschaftlichen *kulturellen Gedächtnisses* im Sinne des letzten Preisträgers Jan Assmann ist⁸ und bereits dadurch legitimiert, daß sie als wissenschaftliche Form der uralten Praxis der Memoria durch Dialog, und sei es kritischen Dialog, mit bestimmten Toten deren Andenken am Leben erhält. Hans-Ulrich Wehler mochte Bismarck 1969 noch so heftig attackieren – sein Buch⁹ diente dennoch unvermeidlich der Verbreitung der Botschaft: Bismarck ist wichtig! Kritische Geschichtswissenschaft kann also auf Legitimation zweiten Grades hinauslaufen, vordergründige Kritik auf hintergründige Bestätigung.

Die wirkungsvollste Delegitimation besteht statt dessen im Verschweigen und anschließendem Vergessen. Historiker, auf die das beliebte Adjektiv viel beachtet nicht zutrifft, können dem aus eigener Erfahrung zustimmen. Das berühmteste Beispiel ist das Beschweigen der Frauen in der Geschichte; nur Männer konnten eine legitime Rolle in ihr beanspruchen.

⁷ Wolfgang Hardtwig, *Wissenschaft als Macht oder Askese: Jacob Burckhardt*, in: *ders.*, *Geschichtskultur und Wissenschaft* (München 1990) 161–188, hier 163–166.

⁸ Wenn ich Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis* (München ²1997) 44f., 128f. richtig verstanden habe.

⁹ Hans-Ulrich Wehler, *Bismarck und der Imperialismus* (Köln, Berlin 1969).

Kann man aber auch aktiv Delegitimation betreiben? Ist es bei der geschilderten Lage der Dinge überhaupt möglich, daß Geschichtswissenschaft Delegitimationswissenschaft wird, daß sie aus dem Zwang, identitätsstiftendes kulturelles Gedächtnis sein zu müssen, ausscheren kann? Kann es überhaupt sein, daß unser ewiger Zorn auf die Ergebnisse der Geschichte¹⁰ etwas anderes hervorbringt als widerwillige, aber unvermeidliche Bestätigung dieser Ergebnisse? Dann müßte die Geschichte selbst, nicht nur die Wissenschaft von ihr, sich delegitimieren können, sich selbst wirkungsvoll widersprechen, etwa durch ein Angebot von Alternativen zu dem, was schlußendlich historisch geworden ist.

Über dieses Problem möchte ich heute nachdenken, ausgehend von Beispielen aus meiner vielfältigen Arbeit, um Ihnen und mir selbst Rechenschaft über mein Tun als Historiker abzulegen.

Ich sehe eine doppelte Chance in theoretisch längst bekannten Sachverhalten. Erstens kann Geschichte die Geschichtswissenschaft delegitimieren, solange diese sich dem Anspruch, empirisch zu sein, unterwirft. Deshalb gibt es ein „Vetorecht der Quellen“ gegen Interpretationen, eine Formulierung des früheren Preisträgers Reinhart Koselleck¹¹. Zweitens kann aber auch Geschichtswissenschaft Ansprüche der Geschichte delegitimieren, weil sie durch Nachdenken auf kritische Distanz zur normativen Kraft des Faktischen und den Zwängen des kulturellen Gedächtnisses gehen kann. Aus beiden Gründen kann es jenes ebenso vorläufige wie zerbrechliche Gebilde geben, das man historische Wahrheit nennt.

Das delegitimierende Geschäft ist freilich schwierig und kompliziert, weil Interessen die legitimatorischen Konstrukte hochgradig emotional besetzt und zu kulturellen Selbstverständlichkeiten gemacht haben. Das erweist sich bereits am ersten Beispiel aus meiner Arbeit, dem päpstlichen Nepotismus¹². Vor allem im Spätmittelalter und der Frühneuzeit haben regelmäßig Verwandte der Päpste nur auf Grund dieser Verwandt-

¹⁰ Peter Sloterdijk nach Peter Glotz, Geschichte in der politischen Auseinandersetzung, in: Fußmann, (wie Anm. 6) 159–163, hier 161.

¹¹ Reinhart Koselleck, Standortbindung und Zeitlichkeit, in: ders., *Vergangene Zukunft* (Frankfurt 1989) 206.

¹² Unter den gegebenen Umständen wird man mir die folgenden Selbstzitate hoffentlich nachsehen: Wolfgang Reinhard, Papstfinanz und Nepotismus unter Paul V. (1605–1621). Studien und Quellen zur Struktur und zu quantitativen Aspekten des päpstlichen Herrschaftssystems, 2 Bde. (Päpste und Papsttum 6, Stuttgart 1974); ders., Ämterlaufbahn und Familienstatus. Der Aufstieg des Hauses Borghese 1537–1621, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 54 (1974) 328–427; ders., Nepotismus. Funktionswandel einer papstgeschichtlichen Konstanten, in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 86 (1975) 145–185.

schaft kirchenpolitische Führungspositionen bekleidet, obwohl viele von ihnen dafür völlig ungeeignet waren. Außerdem hat diese Praxis einen beträchtlichen Teil der kirchlichen Einkünfte verschlungen.

Diese Tatsachen sind bekannt und werden auch in Rom höchstens dann geleugnet, wenn es um eine Selig- oder Heiligsprechung geht. So im Falle des Kardinals Roberto Bellarmino, der wie die Päpste auch seine Verwandten nach Kräften gefördert hat. Als er 1923 zur Seligsprechung anstand, verfielen Historiker, die dieses Verhalten dargestellt hatten, der päpstlichen Ungnade, und es wurde eine offizielle Widerlegung in Auftrag gegeben.

Der Nepotismus wird aber gegen Kritik dadurch immunisiert, daß man im Sinne der aristotelisch-scholastischen Trennung von Substanz und Akzidenz zwischen Institution und Person unterscheidet. Akzidentell unwürdige Diener wie z.B. die Borgia, von denen gleich noch einmal die Rede sein wird, vermögen daher den substantiell makellosen Charakter der römischen Kirche in keinem Falle zu beflecken.

Es läßt sich aber zeigen, daß das System des päpstlichen Nepotismus keineswegs akzidentell, sondern ein integrierender Bestandteil des päpstlichen Herrschaftssystems und damit der Institution römische Kirche gewesen ist, und zwar aus zwei Gründen. Erstens galt Verwandtenbegünstigung in der Vormoderne als sittliche Pflicht. Das kann man bei einem so integren Theologen wie Thomas von Aquin nachlesen. Leistungsethos und Gleichheitsdenken waren noch wenig entwickelt, und es gab wenig andere Möglichkeiten für den Einzelnen, sein Leben abzusichern, als die Familie. Zweitens ist diese generelle Schwäche der Institutionen der Grund dafür, daß Verwandte im Ruf standen, die einzig zuverlässigen politischen Mitarbeiter zu sein. Aus beiden Gründen war ein Nepotismus, der nicht exzessiv betrieben wurde, ein völlig normaler und legitimer Bestandteil vormoderner sozialer Praxis.

Auf den ersten Blick scheinen diese Forschungsergebnisse auf eine neue Apologetik, auf eine subtilere Legitimationsstrategie hinauszulaufen. Auf den zweiten Blick haben aber die Betroffenen ihren delegitimatorischen Charakter rasch erkannt – „das Volk Gottes hat keine Sozialgeschichte“, hat mich einst ein römischer Prälat angeschnauzt. Denn unsere Strukturanalyse hat die Institution römische Kirche, die sich kraft göttlicher Stiftung als der kontingenten Gewöhnlichkeit dieser Welt bereits entrückt gebärdet, im Wortsinn radikal auf den Boden der historischen Wirklichkeit ihrer kulturellen Wurzeln zurückgeholt, ihres göttlichen Status entkleidet und zu hundert Prozent menschlich gemacht. Ob der theologische Anspruch des Papsttums damit ebenfalls delegitimiert

ist oder nur neu definiert werden muß, ist nicht mehr Problem der Historiker. Diese gewinnen aber nebenbei die Erkenntnis, daß sich seriöse empirische Ergebnisse häufig durch mehrfache Verwendbarkeit auszeichnen, vielleicht ein Hinweis auf die delegitimatorische Offenheit der Geschichte, von der die Rede war.

Die unwürdigsten Personen, von denen die Kirche als Braut Christi vergewaltigt wurde, kamen aus Spanien. Wir kennen sie alle: die Borgia. Nun kann man Papst Alexander VI. und seine Familie natürlich nicht in Heilige verwandeln. Es läßt sich aber zeigen, daß die Extremformen der medienwirksam gegen sie erhobenen Beschuldigungen unzutreffend sind und durchaus den Namen *Borgia-Legende* verdienen¹³. Sie erweisen sich nämlich als eine Verzweigung der *Leyenda negra*, der *schwarzen Legende*, jener gehässigen Charakteristik der Spanier, mit der Italiener bereits im 15. Jahrhundert ihre Abneigung gegen die damalige westliche Führungsmacht, die ihre Halbinsel beherrschte, zum Ausdruck brachten¹⁴.

Im 16. Jahrhundert wurde die schwarze Legende unter tatkräftiger Mitwirkung Martin Luthers und Wilhelms von Oranien mit neuen Bestandteilen angereichert. Vollentwickelt läuft sie auf Viererlei hinaus: erstens die allgemeine Sittenlosigkeit und Grausamkeit der Spanier, die teilweise auf ihren jüdischen und muslimischen Blutsanteil zurückgeführt wurden, zweitens die Verbrechen König Philipps II., der unter anderem seinen Sohn Don Carlos und seine zweite Frau ermordet haben soll, drittens die Verbrechen der Inquisition, der völkermörderische Absichten unterstellt wurden, viertens die Verbrechen der Conquistadoren an den Indianern. Sie lebt noch heute weiter; in Deutschland wurde sie von Goethes *Egmont* und Schillers *Don Karlos* literarisch kanonisiert.

Das meiste ist längst kritisch zurechtgerückt, aber vor allem der Vorwurf des Völkermords an den Indianern erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Hat nicht der in Spanien bis heute als „Nestbeschmutzer“ verabscheute Kolonialkritiker Bartolomé de las Casas in seinem *Kurzen Bericht von der Zerstörung Indiens* – wir würden sagen *Amerikas* – schon damals festgestellt, die Spanier hätten in wenigen Jahren 12 Mio. Indios umgebracht? Läßt sich nicht empirisch nachweisen, daß die India-

¹³ Vgl. Susanne Schüller-Piroli, Borgia. Die Zerstörung einer Legende (Olten, Freiburg i.Br. 1963).

¹⁴ Wolfgang Reinhard, Eine so barbarische und grausame Nation wie diese. Die Konstruktion der Alterität Spaniens durch die Leyenda negra und ihr Nutzen für allerhand Identitäten, in: Hans Joachim Gehrke (Hrsg.), Geschichtsbilder und Gründungsmythen (Identitäten und Alteritäten 7, Würzburg 2001) 159–177.

nerbevölkerung überall drastisch zurückging und von der zuerst kolonisierten Insel Haiti völlig verschwand?

Selbstverständlich läßt sich der Bevölkerungsrückgang sowenig bestreiten wie die Verbrechen der Conquista, obwohl letztere insofern nicht außergewöhnlich waren, als sie der üblichen Art und Weise entsprachen, mit der man damals – und nicht nur damals – mit hilflosen Menschen fremder Gruppen umging. Aber das Massensterben geht dennoch nicht auf sie zurück, sondern auf die fehlende Immunität der bisher isolierten Bewohner der neuen Welt gegen die Infektionskrankheiten, die von Europäern und Afrikanern eingeschleppt wurden.

Nichtsdestoweniger diente und dient der Völkermordvorwurf zur Legitimation von allerhand spanienfeindlichen Aktionen. Regelmäßig erschienen zu solchen Anlässen Neuauflagen und Übersetzungen des *Kurzen Berichts* des Las Casas, im Zuge des niederländischen Freiheitskampfes gegen Spanien und der spanisch-französischen Kriege des 16. Jahrhunderts, beim katalanischen Aufstand gegen Kastilien, zur Eroberung Jamaicas durch die Engländer, zur Unabhängigkeitsbewegung Spanisch-Amerikas, zum Krieg der USA gegen Spanien 1898 und so fort.

Wilhelm von Oranien hat die 12 Mio. ermordeten Indianer des Las Casas großzügig auf 20 Mio. aufgerundet. Das delegitimatorische Geschäft hat es nicht selten mit solchen frei erfundenen Zahlenangaben zu tun, die aus dubiosen Quellen stammen und von der historischen Literatur ungeprüft weitergegeben werden. Man könnte die 15 Mio. nach Amerika verkauften afrikanischen Sklaven nennen, die inzwischen immerhin auf knapp 10 Mio. reduziert wurden¹⁵, oder die neun Mio. verbrannten Hexen, aus denen inzwischen ganze 52000 geworden sind¹⁶. Damit wird die Schuld der Täter nicht verkleinert, aber unter Umständen die Möglichkeiten zum legitimatorischen Mißbrauch ihrer Untaten reduziert.

Was hat die Kritik der *Leyenda negra* in diesem Sinne delegitimiert? Sie hat den politisch bis heute ausmünzbaren moralischen Superioritätsanspruch des protestantischen Europa gegenüber dem katholischen in Frage gestellt, darüber hinaus denjenigen der USA als der Erben des protestantischen Europa gegenüber Lateinamerika. Denn wenn es in der Neuen Welt Völkermord an Indianern gegeben hat, dann in den britischen Kolonien und den USA und nicht in Lateinamerika!

¹⁵ Philip D. Curtin, *The Atlantic Slave Trade* (Madison 1969).

¹⁶ Wolfgang Behringer, *Hexen* (München 1998) 65 f.

Merkwürdig mutet in diesem Zusammenhang der besondere deutsche Eifer bei der Denunziation des angeblichen spanischen Völkermordes an, der um 1992 sogar zu diplomatischen Spannungen mit Spanien führte. Möglicherweise läßt sich diese Leidenschaft durch den Hinweis delegitimieren, daß zwölf Mio. eben mehr sind als sechs – *Alibi* heißt auf Deutsch bekanntlich *anderswo*.

Damit wären wir bei der deutschen Geschichte, wo neuerdings der beflissene Versuch Aufsehen erregt, die Berliner Republik dadurch historisch zu legitimieren, daß das Alte Reich, das bis 1806 existierte und empirisch geradezu das Gegenteil eines modernen Nationalstaates war, zum *komplementären Reichs-Staat* umgetauft und zum Äquivalent der damals entstehenden Staaten Westeuropas gemacht wird¹⁷. Auf diese Weise soll die historische Identität des wiedergeborenen nationalen Machtstaates der Deutschen um viele Jahrhunderte zurück verlängert werden¹⁸.

Eine Widerlegung lohnt sich nicht. In einer Zeit, in der von Staatsversagen und Politikverdrossenheit die Rede ist, von der Krise oder gar dem Ende des Staates, erscheint es historisch wichtiger, nach der Legitimität des Staates allgemein und nach seiner aktuellen Legitimation durch die Volkssouveränität im besonderen zu fragen¹⁹.

Der vollentwickelte moderne Staat ist nämlich weder *uranfänglich* noch als anthropologische Notwendigkeit die wichtigste der sittlichen Mächte der Geschichte, wie deutsche Philosophen, Historiker und Juristen des 19. und 20. Jahrhunderts immer wieder behauptet haben. Anthropologisch notwendig ist die Ungleichheit unter den Menschen und eine Regelung der Machtverhältnisse, die sich daraus ergeben, also irgend eine Art von politischer Ordnung, nicht aber, daß diese Ordnung die Gestalt des modernen nationalen Machtstaates annehmen mußte.

Ich habe zu zeigen versucht, wie dieser Staat aus der historisch üblichen Kombination struktureller Rahmenbedingungen mit kontingenten menschlichen Aktivitäten entstanden ist. Grob vereinfacht handelt es sich auf der einen Seite um den vorgegebenen Polyzentrismus Europas und das von der Kirche vermittelte Erbe der Antike und des Judentums, auf der anderen um die Dynamik europäischer Dynastien und der in

¹⁷ Georg Schmidt, *Geschichte des Alten Reiches. Staat und Nation in der Frühen Neuzeit 1495–1806* (München 1999).

¹⁸ Heinz Schilling, *Reichs-Staat und frühneuzeitliche Nation der Deutschen oder teilmodernisiertes Reichssystem*, in: *Historische Zeitschrift* 272 (2001) 377–395.

¹⁹ Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart* (München 2000).

ihrem Dienst aufsteigenden Machteliten, wobei diese Dynamik sich vor allem in der Form des Krieges verwirklichte. Entstehung und Entwicklung des Staates wurden vom egoistischen Machtwillen bestimmter Menschen betrieben, deren Aktivitäten neuere Forschung unwidersprochen sogar in die Nähe organisierter Kriminalität gerückt hat²⁰.

Es gibt also keine Legitimität des Staates als Selbstzweck, wie uns lange gepredigt wurde. Vielmehr besteht, historisch gesehen, seine Legitimität ziemlich unimposant darin, daß es ihn nun einmal gibt und wir nach Lage der Dinge ohne seine Dienstleistungen nicht auskommen – auch Professoren nicht ohne das Gehalt, das er ihnen – noch – bezahlt.

Wo bleibt dann aber seine demokratische Legitimation durch die Volkssouveränität? Bereits Friedrich Nietzsche hat sie mit gewohnter Schärfe entlarvt: „Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: ‚Ich, der Staat, bin das Volk‘. [...] der Staat lügt in allen Zungen des Guten und Bösen; und was er auch redet, er lügt – und was er auch hat, gestohlen hat er’s. [...] Denn er will durchaus das wichtigste Thier auf Erden sein, der Staat; und man glaubt’s ihm auch. – Also sprach Zarathustra.“²¹

Rousseau versprach, dem Menschen dadurch Freiheit zu garantieren, daß er nur Gesetzen gehorchen müsse, die er sich selbst gegeben habe. Denn als Bürger vereinige er ja die Eigenschaften des Untertanen mit denjenigen des Souveräns. Historisch gesehen, erwies sich dieses Konstrukt als die genialste Errungenschaft zur Legitimation der am eigenen Wachstum arbeitenden Staatsgewalt. Bis dahin beruhte sie nämlich auf Fremdlegitimation, auf dem Gottesgnadentum oder der Erbringung von Leistungen für das Gemeinwohl, der Garantie des Existenzminimums, der sogenannten *Hausnotdurft*, der Garantie von Frieden und Recht. Dank Rousseau aber wurde die Staatsgewalt zum legitimatorischen Selbstversorger, entzog sich jedem Kontrollanspruch der Religion und der Untertanen. Künftig konnte sie selbst über ihre Kompetenzen entscheiden.

Außerdem wird gerne übersehen, daß Rousseaus System streng genommen nur in der direkten Gemeindedemokratie funktionieren konnte, in einer politischen Welt, in der Bürger tatsächlich noch über das mitbestimmen konnten, was sie unmittelbar angeht. Wir sollten uns daran erinnern, daß *Politik* von Haus aus das öffentliche Leben einer *Polis*,

²⁰ Charles Tilly, War Making and State Making as Organized Crime, in: Peter B. Evans, Dietrich Rueschemeyer, Theda Skocpol (Hrsg.), Bringing the State Back In (Cambridge 1985) 169–191.

²¹ Nietzsches Werke. Klassiker Ausgabe, Bd. 6 (Stuttgart 1921) 69f., 194.

eines Stadtstaates bezeichnete und auf den modernen Großstaat nur in übertragenem Sinn angewandt werden kann, wenn überhaupt.

Es sind übrigens nicht nur Historiker, die Volkssouveränität als juristische Fiktion bloßstellen. Denn während ein prominenter Kommentator von Grundgesetz 20,2 im Jahre 1980 noch von der Volkssouveränität ausging²², werden den Besuchern des deutschen Bundestages im Jahr 2001 offizielle Druckschriften verteilt, in denen dieser sich selbst zum Souverän erklärt²³.

Wie wir sahen, delegitimiert Geschichte durch Geschichtswissenschaft. Im Extremfall hat Geschichte aber die Kraft, sogar das Treiben ihrer eigenen Wissenschaft, der Historikerinnen und Historiker zu delegitimieren. Seit der sogenannten linguistischen Wende haben wir ja nicht nur gelernt, mit ganz neuer Sorgfalt auf ganz neue Momente unserer Quellentexte zu achten. Nein, wir mußten sogar erfahren, daß Sprachen in sich geschlossene Referenzsysteme sind, daß es in der Welt deshalb nur Texte gibt, die beliebig auslegbar sind, so daß kein Unterschied mehr zwischen Literatur und Wissenschaft ausgemacht werden kann. Irgend-eine historische Wahrheit hinter den Texten, auf die deren Sprache sich bezöge, gibt es nicht, und wenn es sie gäbe, wäre sie ohne Interesse. Eine prominente Historikerin hat demgemäß an prominenter Stelle ihr Schreiben ungescheut als Dichtung definieren können²⁴.

Obwohl diese neue Historik auf jüdische Denker und die Tradition jüdischer Bibelauslegung zurückgeht²⁵, ist sie paradoxerweise am zentralen Faktum der jüdischen und deutschen Geschichte gescheitert. Der Massenmord an Juden ist kein Text. Die extremen Schrecken der Geschichte, die Geschichte als der Ort des Bösen, haben den intellektuellen Höhenflug postmoderner Studierzimmerhistorie delegitimiert²⁶.

²² Roman Herzog, Artikel 20 (1980) 31 u. ö., in: Theodor Maunz, Günter Dürig u. a., Grundgesetz. Kommentar, Bd. 2.

²³ Einblicke – Ausblicke. Ein Rundgang durch den deutschen Bundestag (Berlin 2000) 8.

²⁴ Wenn Natalie Zemon Davis, *The Shape of Social History*, in: *Storia della storiografia* 17 (1990) 31 die Geschichte des historisch Möglichen schreiben will, dann ist das im klassisch-aristotelischen Verständnis schöne Literatur, denn Poesie hat es mit dem Möglichen zu tun, Historie aber mit dem Wirklichen. Vgl. auch die Auseinandersetzungen um *dies.*, Die wahrhaftige Geschichte von der Wiederkehr des Martin Guerre (Frankfurt a. M. 1989) sowie ihren öffentlichen Vortrag beim Aachener Historikertag 2000.

²⁵ Ich stütze mich auf die Beiträge der jüdischen Philosophin Almut S. Bruckstein zu dem bisher von mir geleiteten Forschungsprojekt „Hermeneutik interkulturell – intrakulturell – transkulturell“, die hoffentlich bald gedruckt vorliegen werden. Eine zentrale Rolle spielt in diesem *frankoamerikanischen Diskurs* natürlich Jacques Derrida.

²⁶ Vgl. Hayden White, *Historical Emplotment and the Problem of Truth*, in: Saul Friedländer (Hrsg.), *Probing the Limits of Representation: Nazism and the „Final Solution“* (Cam-

Es ist nicht einfach, Geschichte als Delegitimation zu betreiben. Der britische Historiker Geoffrey Elton hat 1976 dergleichen zwar zur Pflicht der Historiker erklärt: „Seitdem historische Forschung professionell geworden ist, das heißt, systematisch, gründlich und auf Quellen beruhend, hat sie immer wieder gerade jene Interpretationen zerstört, die besonderen Interessen dienten, insbesondere dem nationalen Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen.“²⁷ Das hat ihn aber nicht daran gehindert, sich als historischer Ideologe des starken Staates zu profilieren²⁸. Auch Historiker sind wie alle Menschen in gesellschaftliche und fachliche Interessen eingebunden. Wahrscheinlich kann man der Aufgabe nur gerecht werden, wenn man gesellschaftlich und fachlich ein bißchen Außenseiter ist. Der Historiker als Hofnarr, der den Mächtigen unangenehme Wahrheiten sagen darf²⁹, über die sie dann zur Tagesordnung übergehen können.

Doch warum tue ich's eigentlich? Ich glaube nämlich nicht, daß Goethe ganz recht hat, wenn er meinte: „Geschichte schreiben ist eine Art, sich das Vergangene vom Halse zu schaffen.“³⁰ Und ich zweifle auch an der Verheißung, die an meiner Universität eingemeißelt ist und als mißbrauchter Bibelspruch eigentlich ebenfalls delegitimatischer Kritik bedürfte: „Die Wahrheit wird euch frei machen.“³¹ Frei wovon? Frei wozu?

Lieber halte ich mich an das Pathos des absurden Theaters, an Samuel Beckett: „Ein Loch nach dem anderen in [die Sprache] zu bohren, bis das Dahinterkauernde, sei es etwas oder nichts, durchzusickern anfängt – ich kann mir für den heutigen Schriftsteller kein höheres Ziel vorstellen.“³² Auch nicht für den heutigen Historiker! Aber derselbe Beckett schrieb stammelnd gegen Ende seines Lebens, ich übersetze: „Immer versucht. Immer gescheitert. Macht nichts. Versuchs wieder. Scheitere wieder. Scheitere besser.“³³

bridge MA 1992) 37–53, hier 38, nach *Egon Flaig*, Kinderkrankheiten der Neuen Kulturgeschichte, in: Rechtshistorisches Journal 18 (1999) 458–476, hier 465.

²⁷ Nach *Richard J. Evans*, Fakten und Fiktionen. Über die Grundlagen historischer Erkenntnis (Frankfurt a.M. 1998) 147.

²⁸ Ebd. 184f.

²⁹ Ebd. 147 nach *Theodore Zeldin*, Social History and Total History, in: Journal of Social History 10 (1976) 237–245, hier 245.

³⁰ *Johann Wolfgang von Goethe*, Maximen und Reflexionen 105, aus: Über Kunst und Altertum, Dritten Bandes erstes Heft (1821), Eigenes und Angeeignetes in Sprüchen, in: Sämtliche Werke (Münchner Ausgabe) Bd. 17 (München 1991) 739.

³¹ Joh 8, 32.

³² *Samuel Beckett*, Disjecta (1937, London 1983) 52.

³³ *Samuel Beckett*, Worstward Ho (London 1983) 7: Ever tried. Ever failed. No matter. Try again. Fail again. Fail better.

Kollegvorträge

Jürgen Trabant

Sprache der Geschichte

(35) Un tal lessico si trova esser necessario per sapere *la lingua con cui parla la storia ideal eterna*, sulla quale corrono in tempo le storie di tutte le nazioni.

Ein solcher Wortschatz erweist sich als nötig um die Sprache zu kennen, mit der die ewige ideale Geschichte spricht, nach der die Geschichten aller Nationen in der Zeit verlaufen.

„La lingua con cui parla la storia ideale eterna“, „die Sprache, mit der die ewige ideale Geschichte spricht“. Diese Wendung aus Vicos *Scienza Nuova* von 1744 ist Ausgangspunkt meiner Überlegungen zur Sprache der Geschichte. Eine solche Sprache muß den Sprachwissenschaftler interessieren, der es ja normalerweise mit sehr viel bescheideneren Sprechern und Sprachen zu tun hat: mit Menschen und mit deren Sprache, vor allem mit Menschengruppen, Nationen, und deren Sprachen; *langues* nennt dies die Linguistik terminologisch seit Saussure. Daß aber hier die Geschichte spricht, ja sogar die Ewige Ideale Geschichte, la storia ideale eterna, also gewissermaßen die Obergeschichte, das ist für jeden Sprachwissenschaftler eine Herausforderung.

Und für einen Sprachwissenschaftler, der ein Jahr lang zu den Historikern gehören darf – und der seinen historischen Mitstipendiaten für Inspiration und Hilfe herzlich dankt –, ist dies natürlich eine wunderbare Gelegenheit, seine linguistische Kompetenz am Gegenstand der Historiker, an der Geschichte, zu erproben. Das ist zusätzlich deswegen interessant, weil sich die Historiker ja ihrerseits derzeit Sprachlichem zugewendet haben bzw. sich von einem „linguistic turn“, einer „sprachlichen Wende“, bedroht fühlen (in Deutschland scheint dies eher als eine Bedrohung erlebt zu werden). In dieser Hinwendung der Historiker zum Sprachlichen geht es einerseits ebenfalls um die sprechende Geschichte. Andererseits aber – und vor allem – geht es um die Sprache der Historiker, also um die Sprache der Geschichts-Wissenschaft. Der Titel „Sprache der Geschichte“ ist natürlich zweideutig, weil der Ausdruck „Geschichte“ zweideutig ist und, wie Koselleck sagt (1979, 130), „den Ereigniszusammenhang und dessen Darstellung“ bzw. sie selbst und „das

Wissen ihrer selbst“ meint: *res gestae* und *historia rerum gestarum*. Vom linguistic turn sind beide Ebenen, beide Sprachen der Geschichte, betroffen.

Wenn ich etwas über die Sprache der Geschichtswissenschaft sage, so ist dies notwendigerweise auch eine Reflexion über das, was ich meinerseits derzeit am Historischen Kolleg treibe: Ich arbeite dort ja als Historiker, nicht als Linguist, als Historiker der Sprachwissenschaft und der Sprachphilosophie. Vicos Formel „la lingua con cui parla la storia“ gibt mir nun die Gelegenheit, dies Verhältnis wieder umzudrehen und wieder als Linguist aufzutreten, als Linguist der Geschichte. Nicht Geschichte der Sprachwissenschaft betreibe ich, sondern Sprachwissenschaft der Geschichte¹.

Drei Dinge fallen dem Linguisten auf bei Vicos Satz über die Sprache der Geschichte:

Erstens: Die Geschichte spricht, d.h. die Geschichte ist ganz offensichtlich ein Subjekt, ein Sprache habendes Wesen wie der Mensch, ein *zoon logon echon*. Ich sagte schon, daß dies auf den ersten Blick eine ziemlich ungewöhnliche Sprecherin ist.

Zweitens: Die Sprache, mit der die Geschichte spricht, ist ein Wortschatz: *lessico*. Sie ist offensichtlich keine Grammatik oder gar eine Syntax. Die Sprache der Geschichte ist außerdem anscheinend *langue*, d.h. ein „System“ und nicht, was zumeist mit „Sprache der Geschichte“ gemeint ist: *Rede*, Diskurs, kommunikative Handlung. Sie ist außerdem, soviel schon einmal vorneweg, nicht eine bestimmte historische Einzelsprache, also etwa das Lateinische, sondern ein Gemeinsamer Geistiger Wortschatz der Menschheit jenseits der Partikularität irgendwelcher Einzelsprachen.

Drittens: Der Gemeinsame Geistige Wortschatz ist die Sprache der Geschichte als „Ereigniszusammenhang“, aber er ist offensichtlich *zugleich* auch die Sprache der *Wissenschaft* von der Geschichte. Vico sagt dies an mehreren Stellen ausdrücklich: „la lingua di questa scienza“. Das heißt die Sprache des Ereigniszusammenhangs und Sprache des Wissens über diesen Ereigniszusammenhang koinzidieren. Die beiden Sprachen der Geschichte fallen zusammen. Diese schöne Koinzidenz ist in der modernen Wissenschaft von der Geschichte fraglich geworden. Ja das Verhältnis von sprechender Geschichte – wenn die Geschichte denn spricht – und Sprache des Wissens von der Geschichte ist gerade *das* Problem

¹ Beiträge zu einer solchen einigermaßen neuen und etwas exzentrischen linguistischen Disziplin sind z. B. *Stempel* (1973) und *Busse* (1987).

der Geschichtswissenschaft. Es ist der gefährliche Abgrund, in dem der linguistic turn lauert.

Ich werde im ersten Teil meines Vortrags die folgenden drei Punkte bei Vico behandeln: 1. die Geschichte als Sprecherin, 2. die Wissenschaft von der Geschichte, 3. die Sprache der Geschichte, die zugleich die Sprache ihrer Wissenschaft ist. Im zweiten Teil werde ich dann fragen, ob denn die Geschichte heute immer noch spricht und was es mit der „lingua di questa scienza“ auf sich hat, mit der Sprache der Geschichtswissenschaft. Da geht es vor allem um den linguistic turn. Zuerst also ins 18. Jahrhundert, wo alles noch so schön war, wo noch die Ewige Ideale Geschichte sprach.

1. Die Ewige Geschichte spricht

1.1. Die Sprecherin

Ich verdeutliche das Sprechen der Geschichte unter Bezugnahme auf das berühmte Frontispiz der *Scienza Nuova*.

Diese dem Buch vorangestellte allegorische Darstellung faßt nach der ausdrücklichen Intention Vicos die „Idee des Werkes“ in einem Bild zusammen. Vor der Lektüre des Werkes – also vor der eigentlichen Wörter-Sprache – könne der Leser mit diesem Bild die Idee des Werkes „begreifen“, concepire. Nach der Lektüre, sozusagen post-sprachlich, begünstige dann das Bild mit Hilfe der Phantasie die Erinnerung – memoria – des Gesagten. Schon diese Überlegungen enthalten Vicos Grundvorstellungen zum Verhältnis von Bild und Sprache, von Imagination und Rationalität und zur Geschichte der Sprache, auf die ich hier aber nicht eingehe².

² Vgl. Trabant (1994a).



1.1.1. Das Bild zeigt, daß in Vicos Welt alles bestens geregelt ist: Die göttliche Vorsehung, la Provvedenza divina, herrscht in der Welt, in der Natur, im *mondo naturale*, ebenso wie in der gesellschaftlichen Welt, im *mondo civile*. Oben links im mystischen Dreieck erscheint das Auge Gottes, welches die ganze Szene überblickt und erleuchtet. Das menschliche Denken ist dargestellt von der Dame mit den Flügeln, die auf der Erdkugel balanciert. Es ist die Philosophie, genauer: die *Meta-Physik* im wörtlichen Sinne, *metà physike* – also das auf der *physischen*, der natürlichen Welt basierende Denken. Das Neue an Vicos Philosophie ist aber

die Tatsache, daß sich im Herzen der Metaphysik das Licht des Göttlichen Auges bricht und auf den *anderen* Teil der Welt geworfen wird: auf die *gesellschaftliche* Welt, den *mondo civile*. Vico gründet ja seine *Wissenschaft* – also die Suche nach sicherem und wahrem Wissen – nicht auf der Natur, sondern auf dem Politischen. Nur hier, so die bekannte Begründung, könne man sicheres Wissen haben, weil man nur das sicher wissen könne, was man selber gemacht habe, und dies sei nun einmal der *mondo civile* und nicht die Natur, die wir nicht erkennen könnten, weil wir sie nicht gemacht hätten.

Mondo civile ist – außer der Erdkugel – alles, was man auf dem Bild sieht: die Statue Homers, der Altar, der die natürliche Welt trägt, das Ruder, der Pflug, die Urne, die Schrifttafel, das Likatorennbündel und so weiter. Dies sind Symbole, Bilder oder – wie Vico sagt – *Hieroglyphen* des *mondo civile*, der gesellschaftlichen oder mit dem alten griechischen Wort: der „politischen“ Welt. Die Meta-Physik wird bei Vico *Meta-Politik*.

Die beherrschende Gestalt der politischen Welt, des *mondo civile*, ist nun – einigermaßen überraschend – *Homer*, auf dessen Statue aus dem Herzen der Metaphysik der Strahl der göttlichen Vorsehung fällt. Die andere Hauptgestalt – man sieht sie kaum, und sie wird deswegen auch gern übersehen – ist *Herkules*. Er ist vermittelt der Sternbilder Löwe und Jungfrau im Zodiak der Erdkugel dargestellt. Herkules ist der fundamentale politische Held. Er überwindet die Wildheit der Natur, er ist die *materielle* Bearbeitung der Welt, die Umwandlung der Natur in Kultur im wahrsten, also landwirtschaftlichen Sinne des Wortes: *coltura*. Herkules ist die Arbeit und damit die Grundlage des Gesellschaftlichen überhaupt, der Vater der Nation. Homer ist demgegenüber der Schöpfer der Zeichen – der *poeta* –, er repräsentiert die *geistige* Bearbeitung der Welt, die geistige Transformation der Natur in *Kultur* im modernen übertragenen Sinn (Vico verwendet das Wort *coltura* allerdings nicht in diesem Sinne) bzw. genauer: in Sprache. Homer ist die Sprache. Und Homer ist, jedenfalls in dieser Darstellung der gesellschaftlichen Welt, offensichtlich die dominante Gestalt.

1.1.2. „Homer“ ist nun die eigentlich geniale Einsicht Vicos, das wirklich Neue der Neuen Wissenschaft und das für mein Thema Wichtige: Der *mondo civile* ist nicht nur das Recht, also die gesellschaftliche Organisation selbst, das Soziale als solches, Herkules, sondern immer *zugleich* auch Sprache, Homer. Und diese Einsicht Vicos ist nichts mehr und nichts weniger als ein linguistic turn, eine sprachliche Wende, der

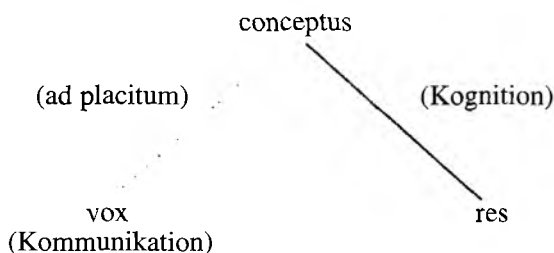
Philosophie. Es ist der erste linguistic turn in der Geschichte des abendländischen Denkens, vor dem zweiten, den Herder und Humboldt bewerkstelligen werden, und lange vor dem dritten, den je nach Geschmack Frege oder Wittgenstein vornehmen, und sehr lange vor dem linguistic turn der aktuellen Geschichtswissenschaft. Die „sprachliche Wende“ der Philosophie drückt sich bei Vico in dem ganz harmlos klingenden Satz aus, daß er nach jahrelangem Nachdenken herausgefunden habe, daß die ersten Menschen „Poeten“ gewesen seien, die in „poetischen Charakteren“ gesprochen hätten:

(34) [...] ch'i primi popoli della gentilità, per una dimostrata necessità di natura, furon poeti, i quali parlarono per caratteri poetici.

[...] daß die ersten Völker des Heidentums – mit nachgewiesener Naturnotwendigkeit – Poeten gewesen sind, die in poetischen Charakteren sprachen.

Dieser harmlose Satz bedeutet nämlich nichts weniger als die Feststellung, daß die Menschen in Zeichen denken, daß die geistige Bearbeitung der Welt immer eingelassen ist in Zeichen und Sprache, zuerst in „poetische Charaktere“, die sich nach und nach in die Wörter der Lautsprache verwandeln.

Diese Einsicht weist die traditionelle europäische Auffassung zurück, daß das Denken unabhängig von den Sprachen und Zeichen sei. Die Philosophie, das Nachdenken über das Wissen des Menschen, hat nämlich in ihrer herrschenden Lehre seit der Antike gemeint, die Sprache sei nur etwas zum Denken Hinzukommendes, ein Äußeres, welches das Gedachte nur zum Zwecke der Mitteilung an andere bezeichne. Im wirkungsmächtigsten europäischen philosophischen Text über die Sprache, in Aristoteles' *De interpretatione*, wird das etwa folgendermaßen gesagt:



Danach haben wir auf der einen Seite das Denken, die Kognition: der Geist macht sich ein geistiges Bild, *conceptio*, *conceptus*, von der Sache, *res*. Das Wort – *vox* – auf der anderen Seite hat nur die Aufgabe, das sprachlos Gedachte anderen mitzuteilen: Kommunikation. *Vox* hat mit

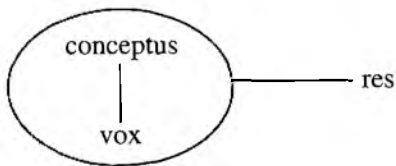
dem Denken nichts zu tun, sondern kommuniziert. Das heißt „Sprache“ ist nur *vox*, nur kommunikativer Laut. Diese Auffassung ist nicht nur durch die jahrtausendelange Präsenz von *De interpretatione* tief in das Denken des Abendlandes eingeprägt. Sie ist es auch deswegen, weil sie – wie Humboldt einmal gesagt hat – so trivial ist.

Vico gelingt nun ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die Einsicht, daß Denken und Kommunizieren nicht getrennt sind, sondern daß Sprache beides ist oder – anders gesagt – daß die geistige Aneignung der Welt schon *durch die Sprache* erfolgt, daß also der *conceptus* schon etwas Sprachliches ist und **unauflöslich mit *vox* verbunden ist**:

(401) *lógos* significa e „idea“ e „parola“.

lógos bedeutet sowohl „Idee“ als auch „Wort“.

Schematisch dargestellt, sähe das dann folgendermaßen aus:



„Sprache“ ist *conceptus* und *vox* zugleich. Denken und Sprechen sind also miteinander verbunden. Die geistige Bearbeitung der Welt ist nicht ein *reines* Denken, sondern ein Schaffen von Zeichen, die zweiseitig sind, d. h. aus *vox* und *conceptus* bestehen, oder, wie Saussure sagt, aus *signifiant* und *signifié*, die unauflöslich miteinander verbunden sind.

1.1.3. Dieses Sprechen-Denken ist nun, das zeigt ja die prominente Stellung der Statue des Homer in aller Deutlichkeit, *eingelassen in die gesellschaftliche Organisation*. Die geistige Aneignung der Welt, Sprache und Zeichen, und die gesellschaftliche Organisation sind zwei Seiten desselben Prozesses. Die sprachliche Wende der Philosophie ist also auch eine sprachliche Wende der *Politik*. Vico macht dieses Verwoben-sein von Denken, Sprache-Zeichen und Recht an folgendem Beispiel deutlich. Der erste Gedanke der Menschheit ist auch das erste Wort, das gleichzeitig den politischen Kern des *mondo civile* bezeichnet. Das erste lautliche Wort ist nämlich: *IOUS*, das folgendermaßen entsteht: Der noch tierhafte Mensch wird erschreckt von der Gewalt des Donners. Er bannt den Schrecken, indem er ihn mimetisch abbildet: *IOUS*. Dieser Laut ist ein Laut-Bild, mit dem sich der Mensch die Welt geistig-semio-

tisch aneignet. Und dieser Ausruf ist gleichzeitig der Name Gottes: *Iovis* und das Wort *Ius*, „Recht“. Dieses erste Wort denkt und sagt das Prinzip der gesellschaftlichen Organisation.

Der *mondo civile* spricht also.

1.1.4. Aber an der eingangs zitierten Stelle hieß es ja, daß die *Geschichte* spricht. „La lingua in cui parla la *storia*“. Von „Geschichte“ war aber bisher noch nicht die Rede, sondern nur von gesellschaftlicher Welt, *mondo civile*.

Man hat in Diltheyscher Redeweise den Ausdruck *mondo civile* mit „geschichtlicher Welt“ wiedergegeben, z. B. Auerbach in seiner Übersetzung der *Scienza Nuova*, was sicher nicht ganz falsch, aber doch eine ganz bewußt tendentielle Interpretation ist. Der Ausdruck *civile*, der dem griechischen *politikos* entspricht, bedeutet „gesellschaftlich“; *civitas* oder *polis* ist „Gemeinschaft, Bürgerschaft, Gesellschaft“ und vorderhand nicht „Geschichte“. Die Grundopposition Vicos heißt *natura* versus *civitas-polis*, nicht *Natur* vs. *Geschichte*, im übrigen auch nicht *Natur* vs. *Kultur*, wie Kittler (2000) uns glauben machen möchte. Vico sagt „Geschichte“, wenn er Geschichte sagen will: *storico* oder *storia* („Kultur“ sagt er überhaupt nicht). *Geschichte*, *storia*, ist die *zeitliche*, die *diachronische* Dimension des Politischen.

In diesem zeitlichen Ablauf des *mondo civile* – la *storia* – wird die genannte Duplizität von gesellschaftlicher Organisation und Sprache besonders deutlich. Die *Geschichte spricht*, weil der *mondo civile* eine sprechende Welt ist. Die politische Diachronie sieht folgendermaßen aus: Zuerst organisieren sich die Menschen in der theokratischen Herrschaft eines Großen Vaters, dann assoziieren sich die Väter zu einer aristokratischen Herrschaft, die schließlich vom Volk revolutionär in eine Gesellschaft der Rechtsgleichheit aller Menschen umgestaltet wird. Es folgen aufeinander das göttliche, das heroische und das menschliche Zeitalter. Diesen drei gesellschaftlichen Organisationsformen entsprechen drei semiotische Formen, d. h. jede der drei Rechtsformen hat auch eine sprachlich-semiotische Struktur. Auf die ursprüngliche, göttliche Sprache folgt die heroische und auf diese die menschliche Sprache. Grob gesagt stellt sich Vico die Entwicklung der menschlichen Zeichen so vor, daß am Anfang – wie in seinem Buch – abbildliche Zeichen stehen und daß die Sprachen dann immer weniger abbildlich werden, „willkürlicher“, „arbiträrer“. Außerdem wird die Sprache, die am Anfang hauptsächlich visuell war, immer lautlicher. Am Ende der Entwicklung der menschlichen Semiose stehen die menschlichen Lautsprachen.

1.1.5. Für das Geschichtskonzept Vicos ist nun entscheidend, daß die Diachronie des *mondo civile*, die *storia*, überall wesentlich *dieselbe* ist. Der Dreischritt der politischen und semiotischen Organisation ist Ewige Ideale Geschichte, d.h. ein als ewig von der Vorsehung eingerichteter, bei allen Völkern gleicher Ablauf politischer und sprachlicher Strukturen. Die Völker machen es zwar durchaus individuell verschieden: von den „*diverse e contrarie vie*“ der Völker, ihren verschiedenen und gegensätzlichen Wegen, ist auf der ersten Seite der *Scienza Nuova* die Rede. Aber *prinzipiell* machen sie es alle gleich. Die Geschichten aller Völker verlaufen nach dem Schema der *storia ideale eterna*. Diese ist also die gesuchte Sprecherin, keine besonders phantasievolle Person. Die Story, die sie erzählt, ist überall dieselbe.

Und weil das so ist, hat die Geschichte auch nur *eine* Sprache, mit der sie durch alle Verschiedenheiten hindurch dieselben politischen Institutionen überall in der Welt gestaltet: ein Gemeinsames Geistiges Wörterbuch (*dizionario mentale comune*). Die sprechende Geschichte erzählt überall dieselbe Geschichte mit denselben Wörtern. Etwas linguistischer gesagt: Die ewige ideale Geschichte hält in all ihren verschiedenen Äußerungen (*parole*) immer dieselbe Rede mittels einer überall und immer grundsätzlich identischen *langue*, sozusagen mittels eines universellen Sprach-Systems.

Und nur weil dies so ist, weil die Menschen im Grunde die gesellschaftliche Welt überall strukturell gleich gestalten und weil der *mondo civile* diesen idealen und ewigen diachronischen Ablauf hat, kann er auch die Basis von *Wissenschaft* sein (und darum geht es Vico: *Scienza Nuova*). Damit bin ich beim zweiten Punkt: bei der Wissenschaft von der Geschichte.

1.2. Wissenschaft

1.2.1. Diesen ausgesprochen *universellen* Zug der Vicoschen Theorie hat gerade die Vico-Lektüre der modernen Historiker und Kulturwissenschaftler immer gern übersehen. Man hat dabei zumeist nur den ersten Teil von Vicos Epistemologie betrachtet: Sichere Erkenntnis ist möglich, weil die gesellschaftliche Welt vom Menschen gemacht ist und weil wir nur das erkennen können, was wir selber gemacht haben. Das klingt ja wie eine wunderbare Rechtfertigung der Wissenschaftlichkeit der sich im 19. Jahrhundert konstituierenden Wissenschaften von der Kultur, der Geschichte und der Politik. Und es klingt, als sei das hermeneutische Verstehen partikularer historischer Gestalten damit gemeint. Nur: dies

war gerade nicht gemeint. Denn zur Wissenschaft gehört für Vico noch eine eherne zweite Bedingung, nämlich:

(163) *scientia debet esse de universalibus et aeternis.*

Wissenschaft gibt es nur vom Universellen und Ewigen.

Vico hält also an der entscheidenden wissenschaftstheoretischen Stelle seines Werks diesen alten aristotelischen Standard von Wissenschaftlichkeit aufrecht: *de individuis non est scientia*. Vico unterschreibt zusätzlich das wissenschaftstheoretische Programm der von Bacon instaurierten Neuen Wissenschaft, der entstehenden modernen Naturwissenschaft, d. h. das klassische Programm der Induktion: das empirisch Vorliegende ist auf die dahinterliegenden ewigen und universellen Gesetze zu untersuchen.

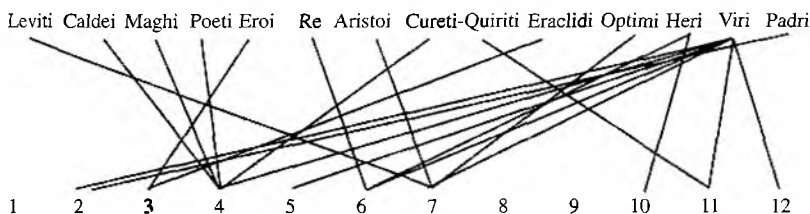
Anders gesagt: die (Neue) Wissenschaft von der Geschichte oder die (Neue) Wissenschaft vom *mondo civile* ist gerade keine Geschichte im modernen Sinn, sondern *Wissenschaft*, d. h. Aufsuchung universeller und ewiger Gesetze des Politischen und des mit diesem verknüpften Sprachlich-Semiotischen: *allgemeine Wissenschaft der Gesellschaft und allgemeine Sprach- oder Zeichenwissenschaft*.

1.2.2. Dennoch – und diese Einschränkung ist nun einfach zentral – das *Spezifische* dieser Erforschung des Universellen ist die Tatsache, daß Vico bei seinem Blick auf das Universelle einen Raum für das *Besondere*, für verschiedene Ansichten, „*diversi aspetti*“ (445), läßt. Insofern ist seine Wissenschaft von der Geschichte zwar nicht Geschichte, sie ist aber auch nicht (Natur-)Wissenschaft, sondern etwas, was man vielleicht am besten „historische Anthropologie“ nennen könnte: Sie sucht das Universelle, bewahrt dabei aber das Partikulare auf. Vicos Wissenschaft hält also die *Schwebe* zwischen dem Universalismus naturwissenschaftlicher Forschung und dem Partikularismus moderner kulturwissenschaftlicher und historischer Forschung. Das läßt sich nun gerade am Gemeinsamen Geistigen Wörterbuch, also an seiner „Sprache der Geschichte“, gut zeigen.

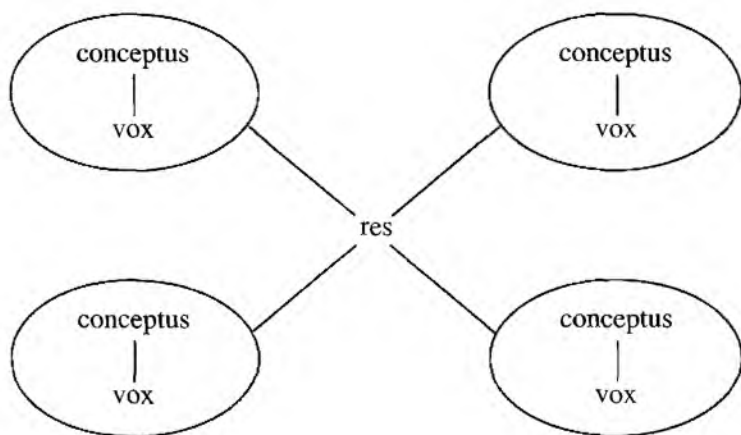
1.3. Das Gemeinsame Geistige Wörterbuch

Der Neue Wissenschaftler befindet sich vor dem Ensemble der Zeichen, die der *mondo civile* in seiner geschichtlichen Entwicklung erzeugt hat, vor der „Philologie“. Philologie ist die Materialsammlung, das Archiv des Neuen Wissenschaftlers, seine *memoria*. Als Wissenschaftler, d. h.

als Agent der ratio, sucht er nun aber gemäß seinen epistemologischen Vorgaben nach dem Ewigen und Universellen hinter dem tatsächlich Vorliegenden. So liegen ihm – das ist Vicos Beispiel – fünfzehn verschiedene Wörter vor, die alle den Vater der Nation, den Herkules, die erste Rechtsinstitution also, bezeichnen:



Diese Wörter bezeichnen zwar alle dieselbe Sache, aber sie stellen die Sache jeweils anders dar. Das eine Wort „sieht“ die Stärke, das andere die Waffengewalt, die Macht, die Priesterschaft etc. Auch eine Kombination von Eigenschaften ist möglich, Vico erwähnt insgesamt zwölf ewige Eigenschaften. Das Wort *Heri* etwa bezeichnet die Eigenschaften 6 und 10, *Re* dagegen nur Eigenschaft 6. Verschiedene Wörter geben also verschiedene Ansichten von derselben Sache: *diversi aspecti*. Humboldt wird sagen, daß die verschiedenen Sprachen verschiedene „Weltansichten“ sind. Das Gemeinsame Geistige Wort ist das *Ensemble* dieser Wörter und ihrer Semantik. Schematisch können wir das folgendermaßen darstellen:



Spezifisch für das Gemeinsame Geistige Wort ist also, daß Vico die verschiedenen Ansichten derselben Sache nicht tilgt, sondern sie in seinem Lexikon aufhebt. Vico hält die verschiedenen Welt-Ansichten aus. Ja die Verschiedenheit ermöglicht es gerade, möglichst viele Eigenschaften des betrachteten Gegenstandes zu erkennen. Dabei interessiert ihn aber nicht der einzelne individuelle Anblick als solcher. Ihn interessiert das *Ensemble*. Das Ensemble der verschiedenen Ansichten ist das Universelle Wort, das *Gemeinsame* Geistige Wort, und auf diese Gemeinsamkeit kommt es ihm an.

Die Sprache der Geschichte ist also ein Wörterbuch der politischen Grundbegriffe der Menschheit. Diese setzen sich jeweils aus den verschiedenen Wörtern individueller Sprachen zusammen. Die Sprache der Geschichte ist gerade keine bestimmte Einzelsprache, sondern das Zusammenschauen oder Zusammenklingen, Synopsis und Symphonie, aller Sprachen der Menschheit.

1.4. Fazit

Mit einem Fazit der Überlegungen zu Vico leite ich zum zweiten Teil über, zum linguistic turn der Geschichte heute:

1. Ganz bestimmt also ist Vicos Philosophie ein linguistic turn der *Philosophie*.

Und weil diese Philosophie sich auf den *mondo civile*, auf die politisch-soziale Welt, bezieht, ist sie auch ein linguistic turn der *Politik*.

Und sofern der *mondo civile* in seiner zeitlichen Dimension auch Geschichte ist, ist sie auch ein linguistic turn der *Geschichte*.

Soziales und Semiotisches sind untrennbar miteinander verbunden. Die Geschichte spricht. Für diese linguistisch-semiotische Auffassung von Geschichte kann Vico ganz sicher als Ahnherr angerufen werden.

2. Die explizit universalistische Ausrichtung seiner Wissenschaft von der Geschichte läßt diese allerdings eher als historische Anthropologie oder allgemeine Sprach- und Zeichenwissenschaft erscheinen denn als Geschichte. Denn diese Wissenschaft kennt die Story hinter den Ereignissen schon. Es ist immer dieselbe, in welchen verschiedenen Formen der *mondo civile* sich auch immer manifestieren mag.

Und genau in diesem Punkt unterscheidet sich Vico, so scheint mir, profoundly von moderner Geschichtswissenschaft, vielleicht aber auch von Geschichtsschreibung überhaupt, die ja gemäß Kapitel 9 der aristotelischen Poetik das Wirkliche als Besonderes faßt. Moderne Geschichtswissenschaft kennt jedenfalls die Story gerade nicht vorneweg, und sie

versucht, die *jeweilige* Story in den verschiedenen und ihre Bedeutung nur schwer preisgebenden Zeichen der Geschichte zu finden. Und deswegen hat sie das zweite sprachliche Problem, das Problem der *Darstellung*, das dem zweiten linguistic turn zugrundeliegt.

3. Vicos Wissenschaft bleibt zwischen Universalismus und Partikularismus in der Schwebe. Diese Schwebe ist dem linguistic turn seines ganzen Denkens geschuldet. Denken ist immer auch Sprechen-Semiose. Und diese Einsicht Vicos gilt natürlich auch für die Ebene der *Wissenschaft*. Die Wissenschaft kann sich nicht einfach aus der Sprache verabschieden, wie es immer ihre Sehnsucht war (seit Platon). Das wissenschaftliche Wort ist auch nicht etwa das *eine* richtige, die Sache eindeutig bezeichnende Wort. Sondern: Das wissenschaftliche Wort ist als *Gemeinsames* Geistiges Wort das *Ensemble* der *verschiedenen* Blicke auf die Sache. Das heißt verschiedene Welt-Ansichten sind möglich, ja nötig, weil die verschiedenen Blicke verschiedene Eigenschaften der Sache entdecken. Nicht die *Zerstörung* des besonderen Blicks (das wollte Bacon), sondern die Sammlung *vieler* Blicke auf die Sache konstituiert die Wissenschaftlichkeit (Universalität) der Neuen Wissenschaft.

Das Gemeinsame Geistige Wörterbuch ist daher ein ausgesprochen gutes Modell dafür, wie die moderne Geschichtswissenschaft den linguistic turn aushalten könnte, dem ich mich nun in meinem zweiten Teil zuwende.

2. Spricht die Geschichte?

2.1. Sprache oder Sprachlosigkeit der Geschichte

Wenn wir einmal mit Vico tentativ, naiv oder meinetwegen metaphorisch annehmen, daß die Geschichte – also die große Weltgeschichte – spricht, und uns fragen, welche Sprache sie denn heute spricht, so würden wir vielleicht eine doppelte Antwort geben. Wenn mit „Sprache“ Sprache im engeren Sinne gemeint ist, eine *langue*, so würden wir sagen, daß die Geschichte englisch spricht. Damit nähert sich die Weltgeschichte sprachhistorisch zyklisch ihrem angenommenen mythischen Anfang, dem Paradies, wo ja auch nur eine Sprache gesprochen wurde. Niemals war die Welt-Geschichte dem Paradies näher als heute. Wenn wir mit „Sprache“ allerdings Zeichen überhaupt meinen, mit der die Geschichte sich uns mitteilt, so müssen wir sagen, daß sie die Sprache der Gewalt spricht.

Das Paradies könnte nicht weiter entfernt sein. Das wichtigste Wort der neuesten Geschichte wäre dann gewiß die unfäßlich brutale Tat des 11. September, so wie die anderen ebenso unfäßlich brutalen Taten – Krieg, Auschwitz, Krieg – die Worte der Geschichte des 20. Jahrhunderts waren. Oder sind diese Taten gar keine Worte einer sprechenden Geschichte, sondern gerade die Negation von Sprache? Weil, wie wir sagen, die Worte schweigen, wenn die Waffen sprechen? Ulrich Becks (2002) Rede über Terror und Krieg heißt ja deswegen gerade: „Das Schweigen der Wörter“.

Nun, in den *Zwischenräumen* zwischen den brutalen Taten wird jedenfalls viel gesprochen, auf Friedenskonferenzen, im Völkerbund, in der Uno, in Parlamenten etc. Im Frieden *spricht* die Geschichte anscheinend. Und wenn ihr die Worte fehlen, gibt die friedliche Geschichte *Zeichen*, wie das folgende, das sicher das bewegendste und bedeutendste Wort unserer neueren Geschichte ist. Deutschland konnte, was zu sagen war, nicht anders sagen als mit dieser Gebärde:



Kniefall Willy Brandts im Warschauer Ghetto, 7. Dezember 1970

© Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Aber dann? Wenn sie mit der Sprache und den Zeichen nicht weiterkommt, schlägt dann die Geschichte wieder brutal zu, ohne Sprache und Zeichen? Schweigen dann die Wörter wieder? Herrscht dann die sprachlose Tat?

Die Sprache und die Zeichen sind nicht so unschuldig, wie sie in dieser Gegenüberstellung zur Gewalt erscheinen, und die Gewalt ist nicht sprachlos. Wörter und Zeichen sind nicht nur Abwesenheit von Gewalt, sie ermöglichen sie auch. Die Gewalt, von der wir hier reden, kommt nämlich ohne Sprache nicht zustande. Es handelt sich bei der Gewalttat des 11. September ja nicht um die Aktion von Löwen, die sich hungrig und sprachlos auf die Gazelle stürzen. Auch wenn die entsprechenden Herren sich gerne Löwen, Panther, Wölfe etc. (schwarze, graue etc.) nennen. Nein: eine unendliche Kette von sprachlichen und semiotischen Handlungen war nötig, um die Taten des 11. September zu organisieren: von der Haßrede der Mullahs über den Unterricht an der Technischen Hochschule Harburg und die Unterweisung an der Flugschule, mit Sprache und Zeichen, Zeichnungen, Bildern, Diagrammen, bis zum Kauf der Flugtickets und Messer und zu den Befehlen der Entführer an die Flugzeuginsassen. Die – in diesem Fall außerdem ihrerseits hochsemiotische, d. h. auch als Zeichen intendierte – Tat ist eingebettet in sprachliche und semiotische Handlungen, in denen sie vorbereitet wird. Dasselbe trifft zu für den Krieg, für die Konzentrationslager und Vertreibungen: alles das ist untrennbar vom Sprechen und Zeichenmachen des Menschen. Ohne Sprache gäbe es das alles nicht. Seit dem Sündenfall, d. h. von Anfang an sind überall, wo der Mensch handelt, auch seine Sprache und seine Zeichen.

Tatsächlich spricht die Geschichte.

Diese Einsicht liegt dem ersten – und gewissermaßen harmlosen – linguistic turn der aktuellen Geschichtswissenschaft zugrunde. In diesem sind die Wörter der Geschichte – die Wörter, in denen sich das Ereignis artikuliert, die Zeichen, die das Ereignis selbst sind, die Ereignisse, welche Zeichen sind, und das kommunikative Geflecht, in welches das Handeln verwoben ist – zum Gegenstand der historischen Betrachtung gemacht worden. Die Sprachlichkeit der Geschichte rückt in verschiedener Intensität ins Bewußtsein der Historiker, und sie nimmt verschieden großen Raum in ihren Forschungen ein: Bei Koselleck etwa, der ja durchaus schon einen linguistic turn vollzieht, begleitet und ergänzt die Begriffsgeschichte die Sozialgeschichte. Bei Chartier, Darnton, Zemon Davis dominiert der Blick auf die Zeichen und die Kommunikation: z. B. in Darntons Geschichte vom Katzenmassaker oder in dem neuesten Buch

Poesie und Polizei, in Deutschland etwa bei Kittsteiner (mit einem interessanten theoretischen Rückgriff auf Cassirer). Guilhaumou (1989) stellt die Französische Revolution als eine Sprach- und Kulturrevolution dar. Chartier (1995) warnt allerdings davor, die Geschichte ganz im Sprachlichen aufgehen zu lassen: Semiose und Praxis – vichianisch: Homer und Herkules – seien Sphären, die nicht völlig ineinander aufgehen. Foucault hat jenen ganz eigentümlichen historischen Gegenstand jenseits der handelnden Menschen erfunden, den er „Diskurs“ nennt und der sprachförmig ist. Eine radikale Semiotizität der gesamten gesellschaftlichen Welt nimmt etwa Geertz an: alles ist Text. Und der Philosoph Fellmann (1991) faßt, von Vico, Schopenhauer und Dilthey angeregt, „Geschichte als Text“ auf.

2.2. *Der Geschichts-Schreiber*

Allerdings: Auch wenn die Geschichte spricht, wenn also die Ereignisse selbst sprachlich sind, wenn das Geschehene teilweise, hauptsächlich oder gar exklusiv kommunikativ ist, einen kohärenten Text bilden die Ereignisse nicht, jedenfalls nicht auf den ersten Blick. Daß allem eine *storia ideale eterna* zugrundeliegt, vermag niemand mehr zu glauben. Genau hier liegt das Problem der modernen Geschichtswissenschaft: das Problem der Sprache der Geschichte im zweiten Sinn. Und an diesem Punkt finden wir den zweiten, den offensichtlich schmerzhafteren oder umstritteneren linguistic turn. Dieser stellt aber, auch wenn er noch so modern scheint, eigentlich keine neue Frage.

2.2.1. Vom Problem der Darstellung des vorliegenden inkohärenten Geschehens handelt z. B. bekanntlich schon Humboldts klassische Akademierede über die Aufgabe des Geschichtschreibers von 1821: Wie ergreift und begreift der Historiker die Ereignisse, die wie ein Chaos vor ihm liegen, bzw. in denen er wie in einer Nebelwolke sich befindet, wie stellt er sie dar, wie schreibt er die Geschichte? Der Ausdruck „Geschichts-Schreiber“ ist hier wirklich wörtlich zu nehmen. Es geht um das Schreiben, die *écriture*. „Das Geschehene ist nur zum Theil in der Sinnewelt sichtbar, das Uebrige muss hinzu empfunden, geschlossen, errathen werden“ (Humboldt IV, 35). Hinzuempfinden, Schließen, Errathen und „Hinzufügen“ (IV, 36) ist nach Humboldt die Aufgabe des Historikers. Es steht also für Humboldt ganz außer Frage, daß es sich hierbei um eine schöpferische literarische Tätigkeit handelt. Nicht von ungefähr und einer alten Tradition folgend – Klio war eine Muse – parallelisiert Hum-

boldt den Historiker mit dem Dichter. Mit ihm hat er die Phantasie gemeinsam. Phantasie ist aber nicht – wie für uns heute zumeist – eine Sphäre haltloser und weltloser Spinnerei. Phantasie heißt für Humboldt kantisch immer Synthese von Sinnlichkeit und Verstand, also von *Welt-Erfahrung* und Rationalität. Das kreative Tun des Historikers erschöpft sich nicht in einer welt-losen sprachlichen Erfindung (natürlich auch nicht die Tätigkeit des Künstlers, die für Humboldt ganz aristotelisch noch hauptsächlich in der Mimesis der Natur besteht). Der Dichter schafft etwas, was vorher nicht vorhanden ist. Der Historiker aber „fügt hinzu“: Er steht vor oder in den Quellen der Ereignisse, einem „Gerippe der Begebenheiten“ (IV, 36), d. h. er hat eine Wirklichkeit vor sich, die er denkend durchdringen muß, einen „Stoff“, dem er eine Form geben muß. Vom Dichter unterscheidet er sich also durch den „Sinn für die Wirklichkeit“. Diese besondere Form der Einbildungskraft neigt sich – anders als die dichterische – der Welt zu. Mit dem „Sinn für die Wirklichkeit“ ist der sprachtheoretische Kernpunkt angesprochen: der Bezug auf die Welt, die Referenz.

Für Humboldt, der bekanntlich ein ziemlich bedeutender Sprachphilosoph war³, für diesen Denker der Sprache, besteht nun gar kein Zweifel daran, daß es jenseits der Sprache und des Textes eine Wirklichkeit gibt, daß wir als sprechende Menschen in der Welt stehen und uns sprechend auf die Welt beziehen und uns mit der Mitwelt auseinandersetzen. Allerdings: Das Sprechen bezieht sich nach Humboldt je nach seinen verschiedenen Aufgaben, je nach Diskursgattung, in verschieden starkem Maße auf die Welt. Und dementsprechend ändert sich auch die Rolle der Sprache. Dabei ist „Sprache“ für Humboldt viel mehr noch als für Vico nicht nur das materielle Wort, *vox*, sondern auch die mit dem Wort verbundene Semantik: *conceptus*. Das alltägliche Sprechen, die „Sprache der Geschäfte“, und die terminologische Verwendung der Sprache in den Naturwissenschaften lassen die Sprache gleichsam hinter sich, sie lassen sich ganz auf die Sachen, die Geschäfte (beides ist lateinisch *res*), ein, sie liefern sich gleichsam völlig den Sachen und den Geschäften aus. Der besondere Klang und die in den Sprachen sedimentierte besondere Semantik, die jeweilige „Weltansicht“, spielen bei diesem Sprechen keine Rolle, ja es wird die Eigentümlichkeit der Sprache gerade „vertilgt“, so Humboldts Ausdruck (IV, 30). Die Sprache wird gleichgültig, sie wird „arbiträr“. Es geht dort zu wie in dem ersten obigen Schema, im aristotelischen Schema.

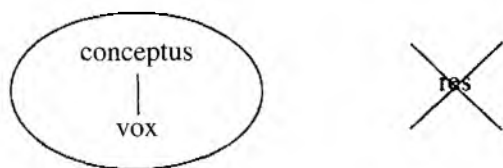
³ Vgl. *Trabant* (1986 und 1990).

Die Geschichtsschreibung dagegen gehört trotz ihres Sinnes für die Wirklichkeit mit Philosophie und Dichtung für Humboldt zu jenem Diskurstyp, der *bei der Sprache* verbleibt. Die Sprache der Geschichte ist „rednerischer Gebrauch der Sprache“, bei dem der Redende „die volle Einwirkung des eigenthümlichen Stoffes der Sprache“ aufnimmt, bzw. wo – anders formuliert – die Sprache „entweder von selbst wesentlich auf die Darstellung der Objecte einwirkt, oder absichtlich dazu gebraucht wird“ (IV, 29 f.), zur Darstellung der Objekte nämlich. Das Geltendmachen der Eigentümlichkeit der Sprache ist bei Humboldt mitnichten ein Hindernis bei der Darstellung der Objekte. Es gilt das zweite obige Schema, in dem *vox* und *conceptus* eng verbunden der *res* gegenüberstehen.

Was mit dem linguistic turn der Historiographie heute vor allem gemeint ist – die Erkenntnis der Sprachlichkeit oder der Literarität von Geschichtsschreibung – läßt sich also bei Humboldt festmachen. Schon Humboldt weist mit seinen Überlegungen eine naive Auffassung von Historiographie zurück, die meint, sie könne das Geschehene einfach aufschreiben, wie es eben so daliegt, es sozusagen einfach registrieren, und die damit sprachtheoretisch naiv auch die Semantik der Sprache und des Textes glaubt „vertilgen“ zu können.

2.2.2. Auch Roland Barthes, der für den linguistic turn der Geschichtswissenschaft anderthalb Jahrhunderte später verantwortlich gemacht wird, schreibt zunächst nichts anderes: In seinem berühmten Aufsatz „Le discours de l’histoire“ von 1967 kritisiert er nämlich im wesentlichen die Illusion der Historiker, sie könnten aus der Sprache und ihrer Semantik aussteigen und – noch radikaler als Aristoteles in unserem ersten Schema – *vox* direkt mit *res* verbinden, moderner ausgedrückt: den Signifikanten direkt auf den Referenten beziehen (er denkt offensichtlich an die sich extrem faktuell, „wissenschaftlich“ gebende Historiographie der Annales-Schule). Roland Barthes weiß mit Saussure, daß Wörter nicht einfach Namen sind, die auf Sachen verweisen, sondern daß die Wörter unauflöslich zweiseitige Größen sind, Laute, die ihre Bedeutungen mit sich herumschleppen, Einheiten aus *signifiant* und *signifié* (er weiß offensichtlich nicht, daß das lange vor Saussure auch schon Humboldt oder Vico wußten oder daß Herder gesagt hat, daß die Gedanken an den Wörtern kleben). Barthes besteht darauf, daß die innertextuelle und innersprachliche Semantik nicht „vertilgt“ werden kann. Soweit ist Barthes’ Analyse nichts anderes als das Einschreiben einer seit Vico, Herder, Humboldt, Saussure bekannten sprachtheoretischen Einsicht in das Stammbuch der modernen Geschichtsschreiber.

Allerdings – und damit schüttet Barthes das historische Kind mit dem linguistischen Bade aus – radikalisiert Barthes seine Analyse des historiographischen Diskurses insofern, als er dann jede *Exteriorität* des historischen Diskurses leugnet. Der Bezug auf einen Referenten sei nur ein Schein, der Referent existiere ohne den Text gar nicht. Der historische Diskurs sei, so schreibt er, der einzige, bei dem der Referent zwar als dem Diskurs äußerlich anvisiert werde, bei dem es aber niemals möglich wäre, den Referenten außerhalb dieses Diskurses auch zu erreichen⁴ – einfach weil es ihn außerhalb des Diskurses nicht gibt:



Die *res gestae* sind für Barthes nämlich allein durch den historischen Diskurs selbst generiert und existieren als solche außerhalb der Rede nicht. Die Unterscheidung von *res gestae* und *historia rerum gestarum* wäre also nur ein Schein. Was Humboldt das „Hinzugefügte“ nennt, wird hier absolut gesetzt. Das historische Faktum existiert für Barthes *nur* sprachlich. Es gibt sozusagen gar nichts, zu dem etwas „hinzugefügt“ werden könnte. Das Faktum hat keine andere als sprachliche Existenz: „Le fait n’a jamais qu’une existence linguistique“ (Barthes 1967, 425). Und doch werde beim historischen Diskurs so getan, *als ob* das an sich nur sprachlich existierende Faktum die Kopie eines Außersprachlichen sei, *comme si*: „comme si cette existence n’était que la ‘copie’ pure et simple d’une autre existence, située dans un champ extra-structural, le ‘réel’“ (ebd.). Das Außersprachliche, Wirkliche, ist für Barthes ein Als-ob, ein Schein, den Barthes den „effet de réel“, den Wirklichkeitseffekt des historischen Diskurses nennt. Humboldts Sinn für die Wirklichkeit wäre nach dieser Analyse gleichsam nur eine Wahnvorstellung.

Wieso konnte Roland Barthes (und die ihm folgenden „linguistisch gewendeten“ Historiker) zu dieser Auffassung von der (fast) gänzlich sprachlichen Immanenz und Weltlosigkeit des historischen Diskurses kommen? Dies hängt, wie man liest, mit Saussure zusammen. Das ist

⁴ „Ce discours est sans doute le seul où le référent soit visé comme extérieur au discours, sans qu’il soit jamais possible de l’atteindre hors de ce discours“ (Barthes [1967] 425).

richtig⁵. Mein Eindruck ist, daß Barthes einen Gedanken Saussures auf eine Ebene transponiert, wohin er nicht gehört: den Gedanken der Weltlosigkeit des sprachlichen Zeichens. Dieser Gedanke Saussures steht in radikalisierte Form im Zentrum jener Sprachtheorie, die *tatsächlich* die linguistische Basis des Barthes'schen Sprachdenkens ausmacht: nämlich im Zentrum der Sprachtheorie des dänischen Linguisten und Saussure-Interpreten Louis Hjelmslev⁶. Hjelmslev hat die Substanz – den konkreten Laut und die Welt (die uns hier interessiert) – radikal aus der Betrachtung der Sprache ausgeschlossen und Linguistik auf die ausschließliche Betrachtung der immanenten Form festgelegt.

Aber sowohl Saussure als auch Hjelmslev tun dies auf einer Ebene der Sprachbetrachtung, wo dies legitim ist: auf der Ebene der Betrachtung des abstrakten Sprachsystems, der *langue*. Weder Saussure noch Hjelmslev schließen die Substanz – und das heißt hier: die bezeichnete Realität – für die Ebene aus, um die es in der Geschichtsschreibung geht: für die Ebene der *Rede*, des konkreten *Sprechens*. Im Gegenteil: die Rede ist gerade der Ort, wo für Hjelmslev sowohl die Substanz des Ausdrucks, der konkrete Laut, als auch die Substanz des Inhalts – die bezeichnete Wirklichkeit – vorkommen. Es scheint, daß die Ausschließlichkeit des Hjelmslevschen Blicks auf die immanente Form der Sprache (*langue*) hier ihre Spuren in der Barthes'schen Theorie des Textes (*parole*) hinterlassen hat.

2.2.3. Der Ausschluß der Welt muß natürlich die echten Historiker mit ihrem – für meinen Geschmack oft allzu ausgeprägten – „Sinn für die Wirklichkeit“ empören. Allerdings habe ich bisher auch noch keinen vom linguistic turn ergriffenen Historiker getroffen, der die radikale sprachliche Immanenz des historischen Diskurses wirklich *ernsthaft* vertreten würde. Der radikal sprachlich gewendete Historiker scheint mir eher ein Pappkamerad zu sein, ein Buhmann, eine Art Vogelscheuche, die (in den Arbeiten von Iggers herumgeistert und) vor der anderen und ziemlich unabweisbaren Einsicht abschrecken soll, vor der Einsicht nämlich in die unumgehbare Sprachlichkeit und Literarität des historischen Diskurses. Hinter dem Vorzeigen des Popanzes steht die nostalgische

⁵ Viel Falsches dazu aber bei Iggers (1995) 569.

⁶ Im Aufsatz von Barthes ist etwa die Redeweise von der „substance du contenu“, „Inhaltssubstanz“ (Barthes [1967] 425), ein sicheres Indiz für die Hjelmslevsche Grundlage seiner Sprachtheorie. Hjelmslev differenziert nämlich die Saussuresche Dualität von *signifié* und *signifiant* zu dem Quadrupel von Inhaltssubstanz, Inhaltsform, Ausdrucksform und Ausdruckssubstanz.

sche Sehnsucht nach „richtiger“, echter, objektiver Wissenschaftlichkeit, wie es sie in den „richtigen“ Wissenschaften geben soll, die in klarer und eindeutig referierender Sprache reden. So beschwört etwa Iggers (1996, 89) das Sprachideal der analytischen Philosophie, das Ideal von klarer und eindeutig referierender Sprache, d. h. eine Sehnsucht nach Sprachlosigkeit.

Jedenfalls vertritt auch jener Theoretiker und Historiker, dem die Position der referenzlosen Sprachlichkeit nachgesagt wird, eine solche Position nicht. Ich meine Hayden White. White ist nach meiner Lektüre seiner Schriften mitnichten ein Propagandist der totalen immanenten Sprachlichkeit des historischen Diskurses à la Barthes, sondern gerade eher ein Kritiker dieser Auffassung – zumindest war er es ursprünglich. Er tut nämlich folgendes: Er belegt in der Tat die von Barthes nur ange-deutete sprachlich-literarische Existenzweise des historischen Faktums bei verschiedenen Historikern. Daß Klio dichtet, wie eines seiner Bücher heißt, und wie sie dichtet, stellt Hayden White in seinen zahlreichen metahistorischen Untersuchungen fest. Aber er findet das eigentlich – zumindest am Anfang – überhaupt nicht gut. Das erste große Buch war in seiner Tendenz eine *Kritik* der Literarität der Historiographie, White hat dort (genau wie Iggers) mehrfach die „Wissenschaftlichkeit“, also die Objektivität von Geschichte nach dem Vorbild der Naturwissenschaft eingefordert (White 1973, XI, 2, 428). Inzwischen hat er sich allerdings, wenn ich seine letzten Äußerungen richtig verstehe (White 2001), wohl damit abgefunden, daß Historiographie – in verschiedenem Ausmaß übrigens – literarisch ist, d. h. er hat davon Abstand genommen, sie auf den Pfad des objektiven Bezeichnens zurückführen zu wollen. Aber er geht doch nicht so weit wie Barthes: Den „Sinn für die Wirklichkeit“ spricht er den Historikern nicht ab. Allerdings – und dies halte ich für seine eigentliche Schwäche – auch den Dichtern nicht. Für ihn referiert auch die Dichtung, und *deswegen* gibt es keinen Unterschied zwischen dem literarischen und dem historiographischen Diskurs. Also: auch Kalliope, Melpomene, Polyhymnia und sämtliche Musen der Dichtung referieren. Dies ist schon eher problematisch⁷.

⁷ Zumindest ist es das zentrale Problem der literarischen Ästhetik, das mitnichten als geklärt angesehen werden kann. Unterschiedlicher Auffassung sind hier etwa Küpper (2001) und Trabandt (1994b) Kapitel 10 und 11.

2.3. Envoi

Abschließend möchte ich den entscheidenden sprachtheoretischen Punkt noch einmal mit einem bescheidenen Beispiel illustrieren: die Sprachlichkeit oder Literarität des historischen Diskurses, die seine Referentialität nicht ausschließt. Das „Geschehene“, auf das sich mein Beispiel bezieht, ist das Warschauer Zeichen Willy Brandts, das semiotisch-kommunikative Ereignis, das ich schon einmal angeführt habe. Zu diesem Geschehen schreibt meine Kollegin Marie-Luise Recker in ihrem soeben erschienenen wunderbaren kleinen Buch zur Geschichte der Bundesrepublik:

Symbol des neuen Anfangs und der Aussöhnung zwischen beiden Staaten [gemeint sind Polen und Deutschland] war weniger die Vertragsunterzeichnung am 7. Dezember 1970 selbst als der Kniefall von Bundeskanzler Brandt an diesem Tag bei der Kranzniederlegung vor dem Denkmal für die Gefallenen des Warschauer Ghettos. (Recker 2002, 72f.)

Recker schreibt also das Ereignis ein in die Erzählung der Entwicklung der Ostpolitik und des deutsch-polnischen Verhältnisses. Ich selbst – wenn ich mich hier einmal zu Illustrationszwecken als Historiker aufwerfen darf – habe von demselben Geschehen vorhin folgendes gesagt:

Und wenn ihr die Worte fehlen, gibt die friedliche Geschichte *Zeichen*, wie das folgende, das sicher das bewegendste und bedeutendste Wort unserer neueren Geschichte ist. Deutschland konnte, was zu sagen war, nicht anders sagen als mit dieser Gebärde.

Ich habe das Geschehene in eine längere und thematisch weitere Perspektive, gleichsam in die Gesamtgeschichte Deutschlands und vor allem in die Geschichte von Deutschlands Schuld an Krieg und Holocaust eingerückt. Beide Aussagen enthalten massiv durch Sprache „Hinzugefügtes“, sie sind ja nicht nur Feststellungen des Geschehenen. Etwa: „Am 7. 12. 1970 kniet in Warschau ein Deutscher, namens Willy Brandt, vor dem Ghetto-Denkmal“. Dennoch scheinen die beiden Textsstücke zwei mögliche – und richtige – Darstellungen des Geschehenen zu sein. Als solche zeigen sie, wie verschieden die jeweilige Formung des Stoffes sein kann. Dies ist die *legitime* Einsicht des linguistic turn.

Das heißt nun natürlich nicht, daß nicht von der Zunft der Historiker eine Reihe von weiteren Forderungen erhoben werden können, wie solche Aussagen auszusehen haben, damit sie als „Wissenschaft“ akzeptiert werden, die Diskursregeln des Metiers⁸. Daß man Verschiedenes und

⁸ Vgl. Chartier (1995) 55.

verschiedenes Wahre über dieselbe Sache sagen kann, sollte dabei aber nicht ernsthaft die Wissenschaftlichkeit in Frage stellen. Mit Vico könnte man sogar annehmen, daß überhaupt erst ein multipler Blick auf die Sache die „Wissenschaftlichkeit“ der Geschichte konstituiert.

Vor allem aber stellen unsere unterschiedlichen, sprachlich generierten Darstellungen, Deutungen, Sinngebungen keinen Grund dafür dar, an der Faktizität des Geschehenen zu zweifeln bzw. nicht an dem festzuhalten, was Chartier (1995, 55) das „Archiv“ nennt: Wir haben hinreichende Evidenz dafür, daß am 7. 12. 1970 tatsächlich ein bestimmter Mensch mit einer bestimmten politischen Funktion in Warschau an diesem ganz bestimmten Ort sich hingekniet hat und daß dies eine absichtliche semiotische Handlung gewesen ist. Brandt ist nicht einfach hingefallen, wegen eines Schwächeanfalls etwa. Brandts Bewegung ist auch von allen als Zeichen verstanden worden. Er hat sogar den Nobelpreis für diese semiotische Handlung bekommen: den Friedens-Nobelpreis für ein Wort der Geschichte. Daß also unsere Sätze sich auf *res gestae* beziehen, steht nicht nur für die meisten Mitspieler am Sprachspiel der Geschichte außer Zweifel, sondern eigentlich für jeden einigermaßen normalen Mitspieler an unserer gesellschaftlichen Welt. Das muß auch so sein, weil sonst der *mondo civile* in einem Taumel zwischen Fiktion und Realität zerfallen würde (er tut dies ja schon zur Genüge, noch merken wir meistens aber, daß das nicht in Ordnung ist). Wenn der *linguistic turn* die Wirklichkeit da draußen, jenseits des sprachlichen Textes, wirklich ernsthaft in Frage stellen würde, dann wäre er nicht nur die schon von Humboldt erkannte Bewußtmachung der Sprachlichkeit der Historiographie, sondern eine Form des Wahnsinns: Verlust der Wirklichkeit.

Mit dieser eher psychiatrischen als linguistischen Feststellung bin ich am Ende meiner Betrachtungen zur Sprache der Geschichte – *la lingua in cui parla la storia* (die ewige ebenso wie die unsrige) –, am Ende meines kleinen Versuchs zur Linguistik der Geschichte. Und ich schließe mit einer Bemerkung, die ebenfalls mein Fach sprengt und eher in die Lebensberatung gehört, ins Pastorale. Ich mache sie aber dennoch, und als Sprachwissenschaftler mache ich sie ein bißchen neidisch, weil uns Linguisten das Glück niemals so hold sein wird wie den Historikern. Es geht noch einmal um den Nobelpreis: Theodor Mommsen hat vor genau hundert Jahren, 1902, den Nobelpreis erhalten, den Nobelpreis für *Literatur* – nicht für *Geschichts-Wissenschaft*. Den Nobelpreis für die Sprache der Geschichte. Wenn dieses Faktum nicht nur eine sprachliche Existenz hat, wenn es also wirklich geschehen ist – es ist schon ein bißchen her, ich weiß, dennoch: das Archiv sagt, daß es so gewesen sei – dann sollte die

Zunft der Historiker keine Angst haben vor dem linguistic turn, d.h. vor der Literatur⁹, sondern aus diesem historischen Faktum Stolz und Ermunterung zu schöner Geschichts-Schreibung schöpfen.

Bibliographie

- Barthes, Roland* (1967), *Le discours de l'histoire*, jetzt in: *Œuvres Complètes*, hrsg. v. *Eric Marty* (Paris) Bd. 2, 417–427.
- Beck, Ulrich* (2002), *Das Schweigen der Wörter. Über Terror und Krieg* (Frankfurt a.M.).
- Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhart* (Hrsg.) (1972–1997), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, 8 Bde. (Stuttgart).
- Busse, Dietrich* (1987), *Historische Semantik. Analyse eines Programms* (Stuttgart).
- Chartier, Roger* (1989), *Die unvollendete Vergangenheit. Geschichte und die Macht der Weltauslegung* (Berlin).
- Chartier, Roger* (1995), *L'Histoire Culturelle entre 'Linguistic Turn' et Retour au Sujet*, in: *Hartmut Lehmann* (Hrsg.), *Wege zu einer neuen Kulturgeschichte* (Göttingen) 29–58.
- Darnton, Robert* (1989), *Das große Katzenmassaker. Streifzüge durch die französische Kultur vor der Revolution* (München).
- Darnton, Robert* (2001), *Poesie und Polizei. Öffentliche Meinung und Kommunikationsnetzwerke im Paris des 18. Jahrhunderts* (Frankfurt a.M.).
- Fellmann, Ferdinand* (1991), *Geschichte als Text. Ein Plädoyer für die Geschichtsphilosophie*, in: *Information Philosophie* 4, 5–14.
- Foucault, Michel* (1966), *Les mots et les choses. Une archéologie des sciences humaines* (Paris).
- Geertz, Clifford* (1987), *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme* (Frankfurt a.M.).
- Guilhaumou, Jacques* (1989), *Sprache und Politik in der Französischen Revolution* (Frankfurt a.M.).
- Hjelmslev, Louis* (1961), *Prolegomena to a Theory of Language*, 2. Auflage (Madison).
- Humboldt, Wilhelm von* (1820), *Ueber das vergleichende Sprachstudium in Beziehung auf die verschiedenen Epochen der Sprachentwicklung*, in: *Wilhelm von Humboldt, Über die Sprache*, hrsg. v. *Jürgen Trabant* (Tübingen, Basel 1994) 11–32 (GS IV: 1–34).
- Humboldt, Wilhelm von* (1821), *Ueber die Aufgabe des Geschichtsschreibers*, ebd. 33–51 (GS IV: 35–56).

⁹ Vgl. *Schöttler* (1997). In diesem Sinne plädiert auch – jenseits der Aufregungen durch den linguistic turn – Christian Meier für eine literarischen Ansprüchen genügende „neue Geschichtsschreibung durch Historiker“ (*Meier* [1993] 208).

- Iggers, Georg G. (1995), Zur „Linguistischen Wende“ im Geschichtsdenken und in der Geschichtsschreibung, in: *Geschichte und Gesellschaft* 21, 557–570.
- Iggers, Georg G. (1996), *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, 2. Auflage (Göttingen).
- Iggers, Georg G. (2001), Historiographie zwischen Forschung und Dichtung. Gedanken zu Hayden Whites Behandlung der Historiographie, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27, 327–340.
- Kittler, Friedrich A. (2000), *Eine Kulturgeschichte der Kulturwissenschaft* (München).
- Kittsteiner, Heinz Dieter (1997), Was heißt und zu welchem Ende studiert man Kulturgeschichte?, in: *Geschichte und Gesellschaft* 23, 5–27.
- Koselleck, Reinhart (1979), *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten* (Frankfurt a.M.).
- Küpper, Joachim (2001), Was ist Literatur?, in: *Zeitschrift für Ästhetik und Allgemeine Kunstwissenschaft* 45/2, 187–215.
- Meier, Christian (1993), Programm einer Geschichtsschreibung, in: *Merkur* 528, 207–217.
- Recker, Marie-Luise (2002), *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* (München).
- Saussure, Ferdinand de (1916), *Cours de linguistique générale*, hrsg. v. Tullio De Mauro (Paris) 1975.
- Schöttler, Peter (1997), Wer hat Angst vor dem „linguistic turn“?, in: *Geschichte und Gesellschaft* 23, 134–151.
- Stempel, Wolf-Dieter (1973), Erzählung, Beschreibung und der historische Diskurs, in: *Reinhart Koselleck, Wolf-Dieter Stempel* (Hrsg.), *Geschichte – Ereignis und Erzählung* (München) 325–346.
- Trabant, Jürgen (1986), *Apeliotes oder Der Sinn der Sprache*. Wilhelm von Humboldts Sprach-Bild (München).
- Trabant, Jürgen (1990), *Traditionen Humboldts* (Frankfurt a.M.).
- Trabant, Jürgen (1994a), *Neue Wissenschaft von alten Zeichen: Vicos Sematologie* (Frankfurt a.M.).
- Trabant, Jürgen (1994b), *Elemente der Semiotik*, 3. Auflage (Tübingen).
- Vico, Giambattista (1744), *Principi di scienza nuova d'intorno alla comune natura delle nazioni*, in: *Opere*, hrsg. v. Andrea Battistini, Bd. 1 (Milano 1990) 411–971.
- White, Hayden (1973), *Metahistory. The Historical Imagination in Nineteenth-Century Europe* (Baltimore, London).
- White, Hayden (1986), *Auch Klio dichtet oder die Fiktion des Faktischen* (Stuttgart).
- White, Hayden (1990), Die Bedeutung der Form. Erzählstrukturen in der Geschichtsschreibung (Frankfurt a.M.).
- White, Hayden (2001), Entgegnung auf Georg G. Iggers, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27, 341–349.
- Zemon Davis, Natalie (1988), *Der Kopf in der Schlinge. Gnadengesuche und ihre Erzähler* (Berlin).



Marie-Luise Recker

„Es braucht nicht niederreißende Polemik,
sondern aufbauende Tat“

Zur Parlamentskultur
der Bundesrepublik Deutschland

Am 7. September 1949 trat Paul Löbe, langjähriger Präsident des Reichstags in der Weimarer Republik, an das Rednerpult des Deutschen Bundestages, um als Alterspräsident dessen konstituierende Sitzung zu eröffnen. Er erinnerte an die Sitzung des Reichstages in der Krolloper am 23. März 1933, in der das „Ermächtigungsgesetz“ verabschiedet, damit das Parlament und die verfassungsmäßigen Kontrollorgane ausgeschaltet und die Machtübernahme der Nationalsozialisten einen wichtigen Schritt vorangetrieben worden waren, er erinnerte an Verfolgung und Widerstand nicht nur der Sozialdemokratie, an Terror und Gewaltherrschaft, an Krieg und millionenfachen Tod, aber auch an die Teilung Deutschlands und die Hoffnung, daß ein wiedervereinigtes Deutschland schon bald Mitglied eines vereinten Europas werden würde. „Was erhofft sich das deutsche Volk von der Arbeit des Bundestages?“ – so fragte Löbe seine Zuhörer und gab die Antwort: „Daß wir eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung ... aufrichten, unser Vaterland einer neuen Blüte und neuem Wohlstand entgegenführen.“ Nach einem Seitenhieb auf den erbitterten Wahlkampf, der den ersten Bundestagswahlen vorausgegangen war, blickte er dann in die Zukunft: „Es braucht nicht niederreißende Polemik, sondern aufbauende Tat. Wollen wir vor der deutschen Geschichte bestehen, dann müssen wir uns, ob in Koalition oder Opposition, soweit zusammenfinden, daß Ersprießliches für unser Volk daraus erwächst, damit wir uns auch die Achtung für unser deutsches Volk in der Welt draußen zurück gewinnen. Meine Damen und Herren, lassen sie uns die Arbeit mit diesem Vorsatz beginnen!“¹

¹ Stenographische Berichte der Verhandlungen (im folgenden: Sten. Ber.) des 1. Deutschen Bundestages, 1. Sitzung am 7. 9. 1949, 1.

Diese Szene ist oft beschrieben worden, da sie in besonderer Weise die Situation des neu gewählten Bundestages, das Selbstverständnis der Abgeordneten, ihren Handlungsauftrag, ja, generell die Bedingungen des politischen Anfangs 1949 widerspiegelt. Sie vereinigt die drei Merkmale, die im Zentrum dieser Überlegungen zur Parlamentskultur des Deutschen Bundestages stehen sollen, nämlich den Vergangenheitsstopos, den Provisoriumstopos und den Nüchternheitsstopos. Diese Begriffe charakterisieren die Selbsteinschätzung des Bundestages, die Interpretation seines Arbeitsauftrags und das Verhaltensmuster seiner Mitglieder weit über seine Anfänge hinaus.

Zu erläutern ist zunächst der Begriff der Parlamentskultur. In der Forschung, die sich mit dem System von Normen, Wertorientierung und Vorstellungen von Politik, mit der Deutung von politischen Wirklichkeiten und Einstellungen befaßt, hat sich – ausgehend von den USA – seit den 1970er Jahren der Begriff der politischen Kultur² etabliert. In seinem Mittelpunkt steht die Einschätzung, daß nicht allein institutionelle Arrangements den Kern einer politischen Ordnung ausmachen, sondern ebenso Grundhaltungen, Werte, Verhaltensmuster und Handlungsformen der in ihr lebenden und handelnden Menschen. Der Begriff der Parlamentskultur ist demgegenüber erst in letzter Zeit verwandt worden³. Er verweist auf den parlamentarischen Alltag und das parlamentarische *Procedere*, auf das Selbstverständnis der Abgeordneten, ihren Debattenstil, generell auf ihr Verhalten innerhalb ihrer Fraktion sowie über Fraktionsgrenzen hinweg. Der Parlamentarismusforschung, bisher sehr stark als Institutionengeschichte gesehen, sollen sich durch diesen kulturalistischen Ansatz neue Aspekte und neue Blickwinkel eröffnen.

Ein dominierendes Element der bundesrepublikanischen Parlamentskultur gerade in den Anfangsjahren war der bereits erwähnte „Provisoriumstopos“. Provisorisch war der Staat, in dem man lebte, provisorisch war die Verfassung, unter deren Ordnung man stand, provisorisch war die Bundeshauptstadt, in der man politisch agierte, und provisorisch war das Gebäude, in dem man tagte. Nur zögernd und unter Vorbehalten waren die Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder dem Auftrag

² Vgl. hierzu *Karl Rohe*, Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: *Oskar Niedermayer, Klaus von Beyme* (Hrsg.), Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland (Opladen 1986) 1–21; sowie *Oscar W. Gabriel*, Politische Kultur aus der Sicht der empirischen Sozialforschung, in: ebd. 22–42.

³ Vgl. hierzu *Renate Mayntz, Friedhelm Neidhardt*, Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten – eine empirische explorative Studie, in: *Z Parl* 20 (1989) 370–387; sowie *Sabine Lemke-Müller*, Abgeordnete im Parlament. Zur Parlamentskultur des Deutschen Bundestages in den neunziger Jahren (Rheinbreitbach 1999).

der westlichen Alliierten nachgekommen⁴, einen Konvent einzuberufen, der eine Verfassung für den zu gründenden westdeutschen Staat ausarbeiten sollte, fürchteten sie doch, hierdurch die Teilung Deutschlands zu vertiefen. Angesichts des Anspruchs auf Wiedervereinigung bzw. Wiederherstellung des Deutschen Reiches, an dem alle politischen Lager festhielten, konnte die Bundesrepublik nur als Provisorium angesehen werden. Dies galt auch für ihre Verfassung; bereits die Benennung, Grundgesetz, sollte das Vorläufige, Unfertige betonen. Vor allem aber die berühmte Schlußformel des Grundgesetzes in Art. 146 war Ausdruck des Provisoriumsvorbehalts, die Bestimmung nämlich, daß „dieses Grundgesetz seine Gültigkeit an dem Tage [verliere], an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.

Vorläufig war auch die Hauptstadt. Nichts kennzeichnet den Provisoriumsvorbehalt so sehr wie der bizarre Vorschlag⁵, in der geographischen Mitte Deutschlands, in der Nähe von Kassel, eine Zeltstadt zu errichten, in der bis zu dem erhofften baldigen Umzug nach Berlin die Verfassungs- und Verwaltungsorgane des westdeutschen Staates untergebracht werden sollten. Andere Bewerber wie Stuttgart oder Bonn waren da schon von anderem Format. Aussichtsreichster Favorit schien zunächst Frankfurt am Main zu sein. Die alte Reichsstadt, Krönungsort deutscher Kaiser und Könige, Tagungsort der Nationalversammlung 1848/49, Sitz der Organe des Deutschen Bundes, konnte mit Fug und Recht als würdiger und überzeugender Ersatz für das politisch nicht erreichbare Berlin gelten. Doch diese Vorzüge sprachen im Sinne des Provisoriumskonzepts auch gegen die Stadt am Main, neben praktischen Fragen war es nicht zuletzt der Symbolcharakter als früher Ort deutscher Einheit und Freiheit, der Frankfurt aus dem Rennen warf. Bonn dagegen, das schließlich die Palme davon trug, entsprach viel eher dem Provisoriumsvorbehalt. Mit der „geruhsamen Pensionopolis“ am Rhein⁶ entstand keine Konkurrenz zu Berlin, vielmehr blieb der Anspruch, die Stadt an der Spree zur Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands zu machen, durch die Wahl Bonns zur bundesdeutschen Hauptstadt unbestritten.

⁴ Vgl. für Einzelheiten *Udo Wengst*, Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland (Bonn 1984) 39–62; sowie *Michael F. Feldkamp*, Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes (Göttingen 1998) 18–33.

⁵ So *Carlo Schmid*, Erinnerungen (Bern 1979) 354. Vgl. generell hierzu und zum Folgenden *Reiner Pommerin*, Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1945 (Köln, Wien 1989).

⁶ *Schmid*, Erinnerungen (wie Anm. 5) 398.

Der Provisoriumsvorbehalt für den westdeutschen Staat und die Bundeshauptstadt Bonn manifestierte sich – räumlich-symbolisch wie politisch-materiell – schließlich auch durch die Präsenz der Alliierten Hohen Kommission. Diese „Nebenregierung“ hoch über Bonn auf dem Petersberg ließ die Souveränitätsbeschränkungen der jungen Bundesrepublik unter dem Besatzungsstatut und die faktische Machtverteilung am Bonner Rheinufer sichtbar werden. Das Besatzungsstatut räumte den Alliierten nicht nur zahlreiche Vorbehaltsgebiete ein, in denen sie Richtung und Inhalt der Politik bestimmten; durch Gesetze und Befehle, die seit 1945 vom Alliierten Kontrollrat erlassen worden waren und weiterhin in Kraft blieben, war zudem der Handlungsspielraum der deutschen Seite zusätzlich eingeengt. In vielen Gesetzgebungsvorhaben mußte der Bundestag den Einspruchs- und Vetorechten der Alliierten Hohen Kommission Rechnung tragen. Dies ist ihm nicht leicht gefallen und hat immer wieder zu Konflikten zwischen den Parlamentariern und den Hohen Kommissaren⁷ geführt. Mit der schrittweisen Lockerung und letztendlichen Aufhebung des Besatzungsstatuts wurde diese, den Provisoriumstopos unterstreichende Situation dann revidiert.

Provisorisch war schließlich das Gebäude, in dem der Bundestag am 7. September 1949 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkam. Dies bezieht sich nicht nur auf die Alternative zum Reichstagsgebäude in Berlin, sondern nicht minder auf Unterbringung und Arbeitsbedingungen der Abgeordneten in Bonn selbst. Der Hinweis auf die Pädagogische Akademie am Rheinufer als künftiges Bundeshaus hatte schon in der Bewerbung Bonns als Bundessitz eine Rolle gespielt; in der Tat war das Anfang der 1930er Jahre in der Formensprache des Dessauer Bauhauses errichtete, parallel zum Rheinufer hingestreckte Akademiegebäude⁸ unter den gegebenen Umständen eine gute Wahl. In Erwartung der Entscheidung für Bonn hatte man seit Jahresbeginn 1949 den Gebäudekomplex nach Entwürfen des Architekten Hans Schwippert umgestaltet und hierbei die ehemalige Turnhalle zur Wandelhalle um- und an sie einen großen

⁷ Dies läßt sich an vielen Einzelfällen dokumentieren. Vgl. z. B. *Udo Wengst*, Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953 (Düsseldorf 1988); *Reinhard Schiffers*, Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz. Wiederherstellung und Neufassung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1951 (Düsseldorf 1989); sowie *Rüdiger Robert*, Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik. Das Beispiel der Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (Berlin 1976).

⁸ Vgl. hierzu *Heinrich Wefing*, Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken. Eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses (Berlin 1995) 105–108.

Plenarsaal angebaut. Schwippert hatte die Nord- und Südseite mit zwei zwanzig Meter hohen Fensterwänden abgeschlossen, die dem Ideal der Transparenz und der Offenheit geschuldet waren, durch die der Saal aber, wie ein Zeitgenosse sagte, die „Züge eines Aquariums“⁹ erhielt.

In diesem improvisierten Bundeshaus herrschte drangvolle Enge. Den einzelnen Fraktionen standen nur wenige Räume für ihre Abgeordneten, für den Fraktionsvorstand und das Fraktionsbüro zur Verfügung, es war offenbar keine Seltenheit, daß Abgeordnete auf den Treppenstufen oder im Ruheraum saßen und an ihren Jungfernreden feilten und die Vielzahl parlamentarischer Drucksachen sozusagen zwischen Tür und Angel durcharbeiten mußten¹⁰. Auch die Ausstattung mit administrativem und organisatorisch-technischem Personal für Bundestagspräsidium oder Fraktionen war denkbar schmal. Angesichts der gravierenden Raumnot, die die Arbeitsfähigkeit des Bundestages zu beeinträchtigen drohte, wurden zunächst Anfang der 1950er und dann in den 1960er Jahren neue Gebäude mit Arbeits- und Sitzungsräumen errichtet¹¹. Aber auch mit diesen Häusern war die Raumnot nicht gebannt, vielmehr prägten die räumliche Enge und die eher bescheidenen Arbeitsmöglichkeiten nach wie vor den parlamentarischen Alltag.

Das Provisorische und Improvisierte ihrer Existenz nistete sich tief in das Selbstverständnis der Abgeordneten ein. Es verstärkte und untermauerte den Impuls, nach den moralischen und materiellen Verwüstungen durch den Nationalsozialismus nun den Aufbau des neuen Staates voranzutreiben, wie er sich in vielen zeitgenössischen Äußerungen, aber auch in mancher späteren Rückschau auf die Bonner Jahre mit Händen greifen läßt. „Alle Abgeordneten des damals noch zwölf parteipolitische Gruppen umfassenden Parlaments“, so erinnert sich der FDP-Politiker Erich Mende¹², „verband – von den Kommunisten ganz links bis zu der Deutschen Reichspartei ganz rechts – eine später nie mehr wiederkehrende Gemeinsamkeit des Schicksals, das sich in die Formulierung fassen ließ: ‚Wir sind noch einmal davon gekommen‘ ... Das prägte die po-

⁹ Horst Ferdinand, *Impressionen aus dem Plenarsaal*, in: *ders.* (Hrsg.), *Beginn in Bonn. Erinnerungen an den ersten Deutschen Bundestag* (Freiburg 1985) 40–57, hier 43. Ähnlich auch Günter Goetzendorff, „Das Wort hat der Abgeordnete...“ *Erinnerungen eines Parlamentariers der ersten Stunde* (München 1989) 129.

¹⁰ So die Beobachtungen von Günter Goetzendorff, (wie Anm. 9) 124, 159, und von Bernhard Winkelheide, in: *Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen*, Bd. 8 (Boppard am Rhein 1990) 246f.

¹¹ Vgl. für Einzelheiten Wefing, (wie Anm. 8) 106f.

¹² Erich Mende, *Der Neubeginn des Parlamentarismus. Erster Deutscher Bundestag 1949–1953*, in: *Ferdinand*, (wie Anm. 9) 112–121, hier 116.

litischen Auseinandersetzungen und ließ sie, bei aller sachlichen Schärfe, in das Ziel einmünden, das Beste aus der gegenwärtigen Lage zu machen.“ Die parlamentarische Solidarität der Mitglieder des ersten Deutschen Bundestages verdiene es, besonders hervorgehoben zu werden. Auch Paul Löbe hatte diese, sich aus dem Provisorischen des Bonner Anfangs ergebende Konstellation bereits eindringlich beschworen.

Wenden wir uns dem Vergangenheitstopos zu. Ein wesentlicher Teil der Parlamentskultur des Bundestages war, sich in die Tradition des Parlamentarismus in Deutschland zu stellen und zentrale Stilelemente dieser Tradition aufzunehmen. Bereits der Provisoriumstopos gehört in diesen Zusammenhang, da er davon ausgeht, daß Berlin die „eigentliche“ Hauptstadt und der Reichstag dort der „eigentliche“ Tagungsort des Parlaments sei. In der Tat wurde das Reichstagsgebäude im Spreebogen wiederhergestellt¹³ – wenn auch mit Verzögerung und nicht ohne Diskussion um seine Zweckbestimmung –, so daß am 11. November 1963 zum ersten Mal seit dreißig Jahren mit dem Ältestenrat des Bundestages wieder ein parlamentarisches Gremium im Reichstagsgebäude zusammenkam.

Symbolhafter waren jedoch andere Gesten und Anknüpfungen. Bereits in der Frage der Sitzordnung des Bundestages wurde ein politisches Bekenntnis zur parlamentarischen Tradition abgelegt. Hans Schwippert, für den Umbau der Pädagogischen Akademie am Rheinufer verantwortlich, schlug in dem neuen, im Grundriß quadratischen Plenarsaal¹⁴ eine kreisförmige, von innen nach außen leicht ansteigende Sitzordnung vor. Weder Regierung noch Bundesrat waren innerhalb dieser in mehrere Segmente unterteilten Placierung besonders hervorgehoben, vielmehr vereinte der Entwurf die Abgeordneten aller Parteien, Regierung und Opposition, in einem einzigen parlamentarischen Rund.

Adenauer, der als Präsident des Parlamentarischen Rates gleichsam die Interessen des späteren Nutzers Bundestag vertrat, erkannte sehr deutlich die politisch-symbolische Dimension des Plenarsaalneubaus für die Selbstdarstellung der jungen Demokratie. Allerdings zeigte er sich skeptisch gegenüber Schwipperts Plänen. „Dr. Adenauer“, so ein Mitarbeiter des späteren Bundeskanzlers gegenüber dem Architekten¹⁵, „zeigt sich Ihrer Argumentation gegenüber sehr aufgeschlossen und beurteilt Ihre entsprechenden Skizzen als ausgezeichnet, meint aber, für

¹³ Vgl. Michael S. Cullen, *Der Reichstag. Parlament, Denkmal, Symbol* (Berlin 1995) 271–283.

¹⁴ Vgl. für Einzelheiten Wefing, (wie Anm. 8) 162–168.

¹⁵ So Hermann Wandersleb, zit. ebd. 167.

den Anfang der parlamentarischen Arbeit solle man nicht gleich zu solch radikalen Neuerungen greifen.“ Statt dessen setzte er eine Sitzordnung in Form eines keilartig auf die Mitte hin ausgerichteten, stark abgeflachten Halbkreises durch, die derjenigen im Berliner Reichstagsgebäude der Weimarer Zeit verwandt war. Diesen Sitzreihen stand die um mehrere Stufen erhöhte Präsidentenbank frontal gegenüber und davor, zwei Stufen niedriger, das Rednerpult. Links und rechts vom Platz des Präsidenten waren die ebenfalls erhöhten Plätze für die Regierung und den Bundesrat angeordnet. Dem Vorbild im Berliner Reichstag entsprechend war damit „eine Saalordnung voll sprechender Symbolik“¹⁶, eine strenge Teilung zwischen Legislative und Exekutive und optische „Über- und Unterordnung“ geschaffen worden. Das Anknüpfen an die Weimarer Tradition war der entscheidende Bezugspunkt dieses Arrangements.

In diesem Saal fand die eingangs beschriebene Szene zur Konstituierung des Bundestages statt. Allerdings prangte an der Stirnwand nicht das Adlersymbol, despektierlich „Fette Henne“ genannt, sondern es war ein Veloursvorhang über die gesamte Breite der Stirnwand angebracht, der die Wappen der westdeutschen Länder zeigte. Hierbei war jedoch die Frage, welche Symbole dort präsentiert, welche Grenzzlinien Deutschlands also mit dieser Ausschmückung symbolisiert werden sollten, durchaus strittig¹⁷. 1953 wurde der ursprüngliche Schmuck an der Stirnwand des Plenarsaals dann durch den riesigen, 6,45 Meter hohen Adler ersetzt, der seitdem in der Öffentlichkeit als Symbol des Parlaments gilt. Etwa gleichzeitig diskutierte der Ältestenrat auch über den Bilderschmuck im Parlamentsgebäude. Hier war der Rückzug auf Weimar – allerdings in selektiver Auswahl – ebenfalls überdeutlich. Man verständigte sich darauf, Porträts von Paul Löbe, Reichstagspräsident von 1920–1932, des ersten Reichspräsidenten Ebert sowie der Reichskanzler von Scheidemann bis Brüning im Gebäude anzubringen, dazu Bilder des

¹⁶ Jan Thorn-Prikker, Keine Experimente. Alltägliche am Rande der Staatsarchitektur, in: Ingeborg Flagge, Wolfgang Jean Stock (Hrsg.), Architektur und Demokratie. Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart (Stuttgart 1992) 246–259, hier 250.

¹⁷ Während es unstrittig war, an der Stirnwand des Plenarsaals die Wappen der (bis 1952) 11 Länder der Bundesrepublik Deutschland zu zeigen, wurde in der Sitzung des Ältestenrats des Deutschen Bundestages (Parlamentsarchiv Bonn, Ältestenrat, 1. Wahlperiode, im folgenden zitiert: Parl A, ÄR 1.WP) am 5. 10. 1950 intensiv diskutiert, ob für das Gebiet der DDR die Wappen der neuen oder alten Länder dort präsentiert, wie die nun unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden Gebiete jenseits von Oder und Neiße symbolisiert und wie hinsichtlich des Saarlandes zu verfahren sei. Auch die Behandlung Berlins war heikel. Bereits in dieser Sitzung wurde der Vorschlag gemacht, „evtl. nur den Bundesadler allein für die Rückwand“ vorzusehen.

Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Adenauer, sowie des Präsidenten des Wirtschaftsrates und des ersten Deutschen Bundestages, Köhler¹⁸. Erwägungen, neben Löbe auch andere bedeutende Parlamentarier, sei es der Weimarer Jahre, des Kaiserreichs oder des Paulskirchenparlaments, mit zu berücksichtigen, sucht man jedoch vergebens. Traditionslinien, die vor die Novemberrevolution 1918/19 zurückwiesen, waren offenbar zu kontrovers, als daß hierüber ein Konsens aller Parteien möglich gewesen wäre, so daß sie aus der politischen Symbolik des Bundestages ausgeblendet blieben.

Wie manifestierte sich der Vergangenheitsstopos nun in dem Bereich, der nach Eric Hobsbawm¹⁹ das symbolische Herz eines Staatswesens ausmacht – Flagge, Hymne und Staatsfeiertag? Eingedenk des politisch destruktiven Flaggenstreits in den 1920er Jahren hatte bereits der Parlamentarische Rat die Bundesfarben in Artikel 22 GG festgeschrieben – auch hier war also die Weimarer Republik der Bezugspunkt²⁰. Dies galt selbst für die Nationalhymne, die ja in den Vormärz und die deutsche Einigungsbewegung zurückwies. Zunächst hatte Bundespräsident Heuss einen Rückbezug auf „das Hoffmann-Haydn'sche Lied“²¹ strikt abgelehnt und angeregt, durch die Schaffung einer neuen Nationalhymne die Deutschen „von dem lauten Traditional-Patriotismus zu trennen und sie zu einem tragisch verhaltenem Nationalgefühl zu führen“²². Da Alternativvorschläge keine Zustimmung fanden, einigten sich Bundespräsident und Bundeskanzler darauf, das Deutschlandlied als Nationalhymne anzuerkennen, bei staatlichen Anlässen jedoch allein die dritte Strophe singen zu lassen. Auch dies war also weniger ein Rückbezug auf die Einigungsbewegung des Vormärz als vielmehr eine Reminiszenz an die Entscheidung Eberts, am 11. August 1922, dem dritten Verfassungstag

¹⁸ Vgl. Sitzungen des Ältestenrates am 12. und am 19. 1. 54, Parl A ÄR 2. WP.

¹⁹ Eric Hobsbawm, Introduction: Inventing Traditions, in: ders., Terence Ranger (Hrsg.), *The Invention of Tradition* (Cambridge 1983) 11.

²⁰ Der Journalist Max Schulze-Vorberg berichtet, daß die Christdemokraten im Parlamentarischen Rat zunächst eine andere Präferenz gewählt hatten: „Angelehnt an skandinavische und angelsächsische Vorbilder sollte das Kreuz als Symbol gewählt werden: ein schwarzes Kreuz mit schmalem Goldrand auf rotem Grund.“ Nach spöttisch-bissigen Kommentaren aus anderen Fraktionen hätten sie diesen Vorschlag jedoch zurückgezogen. Max Schulze-Vorberg, Vollenden die Enkel das Werk?, in: *Ferdinand*, (wie Anm. 9) 20–32, hier 23.

²¹ Adenauer an Heuss 29. 4. 52, abgedruckt in: *Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Unserem Vaterlande zuliebe. Der Briefwechsel 1948–1963*, bearb. v. Hans Peter Mensing (Berlin 1989) Nr. 74, 134.

²² Heuss an Adenauer 24. 1. 1952, ebd., Nr. 64, 122.

der Republik, das Lied zur offiziellen Hymne des Weimarer Staates zu erklären²³.

Selbst hinsichtlich des Nationalfeiertags suchte man dessen Praxis zu imitieren. Das Vorhaben, den 7. September, den Jahrestag der Konstituierung des Bundestages, zum Nationalen Gedenktag zu proklamieren, zeigt dies sehr deutlich. Allerdings war dieser Gedenktag ebenso unbekannt und unbeliebt wie der Verfassungstag der ersten deutschen Demokratie am 11. August²⁴. Deshalb konnte die Initiative, den 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ zum Nationalfeiertag der Bundesrepublik zu machen, so rasche Zustimmung gewinnen. In ihm kreuzten sich das Bekenntnis zur Wiedervereinigung, die Absage an das kommunistische Herrschaftsmodell sowie ein Plädoyer für das westliche politische und gesellschaftliche System, was emotional stärker band als der Bezug auf die Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages am 7. September 1949. Als „Abkürzung für den Stand der ‚deutschen Frage‘“²⁵ gab der „Tag der deutschen Einheit“ Auskunft über den politischen Standort der Bundesrepublik, bot Sinnstiftung und kollektive Identität.

Auch das Selbstverständnis als streitbare Demokratie war aus der Abgrenzung zur Weimarer Republik geboren. Der Impuls, deren Selbstzerstörung durch den Ansturm der politischen Gegner auf der äußersten Rechten und Linken zu bannen und eine Wiederholung dieses Prozesses zu verhindern, stand im Hintergrund einer ganzen Reihe von gesetzgebenden und parlamentsproceduralen Maßnahmen. Bereits die Väter und Mütter des Grundgesetzes hatten durch mehrere Verfassungsbestimmungen – so die Schaffung eines Bundesverfassungsgerichts als obersten Hüter des Grundgesetzes, die Vorschriften über die Unabänderlichkeit einzelner Verfassungsgrundsätze, die Forderungen zur demokratischen Gesinnung und Treupflicht von Beamten und Richtern sowie die Möglichkeit, die Verwirkung von Grundrechten auszusprechen und ver-

²³ Bereits Ebert hatte im Aufruf zum Verfassungstag am 11. 8. 1922 den Text der dritten Strophe hervorgehoben. „Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede des Dichters gab im Zeichen innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten.“ *Rainer Blasius*, Das Lied für Deutschland, FAZ 29. 4. 2002, 8.

²⁴ Am Donnerstag, den 7. 9. 50, fand eine Feier zum Jahrestag des Zusammentritts des Bundestages statt (Sten. Ber. 3083–3089). Am folgenden Tag war dann die erste Arbeitssitzung des Bundestages nach der Sommerpause. Aus Termingründen (Teilnahme einer Delegation des Bundestages an der Tagung der Interparlamentarischen Union in Istanbul) wurde 1951 die Feier auf den 12. 9. verschoben, 1952 dann aber wieder auf den 7. 9. zurückverlegt.

²⁵ *Edgar Wolfrum*, Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953–1989), in: GG 24 (1998) 382–411, hier 385.

fassungsfeindliche Parteien zu verbieten – wesentliche Elemente²⁶ der „streitbaren Demokratie“ vorgegeben. Dies setzte das Bonner Parlament fort. Die Ausgrenzung der Abgeordneten von KPD und SRP aus der materiellen Gesetzesarbeit und die Verbotsanträge gegen beide Parteien gehörten ebenso hierzu wie die Ausgestaltung des politischen Strafrechts, des Versammlungsrechts oder des Parteienrechts. Das Bewußtsein, daß aus Bonn nicht Weimar werden dürfe, daß die liberale Demokratie sich ihrer Gegner innerhalb wie außerhalb des Parlaments erwehren müsse, prägte das Selbstverständnis der Parlamentarier in hohem Maße. Der feste Wille, „nicht erneut eine Selbstmorddemokratie“²⁷ zu werden, durchzog die Debatten im Bonner Bundeshaus und das Handeln der Parlamentarier wie ein Leitmotiv.

Der Anknüpfung an Weimar entsprach die Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus. Allerdings standen immer bestimmte Ausschnitte des Dritten Reiches im Zentrum der parlamentarischen Debatten. In den 1950er Jahren waren es vor allem die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur, die Ausschaltung der Parteien und die Verfolgung der politischen Gegner, auf die sich die Redner bezogen. Bereits Löbe hatte in der konstituierenden Sitzung des Bundestages an diese Ereignisse erinnert und hieraus die Pflicht abgeleitet, sich in das Erbe der Verfolgten zu stellen. Der Widerstand, der aus den verschiedenen politischen Lagern, aus den Kirchen und ihrem Umfeld sowie aus dem Militär gegen den Diktator geleistet worden war, war das Vermächtnis, an das der Bundestag²⁸ anknüpfen wollte. Zwar bezog sich hierbei jede der Bundestagsparteien vornehmlich auf ihre eigenen Opfergruppen, doch war das Bekenntnis zum Erbe, das aus dem Widerstand erwachsen sei, ein Topos, auf den man sich über alle politischen Unterschiede hinweg verständigen konnte. Dies galt zumindest für das Spektrum jenseits der KPD, während der kommunistische Widerstand mit Blick auf Unterdrückung und Verfolgung in der DDR ausgeblendet wurde.

Generell überlagerte zumindest in den 1950er Jahren der Antikommunismus mehr und mehr die Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus. Die KPD-Abgeordneten waren aus dem parlamentarischen Alltag, aus Ausschußberatungen und parlamentarischen Initiativen ausge-

²⁶ Vgl. hierzu *Armin Scherb*, Präventiver Demokratieschutz als Problem der Verfassungsgebung nach 1945 (Frankfurt a.M. 1987); *Andreas Sattler*, Die rechtliche Bedeutung der Entscheidung für die streitbare Demokratie (Baden-Baden 1982).

²⁷ Adolf Arndt (SPD) am 12. 9. 1950, Sten. Ber. I. WP. 83, Sitzung, 3119.

²⁸ Vgl. hierzu *Helmut Dubiel*, Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages (München, Wien 1999).

grenzt, die Zusammenarbeit mit ihnen wurde nicht gesucht. Im Plenum wurden ihre Redebeiträge konstant durch Zwischenrufe mit Hinweisen auf die politische und gesellschaftliche Realität in der DDR gestört. Seinen deutlichsten Ausdruck fand der Antikommunismus – gepaart mit dem Wiedervereinigungsanspruch – dann in den jährlichen Gedenkveranstaltungen zum 17. Juni, die ab 1954 als Feierstunde oder als Staatsakt im Bundeshaus stattfanden. Erst Ende der 1960er Jahre änderten sich die Formen und Rituale dieses Gedenkens²⁹, sie wurden weniger förmlich, wurden in allgemeine Plenarsitzungen integriert oder fielen ganz aus.

Für den rechten politischen Rand galt dies nicht in gleichem Maße. Gewiß wurden auch die Mitglieder von DRP bzw. Nationaler Rechte, blieben Abgeordnete wie Wolfgang Hedler³⁰, Fritz Dorls oder auch Franz Richter alias Fritz Rössler politisch isoliert und aus der parlamentarischen Arbeit ausgeklammert, doch generell erwies sich die Abgrenzung nach rechts weniger eindeutig. Da gerade in den kleineren bürgerlichen Parteien – FDP, DP, BHE – die Trennwand zu diesem Bereich löchrig war, wurden klare Grenzmarkierungen nicht gesetzt. Hier griff, was Kielmansegg eine für die Bundesrepublik konstitutive Taktik genannt hat: „Unbedingte öffentliche Verurteilung der nationalsozialistischen Vergangenheit, unbedingte Ausgrenzung all dessen, was das Stigma nationalsozialistisch oder auch nur rechtsradikal trug, aus dem Konsens der Republik bei gleichzeitiger Anstrengung, diejenigen, die ... [für die nationalsozialistische Verführung] anfällig ... [gewesen waren], politisch zu integrieren“³¹.

In den 1960er Jahren verlagerten sich im Bundestag die Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus auf neue Themenfelder. Nun waren es vor allem die Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden sowie generell die Gewaltverbrechen in den besetzten Gebieten, insbesondere im Osten, die die entsprechenden Debatten bestimmten. In der Deutung des Dritten Reiches, im Bewußtsein um das Ausmaß seiner Verbrechen, aber auch in der Frage nach Schuld und Verstrickung der Deutschen selbst nahmen die Abgeordneten somit Impulse und Interpretationen auf, wie sie parallel von der Geschichtswissenschaft vorgelegt worden waren. Gerade die Verjährungsdebatten der 1960er Jahre ließen diese Akzentverlagerung deutlich werden. In diesen

²⁹ Vgl. Wolfrum, (wie Anm. 25) 408–411.

³⁰ Vgl. zum „Fall Hedler“ Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit* (München 1996) 309–325.

³¹ Peter Graf Kielmansegg, *Lange Schatten. Vom Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit* (Berlin 1989) 12.

mit großer Intensität, Engagement und Entschiedenheit geführten Debattenbeiträgen wurde die neue Blickrichtung im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit klar sichtbar. Auch wenn die Ergebnisse – zunächst Aufschub um fünf Jahre, 1969 dann Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord – dem juristischen, politischen und moralischen Niveau der Debatten letztlich nicht entsprachen, hatte sich hier die veränderte Akzentsetzung in der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich klar gezeigt.

Damit bleiben einige Bemerkungen zum Nüchternheitstopos. Einzelne Punkte wurden bereits erwähnt, so das eher schmucklose Parlamentsgebäude in Bonn, die gewollte politische Symbolarmut dort oder auch die sich aus dem Provisoriumsvorbehalt ergebende Geschäftsmäßigkeit des Bundestages. Bereits die im Titel zitierten Worte Paul Löbes, „es braucht nicht niederreißende Polemik, sondern aufbauende Tat“, wahrlich nicht von Pathos getragen, weisen auf diese Geschäftsmäßigkeit hin. Nicht die Besinnung auf die historische Stunde, in der ein neuer und – wie sich aus der Rückschau zeigt – insgesamt erfolgreicher Anlauf zur parlamentarischen Demokratie gestartet wurde, stand im Mittelpunkt der konstituierenden Sitzung des Bundestages, sondern der nüchterne, eher *gouvernemental*-staatstragende Hinweis auf die anstehenden Aufgaben.

Dieser von Löbe angemahnten Konzentration auf die „aufbauende Tat“ ist der Bundestag im hohen Maße nachgekommen. Er verstand sich vor allem als Arbeitsparlament, dessen vornehmste Aufgabe die Gesetzgebung war. Während der ersten Legislaturperiode³² gab es 282 Plenarsitzungen mit einer Gesamtsitzungszeit von 1 800 Stunden. Auch die nächsten Bundestage waren fleißige Parlamente, die Zahl der Plenarsitzungen schwankte zwischen 142 Sitzungen in der verkürzten Wahlperiode 1980 bis 1983 und 259 Sitzungen in der Wahlperiode 1972 bis 1976. Hinzu kamen die Ausschusssitzungen – in der ersten Legislaturperiode allein über 4 200 Sitzungen der vierzig ständigen Ausschüsse – sowie zudem Fraktions- und weitere Sitzungen. Zwar kam immer wieder Unmut auf über die hohe Arbeitsbelastung, die viele Detailarbeit und die mangelnde Zeit, sich Grundfragen der Politik, der politischen Moral oder des politischen Selbstverständnisses zu widmen, doch gelang es den Abgeordneten nicht, hieraus einen besseren Arbeitsrhythmus und ein an-

³² Vgl. zu diesen Zahlen *Peter Schindler*, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1999. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (Baden-Baden 1999) 1638 und 2022f.

deres Selbstbild zu entwickeln. Diese Fokussierung auf die Rolle als Gesetzgeber und als Arbeitsparlament war charakteristisch für alle Legislaturperioden und entsprach der Parlamentstradition seit dem Kaiserreich.

Paul Löbes Mahnung, sich nicht von „niederreißender Polemik“ leiten zu lassen, war dagegen nicht so einfach zu befolgen. Heftige Kontroversen, beleidigende Äußerungen, ja, selbst tumultuarische Szenen blieben dem Hohen Haus am Rheinufer nicht erspart. Wenn der erste Bundestagspräsident, Erich Köhler, auch wegen solcher Vorkommnisse sein Amt nach nur einem Jahr aufgeben mußte, mag dies die Situation zumindest in der Anfangszeit der westdeutschen Demokratie beleuchten. Mit dem Scheitern der kleineren rechten Parteien in der Bundestagswahl 1953 versachlichte sich der Ton, wenn auch scharfe Polemiken und pointierte Äußerungen an der Tagesordnung waren.

Dennoch sollte der Blick tiefer dringen. Das Rollenverständnis von Regierung und Opposition wurde bereits in der Debatte um die erste Regierungserklärung Adenauers deutlich. „Ich bin der Auffassung“, so der neue Regierungschef, „daß die Opposition eine Staatsnotwendigkeit ist, daß sie eine staatspolitische Aufgabe zu erfüllen hat, daß nur dadurch, daß Regierungsmehrheit und Opposition einander gegenüberstehen, ein wirklicher Fortschritt und eine Gewöhnung an demokratisches Denken zu erzielen ist.“³³ Dies war natürlich zuvorderst eine nachträgliche Legitimation für die gegen interne Widerstände durchgesetzte bürgerliche Koalition, war aber nicht minder auch ein Bekenntnis zu den Grundprinzipien des parlamentarischen Regierungssystems.

Schumacher, ebenso ein Gegner einer Großen Koalition, antwortete dem Kanzler ebenso pathetisch: „Die Opposition ist ein Bestandteil des Staatslebens und nicht eine zweitrangige Hilfestellung für die Regierung. Die Opposition ist die Begrenzung der Regierungsmacht und die Verhütung ihrer Totalherrschaft ... Die Opposition [kann] sich nicht in der bloßen Verneinung der Regierungsvorschläge erschöpfen ... Das Wesen der Opposition ist der permanente Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung und ihren Parteien den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzwingen.“³⁴ Dieser Vorgabe hat die Oppositionsarbeit der Sozialdemokraten durchaus entsprochen. Während die KPD sich mehr oder weniger auf Obstruktion verlegte und nur einer geringen Zahl von Gesetzen zustimmte, sah die

³³ Sten. Ber. 1. WP 5. Sitzung am 20.9.49, 22.

³⁴ Sten. Ber. 1. WP 6. Sitzung am 21.9.49, 32.

SPD sich als konstruktive Opposition, die zwar ihre eigenen Vorstellungen in die parlamentarische Arbeit einbrachte, die jedoch die Ergebnisse an der Frage messen wollte, wieweit sie ihren politisch-programmatischen Forderungen entgegenkamen, und ihr Abstimmungsverhalten hieran orientierte.

Doch kamen Regierung wie Opposition Löbes Mahnung, sich nicht von „niederreißender Polemik“ leiten zu lassen, durchaus nach. Die Mehrzahl der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze wurde im Einvernehmen zwischen den Koalitionsfraktionen und den SPD-Parlamentariern beschlossen³⁵. Dies gilt nicht nur in quantitativer Hinsicht, was angesichts der hohen Zahl von „Routine“-Gesetzen nicht verwundern mag, sondern auch unter qualitativen Aspekten. Bei wichtigen, gar hochpolitischen Gesetzen war die Zustimmungquote der SPD-Fraktion zwar deutlich geringer, doch konzentrierte sich dies vor allem auf Haushalts- und Steuergesetze sowie auf Ratifizierungsgesetze zu außenpolitischen Abkommen. Zentrale Gesetzesprojekte wie das Bundesverfassungsgerichtsgesetz, das politische Strafrecht, die Wehrverfassung oder die Notstandsgesetze wurden mit breiten Mehrheiten verabschiedet, auch andere wichtige Vorhaben im Bereich der Innen-, der Sozial-, selbst der Wirtschaftspolitik konnten die Zustimmung auch der Opposition erlangen. Diese Gemeinsamkeitspolitik, die dem landläufigen Bild des bundesdeutschen Parlamentarismus so deutlich widerspricht, zeigt einen breiten Konsens in vielen innenpolitischen Fragen und das Bemühen, die parlamentarische Arbeit ernst zu nehmen.

Wenn die Zustimmung der SPD-Opposition zu zentralen innenpolitischen Gesetzesvorhaben betont wurde, darf der Dissens in der Außen- und Deutschlandpolitik nicht unerwähnt bleiben. Dies betraf nicht die Zielsetzung von Westbindung und Wiedervereinigung, wohl aber die operative Gestaltung des Weges dorthin. Grundsätzlich verschiedene Auffassungen über die Rolle der Bundesrepublik in der westlichen Staatenwelt, über Souveränitätsvorbehalte und den Anspruch auf Gleichberechtigung, militärische Sicherheit und politische Mitsprache verhiinderten in vielen Fällen ein Zusammengehen der politischen Lager. Die sich hieraus entwickelnden Debatten um den richtigen außen- und deutschlandpolitischen Kurs prägten die Außensicht des Bundestages in hohem Maße.

³⁵ Vgl. hierzu und zum Folgenden die differenzierten Aussagen bei Wolfgang Krawelski, Karlheinz Neunreither, *Oppositionelles Verhalten im ersten Deutschen Bundestag (1949–1953)* (Köln, Opladen 1963) 76–99.

Sie ließen zudem seine zweite Aufgabe deutlich werden, also neben der Funktion als Gesetzgeber auch ein Forum der öffentlichen Debatte zu sein. Ob die Auseinandersetzung um die Westverträge, ob die Wehrdebatte, ob der heftige Streit um die Ostverträge oder um die Nachrüstungsfrage – hier war das Bundestagsplenum der Ort, wo die rhetorische Klinge gekreuzt, die Argumente entfaltet, die Öffentlichkeit angesprochen und die Entscheidung gesucht wurden. Hier trat die Parteiprominenz als Redner auf, hier fanden sich aber auch politische Talente, die auf sich aufmerksam machen und sich für Höheres profilieren wollten. Insgesamt ist es dem Bundestag gelungen, sich als Ort des öffentlichen Disputs zu etablieren. In keinem Fall sind in seiner mittlerweile mehr als fünfzigjährigen Geschichte wesentliche Debatten jenseits des Parlamentes geführt worden. Dort, wo Dissens in plebiszitäre Formen und in den außerparlamentarischen Raum abwanderte – in der Wiederbewaffnungsfrage, in der Atomfrage, in der Friedensfrage, in der Ökologiefrage –, konnte er sich dort nicht lange halten, sondern wurde von den Bundestagsparteien aufgegriffen oder zog – so bei den „Grünen“ – in parteimäßiger Form in den Bundestag ein. Die eher schmalen Reste dieser plebiszitären Formen etwa in der Ostermarschbewegung oder der Anti-Atomkraftbewegung zeigen nur, wie stark die Sogwirkung des Bundestages bis heute war.

Wenn hier der Bundestag als Ort der öffentlichen Rede charakterisiert wurde, so muß ein Blick auf Debattenkultur und Redestil geworfen werden. Sie wurden – gemessen am Ideal des britischen Unterhauses zur Zeit Palmerstons oder Gladstones – im allgemeinen beklagt. Lange, meist schriftlich vorbereitete und am Rednerpult verlesene Reden waren die Regel. Ein kontroverser Dialog zwischen einzelnen politischen Meinungen oder zwischen Koalitionsfraktionen und Opposition konnte so kaum entstehen. Geschäftsordnungsregeln, die die Mehrheitsparteien begünstigten und auch den Mitgliedern der Bundesregierung Redeprivilegien einräumten, förderten diese Situation noch. Erst allmählich versuchten die Abgeordneten, ihre Arbeit für den Zuhörer und Zuschauer interessanter zu gestalten. Die Einführung³⁶ der Fragestunden 1952 nach dem Vorbild der britischen „question time“ war ein erster Schritt, die Aktualität der Debatten zu erhöhen und die Auskunftspflicht der Regierung zu unterstreichen. Die Ausweitung dieser Fragestunden zu Aktuellen Stunden, Neuregelungen im Sinne einer alternativen Abfolge der Redebeiträge

³⁶ Vgl. hierzu *Hans-Ulrich Geck*, Die Fragestunde im Deutschen Bundestag (Berlin 1986).

und andere, Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre initiierte Reformen sollten helfen, die Debatten abwechslungsreicher zu gestalten³⁷.

Ohnehin gingen alle wohlgemeinten Vorschläge, die Rede durch freien Vortrag und eine alternierende Abfolge der Argumente zu einer offenen Diskussion, zu einem Diskurs über das beste politische Konzept zu machen, an der Tatsache vorbei, daß schon vor diesen Debatten die Meinungen im allgemeinen feststanden, daß man „zum Fenster hinausredete“ und der Redner vornehmlich seine bzw. die Fraktionsmeinung kundtat. Die Rede im Bundestagsplenum war Außendarstellung, nicht darauf gerichtet, die anderen Abgeordneten zu überzeugen und sie zur Zustimmung zum eigenen Standpunkt zu bewegen, sondern der Öffentlichkeit, also den Wählern, die eigene Position zu erläutern. Dies konnte durchaus zu spannenden, ja, dramatischen Rededuellen führen, wie sie etwa zu den Westverträgen, zur Wiederbewaffnung oder zu den Ostverträgen stattfanden. Nur in Einzelfällen gab es offene Debatten, wurde um Mehrheiten gerungen; zu denken wäre an die Verjährungsdebatten, die Notstandsdebatten, die Debatten zur Abtreibungsfrage oder die Hauptstadtdebatte im Juni 1991.

Das Fernsehzeitalter setzte dann neue Markierungen in der Debattenkultur³⁸. Hatte Bundestagspräsident Hermann Ehlers die Übertragung von Plenarsitzungen in Hörfunk und Fernsehen durchaus liberal gehandhabt, so zeigte sich sein Nachfolger, Eugen Gerstenmaier, deutlich restriktiver. Seit Mitte der 1950er Jahre gingen Zahl und Dauer der Fernsehübertragungen deutlich zurück. Zudem konzentrierten sich die Sendungen auf eher repräsentative und würdevolle Sitzungen wie die Konstituierung des Bundestages, die Wahl des Bundeskanzlers, die Verteidigung des Kabinetts oder die jährlichen Feierstunden zum 17. Juni, während kontroverse Debatten wie in den Jahren zuvor die John-Debatte, die Wehrpflichtdebatte oder die Beratung der Pariser Verträge nun von Live-Übertragungen ausgeschlossen blieben. Der auch sonst um Würde und Stil des Hauses bemühte Gerstenmaier wollte hiermit offen-

³⁷ Selbst die Anregung, die äußeren Bedingungen, also die Sitzordnung im Plenum, zu ändern und das strikte Gegenüber von Regierung und Opposition im britischen Unterhaus zu imitieren, fehlte nicht unter diesen Vorschlägen. Vgl. Marie-Luise Recker, Westminster als Modell? Der Deutsche Bundestag und das britische Regierungssystem, in: Gerhard A. Ritter, Peter Wende (Hrsg.), Rivalität und Partnerschaft: Studien zu den deutsch-britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Anthony J. Nicholls, (Paderborn 1999) 313–335, hier 328 f.

³⁸ Vgl. zum Folgenden Gregor Mayntz, Die Fernsehberichterstattung über den Deutschen Bundestag. Eine Bilanz, in: Z Parl 24 (1993) 351–366; sowie Schindler, (wie Anm. 32) 3482–3487.

kundig dem Vorwurf vorbeugen, das Hohe Haus sei eine streitsüchtige, politikunfähige Gemeinschaft, die sich in diesen Debatten in negativer Weise inszeniere. Ab Mitte der 1960er Jahre wurde diese Linie jedoch aufgegeben zugunsten der generellen Zulassung von Live-Sendungen aus dem Bundestag.

Der Einbruch des Fernsehens in den Plenarsaal veränderte Debattenstil und Debattenkultur. Nun sprach man in der Tat „zum Fenster hinaus“, nämlich in die Linse der Kamera hinein die Zuschauer bzw. Wähler direkt an, so daß noch deutlicher als zuvor nicht der Abgeordnetenkollege in der anderen Fraktion der Adressat der Rede war, sondern die Fernsehnation als Ganzes. Dies tangierte auch die Rednerfolge, da die Fraktionsprominenz sich um Redezeit während dieser Sendungen bemühte und die zweite Garde kaum Chancen hatte, in diesen Debatten bzw. zu diesem Zeitpunkt zu Wort zu kommen. Ohne Zweifel entsprang Gerstenmaiers restriktive Zulassungspraxis für Live-Sendungen auch der Absicht, diese für die Vergemeinschaftungsidee der Volksvertreter abträglichen Konsequenzen zu vermeiden, doch war im Fernsehzeitalter ein solcher Versuch letztlich vergeblich.

Generell schickte sich der Bundestag in diesen Jahren an, sich von seinen bescheidenen Anfängen zu lösen und seinem Rang als Verfassungsorgan größere Beachtung zu schenken. Provisoriumsvorbehalt und Nüchternheitstopos begannen, ihre prägende Wirkung zu verlieren. Während die beiden ersten Bundestagspräsidenten, Köhler und Ehlers, einen eher unspektakulär-geschäftsmäßigen Stil gepflegt hatten, stieß ihr Nachfolger, Gerstenmaier, erste Schritte an³⁹, um die Selbstdarstellung des Bundestages zu verändern. Das Eröffnungszeremoniell, die Kleiderordnung, generell das *Procedere* wurden nun würdevoller gestaltet, um Ansehen und Rang des Parlaments hervorzuheben.

Hinzu kamen Neuerungen, die dem veränderten Selbstverständnis der Parlamentarier Ausdruck verliehen. Dies gilt für die Parlamentsreform des Jahres 1969⁴⁰, mit der die parlamentarischen Rechte der Opposition gestärkt, eine lebendigere Gestaltung der Plenardebatte erreicht und auch die parlamentarischen Chancen und Arbeitsbedingungen der Hin-

³⁹ Vgl. Eugen Gerstenmaier, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht* (Frankfurt a.M. 1981) 366–368.

⁴⁰ Vgl. für Einzelheiten und Bewertung Uwe Thaysen, *Parlamentsreform in Theorie und Praxis* (Opladen 1972); sowie Peter Scholz, *Bilanz der Parlamentsreform '69*, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), *Parlamentsreform. Probleme und Perspektiven in westlichen Demokratien* (Passau 1981) 157–171.

terbänkler gegenüber den „Fraktionsbossen“⁴¹ verbessert werden sollten. Ohnehin war es vor allem eine Gruppe jüngerer, 1965 erstmals ins Bonner Bundeshaus gewählter Abgeordneter, welche die Defizite in der Arbeit des Bundestages thematisierten und auf Reformen drängten. Besonders scharf kritisierten sie die „dekorativen Funktionen“⁴² des Parlaments, die Oligarchisierung der Redechancen und die „parlamentarische Dreiklassengesellschaft“⁴³, nach der das Parlaments- und Fraktionsestablishment sowie die Gruppe der Verbandsvertreter durch die ihnen zur Verfügung stehende räumliche, technische und personelle Ausstattung deutlich besser gestellt seien. „Und dann kommen neben diesen etwa, ich schätze, 50 privilegierten Abgeordneten 450 ‚Neger‘, die die ganze Arbeit, die auf ihnen lastet, ganz allein machen müssen.“⁴⁴ Hier müsse Abhilfe geschaffen werden.

Die Initiativen zur Reform der parlamentarischen Arbeit hätten nicht so große Unterstützung gefunden, wenn nicht gleichzeitig von seiten der Außerparlamentarischen Opposition und einem mit ihr sympathisierenden Publikum massive Kritik am bundesdeutschen Regierungssystem, an Parteiendemokratie und Fraktionenparlamentarismus, an Oligarchisierungstendenzen und Patronagepraktiken innerhalb der Parteien sowie an den Defiziten an parlamentarischer Kontrolle und politischer Mitsprache geübt worden wäre. Nicht zuletzt um diesen Vorwürfen zu begegnen, bemühten sich die Bundestagsmitglieder nachdrücklich, die eigene Arbeit neu zu gestalten. Allerdings erwies sich die Parlamentsreform als „eine der zähesten Rechtsmaterien“⁴⁵. Die Ergebnisse dieser Bemühungen, wie auch späterer Anstrengungen in den 1970er⁴⁶ Jahren, waren – bei allen Verbesserungen in Einzelpunkten – nicht dazu angetan, die Vorhaltungen der Kritiker oder auch die Erwartungen der Initiatoren der Reformen zu befriedigen. Die Zwänge einer modernen Parteiendemokratie und die Funktionslogik einer sich als Arbeitsparlament verstehenden

⁴¹ Hans Apel, Der Aufstand der Enkel findet nicht statt. Eine Umfrage unter jungen Abgeordneten des Deutschen Bundestages, in: Frankfurter Hefte (1967) 819–830, hier 822.

⁴² Günther Müller, Erfahrungen eines jungen Abgeordneten, in: Michael Hereth (Hrsg.), Junge Republik. Beiträge zur Mobilisierung der Demokratie (München, Wien 1966) 56–62, hier 57.

⁴³ Hans Apel, (wie Anm. 41).

⁴⁴ Peter Blachstein (SPD), Sten. Ber. 5. WP, 161. Sitzung am 27. 3. 1968, 8437.

⁴⁵ So Heinz Rausch, Parlamentsreform in der Bundesrepublik Deutschland. Die Diskussion im Überblick, in: Oberreuter, (wie Anm. 40) 143–156, hier 143, mit Hinweis auf Wilhelm Hennis.

⁴⁶ Vgl. hierzu Joseph Bückler, Geschäftsordnungskorrekturen – Die Revision 1980, sowie Carl Otto Lenz, Gerald Kretschmer, Strukturfragen – Die Alternativen der Enquete-Kommission Verfassungsreform, beide in Oberreuter, (wie Anm. 40) 173–181 und 183–200.

Volksvertretung ließen wenig Raum für grundlegende Veränderungen der parlamentarischen Arbeit.

Der Generationswechsel bzw. der Einzug einer Reihe jüngerer Abgeordneter in das Bundeshaus am Rhein, der sich bereits in den Initiativen zur Parlamentsreform niedergeschlagen hatte, veränderte auch das Gesicht des Bundestages, er begann, bunter, jünger, schließlich auch weiblicher zu werden. Betrachtet man die Abgeordnetenporträts der ersten Legislaturperioden oder auch Fotos des Bundestagsplenums, so stechen der ernste, gemessen-würdevolle Gesichtsausdruck, die gedeckt-feierliche Kleidung und der insgesamt „bürgerliche“ Habitus der Porträtierten ins Auge. Trotz aller parteipolitischen Differenzen, ungeachtet auch mancher scharfer rhetorischer Auseinandersetzungen zwischen ihnen läßt sich ein gemeinsames Erscheinungsbild der Bundestagsmitglieder ausmachen.

In den 1960er und 1970er Jahren wurden die Porträts der Abgeordneten individueller, das Aussehen des Plenums begann, farbiger, weniger uniform und abwechslungsreicher zu werden. Im Einzelfall gehörte auch die bewußte Provokation zum politischen Stil der parlamentarischen Neulinge. Insbesondere der Einzug der „Grünen“ in den Plenarsaal am Rheinufer veränderte dessen Gesicht nachhaltig; in Stil, Gebaren und Selbstverständnis zunächst Außenseiter, begannen sie erst nach und nach, sich den parlamentarischen Gepflogenheiten anzupassen und deren Code zu internalisieren.

Das neue Selbstverständnis des Parlaments schlug sich nicht zuletzt in dem weiteren Abrücken vom Provisoriumskonzept nieder. Schon die Planung und der Bau des Ende der 1960er Jahre bezogenen neuen Abgeordnetenhochhauses, des „Langen Eugen“, waren von dem Vorwurf begleitet gewesen, mit diesem Projekt werde der Provisoriumsvorbehalt in Frage gestellt, beginne man, sich auf Bonn als definitive Hauptstadt einzustellen. Diese Einwürfe verstärkten sich noch, als mit Beginn der sozial-liberalen Koalition Überlegungen⁴⁷ vorangetrieben wurden, auch den Plenarbereich selbst zu erneuern, also ein neues Gebäude für Bundestag und Bundesrat errichten zu lassen. Auch hier operierten Kritiker schnell mit der Vorhaltung, parallel zur Normalisierung der Beziehung zur DDR und der Anerkennung von zwei deutschen Staaten gebe man

⁴⁷ Parallel zur Erneuerung des Plenarbereichs wurden auch andere Bauvorhaben in Angriff genommen – Bundeskanzleramt, weitere Regierungsgebäude –, mit denen der Ausbau der Stadt als Sitz der Bundesregierung vorangetrieben werden sollte. Vgl. *Ingeborg Flagge*, Provisorium als Schicksal. Warum mit der Bonner Staatsarchitektur kein Staat zu machen ist, in: *Flagge, Stock*, (wie Anm. 16) 224–244.

mit diesem Vorhaben das bisherige Selbstverständnis der Bundesrepublik als vorläufigen deutschen Teilstaat und den Anspruch Berlins als künftige Hauptstadt des vereinten Deutschland auf. Als zudem deutlich wurde, daß für die Errichtung der geplanten neuen Bauten der Plenarbereich, also die für die politische Geschichte der Bundesrepublik so symbolträchtige ehemalige Pädagogische Akademie, abgerissen werden müsse, verschärfte sich der Tenor der Kritik.

Den Gegnern eines Neubaus ging es vor allem darum, die spezifische historische Tradition, die Parlamentskultur zu bewahren, in der der Bundestag bisher gelebt und gearbeitet habe. Da „die Bundesrepublik nicht gerade ein Übermaß an Zeugnissen und Symbolen ihrer eigenen Geschichte“⁴⁸ besitze, schien der Abriß des alten Plenarsaals um so schmerzlicher. „Ich kenne keinen Raum, keinen Saal, kein Gebäude in der Bundesrepublik Deutschland“, so der CDU-Abgeordnete Franz Möller, „in dem so wichtige, für Bürger und Staat, für Demokratie und Recht, für Freiheit und Sicherheit bedeutsame Entscheidungen gefällt worden sind wie im Plenarsaal des Deutschen Bundestages.“⁴⁹ Es war vor allem der SPD-Parlamentarier Peter Conradi, selbst Architekt, der die Argumente der Denkmalschützer und Gegner des Abrisses zu entkräften suchte. Angesichts der vielfältigen Umbauten im Laufe der bisherigen Nutzung, so seine Entgegnung, entspreche der gegenwärtige Plenarsaal ohnehin nicht mehr dem Zustand von 1949. Deshalb erübrige es sich, ihn zu bewahren. „Ist die Bundesrepublik“, so fragte er zugespitzt, „ist das Parlament nach 40 Jahren schon museumsreif?“⁵⁰ Dennoch fand der Beschluß, das Gebäude der ehemaligen Pädagogischen Akademie abzureißen und an seiner Stelle einen neuen Plenarbau zu errichten, eine parlamentarische Mehrheit⁵¹.

Die wechselvolle Planungsgeschichte des unter der Regie der Architektengruppe Behnisch und Partner errichteten neuen Plenargebäudes am Rheinufer kann hier nicht nachgezeichnet werden, obwohl in ihr die Auseinandersetzung um das Selbstverständnis und die normative Orien-

⁴⁸ Hubert Kleinert (Die Grünen) in der entsprechenden Plenardebatte am 5. 6. 87, Sten. Ber. 11. WP 1106.

⁴⁹ Ebd. 1115.

⁵⁰ Ebd. 1102. In der Tat war das alte Bundeshaus Mitte der 1980er Jahre unter Denkmalschutz gestellt worden mit der Begründung, daß es „im Bewußtsein der Bürger ... der architektonisch anschauliche Mittelpunkt unserer Demokratie“ und damit „ein Geschichtszeugnis von höchster Bedeutung“ sei. Zit. nach *Schindler*, (wie Anm. 32) 3310.

⁵¹ Mit 314 von 361 abgegebenen Stimmen votierte der Bundestag am 5. 6. 87 für einen Neubau des Plenarsaales, mit 178: 174 anschließend dafür, die Sitzbänke dort kreisrund und abgesenkt anzuordnen. Sten. Ber. 11. WP.

tierung der Parlamentarier immer wieder aufflackerte⁵². Allerdings gewann das Haus schnell Anerkennung als eindrucksvolles, architektonisch gelungenes Gebäude, das durch seine Glasarchitektur den Anspruch einlöse, „demokratische Offenheit und Transparenz des Parlaments auszudrücken“⁵³. Besonders zu erwähnen ist die kreisrunde Sitzordnung im Plenarsaal – ein Stück gebaute Verfassung, wie dies ein Kommentator nannte – durch die die Abgeordneten, Regierungsmitglieder und Bundesratsvertreter in ein gemeinsames Rund eingebettet und somit symbolisch deren Verbundenheit unterstrichen wurden. Damit war man zu einem Konzept zurückgekehrt, daß bereits den ersten Plänen für den Umbau der Pädagogischen Akademie am Rheinufer 1949 zugrunde gelegen hatte.

Allerdings konnten die Abgeordneten nicht mehr überprüfen, ob das dem neuen Plenarsaal nachgesagte neue Raumgefühl und der der kreisförmigen Sitzordnung zugesprochene veränderte Debattenstil sich positiv auf politische Einstellungen und Debattenkultur auswirken würden. Es war eine Ironie der Geschichte, daß zu dem Zeitpunkt, als der neue Plenarsaal eingeweiht wurde, bereits der Beschluß gefallen war, den Parlaments- und Regierungssitz des nun vereinten Deutschland nach Berlin zu verlegen. Somit blieb der Behnisch-Bau nur für kurze Zeit, sechseinhalb Jahre, die Heimat des Bundestages.

Wie läßt sich von hier aus die Quintessenz der Parlamentskultur der Bundesrepublik Deutschland bestimmen? Insgesamt, so scheint es, ist der westdeutsche Staat mit dem auf Geschäftsmäßigkeit, auf Effizienz und Arbeitsethos ausgerichteten Selbstverständnis des Bundestages nicht schlecht gefahren. Die Frage grundsätzlicher Akzeptanz, für den Reichstag der Weimarer Republik ein permanentes Problem seiner Arbeit, stellte sich für den Bundestag nicht. Antiparlamentarisches und antipluralistisches Denken gewann nach dem Ende des Dritten Reiches keine nachhaltige Bedeutung mehr. Die Nüchternheit, mit der das Parlament am Rheinufer 1949 seine Arbeit aufnahm, und die fleißige Gesetzesarbeit, deren Ergebnisse für den Bundesbürger wahrnehmbar waren, haben diesen Auftakt zweifellos begünstigt. Trotz aller Distanz zwischen der Bevölkerung und „denen in Bonn“, trotz immer wieder aufflackern-dem Vertrauens- und Ansehensverlust hat der Bundestag seine Anerken-

⁵² Vgl. hierzu *Wolfgang Jean Stock*, Ein Stück gebaute Verfassung. Der neue Plenarbereich des Bonner Bundeshauses in der Tradition demokratischen Bauens, in: *Flagge, Stock*, (wie Anm. 16) 276–291.

⁵³ So der Bonner Generalanzeiger am 24.10.92.

nung als Verfassungsorgan und als zentraler Akteur in der politischen Willensbildung festigen und bewahren können. Kritik richtete sich vor allem gegen Erscheinungsformen des modernen Fraktionenparlamentarismus und der Verbandsfärbung der Parlamente, wie sie sich auch in anderen westeuropäischen Staaten herausgebildet haben. Für diesen Prozeß des Legitimationsgewinns waren die hier aufgeführten Charakteristika seiner politischen Kultur – Provisoriumskonzept, Nüchternheitspostulat und der Rückbezug zur Parlamentarismustradition – ohne Zweifel von großer Bedeutung. Auch wenn ersteres mittlerweile hinfällig geworden ist, täte der nun in das Reichstagsgebäude zurückgekehrte Bundestag gut daran, an diesen Topoi festzuhalten.

Helmut Altrichter

War der Zerfall der Sowjetunion vorauszusehen?

I.

Bemüht man historische Analogien, so ist die Antwort schnell gegeben: Alle grundstürzenden Ereignisse, alle Revolutionen kamen für die Zeitgenossen überraschend. Das war in Frankreich 1789 so, in Deutschland 1848 und in Rußland 1917 nicht anders. Was für den Ausbruch gilt, gilt auch für den Verlauf: Wer am Anfang Erfolg hatte, war in der Regel ein anderer als jener, der am Ende obsiegte; am Geschehen unmittelbar Beteiligte bewiesen kaum mehr Weitblick als gewöhnliche Zeitgenossen. Lenin und die Bolschewiki sind dafür das beste Beispiel. Bekanntlich hatte Lenin Anfang 1917 die Hoffnung weitgehend aufgegeben, die Revolution in Rußland noch zu erleben. Als sie wenig später kam, den Zaren stürzte und die neue Provisorische Regierung eine politische Amnestie, die Aufhebung der bestehenden Stände und Privilegien, die Grundrechte und die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung auf der Basis eines allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts verkündete, gab kaum jemand etwas auf die kleine Splittergruppe der Bolschewiki und ihre abstruse Forderung, alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten zu übertragen. Und als die Bolschewiki im Oktober in einem bewaffneten Aufstand die Macht ergriffen, fehlte es nicht an Stimmen, die der neuen Regierung das baldige Scheitern voraussagten; auch sie werde nicht in der Lage sein, die anstehenden riesigen Probleme zu lösen¹.

II.

Mit der Revolution von 1989 in Osteuropa war es ebenso – und anscheinend doch ganz anders. Kein Zweifel, auch sie hat alle Zeitgenossen überrascht. Aber im Unterschied zu früheren Ereignissen gab es ein Netz

¹ Für den Gesamtzusammenhang und die historischen Analogien *Helmut Altrichter*, Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst (Paderborn, München, Wien, Zürich 1997) 19 ff.

von Forschungseinrichtungen, deren einzige Aufgabe darin bestand, die politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung in der Sowjetunion und in den Ländern des real existierenden Sozialismus zu beobachten. Was lag näher als der Vorwurf, diese ganze Forschung habe versagt; sie habe eher die Stabilität des Systems als das Szenarium seines Untergangs beschrieben, ja die Zustände politisch schön geredet und alle anderslautenden Warnungen mißachtet. Dieser Vorwurf, der sich nicht generell an die Zeitgenossen, sondern an den mainstream der Forschung richtete, läßt sich durch historische Analogien so einfach nicht zur Seite wischen².

Denn kritische, warnende Stimmen gab es durchaus: Schon in der zweiten Hälfte der 60er Jahre hatten, um nur einige Beispiele zu nennen, Sozialwissenschaftler (in der Zeitschrift „Problems of Communism“) intensiv darüber diskutiert, inwieweit die herrschende sowjetische Parteibürokratie in der Lage sei, sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen, das politische System zu reformieren, neue Mechanismen der Elitenrekrutierung zu etablieren, Gruppeninteressen zu kanalisieren; ohne einschneidende Änderungen drohe dem System die Austrocknung, die Verkrustung, der schleichende Verfall, ein bitteres Ende³. Zbigniew Brzezinski, der den Anstoß zur Diskussion geliefert hatte, erweiterte das Thema Anfang der 1970er Jahre, als er den Aufbruch der USA ins technisch-elektronische Zeitalter beschrieb, während er die Sowjetunion ideologisch und systemisch im Industrialismus feststecken und den Anschluß verlieren sah. Er resümierte seine Überlegungen 1988 in einem weiteren Buch, das den progressiven Verfall, die zunehmende Agonie

² Vgl. dazu die Nummer 31 (Spezial Issue) von *The National Interest* (Spring 1993), insbesondere Teil II (Sins of the Scholars, 68ff.) mit den Beiträgen von *Richard Pipes*, 1917 and the Revisionists; *Martin Malia*, A Fatal Logic; *Robert Conquest*, Academic and Soviet Myth; *William Odom*, The Pluralist Mirage; *Peter Rutland*, Sovietology: Notes for a Post-Mortem; die Titel sprechen für sich. Für den deutschen Bereich vgl. den Beitrag von *Gerhard Simon*, Die Osteuropaforschung, das Ende der Sowjetunion und die neuen Nationalstaaten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 52–53/92 (18. Dezember 1992) 32ff. (der mit dem Diktum beginnt: „Die Osteuropawissenschaft hat versagt“); ein Nachklang dieser Diskussion in der Zeitschrift *Osteuropa* 1998/99, deren Beiträge auch separat in einem Sammelband herausgegeben wurden: *Stefan Creuzberger, Ingo Mannteufel, Alexander Steininger, Jutta Unser* (Hrsg.), *Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion* (Köln 2000).

³ Unter dem Reihentitel „Whither Russia?“ und mit Beiträgen von *Zbigniew Brzezinski, Frederick C. Barghoorn, Wolfgang Leonhard, Eugene Lyons, Arthur Schlesinger Jr., Giorio Galli, Robert Conquest, Hans J. Morgenthau, Boris Meissner, Robert Strausz-Hupé, Jayantanuja Bandyopadhyaya, Isaac Don Levine, Sidney Hook, Boris Souvarine, Alexander Bregman, Merle Fainsod, Arrigo Levi*, alle in: *Problems of Communism* (Januar/Februar 1966 bis November/Dezember 1967).

des Systems zum Gegenstand hatte und den Kommunismus in der Endkrise sah⁴. Historische und ethnologische Studien hatten bereits vordem auf die Gefahr verwiesen, die für das System von den Nationalitäten und insbesondere von den muslimischen Völkern ausging⁵. Es gab Ökonomen, die mit guten Gründen und viel Mathematik bewiesen, daß die Wirtschaft eine Mangelwirtschaft sei und warum ein planwirtschaftliches System auf Dauer nicht funktionieren könne⁶. Und schließlich waren auch kritische Stimmen aus dem Innern zu vernehmen, wie die des Dissidenten Andrej Amalrik, der 1970 die Frage gestellt hatte, ob die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben werde, und zu einer negativen Antwort gekommen war⁷.

Es wäre ungerecht zu behaupten, daß diese Ansichten von der Sowjetforschung überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurden. Doch deren mainstream bestimmten, da hatte die nachträgliche Kritik schon recht, andere Leitbilder und Fragestellungen. Dabei sind für die Nachkriegszeit zwei Perioden zu unterscheiden. Die 1950er und 60er Jahre sahen die stalinistische Sowjetunion in einer Reihe mit dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien und beschrieben sie als „totalitäre Diktatur“. Als deren Wesenszüge galten eine mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und universelle Geltung auftretende Ideologie, eine straff organisierte Massenpartei als Trägerin der Macht, ein staatlicher Propaganda- und Repressionsapparat zur Durchsetzung der Ziele und Versuche zur Lenkung der Wirtschaft. Sie markierten zugleich die Unterschiede zu den westlichen liberalen, parlamentarischen Demokratien⁸.

⁴ Zbigniew Brzezinski, *Dilemmas of Change in Soviet Politics* (New York 1969); ders., *Between Two Ages* (New York 1970); ders., *The Grand Failure* (New York 1989, dt. Das gescheiterte Experiment [Wien 1989]).

⁵ Verwiesen sei auf *Hélène Carrère D'Encausse*, *Risse im Roten Imperium. Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion* (Wien, München, Zürich, Innsbruck 1979); *Alexandre Bennigsen*, *Islam in the Soviet Union* (London 1967); *Alexandre Bennigsen*, *Marie Broxup*, *The Islamic Threat to the Soviet State* (New York 1983); *Alexandre Bennigsen*, *Mystics and Commissars. Sufism in the Soviet Union* (Berkeley 1985); *Chantal Lemerrier-Quejday* (Hrsg.), *Passé turco-tatar, présent soviétique. Etudes offertes à Alexandre Bennigsen* (Louvain 1986); *Michael Rywkin*, *Moscow's Muslim Challenge* (Armonk, N.Y. 1982); *Robert Conquest* (Hrsg.), *The Last Empire. Nationality and the Soviet Future* (Stanford, Cal. 1986); jeweils mit weiteren Hinweisen.

⁶ Am bekanntesten *János Kornai*, *The Economics of Shortages*, 2 Bde. (Amsterdam 1980); ders., *The Socialist System. The Political Economy of Communism* (Princeton 1992).

⁷ Andrej A. Amalrik, *Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?* (Zürich 1970).

⁸ Beispielhaft dafür *Hannah Arendt*, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (Frankfurt a.M. 1955); *Carl Joachim Friedrich*, *Zbigniew K. Brzezinski*, *Totalitarian Dictatorship*

Dieses Konzept geriet seit Ende der 60er Jahre immer mehr in die Kritik. Die dagegen vorgebrachten Argumente waren politischer und wissenschaftlicher Natur. Politisch wurde gegen das Konzept eingewandt, es sei mit der schroffen Gegenüberstellung von West und Ost, von liberaler Demokratie und totalitärer Diktatur ein Produkt des Kalten Krieges; politisch anstößig erschien den Kritikern auch, die Sowjetunion mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu vergleichen. Soweit wissenschaftliche Gründe ins Feld geführt wurden, galten sie der Überlegung, daß kein System auf Dauer nur auf Gewalt und Terror aufbauen könne und der totalitäre Anspruch nicht vorschnell mit der Wirklichkeit in eins gesetzt werden dürfe. Beide letztgenannten Überlegungen waren durchaus bedenkenswert. Sie verschoben den Schwerpunkt der Forschung von der Politik- und Ideen- auf die Sozialgeschichte und trugen mit den Studien, die sie anregten, erheblich zum Verständnis der Mechanismen bolschewistischer Machtausübung und -behauptung bei ⁹.

Doch die Inbrunst, mit der man nun – in der Revolution und den 20er Jahren, ja selbst in den 30er, 40er und beginnenden 50er Jahren – nach Konsensstrukturen zu suchen, die Grenzen staatlicher Macht auszu-leuchten begann¹⁰; die Beflissenheit, mit der zur Beschreibung der Sowjetunion der 60er und 70er Jahre neue, scheinbar unverbrauchte Be-

and Autocracy (Cambridge, Mass. 1956); ihr bis heute nachwirkender Kriterienkatalog sah das Syndrom „totalitärer Diktatur“ gekennzeichnet durch: 1. eine Ideologie mit Erlösungsanspruch; 2. eine monopolistische Massenpartei; 3. eine terroristische Geheimpolizei; 4. das Nachrichtenmonopol; 5. das Waffenmonopol; 6. Planwirtschaft.

⁹ Ihre Folgen für die Revolutionsforschung bei *Ronald Grigor Suny*, *Toward a Social History of the October Revolution*, in: *The American Historical Review* 88 (1983) 31 ff.; auch die Sammelrezension von *Dietrich Beyrau*, *Die russische Revolution im Meinungsstreit*, in: *Neue Politische Literatur* 30 (1985) 51 ff.; für die Zeit danach exemplarisch der Sammelband *Sheila Fitzpatrick* (Hrsg.), *Cultural Revolution in Russia 1928–1931* (Bloomington, London 1978), sowie die Tagungsbände *Diane P. Kroenker, William G. Rosenberg, Ronald Grigor Suny* (Hrsg.), *Party, State, and Society in the Russian Civil War. Explorations in Social History* (Bloomington, Indianapolis 1989); *Sheila Fitzpatrick, Alexander Rabinowitch, Richard Stites* (Hrsg.), *Russia in the Era of NEP. Explorations in Soviet Society and Culture* (Bloomington, Indianapolis 1991); *William G. Rosenberg, Lewis H. Siegelbaum* (Hrsg.), *Social Dimensions of Soviet Industrialization* (Bloomington, Indianapolis 1993); *J. Arch Getty, Roberta T. Manning* (Hrsg.), *Stalinist Terror. New Perspectives* (Cambridge 1993); weitere Hinweise bei *Helmut Altrichter*, *Staat und Revolution in Sowjetrußland 1917–1922/23* (Darmstadt ²1996) 239 ff. Darauf hingewiesen sei, daß diese sozialgeschichtliche Wende selbstredend nicht nur die Sowjetforschung betraf, sondern in der Geschichtswissenschaft insgesamt, insbesondere auch in der NS-Forschung zu beobachten war.

¹⁰ Zur kritischen Diskussion dieses Phänomens innerhalb der Sozialhistoriker, bezogen auf den Stalinismus, vgl. die beiden Bände von *Russian Review* 45 (1986) 357 ff., 374 ff., und 46 (1987) 379 ff.

griffe in die Debatte geworfen wurden; das sichtliche Bemühen, dabei semantisch die Parallelen zu westlichen Regierungsformen zu betonen, im sowjetischen System bürokratische Partizipation auszumachen, deren Voraussetzungen als institutionellen oder korporatistischen Pluralismus zu beschreiben, Staat und Partei als Broker von Gruppeninteressen¹¹ erscheinen zu lassen – das alles hatte seinen Preis. Es blendete aus, ließ weg oder unterschlug, was nicht ins Bild paßte und trotz der neuen Forschungsstrategien fortbestand: die ideologische Gebundenheit des Systems; die Einparteiherrschaft, die Wahlen zur Farce machte; die repressiven Strukturen, die dissidente Meinungen nach Möglichkeit nicht zu Wort kommen ließ, kriminalisierte, in die Psychiatrie steckte oder des Landes verwies; und eine Wirtschaft, deren administrative Entscheidungsstrukturen den Nachweis ihrer Effektivität, ja „Überlegenheit“ von Jahr zu Jahr mehr schuldig blieben.

Diese Erscheinungen hatte die Kritik vor Augen, wenn sie dem mainstream der Forschung, den linken „Revisionisten“, wie sie sagte, im Rückblick Einäugigkeit, ja Schönfärberei vorwarf. Sie sah sich bestätigt durch die wachsenden Oppositionsbewegungen in der Sowjetunion und in den Ländern des real existierenden Sozialismus, die seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre immer weniger Scheu zeigten, die skizzierten Strukturdefekte zu benennen, das Selbstverständnis und den Herrschaftsanspruch von Partei und Staat als „totalitäre Zumutung“ zurückzuweisen, so daß Ende 1991 sogar der scheidende Staatspräsident das Unwort vom „totalitären System“ in den Mund nahm und der zerfallenden Sowjetunion hinterherrief¹².

Auf dieses Szenarium war die Forschung in der Tat nur bedingt vorbereitet. Ihre Fokussierung auf Formen und Mechanismen der Konsensfindung, auf Institutionen, gesellschaftliche Großgruppen und materielle Interessen half zwar, das Funktionieren des Interessenausgleichs besser zu verstehen; hier aber ging es um Konflikte, hinter denen sich nur schwer Institutionen oder gesellschaftliche Großgruppen, Klassen oder

¹¹ So *Jerry Hough*, *The Soviet System. Petrification or Pluralism*, in: *Problems of Communism* 21,2 (1972) 32 ff., 37 ff.; *ders.*, *The Soviet Union and Social Science Theory*, (Cambridge, Mass. 1977); *ders.*, *Merle Fainsod, How the Soviet Union is Governed*, (Cambridge, Mass. 1979) 518 ff. (im Gegensatz noch zur 2. Aufl. *Merle Fainsod, How the Soviet Union is Ruled* [Cambridge, Mass. 1963]); vgl. auch die Sammelbände *H.G. Skilling, F. Griffiths* (Hrsg.), *Interest Groups in Soviet Politics* (Princeton 1971); *P. Cocks, R. Daniels, N. Heer* (Hrsg.), *The Dynamics of Soviet Politics* (Cambridge, Mass. 1977); *P. Cocks, J. Triska* (Hrsg.), *Political Development in Eastern Europe* (New York 1977).

¹² Als Geleitwort wiederabgedruckt in: *Michail Gorbatschow* (hier in eingedeutschter Schreibweise: Gorbatschow), *Erinnerungen* (Berlin 1995) hier 14.

Schichten als Träger ausmachen ließen; und offenkundig wurde mehr um unterschiedliche Leitbilder und Legitimationsmuster als um materielle Interessen gestritten. Das Problem war nicht, daß man die „falschen“ Fragen gestellt hatte; vielmehr, daß die eigene Annäherung absolut gesetzt worden war, ohne nach den Grenzen ihrer Erklärungskraft zu fragen.

Was die Prognose betraf, stand freilich die Totalitarismustheorie kaum besser da¹³. So berechtigt ihr Einwand gegen die „Revisionisten“ sein mochte, das Fortbestehen von Elementen totalitärer Herrschaft ausgeblendet zu haben; er betraf die Funktionsbedingungen des Systems, das Szenarium seines Untergangs Ende der 80er / Anfang der 90er Jahre war daraus nicht unmittelbar abzuleiten. Jede Seite konnte im Verlauf der Reformen, die zur Revolution werden sollten, Elemente der eigenen Analyse wiederfinden: Bei den gegebenen Strukturen konnten sie mit einiger Aussicht auf Erfolg nur von oben ausgehen; und ihr Ziel war, den gesellschaftlichen Konsens auf eine festere Grundlage zu stellen. Doch selbst wenn man dies vorab gesagt hätte, wäre der prognostische Gehalt einer solchen Aussage nicht allzu groß gewesen.

Viel präziser waren allerdings auch die anfangs zitierten Untergangsszenarien nicht. Brzezinski sprach zwar schon seit den 60er Jahren vom drohenden Untergang, doch selbst 1988 wollte er sich, was den Zeitpunkt betraf, noch nicht so recht festlegen und terminierte ihn nur auf das kommende neue Jahrhundert¹⁴. Um die sowjetische Wirtschaft stand es nicht gut, gemessen an westlichen Maßstäben. Wenn die ökonomische Theorie aber nachwies, daß das planwirtschaftliche System nicht funktionieren konnte, ließ sich fragen, was dies für die Praxis besagte, da die sowjetische Planwirtschaft bereits Jahrzehnte existierte und bis in die 70er Jahre (wie westlichen Berechnungen und CIA-Analysen zu entnehmen war) akzeptable Zuwachsraten aufwies¹⁵. Der Hinweis auf die besondere Gefahr des Islam kollidierte bis zum Beginn der 90er Jahre mit dem empirischen Befund, daß andere, nichtmuslimische Völker der Zentralregierung mehr zu schaffen machten¹⁶. Und was Amalriks Prognose

¹³ Einen Einblick in den Diskussionsstand vermittelt Eckhardt Jesse (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung* (Bonn ²1999).

¹⁴ Brzezinski, *Das gescheiterte Experiment* (Anm. 4) 11 ff., 287 ff.

¹⁵ Vgl. CIA, *Handbook of Economic Statistics, 1990* (Washington, DC 1990) 64 (wiedergegeben bei Anders Åslund, *Gorbachev's Struggle for Economic Reform* [Ithaca, N.Y. 1991] 15 ff.); auch James H. Noren, *The Soviet Economic Crisis. Another Perspective*, in: *Soviet Economy* 6,1 (1990) 3 ff.; Noel E. Firth, James H. Noren, *Soviet Defense Spending. A History of CIA Estimates, 1950–1990* (College Station 1998).

¹⁶ Siehe unten S. 103 ff.

vom Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums betrifft, ist daran zu erinnern, daß er als Auslöser dafür einen Krieg der UdSSR gegen China sah¹⁷. Um wirklich als Prognosen zu gelten, waren die Voraussagen in der Beschreibung des Szenariums oder in der zeitlichen Terminierung zu unbestimmt. Damit sind wir wieder am Anfang unserer Ausführungen¹⁸.

III.

Daß der Zerfall der Sowjetunion am Ende eines längeren Prozesses stand, der Prozeß mehrere Phasen durchmachte, die der Entwicklung immer wieder eine andere Richtung, auch Eigendynamik gaben, die zu Beginn weder beabsichtigt noch vorauszusehen war, mag eine Verlaufsanalyse zeigen. Ich unterscheide dabei fünf Stadien und versuche, die Bruchstellen durch eine Eingangsthese besonders hervorzuheben:

These 1: Es war nicht von vornherein abzusehen, daß Gorbachev mit seiner Zielsetzung, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes zu „beschleunigen“, um die „großen Vorzüge des Sozialismus, seiner Planwirtschaft“ überzeugend zum Ausdruck zu bringen, vollständig scheitern würde und die Reformen gerade das Gegenteil von dem erreichten, was sie bezweckten.

Es erscheint wie eine Trivialität, bedarf aber doch der Erinnerung, daß Gorbachev, der bis zum Sommer 1991 Generalsekretär der kommunistischen Partei der Sowjetunion war, die Festigung und Erneuerung des Sozialismus, nicht dessen Abschaffung anstrebte und an diesem Ziel bis zum Ende seiner Amtszeit festhielt. Seine Antrittsrede nach der Wahl zum Parteichef gab dafür die Losung aus, die sozialökonomische Entwicklung zu „beschleunigen“, was für ihn hieß, „die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft unbeirrt durchzuführen, das sozialistische Eigentum zu stärken, die Rechte der Betriebe zu erweitern, ihre Selbst-

¹⁷ *Amalrik*, Kann die Sowjetunion (Anm. 7) 56ff.

¹⁸ Es läßt sich denken und sei zumindest angemerkt, daß sich die Diskussion über die „Revolutionen in Osteuropa“, ihre Gründe, Hintergründe und Folgen, nicht auf die hier angesprochenen Aspekte beschränkte. Ergänzend sei verwiesen auf die Diskussionsbände: *Questioning Socialism and Its Alternatives*, in: *Contention. Debates in Society, Culture, and Science*, Bd. 1, Nr. 1 (Fall 1991); *Unexpected Overturns 1979–1991*, in: ebd. Bd. 1, Nr. 2 (Winter 1992); *Ongoing Debates*, in: ebd. Bd. 1, Nr. 3 (Spring 1992); *Revolution in the Revolutions? Theory, Prediction, and Understanding*, in: ebd. Bd. 2, Nr. 2 (Winter 1993); *Special Issue on the Theoretical Implications of the Demise of the State Socialism*, in: *Theory and Society. Renewal and Critique in Social Theory*, Bd. 23,2 (April 1994); *A Symposium on Sociology of Revolutions*, in: ebd. Bd. 23,5 (December 1994).

ständigkeit und Verantwortung zu erhöhen sowie ihre Interessiertheit an den Endergebnissen der Arbeit zu verstärken“¹⁹. Wo der Neue in den kommenden Wochen und Monaten auch auftauchte, die Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen bildete stets das Leitthema seiner Reden. Die Sowjetunion sollte, so hatte er in seiner Antrittrede bereits angekündigt, „in kurzer Zeit die vordersten wissenschaftlich-technischen Positionen, das welthöchste Niveau der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit“ erreichen. In den verbleibenden 15 Jahren bis zur Jahrtausendwende, so konkretisierte der Entwurf des neuen Parteiprogramms im Herbst 1985, sollte ein Wirtschaftspotential geschaffen werden, das dem in den 68 Jahren seit der Revolution Geschaffenen annähernd gleichkam²⁰. Mit anderen Worten: Das Nationaleinkommen und die Industrieproduktion sollten bis zum Jahr 2000 verdoppelt, die Arbeitsproduktivität auf das Zweieinhalbfache erhöht werden, das Realeinkommen der Bevölkerung um 61–80% steigen.

Ein ganzes Bündel von Kampagnen, Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen sollte helfen, die Ziele in den nächsten Jahren Wirklichkeit werden zu lassen. Sie richteten sich gegen den Alkoholmißbrauch, den professionellen Schlendrian, die Gleichmacherei im Verteilungsprozeß und sollten gleichzeitig die Selbständigkeit und Selbstverantwortung der Betriebe stärken²¹. So wurde den Betrieben das Recht übertragen, als Arbeitsanreiz Tarifsatz- und Gehaltserhöhungen vorzunehmen, sich „überflüssiger Arbeitskräfte zu entledigen und den Arbeitenden dazu anzuhalten, um die Erhaltung des von ihm gewünschten Arbeitsplatzes zu

¹⁹ Michail Gorbachev, Reč' na vneočerednom plenum CK KPSS, 11 marta 1985 goda, in: *ders.*, Reči i stat'i, Bd. 2 (Moskau 1987) 127 ff.; hier wie im folgenden (wo möglich) zitiert nach der deutschen Ausgabe Michail Gorbatschow, *Ausgewählte Reden und Aufsätze*, Bd. 2 (Berlin 1987) 144.

²⁰ Wortlaut in der Pravda vom 16. Oktober 1985, S. 1; in deutscher Übersetzung im Sonderheft der Zeitschrift Sowjetunion heute (Dezember 1985) 4 ff.; über „die Entwürfe der Neufassung des Programms der KPdSU, der Abänderungen am Statut der KPdSU, der Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR in den Jahren 1986 bis 1990 und im Zeitraum bis zum Jahr 2000“ Gorbachev auf dem Plenum des Zentralkomitees am 15. Oktober 1985, in: *Gorbatschow*, *Ausgewählte Reden*, Bd. 3, S. 5 ff.; zum Gesamtprojekt: Boris Meissner, *Das Aktionsprogramm Gorbatschows. Die Neufassung des dritten Parteiprogramms der KPdSU* (Köln 1987).

²¹ Vgl. dazu die **Aufrufe** und **Verordnungen** des Zentralkomitees der KPdSU zur Stärkung der Organisation, **Disziplin** und **Ordnung** in allen Zweigen der Volkswirtschaft, von Maßnahmen zur Überwindung der Trunksucht und des Alkoholismus, zu Fragen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit seit Frühjahr 1985 in: KPSS v rezoljucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK, Bd. 15 (Moskau ¹⁰1986) 9 ff., 19 f., 21 ff., 29 ff., 36 ff. Zur besonders spektakulären Antialkoholkampagne Bernd Knabe, *Der Kampf gegen die Trunksucht in der UdSSR*, in: Osteuropa 36 (1986) 173 ff.

kämpfen“; alle Staatsbetriebe sollten in einer Verbindung von Einzelleitung und sozialistischer Selbstverwaltung des Arbeitskollektivs geführt werden, mit einem Direktor, dem die laufenden Entscheidungen oblagen, und einer Belegschaftsversammlung, die ihn auf bestimmte Dauer wählte²². Seit 1. Januar 1987 hatte die Sowjetunion das Staatsmonopol für außenwirtschaftliche Tätigkeit gelockert (selbst wenn sie prinzipiell daran festhalten wollte)²³, seit 1. Januar 1988 waren 20 000 Betriebe, die etwa 60% der Industrieproduktion repräsentierten, in die „volle wirtschaftliche Rechnungsführung und Selbstfinanzierung“ entlassen, Fünfjahrpläne sollten nur noch aus „Kontrollziffern“ bestehen, die allenfalls indirekt (über Staatsaufträge, Normen und Steuern) in die Betriebsaktivitäten einfließen²⁴. Am 1. Mai 1987 trat ein Gesetz in Kraft, das Arbeitnehmern in ihrer Freizeit, Hausfrauen, Invaliden, Rentnern, Studenten und Schülern erlaubte, eine Gewerbeerlaubnis zu beantragen und einer privaten Tätigkeit nachzugehen²⁵. Ende Mai 1988 wurde ein Gesetz verabschiedet, das einer Personengruppe (von mindestens 3 Personen) erlaubte, ein „Kooperativ“ zu gründen und in genossenschaftlicher Form eine Werkstatt, ein Atelier oder ein Ladengeschäft zu betreiben²⁶. Und am 7. April 1989 beschloß das Präsidium des Obersten Sowjet eine Verfügung, wonach es möglich war, Grund und Boden, Betriebe und Einrichtungen vom Staat für „5 bis 50 Jahre und mehr“ zu pachten²⁷.

Pacht, Genossenschaften, betriebliche Rechnungsführung und Selbstfinanzierung – die Begriffswahl zeigte es schon: An den gesellschaftlichen Eigentumsformen sollte nicht gerüttelt werden, der Sozialismus stand nicht zur Disposition. „Wir weichen nicht einen Schritt vom Sozialismus und Marxismus-Leninismus“, Gorbatschow wurde nicht müde, das

²² Gesetz über den Staatsbetrieb (Vereinigung) vom 30. Juni 1987, in: Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR 1987, Nr. 26; sowie Verordnung des Ministerrates der UdSSR vom 26. Dezember 1987, in: Sbornik Postanovlenij Pravitel'stva SSSR 1988, Nr. 4.

²³ Sie berechnete dabei 20 Ministerien und Ämter sowie 70 größere Unternehmen und Betriebe, selbständig Export- und Importoperationen vorzunehmen und dabei nach dem Grundsatz der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ zu verfahren. Durch Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR (Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR 1987, Nr. 2) und Verordnung des Ministerrates der UdSSR (Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR 1987, Nr. 9) vom 13. Januar 1987 erhielten westliche Unternehmen die Möglichkeit zu Joint Ventures, d. h. in „gemeinsame Betriebe“ zu investieren.

²⁴ Gesetz über den Staatsbetrieb, in: Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR 1987, Nr. 26.

²⁵ Gesetz über die individuelle Arbeitstätigkeit vom 19. November 1986, in: Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR 1986, Nr. 47.

²⁶ Kooperacija i аренда. Sbornik dokumentov i materialov, 2 Bde. (Moskau 1989).

²⁷ Ukaz über Pacht und Pachtbeziehungen in der UdSSR, in: Izvestija 100 (22638) v. 9. April 1989, S. 1f.

unzählige Male zu versichern, seiner Partei, der Bevölkerung, auswärtigen Gästen, und er glaubte wohl auch selbst daran²⁸. Noch im Sommer 1990, als eine Arbeitsgruppe bereits an einem Wirtschaftsprogramm saß, das die marktwirtschaftliche Öffnung bringen sollte (später als das „Programm der 500 Tage“ bekannt), nervte Gorbachev seine Berater, die er ins Feriendomizil nach Foros mitgenommen hatte, mit dem „ewigen Thema“, als erstes müsse wohl ein Artikel oder eine Fernsehrede ausgearbeitet werden, in der man darlege, daß sich Markt und moderner Sozialismus sehr wohl vertragen²⁹.

Das Ergebnis der Wirtschaftsreformen war mehr als nur enttäuschend. Die Antialkoholikampagne führte dazu, daß von 1985 auf 1986 für 8,2 Mrd. Rubel weniger Alkoholika verkauft wurden und von 1986 auf 1987 noch einmal so viel; das riß ein gewaltiges Loch in den Staatssäckel, und die Schwarzbrennerei ließ die Zuckerbestände knapp werden³⁰. Die neue Freiheit nutzten die Staatsunternehmen, um ihren Angestellten die Löhne zu erhöhen (und weniger Steuern abzuführen), ohne daß dem ein Zuwachs an Produktivität entsprochen hätte. So war, nach Nikolaj Petrakov (einem Wirtschaftsberater Gorbachevs), Geld das einzige, was in der Sowjetunion nicht knapp war³¹. Daß die Waren immer knapper, die Schlangen in den Geschäften immer länger wurden, Hortungskäufe die Situation noch verschlechterten, war die Folge. Viele Lebensmittel waren nur noch auf den freien Kolchosmärkten, manche Dinge des täglichen Bedarfs nur noch auf dem Schwarzmarkt zu erhalten, für ein Vielfaches des Staatspreises. Nur zwei Zahlen, die die Dramatik von Inflation und Güterknappheit widerspiegeln: Der Preis für den Umtausch

²⁸ Zitat aus seiner Rede auf dem Plenum des Zentralkomitees am 18. Februar 1988 (hier: *Gorbachev, Izbrannye reči*, Bd. 6, S. 58 ff., hier 64). So stand es 1986 im neuen Parteiprogramm, dessen Aufgabenkatalog mit der Feststellung begann, daß das Endziel der Kommunismus bleibe; so bekräftigte es Gorbachev 1987 in seinem *Perestroika*-Buch *Michail Gorbatschow, Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt* (München 1987) insb. 42 ff., 1988 in seiner zitierten Rede auf dem ZK-Plenum, um nur einige wenige Beispiele zu nennen; so belehrte er (im April) 1989 auch Margaret Thatcher beim Staatsbesuch in Großbritannien (*Anatoli Tschernajew, Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen* [Stuttgart 1993] 259) und ließ am Grab von Karl Marx Blumen niederlegen, wie er es demonstrativ bereits beim Besuch in der Ukraine (in Kiev und Doneck) an den Lenin-Denkmalen getan hatte (vgl. *Izvestija* Nr. 98 [22636] v. 7. April 1989, S. 1; Radio Liberty, Report on the USSR, Bd. 1, Nr. 9 [March 3, 1989] 41 f.).

²⁹ *Tschernajew, Die letzten Jahre* (Anm. 28) 309.

³⁰ *Anders Åslund, Gorbachev's Struggle* (Anm. 15) 76 ff., 190 ff.; *Gur Ofer, Budget Deficit, Market Disequilibrium and Soviet Economic Reforms*, in: *Soviet Economy* 5,2 (1989) 107 ff., hier 154 f.

³¹ *Petrakov* in: *Voprosy ekonomiki* 8 (1987) 3 f., hier nach: *Åslund, Gorbachev's Struggle* (Anm. 15) 20.

von Rubeln in harte Währung (in Dollar oder DM) stieg zwischen 1988 und 1990) auf das 4- bis 6-fache, und die Zeit, die in der Sowjetunion nun jährlich durch Anstehen verloren ging, berechnete man auf 30–40 Milliarden Arbeitsstunden³². Das alles hielt die Bevölkerung nicht gerade dazu an, mehr und besser zu produzieren. Mit Subventionen beim Konsum und Rationierungsmaßnahmen suchte der Staat gegenzusteuern; er steigerte auch die Importe aus dem Westen, vor allem von Getreide (von 41 Millionen Tonnen, die in der letzten Saison eingeführt worden seien, war im Herbst 1989 die Rede)³³. Doch auch diese Politik stieß an Grenzen; die Einfuhren waren durch vermehrte Ölexporte (bei fallenden Weltmarktpreisen) kaum noch auszugleichen. So sagte die Zeitung „Argumenty i fakty“ im Sommer 1989 ein drohendes Haushaltsdefizit von 120 Mrd. Rubel voraus³⁴, was über 13% des Bruttosozialprodukts ausmachte (im Vorjahr waren die Zahlen nicht viel günstiger gewesen). Die Handelsbilanz mit den OECD-Ländern war negativ und die Staatsverschuldung hatte sich seit 1984/85 verdoppelt: Sie betrug Ende 1989 etwa 36 Mrd. Rubel (was ungefähr 60 Mrd. \$ entsprach)³⁵. So hatte sich die ökonomische Situation gegenüber den Ausgangsjahren erheblich verschlechtert, aus der Stagnation war eine ernsthafte Krise geworden, und der Unmut der Bevölkerung wuchs. Ende Oktober 1989 veröffentlichte die Illustrierte „Ogonek“ die Ergebnisse einer Umfrage; danach erwarteten sich nur noch 12% der Sowjetbevölkerung von der Reformpolitik eine bedeutende Verbesserung ihrer Lebensumstände³⁶.

These 2: Von Glasnost und Perestroika, von mehr Transparenz bei der Entscheidungsfindung in Partei und Staat und mehr Beteiligung der Staatsbürger erhoffte sich Gorbachev eine breite Unterstützung für die neue Politik. Doch statt als flankierende Maßnahmen zu greifen, vertieften sie die Krise. Sie entzogen dem System ihre ideologische Basis, die Legitimation.

Transparenz aller Entscheidungen sei Voraussetzung für Massenbeteiligung, Öffentlichkeit Bedingung jeder Demokratie, und das Land brauche die Demokratie, so sagte Gorbachev auf dem CK-Plenum im Januar

³² Anders Åslund, Gorbachev, Perestrojka, and Economic Crisis, in: Problems of Communism 40, Nr. 1–2 (1991) 18 ff., hier 19.

³³ So Stepan Sitarjan am 1. November 1989 im Pravitel'stvennyj vestnik, hier nach Radio Liberty, Report on the USSR. Bd. 1, Nr. 45 (November 10, 1989) 31 f.

³⁴ Argumenty i fakty Nr. 27 (456) 8.–14. Juli 1989, S. 2.

³⁵ Åslund, Gorbachev, Perestrojka (Anm. 32) 27.

³⁶ Ogonek Nr. 43, 21.–28. Oktober 1989, S. 4f.

1987, so nötig „wie die Luft zum Atmen“³⁷. Glasnost und Perestroika, so bemerkte er bei anderer Gelegenheit, seien „der Schlüssel, um das Potential, das in unserem sozialistischen System steckt, freizusetzen“, und unterstrich damit ihren instrumentellen Charakter³⁸. Das verlangte Information und Diskussion über alle öffentlich interessierenden Belange, und damit Beteiligung nicht nur ein Wort blieb, sollten die Sowjets aus der Obhut der Partei gelöst, durch die Aufstellung mehrerer Kandidaten Wahlen wieder zu Wahlen werden, und nicht nur auf der lokalen, sondern auch auf der gesamtstaatlichen Ebene.

Kritik am Apparat war nicht länger tabu, Zeitungsspalten füllten sich mit Leserzuschriften, die Trägheit und Unfähigkeit der Bürokratie beklagten, von Selbstbereicherung und Korruption berichteten, die Existenzberechtigung der Privilegien in Frage stellten und radikale Veränderungen forderten. Damit nicht genug, die Diskussionen bezogen auch die Vergangenheit mit ein. Überall sah man sich bald mit ihren heiklen Themen konfrontiert, in den Zeitungen, Zeitschriften und dicken literarischen Journalen, im Fernsehen, im Kino und auf der Bühne. Hatte Gorbatschow immer wieder versichert, daß man auf den zurückgelegten Weg stolz sein könne, ließ das hier gezeichnete Bild nicht viel davon übrig. Sie berichteten, wovon bisher nicht gesprochen werden durfte (von der blutigen Seite der Revolution und des Bürgerkriegs; von der Hungersnot, die der Kollektivierung folgte und Millionen dahinraffte; von den Repressionen und Säuberungen der 30er Jahre, in denen Hunderttausende liquidiert, Millionen ins Lager gesteckt oder deportiert wurden). Sie stellten Stück um Stück in Frage, was bisher als unantastbar galt, selbst Lenin, die Oktoberrevolution und den Zweiten Weltkrieg als einigende Kollektiverfahrung. Was sie zurückließen, war ein Scherbenhaufen.

³⁷ Schlußwort auf dem Plenum des Zentralkomitees am 28. Januar 1987, in: *Gorbatschow, Ausgewählte Reden*, Bd. 4, S. 394 ff., hier 397.

³⁸ So auch der Duktus der Argumentation auf dem 18. Gewerkschaftskongreß am 25. Februar 1987: „Das Zentralkomitee der KPdSU hat erkannt, daß es keine Beschleunigung geben wird, wenn wir nicht damit beginnen, das gesellschaftliche Leben umzugestalten [...] Die Umgestaltung muß das Potential des Sozialismus aufdecken [...] Wir bewegen uns nicht vom Sozialismus weg, sondern durch die Umgestaltung entfalten wir das Potential der sozialistischen Ordnung“, in: *Gorbatschow, Ausgewählte Reden*, Bd. 4, S. 474 ff.; vgl. auch Ansprache bei Beendigung des 27. Parteitages am 6. März 1986 (ebd. Bd. 3, 316 f.), die Rede auf dem ZK-Plenum am 27. Januar 1987 (ebd. Bd. 4, hier 340 f.), beim Treffen mit Vertretern der Massenmedien am 11. Februar 1987 (ebd. Bd. 4, hier 420 ff.) u.ä.

Wie begierig die Bevölkerung diese Informationen aufsog, zeigten unter anderem die steigenden Abonnentenzahlen der einschlägigen Zeitungen, Zeitschriften und dicken Journale: So stieg die Auflage des literarischen Journals „Novyj mir“ innerhalb von zwei, drei Jahren von 0,5 auf 2,6 Millionen, der Illustrierten „Ogonek“ von 1,5 auf 4,5 Millionen und der Wochenzeitung „Argumenty i fakty“ von 9,2 auf 31,5 Millionen³⁹.

Die Debatte trieb die Fraktionierung der Gesellschaft weit voran, und die Wahl des Volksdeputiertenkongresses, aus dem ein neuer Oberster Sowjet als permanent tagendes Parlament hervorgehen sollte, schuf ein Forum, das diese Differenzen wie kein zweites sichtbar machte. Daß 87% der 2249 Deputierten der kommunistischen Partei angehörten und nur eine Minderheit (von 300) den Reformern zugerechnet wurden, verhinderte dies nicht. Die Funktionäre waren in der Minderheit, 88% der Gewählten gehörten zum ersten Mal einer zentralen parlamentarischen Instanz an und zeigten wenig Scheu, alle sie bewegenden Fragen zur Sprache zu bringen⁴⁰. Ein Millionenpublikum verfolgte die Debatten im Radio oder im Fernsehen, die sie direkt übertrugen, Zeitungen druckten lange Passagen der Reden nach.

Um die Heftigkeit, mit der die Meinungen aufeinander prallten, zu illustrieren, aber auch das Grundgefühl wachsender Orientierungslosigkeit, sei an den Redebeitrag von Sergej Červonopiskij erinnert, der als erster Sekretär des Komsomol-Stadtkomitees von Čerkasy die Kommunistische Jugendorganisation vertrat. Seine nicht immer konzisen Ausführungen kreisten um den Verlust aller Werte und Ideale. Er, der in Afghanistan beide Beine verloren hatte, vermißte in Gorbachevs Auslassungen jede politische Würdigung dieses Krieges, von Funktionären müsse man sich mittlerweile sagen lassen „Ich habe euch nicht nach Afghanistan geschickt“, er verwahrte sich gegen Interviews Andrej Sacharovs, die sowjetische Kriegsverbrechen anprangerten, und warf den Delegierten vor, obwohl doch über 80% von ihnen Kommunisten seien, habe er das Wort „Kommunismus“ bisher kein einziges Mal gehört. Aber es gebe schließlich drei Dinge, für die es sich weiterhin auf der ganzen Welt zu kämpfen lohne: die Großmacht, die Heimat und den

³⁹ Vgl. dazu die Übersicht bei Robert W. Davies, *Soviet History in the Yeltsin Era* (New York 1997) 221.

⁴⁰ Die wichtigsten Ergebnisse der Wahlen waren noch vor Eröffnung des Kongresses in allen zentralen Blättern nachzulesen; eingehende Wahlanalyse bei V. A. Kolosov, N. V. Petrov, L. V. Smirnjagin (Hrsg.), *Vesna 89. Geografija i anatomija parlamentskich vyborov* (Moskau 1990).

Kommunismus, was viele im Saal mit stehendem Applaus bedachten⁴¹. Sacharov, von Gorbachev Ende 1986 aus der Verbannung zurückgeholt und von der Akademie der Wissenschaften als Abgeordneter in den Volksdeputiertenkongreß entsandt, replizierte und wiederholte seine Einschätzung, der Krieg sei ein „verbrecherisches Abenteuer“, ein Vernichtungskrieg gewesen, der fast einer Million Afghanen das Leben gekostet habe⁴². Ein minutenlanges Stürmen der Entrüstung war die Folge. Es war unübersehbar, daß unter solchen Szenen auch die Autorität des Präsidenten der Versammlung, Gorbachevs, litt, der sich auf kleinliche Debatten mit den Deputierten einließ, ja der Staatsautorität als solcher, führten sie doch sichtbar vor Augen, daß ihr die Probleme aus den Händen gegliitten waren.

Der Kongreß, so das Resümee Sacharovs in den Memoiren, „zerstörte bei allen Menschen in unserem Lande sämtliche Illusionen, mit denen man uns und die ganze Welt eingekullt hatte. Die Reden [...] schufen innerhalb von zwölf Tagen für Millionen Menschen ein klares und unbarmherziges Bild des realen Lebens in unserer Gesellschaft. Es war ein Bild, wie es deutlicher weder durch persönliche Erfahrung, wie tragisch sie auch gewesen sein mochte, noch durch Zeitungen, Fernsehen und andere Massenmedien, durch Literatur oder Filmkunst in allen Jahren der Glasnost hätte entstehen können. Die psychologischen und politischen Auswirkungen waren gewaltig [...] Der Kongreß machte jede Umkehr unmöglich.“⁴³ Die Debatten zeigten, wie weit die Meinungen inzwischen auch innerhalb der kommunistischen Partei auseinandergingen, die Differenzen schlugen sich in Fraktionsbildungen nieder, die Stimmen mehrten sich, den Anspruch der kommunistischen Partei auf das Machtmonopol zu streichen, ein halbes Jahr später (im Frühjahr 1990) war die entsprechende Verfassungsänderung beschlossene Sache⁴⁴.

⁴¹ Pervyj s-ezd narodnyh deputatov SSSR (PSND SSSR) 25 maja – 9 ijunja 1989. Stenografičeskij otčet, Bd. 2 (Moskau 1989) 339 ff.

⁴² PSND SSSR, Bd. 2, S. 346 f. Der im offiziellen Protokoll vermerkte „Lärm im Saal“ gab, wie sich Sacharov erinnert, nur sehr unzureichend wieder, was sich tatsächlich ereignete: „In Wirklichkeit tobte – fünf Minuten lang vor Millionen von Fernsehzuschauern – ein Sturm; die meisten Deputierten und ‚Gäste‘ waren aufgesprungen; brüllten: ‚Eine Schande, weg mit ihm‘ und stampften mit den Füßen“; vgl. *Andrej Sacharov* (hier eingedeutscht: *Sacharow*), *Mein Leben* (München, Zürich ²1991) 869.

⁴³ *Sacharow*, *Mein Leben* 855.

⁴⁴ Auf Vorschlag des Zentralkomitees der KPdSU (zusammen mit dem Antrag auf Einrichtung des Präsidentenamtes) eingebracht und vom Außerordentlichen Dritten Kongreß der Volksdeputierten Mitte März 1990 beschlossen, vgl. *Vseočerednoj tretij s-ezd narodnyh deputatov SSSR*, 12–15 marta. Stenografičeskij otčet, Bd. 1 (Moskau 1990) 11 (mit Begründung durch den Vizepräsidenten des Obersten Sowjet Luk'janov).

Nach der Selbstauflösung des Marxismus-Leninismus als Staatsideologie begann auch die Hüterin der Orthodoxie, ins Glied zurückzutreten.

These 3: Im gleichen Maße, wie die alte sowjetische Basis wegbrach (die Wirtschaft völlig aus dem Plan geriet, die marxistisch-leninistische Staatsideologie ihre Bindekraft verlor und die Staatsautorität verfiel), suchte man nach neuen Orientierungsmustern und entdeckte – die Nation.

Die Partei meinte, das Nationalitätenproblem längst gelöst zu haben, und rechnete sich dies als „eine ihrer größten Errungenschaften“ an: Gleichberechtigte Völkerschaften hätten sich „freiwillig zu einem einheitlichen, multiethnischen Staat, zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ zusammengeschlossen, und aus den über 100 Nationen und ethnischen Gruppen sei inzwischen ein Volk, das Sowjetvolk geworden. So stand es im Parteiprogramm von 1961 und im Ansatz schon in der Verfassung von 1936⁴⁵. Ein gemeinsamer sozialistischer Wertekanon, die Einbindung in ein einheitliches planwirtschaftliches System und Russisch als lingua franca garantierten, wie es schien, diesen Zusammenhalt.

Um so überraschter war man von der „Explosion des Ethnischen“ 1988/89/90. Was sich nach der Ablösung des kasachischen Parteichefs in Alma-Ata (im Dezember 1986), mit Demonstrationen der Krimtataren auf dem Roten Platz (im Juni/Juli 1987) und kleineren Kundgebungen in den Hauptstädten der Baltischen Republiken allenfalls angedeutet hatte, erreichte 1988 in Berg-Karabach, Erevan und Baku, Tallin, Riga und Vilnius eine völlig neue Qualität, setzte sich 1989 zwischen Tiflis und Moskau, Georgiern und Abchasen, Osseten und Georgiern, Usbeken und Mescheten fort, ohne daß es zwischenzeitlich gelungen wäre, die vorgenannten Konflikte beizulegen, und eskalierte 1990, als die Auseinandersetzungen auf Moldawien, Tadschikistan, das usbekisch-kirgisische Grenzgebiet übergriffen, alle Unionsrepubliken sich für souverän erklärten (was sie der Verfassung nach ohnehin waren, aber nun offensichtlich auch sein wollten) und zahlreiche Autonome Republiken, die bisher Teile von Unionsrepubliken waren, mit eigenen Souveränitätserklärungen gleichzogen⁴⁶.

⁴⁵ KPSS v rezoljucijach, Bd. 10, S. 81, hier 91 ff.; in deutscher Übersetzung bei: Boris Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961 (Köln 1962) 146 ff., hier 153; auch: Stalin über die „grundlegenden Besonderheiten“ des Verfassungsentwurfes, in seiner Rede vor dem 8. Sowjetkongreß der UdSSR, in: Stalin, Werke 14 (Dortmund 1976) 66 ff.

⁴⁶ Skizze der Ereignisse bei Helmut Altrichter, Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1985–1991, in: Stefan Plaggenborg (Hrsg.), Handbuch der Geschichte Rußlands, Bd. 5 (Stuttgart 2002) 519 ff., hier 561 ff.

Die Geschichte kehrte zurück: Man entsann sich, daß der Anschluß an die Sowjetunion keineswegs freiwillig erfolgt war (so in Estland, Lettland, Litauen, Moldawien, Georgien); forderte Recht auf Rückkehr und die Wiederherstellung einstiger Autonomie (wie bei den Krimtataren oder Wolgadeutschen); wehrte sich gegen die Anwesenheit von ethnischen Gruppen, die erst in der Stalinzeit dorthin deportiert worden waren (wie die Mescheten, die von Georgien nach Mittelasien verbracht worden waren). Doch mitunter dienten „nationale Argumente“ auch nur dazu, Ausbrüche von Gewalt zu kaschieren und soziale und wirtschaftliche Konflikte zu bemänteln, weil mit „nationalen“ Motiven (wie ehemals mit „Klassen-“ oder anderswo mit „religiösen“ Motiven) scheinbar alles zu „rechtfertigen“ war. Den Hintergrund bildeten stets jene Prozesse (des Zerfalls der sozialistischen Wertegemeinschaft, der Wirtschaftseinheit, des Schwindens der Staatsautorität), von denen oben die Rede war.

Daß die „Nation“ zur neuen Orientierungsgröße wurde, war – gemessen an der Behauptung, daß es sie als politische Größe in der Sowjetunion nicht mehr gab – überraschend. Doch selbst wenn es sich nur noch um kulturelle Zuschreibungen und politische Leerformeln handelte, im Alltag war der Verweis auf sie – wie sich im Rückblick zeigte – überall präsent. Jeder Sowjetbürger trug im Paß, gleichsam als unveränderliches Kennzeichen, die Angabe seiner Nationalität; das hielt die nationale Zugehörigkeit präsent, identifizierte auch mit deren Geschichte, die sich ins kollektive Gedächtnis eingegraben hatte. Und jede Unionsrepublik, auch jede Autonome Republik, jedes Autonome Gebiet, fast jeder Autonome Kreis führte den Namen einer Titularnation in seiner Bezeichnung, was die Zugehörigkeit institutionalisierte. Selbst wenn die Sowjetführung mit der Gliederung des Territoriums nach nationalen Gesichtspunkten und der Förderung lokaler Eliten in den 20er Jahren andere Ziele verfolgt hatte, sie wirkten fort und standen bereit, als der sowjetische, supranationale Rahmen zerbrach, gegen den Fall ins Bodenlose⁴⁷.

⁴⁷ Vgl. *Craig Calhoun*, Nationalism and Ethnicity, in: *Annual Review of Sociology* 19 (1993) 211 ff.; *Rogers Brubaker*, Nationhood and the National Question in the Soviet Union and Post-Soviet Eurasia. An Institutional Account, im Themenheft 'Symposium on Nationalism and War', in: *Theory and Society. Renewal and Critique in Social Theory*, Bd. 23,1 (February 1994) 47 ff.; *ders.*, Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe (Cambridge 1996); auch: *Karen Barkey*, *Mark von Hagen* (Hrsg.), *After Empire. Multiethnic Societies and Nation-Building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires* (Boulder, Col. 1997); *Gail W. Lapidus*, *Victor Zaslavsky*, *Philip Goldman* (Hrsg.), *From Union to Commonwealth. Nationalism and separatism in Soviet republics* (Cambridge 1992); *Alexander J. Motyl* (Hrsg.), *Thinking Theoretically about Soviet Nationalities. History and Comparison in the Study of the USSR*

These 4: Es ist offen, wie die Geschichte ausgegangen, was aus den Unabhängigkeitserklärungen Estlands, Lettlands und Litauens, die vorangingen, geworden wäre, wenn sich nicht Rußland an die Spitze der Sezessionsbewegung gesetzt hätte.

Der russische Nationalismus, der seit den späten 80er Jahren für Irritationen sorgte, war nicht erst als Reaktion auf den sich abzeichnenden Zerfall des sowjetischen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems entstanden. Er hatte eine Vorgeschichte, die weit in die 30er, 40er und 50er Jahre zurückreichte. Staats- und Parteiführung förderten ihn, als sie in den 30er und 40er Jahren die vaterländische russische Geschichte rehabilitierten und auf ihrem Fundament das Gebäude des Sowjetpatriotismus errichteten⁴⁸. Junge, akademisch gebildete Literaten, Großstädter der ersten Generation, gleichwohl noch geprägt von ihrer provinziellen Herkunft, gaben ihm einen neuen Inhalt, als sie – seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre – das Dorfleben als Thema entdeckten, mit seinen beschaulichen Seiten, aber auch mit den tiefen Narben, die die 30er Jahre, die Kriegs- und Nachkriegszeit dort hinterlassen hatten⁴⁹. Obwohl bei manchen Werken eine Verklärung des Landlebens nicht zu übersehen war, schienen sie Chrusčevs Nachfolgern durchaus ins Konzept zu passen, ging doch die Verklärung des Landlebens nicht selten mit antiintellektuellen, antiurbanen und antiwestlichen Einstellungen einher, die – im Gegensatz zu westlichem Individualismus und Freiheitsbegriff – Kollektivismus und Staatsautorität beschworen. Trotz mancher Schelte wurden sie in Millionenaufgabe verbreitet und mit Staatspreisen belohnt, was auch zu Brežnev's Strategie paßte, statt auf Reformen auf die Einbindung

(New York 1992); *Pedro Ramet* (Hrsg.), *Religion and Nationalism in Soviet and East European Politics* (Durham, London 1989); sowie *Peter Niedermüller*, *Zeit, Geschichte, Vergangenheit. Zur kulturellen Logik des Nationalismus im Postsozialismus*, in: *Historische Anthropologie. Kultur. Gesellschaft. Alltag* 5 (1997) 245 ff.

⁴⁸ *Michail Agurskij*, *Ideologija nacional-bol'sevizma* (Paris 1970); *Gennadij Bordjugov*, *Umorientierung der Staatsideologie und Kulturpolitik in den 30er und 40er Jahren*, in: *Gabriele Gorzka* (Hrsg.), *Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kultur und Kunst der 1930er bis 50er Jahre* (Bremen 1993) 29 ff.; *D. L. Brandenberger, A. M. Dubrovsky*, 'The People Needs a Tsar'. The Emergence of National Bolshevism as Stalinist Ideology, 1931–1941, in: *Europe-Asia Studies*. Bd. 50.5 (1998) 873 ff.; *Sarah Davies*, *Popular Opinion in Stalin's Russia. Terror, Propaganda, Dissent, 1934–1941* (Cambridge 1997); *Erwin Oberländer*, *Sowjetpatriotismus und Geschichte. Dokumentation* (Köln 1967); *Jurij Šapoval*, *Der Russische Nationalismus und die Herrschaft Stalins*, in: *Manfred Hildermeier* (Hrsg.), *Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg. Neue Wege der Forschung* (München 1998).

⁴⁹ *Jitzhak M. Brudny*, *Reinventing Russia. Russian Nationalism and the Soviet State, 1953–1991* (Cambridge, Mass. 1998); *Wayne Allenworth*, *The Russian Question. Nationalism, Modernization, and Post-Communist Russia* (London, Boulder, New York, Oxford 1998).

aller gesellschaftlich-relevanten Kräfte zu setzen, solange sie nicht offene Opposition machten. Diese Nationalen waren auch auf Gorbačevs Seite, als es um die Antialkoholkampagne, die Bekämpfung der Korruption und die Aufgabe des langgehegten Plans ging, die sibirischen Flüsse nach Mittelasien umzuleiten; sie wandten sich aber scharf gegen ihn, als die propagierte Perestroika (ob mit, ohne oder gegen Gorbačevs Zutun) die Konturen einer prowestlichen, liberalen, marktwirtschaftlichen Öffnung anzunehmen begann.

Ganz in diesem Sinne hielt einer der Bekanntesten von ihnen, der Schriftsteller Valentin Rasputin, im Volksdeputiertenkongreß eine flammende Philippika gegen die Sittenverderbnis der Perestroika, deren „Pluralismus“ gefährlicher sei als jede Bombe, und gegen die allgemeine Geißel des administrativ-industriellen Apparates, der sich für alle als schrecklicher erwiesen habe als das Mongolenjoch; auch Rußland habe er niedergeworfen und ausgeraubt, daß es kaum noch atmen könne. Zwischen beiden sah er wohl auch die weitverbreitete „Russophobie“ angesiedelt; sie brachte ihn zu der Überlegung: „Wie wäre es, wenn Rußland die Union verlasse? Wenn Ihr es schon für Euer ganzes Elend verantwortlich macht, seine Rückständigkeit und seine Plumpheit Euch nur bei Euren fortschrittlichen Bemühungen behindert“, ein Gedanke, mit dem er, was die Lösung der eigenen russischen Probleme, die natürlichen und menschlichen Ressourcen des Landes, die moralische Entwicklung der Jugend, das nationale Selbstbewußtsein betraf, durchaus positive Erwartungen verband⁵⁰.

Diese Äußerungen, im Volksdeputiertenkongreß noch mit einer Mischung von Applaus und ungläubigem Gelächter aufgenommen, trafen eine in Rußland wachsende Stimmung, die das Sowjetimperium, dessen politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und ideologische Basis immer mehr verfiel, als Last empfand und sich an den Gedanken eines Rußland ohne die undankbaren Esten, Letten, Litauer, Moldawier, Georgier zu gewöhnen begann. Sollten sie doch selbst sehen, wo sie ohne die russischen Rohstoffe, die russische Energie, den russischen Absatzmarkt blieben.

Auf diese Stimmung setzte auch El'cin, im Mai 1990 zum Präsidenten des Russischen Volksdeputiertenkongresses gewählt, wenn er die gleichen Rechte, wie sie die baltischen Republiken, Moldawien, Georgien verlangten, für Rußland forderte. Das hieß nicht nur, daß Rußland über sein politisches und wirtschaftliches System, sondern auch über die Res-

⁵⁰ PSND SSSR, Bd. 2, S. 453 ff.

sourcen des Landes künftig allein entscheiden wollte. Wurde dies verwirklicht, blieb nicht mehr viel von der Macht des Präsidenten der Union; um ihren völligen Zerfall zu verhindern, bemühte sich Gorbachev seit Herbst 1990 um eine Neufassung des Unionsvertrages⁵¹.

These 5: Der Gesamtprozeß wurde ungemein beschleunigt durch zwei Ereignisse, von denen das erste eine Ereigniskette für sich war: der Zusammenbruch des „Ostblocks“, das Ende der kommunistischen Herrschaft in den „Volksdemokratien“. Das zweite Ereignis war der Putsch vom 19. bis 21. August 1991.

Man braucht nur die Ereignisse der Jahre 1988/89 zu nennen, um ihre Bedeutung in Erinnerung zu rufen. In Ungarn hatte im Mai 1988 der kommunistische Parteichef Kádár seinen Rücktritt erklärt und damit den Weg für tiefgreifende Wirtschafts- und Verfassungsreformen freigebracht, die dem Sozialismus die Vorherrschaft und schließlich den Kommunisten die Macht kosteten. In Polen hatten neue Streikwellen im Sommer 1988 zum ersten offiziellen Kontakt zwischen dem Innenminister und dem Führer der verbotenen Gewerkschaft Solidarnosc geführt. Nach Wahlen wurde im August 1989 Tadeusz Mazowiecki mit überwältigender Mehrheit zum (seit mehr als 40 Jahren ersten) nichtkommunistischen Regierungschef Polens gewählt. Im Prag zwangen im November 1989 Großdemonstrationen Staatspräsident Gustáv Husák zum Rücktritt; Präsident der Bundesversammlung wurde Alexander Dubček, bis zum Einmarsch 1968 Parteichef und Symbol des „Prager Frühlings“, und Staatsoberhaupt der Schriftsteller Václav Havel, im Februar 1989 noch wegen „Rowdytums“ verhaftet und wegen „Volksverhetzung“ zu einer mehrmonatigen Haftstrafe verurteilt. In den gleichen Zusammenhang gehören der Sturz Todor Živkovs in Bulgarien (am 10. November 1989), die Festnahme und Hinrichtung Nicolae Ceauşescu (am 25. Dezember 1989) und der Sturz Honeckers und die Öffnung der Berliner Mauer (am 9. November des gleichen Jahres)⁵². Nachdem die KSZE-Staaten im Spätherbst 1990 in der Charta von Paris „das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas“ für beendet erklärt hatten, wurden im Sommer 1991 Warschauer Pakt und RGW auch offiziell zu Grabe getragen.

⁵¹ Der Vertragsentwurf für eine Föderation der souveränen Republiken, in der Fassung vom 6. März 1991 (Auszug) in: Harald Moldenhauer, Eva Maria Stolberg, Chronik der UdSSR. Die wichtigsten Daten und Ereignisse im Überblick (München 1993) 276 ff.

⁵² Chronik der Ereignisse in Radio Free Europe / Radio Liberty, Weekly Record of Events in Eastern Europe sowie deren RAD Background Report (Eastern Europe) für das Jahr 1989.

Das alles geschah mit Wissen und Billigung der sowjetischen Staatsführung. Doch im Innern stärkte dies, wie sich leicht denken läßt, nicht gerade die Stellung Gorbatschovs. Gleiches galt für den Putschversuch im August 1991, der die Entwicklung vergeblich aufzuhalten versuchte. Die Putschisten suchten aus ihrer Sicht zu retten, was noch zu retten war: Denn wenn der neue Unionsvertrag unterschrieben wurde, der jeder Unionsrepublik das Recht gab, seine politische und wirtschaftliche Ordnung selbst zu bestimmen und frei über die Ressourcen des Landes zu verfügen, war die Sowjetunion nicht mehr, was sie ehemals gewesen war. Das Scheitern der Putschisten stärkte nicht nur die Position des russischen Präsidenten El'cin (dessen weißes Haus in den Tagen des Ausnahmezustandes zum Zentrum des Widerstandes wurde), sie machte Gorbatschov innenpolitisch zur *quantité négligable*. El'cin verbot der kommunistischen Partei, deren Generalsekretär Gorbatschov noch immer war, bis zur endgültigen Klärung ihrer Rolle im Putsch jede Tätigkeit in Rußland, und zwang Gorbatschov vor laufenden Kameras zum Eingeständnis, daß nahezu alle von ihm ins Regierungsamt Geholten sich den Aktionen der Putschisten angeschlossen hatten. Als der russische, der weißrussische und der ukrainische Präsident Anfang Dezember 1991 in Minsk zusammenkamen, die UdSSR für aufgelöst erklärten und eine neue Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gründeten, war Gorbatschov nicht dabei; er erfuhr davon nur nachträglich am Telefon. Und zuvor hatte man bereits mit dem amerikanischen Präsidenten gesprochen⁵³.

IV.

Schwenken wir noch einmal zurück zum Anfang unserer Geschichte, zum Politbüro in der Vorperestroikazeit. Studien aus den 1990er Jahren vermitteln uns eine Vorstellung von der Arbeitsweise dieses höchsten

⁵³ Für den Putsch und den endgültigen Zerfall der Sowjetunion sei hier nur verwiesen auf: *Tina Delavre* (Hrsg.), *Der Putsch in Moskau. Berichte und Dokumente* (Frankfurt a.M., Leipzig 1992. Originalausgabe hrsg. vom Verlag „Text“ [Moskau]); *Vera Tolz, Iain Elliot* (Hrsg.), *The Demise of the USSR. From Communism to Independence* (Houndmills, London 1995); aus unterschiedlicher Perspektive von Zeitzeugen: *Michail Gorbatschow*, *Der Staatsstreich* (München 1991); *ders.*, *Der Zerfall der Sowjetunion* (München 1992); *Boris El'cin* (hier eingedeutscht: Jelzin), *Auf Messers Schneide. Tagebuch des Präsidenten* (Berlin 1994); *Jack F. Matlock, Jr.*, *Autopsy of an Empire. The American Ambassador's Account of the Collapse of the Soviet Union* (New York 1995); auch *Michael R. Beschloss, Strobe Talbott*, *Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989–1991* (Düsseldorf 1993) 586 f.

Parteigremiums, das wie eine „Überregierung“ fungierte; eine Ahnung von den immensen Papierbergen, die hier bewältigt, von den Tausenden von Fragen, die hier Jahr für Jahr besprochen und per Dekret entschieden wurden, wozu Hochbrisantes ebenso gehörte wie die vielen, vielen Trivialitäten; von den Riten und ungeschriebenen Gesetzen der Entscheidungsfindung, die bei allen wichtigen Fragen alle zu Wort kommen ließen und damit einbanden, die Reihenfolge der Redner aber festlegten und die Einmütigkeit der Entscheidung garantierten; von den eingeschliffenen Erklärungen und Codewörtern, mit denen man Probleme erklärte und sich selbst betrog; von der Unfähigkeit, die Widersprüche zu bemerken, die etwa darin lagen, die Überlegenheit des eigenen Wirtschaftssystems zu preisen, sich gegenseitig dafür mit Orden zu behängen – ohne die Engpässe, die Agrarimporte aus dem Westen leugnen zu können; schließlich auch die Selbstgefälligkeit der regierenden Kaste, die einen der ihren auch dann nicht ablöste, wenn er kaum noch gehen und sprechen konnte⁵⁴.

Die unter Brežnev entwickelten Formen der Konsensbildung hat man, ich sagte es bereits, als „bürokratische Partizipation“, ihre Voraussetzungen als „Pluralismus der Institutionen“ und die daraus resultierende Regierungsweise als ein „Regieren von Büroangestellten“ beschrieben. Ihr Fundament bildete ein schier allumfassendes stark hierarchisiertes, sich selbst ergänzendes Klientelsystem, das die Zugehörigkeit zu bestimmten Rangstufen des Establishments mit entsprechenden Privilegien verband. Wer nachrückte, hatte sich einzureihen, auf dem Stuhl zu sitzen, auf dem Platz zu stehen, der dem Rang entsprach; das hatten auch die Gorbatschows zu lernen, als sie nach Moskau kamen⁵⁵.

Im Verhältnis zwischen Staat und Arbeiterschaft hatte sich ein labiles Gleichgewicht herausgebildet, an dem beide Seiten nicht zu rühren wagten. Man hat es zynisch mit der Formel umschrieben: Die eine Seite gab vor, zu arbeiten, und die andere, sie dafür zu bezahlen. Die Arbeiterschaft akzeptierte die schlechte Entlohnung und die Verweigerung des

⁵⁴ Vgl. dazu die Ausführungen bei *Dmitri Volkogonov*, *Autopsy for an Empire. The Seven Leaders Who Built the Soviet Regime*. Edited and translated by Harold Shukman (New York 1998), gestützt auf bis dahin unzugängliche Bestände, die Nachlässe der Parteiführer im Präsidentenarchiv; statistische Abgaben zu Politbürositzungen, deren Tagungspunkte und Häufigkeit, in: *Izvestija CK KPSS* 9 (1990) 19ff.; für die „Vorgeschichte“ *O. V. Chlevnjuk*, *Politbjuro. Mechanizmy političeskoj vlasti v 1930-e gody* (Moskau 1996); *ders.*, *A. V. Kvašonkin, L. P. Kašeleva, L. A. Rogovaja* (Hrsg.), *Stalinskoe politbjuro v 30-e gody. Sbornik dokumentov* (Moskau 1995).

⁵⁵ Vgl. *Gorbatschow*, *Erinnerungen* 175 ff., 179 ff., 186 ff.

Streikrechts zugunsten der sozialen Sicherheit, die ihnen das Arbeitsverhältnis bot. Sie hielt sich zugleich jedoch schadlos, indem sie die Dienstverpflichtungen nicht allzu ernst nahm, einer möglichst lukrativen Nebenbeschäftigung nachging und die Arbeitsstelle wechselte, sobald eine neue dafür bessere Perspektiven zu eröffnen schien. Der Staat tolerierte dieses Verhalten; notgedrungen auch die Begleiterscheinungen Lethargie, Resignation, Zynismus, Alkoholismus. Doch nach außen vermittelte dieses Verhältnis das Bild erheblicher Stabilität. Wer im Innern daran kratzte, bekam die ganze Macht des staatlichen Repressionsapparates zu spüren. Der Staat hatte und behielt das Dissidententum, ohnehin eine kleine Minderheit, im Griff.

Es war absehbar, daß dieses System der alten Herrn irgendwann einmal an eine genetische Grenze stoßen würde. Doch wann? Was würde, wenn er denn kam, ein Jüngerer tun, sozialisiert in diesem System, eingebunden in den Konsens der Gruppen? Bundeskanzler Kohl tat sich, wie wir wissen, mit der Einschätzung des Neuen schwer (wie sein Newsweek-Interview im Oktober 1986 zeigte)⁵⁶. Auch Vaclav Havel teilte die Hoffnungen seiner Landsleute nicht, als sie Gorbachev im April 1987 zujubelten, und meinte traurig, sie hätten nichts dazu gelernt; noch im Spätherbst 1988 war er ziemlich skeptisch, was aus der Bürgerrechtsbewegung werden würde⁵⁷. Und die Bush-Administration, seit Anfang 1989 im Amt, brauchte einen erheblichen Teil des Jahres, um sich klar zu werden, was sie von Gorbachevs Aktivitäten eigentlich halten sollte; erst der auch für sie völlig überraschende Herbst nahm ihr diese Unsicherheit⁵⁸.

Im Rückblick werden die Dinge eindeutig, wird klar, welche Entwicklungen und warum realisiert wurden, welche stecken blieben, entsteht der Eindruck, daß alles so kommen „mußte“, eines zielgerichteten Prozesses. Tun sich auch neue Perspektiven auf, die das Geschehen als Teil einer anderen, neuen Entwicklung erscheinen lassen, der Ausbreitung

⁵⁶ Interview vom 15. Oktober 1986, veröffentlicht in der Ausgabe vom 20. Oktober 1986, zu den Reaktionen auch Keesings Archiv der Gegenwart unter dem 3. März 1987 (ADG, CD-Version, S. 30827–1).

⁵⁷ Vaclav Havel, Meeting Gorbachev, sowie Vaclav Havel, Cards on the Table, beide in: William M. Brinton, Alan Rinzler (Hrsg.), Without Force or Lies. Voices from the Revolution of Central Europe in 1989–90 (San Francisco 1990) 266, 270f., auch zitiert in: Timur Kuran, Now Out of Never. The Element of Surprise in the East European Revolution of 1989, in: Nancy Bermeo (Hrsg.), Liberalization and Democratization. Change in the Soviet Union and Eastern Europe (Baltimore, London 1992) 7 ff., hier 9.

⁵⁸ Vgl. Beschoss, Talbott, Auf höchster Ebene 28 ff.

der Zivilgesellschaft, der Revolution von Information und Kommunikation, der Globalisierung, deren Anfänge nun in die 60er, 70er und 80er Jahre zurückdatiert werden⁵⁹. Sie lassen auch die Nationalismen, Regionalismen und Fundamentalismen in einem neuem Licht erscheinen, als Reaktionen auf diese Entwicklungen. Doch das ist nun wirklich ein anderes, neues Thema.

⁵⁹ Mitunter verschwimmen dabei nicht nur die Unterschiede zwischen der Sowjetunion und dem „übrigen“ Ost(mittel)europa, sondern auch die Grenzen zwischen Ursachen und Wirkung. So scheinen zivilgesellschaftliche Forderungen als *agens* und *movens* des Reformprozesses in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei während der 1980er Jahre eine wichtigere, sehr viel prägendere Rolle gespielt zu haben als in der Sowjetunion. Und wenn Anthony Giddens feststellt: „Auch der Zusammenbruch [der Sowjetunion] selbst hängt ursächlich mit der Globalisierung zusammen; sie erklärt, wie und warum der Sowjetkommunismus an sein Ende kam“, und als Begründung unter anderem anführt, daß „sich die ideologische und kulturelle Kontrolle, auf der die Machtposition der Kommunisten beruhte, in einer Epoche globaler Medien nicht aufrecht erhalten“ ließ, ist dies für die Sowjetunion nicht so recht nachzuvollziehen, ganz abgesehen davon, daß der „globale“ Siegeszug des Internet so recht erst in den 1990er Jahren einsetzt, anders gesagt: erst durch die Entwicklungen in Osteuropa möglich wurde (Anthony Giddens, *Entfesselte Welt. Wie die Globalisierung unser Leben verändert* [Frankfurt a.M. 1999] 26). Die Literatur zur Globalisierung ist inzwischen kaum noch zu überblicken; einführenden Charakter besitzen: Ulrich Beck, *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus, Antworten auf Globalisierung* (Frankfurt a.M. 1999); David Held, Anthony McGrew, David Goldblatt, Jonathan Perraton (Hrsg.), *Global Transformations. Politics, Economics and Culture* (Cambridge 2001); David Held, Anthony McGrew (Hrsg.), *The Global Transformations Reader. An Introduction to the Globalization Debate* (Cambridge 2002). Zur Diskussion über die Zivilgesellschaft im allgemeinen und in Osteuropa im besonderen sei hier nur verwiesen auf: John Keane, *Democracy and Civil Society. On the Predicaments of European Socialism, the Prospects for Democracy, and the Problem of Controlling Social and Political Power* (London 1988); ders. (Hrsg.), *Civil Society and the State. New European Perspectives* (London 1988); Krishnan Kumar, *Civil Society, an Inquiry into the Usefulness of an Historical Term*, in: *The British Journal of Sociology*, Bd. 44,3 (1993) 375 ff.; Ernest Gellner, *Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen* (Stuttgart 1995); John Keane, *Civil Society. Old Images, new Visions* (Cambridge 1998); Manfred Hildermeier (Hrsg.), *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen* (Frankfurt a.M. 2000); Gabriele Gorzka (Hrsg.), *Rußlands Weg zur Zivilgesellschaft* (Bremen 2000); Jürgen Kocka, *Neues über Zivilgesellschaft aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel* (Berlin 2001); Martina Ritter (Hrsg.), *Zivilgesellschaft und Gender-Politik in Rußland* (Frankfurt a.M. 2001); Gerhard Mangott, *Zur Demokratisierung Rußlands*, Bd. 2: *Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft* (Baden-Baden 2002); Christopher Marsh (Hrsg.), *Civil Society and the Search for Justice in Russia* (Lanham, Md. 2002).

Andreas Rödder

„Durchbruch im Kaukasus“?
Die deutsche Wiedervereinigung und die
Zeitgeschichtsschreibung

„Der Durchbruch ist erreicht! Welch' eine Sensation! So klare Zusagen Gorbatschows hatten wir nicht erwartet. Alle Vorzeichen waren zwar positiv, doch wer hätte ein solches Ergebnis voraussagen wollen? Für den Bundeskanzler ist dieses Gespräch ein unglaublicher Triumph ... Ich bin Zeuge eines historischen Moments!“ So schrieb Horst Teltschik, Helmut Kohls außenpolitischer Berater, unter dem Datum des 15. Juli 1990 in seinen tagebuchartigen Erinnerungen über das deutsch-sowjetische Gipfelgespräch in Moskau¹, das am Nachmittag im Dorf Archys im Kaukasus fortgesetzt wurde.

„Es war jener Tag, der zu recht als entscheidender Durchbruch auf dem Weg zur deutschen Einheit betrachtet wird“, so schrieb auch Helmut Kohl in seinen Aufzeichnungen aus dem Jahr 2000: „Am Ende unserer Gespräche“, die sich vor allem um die Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in NATO und EG drehten, „war klar, daß die Sowjetunion der Wiedervereinigung Deutschlands zustimmen würde.“²

Vom „Durchbruch“ ist im Zusammenhang dieser deutsch-sowjetischen Gipfelbegegnung bei all den zahlreichen deutschen Beteiligten die Rede. Jeder der „aufgewühlt[en]“ Beteiligten³ war, wie Finanzminister Waigel in seinen Erinnerungen schrieb, „glücklich über den Ausgang der Begegnung im Kaukasus und darüber, in einer so entscheidenden Stunde deutscher und internationaler Politik dabeigewesen zu sein“⁴

¹ Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung (Berlin 1991) (künftig: *Teltschik, 329 Tage*) 324.

² Helmut Kohl, Mein Tagebuch 1998–2000 (München 2000) 287.

³ Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen (Berlin 1995) (künftig: *Genscher, Erinnerungen*) 838.

⁴ Theo Waigel, Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, in: Theo Waigel, Manfred Schell, Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion (München 1994) (künftig: *Waigel, Tage*) 26–56, hier 52.

und, mit Helmut Kohls Worten, den „Durchbruch im Kaukasus“⁵ erlebt zu haben.

Diese Sicht aus den Selbstzeugnissen der beteiligten deutschen Politiker prägt zugleich die öffentliche Erinnerung an den Vereinigungsprozeß von den „Informationen zur politischen Bildung“ bis zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung⁶. Die Version vom „Durchbruch im Kaukasus“ bestimmt aber auch das seither gezeichnete wissenschaftliche Geschichtsbild in Deutschland: Gesamtdarstellungen der Geschichte der Bundesrepublik und ihrer Außenpolitik⁷ und vor allem die voluminöse Darstellung der „Außenpolitik für die deutsche Einheit“⁸, mit der die vierbändige „Geschichte der deutschen Einheit“ beschlossen wird⁹.

⁵ Helmut Kohl, „Ich wollte Deutschlands Einheit“, dargestellt von Kai Dieckmann und Ralf Georg Reuth (Berlin 1996) (künftig: Kohl, Einheit) 421.

⁶ Vgl., als drei Beispiele unter vielen, Jochen Staadt, Dann den Zipfel der Strickjacke fassen. Wie Helmut Kohl von Michail Gorbatschow die entscheidenden Zusagen für die Wiedervereinigung erhielt, in: FAZ (17. Juli 2000) 5; Werner Adam, Die große persönliche Tragödie des Michail Sergejewitsch, in: FAZ (2. März 2001) 8; und Informationen zur politischen Bildung 250: Der Weg zur Einheit (Bonn 1996) 43 f.

Eine Ausnahme unter den Produktionen anlässlich des zehnten Jahrestages der Wiedervereinigung stellte allein der Dokumentarfilm „Deutschlandspiel“ von Heinrich Breloer dar.

⁷ Vgl. Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart (München 1999) (künftig: Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik) 764 f.; und Gregor Schöllgen, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (München 1999) 196; auch Ulrich Schlie, Von Bonn nach Berlin. Die deutsche Wiedervereinigung, in: Eckart Conze, Gabriele Metzler (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland (Stuttgart 1999) 365–381, hier 374.

⁸ Werner Weidenfeld mit Peter M. Wagner und Elke Bruck, Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90. Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 4 (Stuttgart 1998) (künftig: Weidenfeld, Außenpolitik) 535–564, hier 529 und 558: „Gemeinsam mit der Führung im Moskau hatten Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher und Theo Waigel alle wesentlichen Hindernisse auf dem Weg zur Vereinigung beiseite geräumt. ... Die ausführlichen Gespräche des Bundeskanzlers und seiner Delegation mit Präsident Gorbatschow und dessen Mitarbeitern in Moskau und Archys hatten den entscheidenden politischen Durchbruch im Vereinigungsprozeß gebracht.“

⁹ Bd. 1: Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989; Bd. 2: Dieter Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln; Bd. 3: Wolfgang Jäger in Zusammenarbeit mit Michael Walter, Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90 (alle Stuttgart 1998). Vgl. dazu auch Helga Haftendorns Sammelbesprechung in: Politische Vierteljahresschrift 40 (1999) 666–673; Kristina Spohr, German Unification: Between Official History, Academic Scholarship, and Political Memoirs, in: Historical Journal 43 (2000) 869–888, bes. 872–881; sowie Andreas Rödder, Zeitgeschichte als Herausforderung: Der Weg zur deutschen Einheit, in: Historische Zeitschrift (HZ) 270 (2000) 669–687 (Neue historische Literatur) (künftig: Rödder, Zeitgeschichte als Herausforderung) hier 677–687.

Diese Sichtweise vom „Durchbruch zur deutschen Einheit“ im Jahr 1990 wird im folgenden zunächst einer quellenkritischen Überprüfung unterzogen (I.), aus der sowohl inhaltliche als auch methodische Schlüsse gefolgert werden: zum einen über die konstitutive internationale Dimension der deutschen Wiedervereinigung (II.), zum anderen über die Legitimität von Zeitgeschichtsschreibung (III.); abschließend wird das Problem der Einordnung der Wiedervereinigung in die deutsche Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts skizziert (IV.).

Dabei wird weitgehend, wenn auch nicht exklusiv, der Begriff „Wiedervereinigung“ verwendet. Denn mehr als alle anderen Begriffe (wie „deutsche Einheit“ oder „Vereinigung“) impliziert er den konstitutiven Rückbezug des Vorgangs. Daß nicht der gesamte territoriale Status quo von 1937 restituiert wurde, ändert nichts daran, daß es doch die (wenn auch partielle) Wieder-Herstellung eines früheren territorialen Zusammenhangs und kein neuartiger Zusammenschluß zwischen zwei Staaten war, die den Prozeß von 1990 national und international legitimierte.

I. „Durchbruch im Kaukasus“?

Die vielzitierte Metapher vom „Durchbruch“ ist der Sprache des Bergbaus und des Militärs entnommen. Sie bezeichnet den Moment der grundsätzlichen Überwindung eines Hindernisses, durch die der Weg zum Ziel eröffnet wird, ohne daß dieser damit bereits bis zum Ende beschritten worden sein müßte. Da das entscheidende Hindernis auf dem Weg zur deutschen Einheit nach dem Zusammenbruch der DDR in der sowjetischen Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft des gesamten vereinten Deutschland lag, ist die Überwindung dieser Ablehnung als der „Durchbruch“ zur deutschen Einheit anzusehen.

Die uneingeschränkte NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands hatte die US-Regierung schon in ihren „4 Prinzipien“ vom 29. November 1989¹⁰ zu einer ihrer ganz zentralen Forderungen erhoben. Sie war eine westliche Maximalposition, die im Grunde in keinem Wiedervereinigungsmodell seit 1949 vorgekommen war. Für die sowjetische Seite, die in diesen Wochen noch nicht einmal an eine deutsche Wiedervereinigung überhaupt denken mochte, bedeutete diese Vorstellung den Alptraum überhaupt. Ein vereintes Deutschland als Mitglied

¹⁰ Vgl. Karl Kaiser, Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte (Bergisch Gladbach ²1993) (künftig: Kaiser, Deutschlands Vereinigung) Dok. 14, S. 169.

der NATO mußte aus der Sicht des Kreml die Revision der Ergebnisse von 1945 bedeuten. Auch Gorbatschow sah in einer internen Beratung über die deutsche Frage in Moskau am 26. Januar 1990 voraus – so berichtet sein Berater Schachnasarow in seinen Erinnerungen –, das „gesellschaftliche Bewußtsein“ in der Sowjetunion werde allein durch die deutsche Wiedervereinigung an sich „ein beachtliches Trauma erleiden“¹¹.

So lehnte die sowjetische Regierung eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft im Winter und im Frühjahr 1990 kategorisch ab: wenn schon ein vereinigtes Deutschland – an diesen Gedanken mußte sich der Kreml seit Ende Januar widerwillig gewöhnen¹² –, dann jedenfalls nicht in der NATO¹³. Angesichts dieser Widerstände brach im Bonner Bundeskabinett Streit über die Frage einer gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft aus. Die formelle Mitgliedschaft an sich stand für die Regierung – im Gegensatz zur Opposition der SPD und der Grünen – nicht zur Diskussion. Außenminister Genscher aber war bereit zu einer faktischen Neutralisierung des Territoriums der DDR¹⁴, während Verteidigungsminister

¹¹ Georgi Schachnasarow, *Der Preis der Freiheit. Eine Bilanz von Gorbatschows Berater*, hrsg. von Frank Brandenburg (Bonn 1996) (künftig: *Schachnasarow*, *Preis der Freiheit*) 150; zu dieser Besprechung vgl. auch Michail Gorbatschow, *Erinnerungen* (Berlin 1995) (künftig: *Gorbatschow*, *Erinnerungen*) 714f.; *ders.*, *Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung* (München 2000; zuerst Berlin 1999) (künftig: *Gorbatschow*, *Wie es war*) 95–97; Anatoli Tschernajew, *Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen* (Stuttgart 1993) (künftig: *Tschernajew*, *Weltmacht*) 296f.; und *ders.*, *Gorbachev and the Reunification of Germany*, in: Gabriel Gorodetski (Hrsg.), *Soviet Foreign Policy 1917–1991. A Retrospective* (London 1993) 158–169 (künftig: *Tschernajew*, *Gorbachev*) hier 166; vgl. auch Hannes Adomeit, *Gorbachev, German Unification and the Collapse of Empire*, in: *Post-Soviet Affairs* (1994) 197–230 (künftig: *Adomeit*, *Gorbachev*) hier 217–219; *ders.*, *Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev* (Baden-Baden 1998) (künftig: *Adomeit*, *Imperial Overstretch*) 478–481; sowie Rafael Biermann, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang* (Paderborn 1997) (künftig: *Biermann*, *Kreml*) 388–392.

¹² Vgl. *Adomeit*, *Imperial Overstretch* 463 und 568.

¹³ Vgl. die Belege unablässig wiederholter Äußerungen der Sowjetregierung bei Andreas Rödter, *Staatskunst statt Kriegshandwerk. Probleme der deutschen Vereinigung von 1990 in internationaler Perspektive*, in: *Historisches Jahrbuch (HJb)* 118 (1998) 223–260, hier 224 Anm. 6. Vgl. auch das Protokoll über das Gespräch zwischen Gorbatschow und Kohl am 10. Februar 1990 in Moskau, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann (München 1998) (künftig: *Sonderedition Deutsche Einheit*) Dok. 174, S. 804.

¹⁴ Vgl. die Reden Genschers in Stuttgart am 6. und in Tutzing am 31. Januar 1990, in: Richard Kiessler, Frank Elbe, *Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit* (Baden-Baden 1993) (künftig: *Kiessler*, *Elbe*, *Tisch*) 78; bzw. *Kaiser*, *Deutschlands Vereinigung*, Dok. 23, S. 191.

Stoltenberg und NATO-Generalsekretär Wörner auf einer NATO-Vollmitgliedschaft mit höchstens einzelnen Ausnahmeregelungen für das Gebiet der DDR beharrten¹⁵. Kohl entschied den Streit im Februar 1990 zunächst zugunsten Genschers¹⁶, was wiederum in Washington für erhebliche Skepsis sorgte. Denn die deutsche Einbindung in das westliche Bündnis war am Ende der achtziger Jahre ein durchaus diffiziles Problem.

US-amerikanische Skepsis über die bundesdeutsche Bündniszuverlässigkeit war kein neues Phänomen: Henry Kissinger hatte die Ostpolitik Willy Brandts und vor allem Egon Bahr des linken Nationalneutralismus verdächtigt¹⁷, und einen Tiefpunkt erreichte das politische Verhältnis zwischen Bonn und Washington am Ende der Regierungszeit Helmut Schmidts, als der Bundeskanzler nach dem Wettersturz der Ost-West-Beziehungen zu Beginn der achtziger Jahre „mit einem Balanceakt zwischen den USA und der UdSSR, der in amerikanischen Augen bisweilen Zweifel an seiner Bündnisloyalität aufkommen ließ“, in den Verhandlungen um die atomaren Mittelstreckenraketen zwischen den Supermächten zu vermitteln und die Entspannung für Mitteleuropa zu retten versuchte, während Washington nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und der Verhängung des Kriegsrechts in Polen auf Stärke und Konfrontation setzte¹⁸.

¹⁵ Vgl. dazu das Protokoll der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik des Kabinettsausschusses Deutsche Einheit am 14. sowie den Vermerk des VLR I Kaestner vom 15. Februar 1990, Sonderedition Deutsche Einheit, Dok. 182, S. 830f. bzw. Dok. 184, S. 833f., den Bericht von *Philipp Zelikow, Condoleezza Rice, Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft* (Cambridge (Mass.), London 1995) (künftig: *Zelikow, Rice, Germany Unified*) 195f., über ein Gespräch zwischen Wörner und Bush am 10. Februar 1990, dazu auch *Robert Blackwill, Deutsche Vereinigung und amerikanische Diplomatie*, in: *Außenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen* (3/1994) 211–225 (künftig: *Blackwill, Vereinigung*) hier 216; sowie *George Bush, Brent Scowcroft, A World Transformed* (New York 1998) (künftig: *Bush, Scowcroft, World Transformed*) 242f.

¹⁶ Vgl. die Regierungserklärung Kohls vom 15. Februar 1990 und die auf Druck Kohls abgegebene, gleichlautende gemeinsame Erklärung Genschers und Stoltenbergs vom 19. Februar 1990, in: *Kaiser, Deutschlands Vereinigung*, Dok. 27 und 28, S. 198–200; zu den Vorgängen im Kabinett vgl. *Teltschik, 329 Tage* 148–152.

¹⁷ Vgl. *Henry Kissinger, Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik* (Berlin 1994) 811; vgl. auch *Henry Kissinger, White House Years* (London 2000; zuerst 1979) 409–411 und 529f.

¹⁸ *Klaus Schwabe, Entspannung und Multipolarität: Die politischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des Kalten Krieges 1968–1990*, in: *Detlef Junker u. a. (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Bd. II: 1968–1990* (Stuttgart 2001) 11–34, hier 19. Zum NATO-Doppelbeschluß und der Haltung der Bundesregierung vgl. *Dennis L. Bark, David R. Gress, A History of West Germany. Vol. II: Democracy and*

Aber selbst die Regierung Kohl, die sich nach ihrem Amtsantritt ganz demonstrativ auf die Seite Washingtons stellte¹⁹, blieb von den Eigenmächtigkeiten der Reagan-Regierung nicht verschont: nicht nur im Hinblick auf die amerikanische Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik, die durch den unberechenbar schwankenden Dollar die gesamte Weltwirtschaft in Mitleidenschaft zog²⁰, sondern auch im Hinblick auf das INF-Abkommen mit der Sowjetunion vom Dezember 1987. Es manövrierte die Bundesregierung in die Situation zurück, die Schmidt im Herbst 1977 als Sicherheitslücke moniert hatte und von der der NATO-Doppelbeschluß ausgegangen war. Denn nach dem Abbau der atomaren Mittelstreckenraketen verblieben in Europa nurmehr die atomaren Kurzstreckenwaffen, die allerdings allein deutsches Territorium bedrohten. Während die amerikanische und die britische Regierung diese Waffen modernisieren wollten, um die völlige Denuklearisierung Europas zu verhindern, machten sich weite Teile der deutschen Politik, insbesondere Außenminister Genscher, für einen Abbau auch dieser Waffen stark. Seine genuin abrüstungspolitisch motivierte Haltung fand dabei Unterstützung auf eher national-konservativer Seite um Alfred Dregger, die eine Beibehaltung allein der Kurzstreckenraketen vor allem aus deutschlandpolitischen Gründen mit dem Argument ‚je kürzer die Reichweite, desto töter die Deutschen‘ ablehnte.

its Discontents (Oxford ²1993) (künftig: *Bark, Gress, Democracy*) v.a. 303–320; *Helga Haftendorn*, Das doppelte Mißverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZg) 33 (1985) 244–287; *dies.*, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000 (Stuttgart 2001) (künftig: *Haftendorn*, Außenpolitik) 264–296; *Stefan Layritz*, Der NATO-Doppelbeschluß. Westliche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von Innen-, Bündnis- und Außenpolitik (Frankfurt a.M. 1992) v.a. 377–382; *Thomas Risse-Kappen*, Null-Lösung. Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenwaffen 1970–1987 (Frankfurt a.M. 1988); sowie *ders.*, Die Krise der Sicherheitspolitik. Neuorientierungen und Entscheidungsprozesse im Politischen System der Bundesrepublik Deutschland 1977–1984 (Mainz, München 1988); *Klaus Wiegrefe*, Wider die Politik der Supermächte: Helmut Schmidts Ringen um die Entspannungspolitik 1977–1982, in: *Arnold Sywottek* (Hrsg.), Der Kalte Krieg – Vorspiel zum Frieden? (Jahrbuch für historische Friedensforschung 2, Münster 1994).

¹⁹ Vgl. *Christian Hacke*, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen? (Aktualisierte Neuaufl. Frankfurt a.M. 1997) 283–285.

²⁰ Vgl. dazu *Wolfram Hanrieder*, Deutschland. Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989 (Paderborn ²1995) (künftig: *Hanrieder*, Außenpolitik) 336–342 und 352–355; *Haftendorn*, Außenpolitik 255–260; *Harold James*, Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft (München 1997) 212–220; sowie *James C. Sperling*, West German Foreign Economic Policy during the Reagan Administration, in: *German Studies Review* 13 (1990) 85–109.

Daß sich Genscher in der Bundesregierung durchsetzte, trug der Bonner Außenpolitik in den USA den Vorwurf des „Genscherismus“ ein – mangelnder Bündnissolidarität mit national-neutralistischer Tendenz²¹ – und führte 1988/89 zu einer schweren Bündniskrise, in der es im Grunde um nicht weniger als um die Rolle der Bundesrepublik in der NATO ging²². Daß in Helmut Kohls „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vom 28. November 1989²³ nicht von der Bündniszugehörigkeit Deutschlands die Rede war, hatte die Regierung in Washington sehr wohl vernommen und ihrerseits in den „Vier Prinzipien“ die amerikanische Bedingung der fortdauernden NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands gestellt.

Als die Bundesregierung dann im Februar 1990 über die Frage der gesamtdeutschen Bündniszugehörigkeit stritt, als sich Kohl öffentlich auf die Seite Genschers stellte und als der Bundeskanzler für den 24. und 25. Februar zu Gesprächen mit dem US-Präsidenten und seinem Außenminister in Camp David angekündigt war, formulierte Bushs Sicherheitsberater Brent Scowcroft in einer Vorlage für den Präsidenten die Leitlinie eines „historic bargain: Kohl's pledge not to alter the form and substance of Germany's security commitments to NATO in exchange for a U.S. promise that the Two Plus Four process will not interfere with German unity“²⁴ – im Klartext: deutsche NATO-Vollmitgliedschaft gegen amerikanische Absicherung des Vereinigungsprozesses nach außen.

Diese Gespräche in Camp David Ende Februar 1990 waren für den Vereinigungsprozeß von allerhöchster Bedeutung²⁵. Denn hier koordinierten die bundesdeutsche und die US-Regierung ihre Positionen und ihr Vorgehen: Bonn übernahm die Federführung auf nationaler und ökonomischer, Washington auf internationaler und sicherheitspolitischer

²¹ Vgl. *Emil Kirchner*, Genscher and what lies behind „Genscherism“, in: *West European Politics* 13 (1990) 159–177, hier 172 f.

²² Vgl. *Hanrieder*, Außenpolitik 353. Zur Krise um die Kurzstreckenraketen vgl. *Bark, Gress*, *Democracy* 522, 538 f., 542–550 und 569–576; *Haftendorn*, Außenpolitik 296–305; *Stefan Fröhlich*, „Auf den Kanzler kommt es an.“ Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung (Paderborn 2001) 142–186; sowie *Michael Broer*, Zwischen Konsens und Konflikt: Der NATO-Doppelbeschluß, der INF-Vertrag und die SNF-Kontroverse, in: *Detlef Junker* u.a. (Hrsg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990*. Bd. II: 1968–1990 (Stuttgart 2001) 234–244.

²³ Vgl. *Kaiser*, Deutschlands Vereinigung, Dok. 13, S. 158–168.

²⁴ *Zelikow, Rice*, *Germany Unified* 211.

²⁵ Zu den Gesprächen vgl. *Bush, Scowcroft*, *World Transformed* 250–257; *Zelikow, Rice*, *Germany Unified* 212–217; Sonderedition *Deutsche Einheit*, Dok. 192–194, S. 860–877; sowie *Helmut Kohl*, *Einheit* 303–311; und *Teltschik*, 329 Tage 158–162.

Ebene. Spätestens jetzt fielen die Entscheidungen im Vereinigungsprozeß auf 2+1-Ebene, im Dreieck Washington-Bonn-Moskau, während der 2+4-Prozeß nie gestaltenden Einfluß auf die Entwicklung zu gewinnen vermochte.

Gebetsmühlenhaft wiederholte die sowjetische Regierung im Frühjahr 1990 unterdessen beinahe täglich ihr *Njet* zur amerikanischen und nun auch bundesdeutschen *conditio sine qua non* – die Fronten in der zentralen Streitfrage um die deutsche Einheit verhärteten sich. Wann aber gelang nun der „Durchbruch“ zur gesamtdeutschen NATO-Vollmitgliedschaft?

Auf deutscher Seite scheint die Sache, wie eingangs beschrieben, klar: „Die entscheidenden Schritte in die Einheit Deutschlands“, so überschrieb Regierungssprecher Hans Klein seine Erinnerungen an die deutsch-sowjetischen Gipfelbesprechungen vom 15. und 16. Juli 1990²⁶, wurden zunächst in Moskau und dann in Gorbatschows kaukasischer Heimat getan. Dort geschah das „Wunder“, wie Horst Teltschik jubelte²⁷.

Die Verhandlungen in Moskau und Archys sind inzwischen aus den Protokollen der Regierungen bekannt. Gorbatschow selbst hat eine Reihe von „Gipfelgesprächen“²⁸ veröffentlicht, und aus den Akten des Bundeskanzleramtes wurde 1998, noch in der Regierungszeit Helmut Kohls, unter dem Titel „Deutsche Einheit“ eine „Sonderedition“ von 430 Aktenstücken publiziert. Auch wenn ein relativ geringer Prozentsatz beantragter Materialien keine Freigabe zum Druck erhalten hatte²⁹, ist nichtsdestoweniger davon auszugehen, daß auf diese Weise keine substantiellen oder verfälschenden Auslassungen entstanden sind, sondern eine seriöse und zuverlässige Edition aus dem zentralen Bestand vorliegt³⁰.

Somit stehen zur deutschen Wiedervereinigung drei Gattungen von Quellen zur Verfügung: erstens ausgewählte amtliche Aktenbestände, vor allem die Fondsedition aus dem Kanzleramt; zweitens eine ganz ungewöhnliche Fülle von Memoiren und Selbstzeugnissen, und zwar

²⁶ Hans Klein, Es begann im Kaukasus. Die entscheidenden Schritte in die Einheit Deutschlands (Frankfurt 1991) (künftig: Klein, Kaukasus).

²⁷ Teltschik, 329 Tage 324 und 313.

²⁸ Michail Gorbatschow, Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit (Berlin 1993).

²⁹ Vgl. das Vorwort von Klaus Hildebrand, Hans-Peter Schwarz, Friedrich P. Kahlenberg, Sonderedition Deutsche Einheit 10.

³⁰ Vgl. Rödder, Zeitgeschichte als Herausforderung 670–676.

keineswegs nur von deutschen, sondern nicht weniger von internationalen Akteuren: Thatcher, Mitterrand, Bush und Baker sowie Gorbatschow und Schewardnadse samt mehreren ihrer Berater und Mitarbeiter, insgesamt mindestens 33 wichtigen Beteiligten³¹; und drittens die *eo ipso* öffentlichen Dokumente.

³¹ Eine Auswahl für die Bundesrepublik Deutschland: Kohl, Einheit; *Teltschik*, 329 Tage; *Genscher*, Erinnerungen; *Kiessler*, *Elbe*, Tisch; *Klein*, Kaukasus; *Waigel*, Tage; *Wolfgang Schäuble*, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte (Stuttgart 1991); für die USA: *Bush*, *Scowcroft*, World Transformed; *James Baker*, Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen (Berlin 1996; zuerst Engl. 1995) (künftig: *Baker*, Drei Jahre); *Blackwill*, Vereinigung; *Zelikow*, *Rice*, Germany Unified; *Robert J. Hutchings*, American Diplomacy and the End of the Cold War. An Insider's Account of the U.S. Policy in Europe, 1989–1992 (Washington D.C. 1997); *Don Oberdorfer*, The Turn. From the Cold War to a New Era. The United States and the Soviet Union 1983–1990 (New York u.a. 1991); *Michael R. Beschloss*, *Strobe Talbott*, At the Highest Levels. The Inside Story of the End of the Cold War (Boston u.a. 1993) (dt.: Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989–1991, Düsseldorf u.a. 1993; künftig: *Beschloss*, *Talbott*, Auf höchster Ebene); *Raymond L. Garthoff*, The Great Transition. American-Soviet Relations and the End of the Cold War (Washington D.C. 1994) (künftig: *Garthoff*, Transition);

für die Sowjetunion: *Gorbatschow*, Erinnerungen; *ders.*, Wie es war; *Eduard Schewardnadse*, Die Zukunft gehört der Freiheit (Hamburg 1991); *Tschernajew*, Weltmacht; *ders.*, *Gorbachev*; *Schachnasarow*, Preis der Freiheit; *Wjatscheslaw Daschtschew*, On the Road to German Unification. The View from Moscow, in: *Gabriel Gorodetski* (Hrsg.), Soviet Foreign Policy 1917–1991. A Retrospective (London 1993) 170–179; *Valentin Falin*, Politische Erinnerungen (München 1993); *ders.*, Konflikte im Kreml. Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion (München 1997); *Julij A. Kwizinskij*, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten (Berlin 1993); *Wjatscheslaw Kotschemassow*, Meine letzte Mission. Fakten, Erinnerungen, Überlegungen (Berlin 1994) (künftig: *Kotschemassow*, Mission); *Igor F. Maximiytschew*, Die DDR-Politik der UdSSR 1987–1990. Moskau und die letzte Phase der deutschen Zweistaatlichkeit, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 20/21, S. 19–28;

für Großbritannien: *Margaret Thatcher*, The Downing Street Years (London 1993); *George A. Urban*, Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher. An Insider's View (London, New York 1996); *Hans-Hermann Hertle*, „Reservations about German Reunification were widespread“. Interview with Sir Charles Powell, private secretary to former British Prime Minister Mrs. Margaret Thatcher, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 18/19, S. 39–44;

für Frankreich: *François Mitterrand*: De l'Allemagne, de la France (Paris 1996); demgegenüber (mit scharfen Abweichungen) *Jacques Attali*, Verbatim. Tome III: Chronique des années 1988–1991 (Paris 1995); *Roland Dumas*, Le fil et la Pelote. Mémoires (Paris 1996); *Hubert Védrine*, Les mondes de François Mitterrand. À l'Élysée 1981–1995 (Paris 1996).

Von seiten der Regierungspolitik der DDR nach den Wahlen vom 18. März 1990 liegen hingegen nur wenige Zeugnisse vor: *Lothar de Maizière*: Anwalt der Einheit. Ein Gespräch mit Christine de Maizière (Berlin 1996); *Ulrich Albrecht*, Die internationale Regelung der Wiedervereinigung. Von einer „No-win“-Situation zum raschen Erfolg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (40/1996) 3–11.

Ein quellenkritischer Vergleich ergibt vier Befunde:

erstens: in den Sachaussagen stimmen die Akten mit den Selbstzeugnissen weitgehend und substantiell überein; die zeitlich nach den meisten Memoiren erschienene Sonderedition hat in der Sache keine substantiellen Neuigkeiten erbracht;

zweitens: in den Sachaussagen stimmen auch die Selbstzeugnisse untereinander weitgehend überein, ohne daß Absprachen zwischen den politisch und national höchst unterschiedlichen Autoren anzunehmen wären;

drittens: für zentrale Sachverhalte lassen sich in der Regel mehrere voneinander unabhängige Belege finden;

viertens: substantielle Unterschiede beziehen sich auf die Bewertung, Einschätzung und Einordnung dieser Sachverhalte.

Als Gorbatschow im ersten Gespräch in Moskau zu den „aktuellen Fragen“ kam, nannte er „als wichtigste Frage“, so überliefert das amtliche deutsche Gesprächsprotokoll, „die Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland in der NATO. De jure sei die Frage klar. ... Die Lage sei die, daß es um die Regelung für eine Übergangszeit gehe. Die Mitgliedschaft in der NATO bleibe bestehen. Solange jedoch sowjetische Truppen in der DDR stationiert seien, könne der Geltungsbereich der NATO nicht auf das DDR-Territorium ausgeweitet werden. Präsident Gorbatschow wiederholte, also Mitgliedschaft in der NATO, aber für eine Übergangsperiode müsse die NATO berücksichtigen, daß ihr Geltungsbereich nicht auf das DDR-Territorium übertragen werde, weil dort sowjetische Truppen stationiert seien.“³²

Im folgenden, in Moskau und dann in Archys, wurde in der Sache hart und lange über konkrete Regelungen verhandelt: die Dauer und die Modalitäten für den Abzug der Roten Armee aus Deutschland; die rechtliche Ausgestaltung der NATO-Zugehörigkeit des DDR-Territoriums und die Übergangsregelungen während dieser vier Jahre; die Höchststärke der Bundeswehr; die Grundlinien für einen großen bilateralen Vertrag und einen Überleitungsvertrag³³. Dies alles war außerordentlich

³² Protokoll des Gesprächs zwischen Gorbatschow und Kohl am 15. Juli 1990 in Moskau, Sonderedition deutsche Einheit, Dok. 350, S. 1345 f.; vgl. auch Gorbatschows eigene protokollarische Überlieferung seiner Aussage, Gipfelgespräche 161–177, hier 173: „Die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO – hier ist die Frage klar. De facto dürfen nach der Vereinigung auf dem Territorium der heutigen DDR keine Streitkräfte der NATO stehen. Das betrifft die Übergangsperiode; danach ist das Problem nicht mehr akut.“

³³ Vgl. Sonderedition Deutsche Einheit, Dok. 351 und 353, S. 1348–1352 und 1355–1367.

wichtig, kontrovers und für die sowjetische Zustimmung zur Wiedervereinigung auch unverzichtbar. Aber: es war nicht der „Durchbruch“. Denn die gesamtdeutsche NATO-Vollmitgliedschaft an sich setzte Gorbatschow ja bezeichnenderweise bereits voraus.

So ragt in den Erinnerungen der sowjetischen Beteiligten auch bei weitem nicht so sehr der sowjetisch-deutsche Gipfel vom Juli 1990 heraus als vielmehr der amerikanisch-sowjetische Gipfel in Washington sechs Wochen zuvor³⁴, auf dem Gorbatschow, wie Bush sich erinnert, eine „verblüffende Vorstellung“³⁵ gab:

Das Plenargespräch am 31. Mai war eine Weile hin und hergewogen und hatte die bekannten Differenzen in der Haltung zur deutschen NATO-Mitgliedschaft zutage gefördert, als Bush, wie er schreibt, „einen neuen Weg“ versuchte³⁶: Er hielt Gorbatschow vor, gemäß der KSZE-Schlußakte von Helsinki hätten doch alle Staaten das Recht, ihre Bündniszugehörigkeit frei zu wählen; also habe auch Deutschland das Recht zu entscheiden, welchem Bündnis es angehören wolle. „To my astonishment, Gorbachev shrugged his shoulders and said, yes, that was correct.“³⁷

Unruhe im Kabinettsaal des Weißen Hauses: Sowjetische Vertreter, so überliefern Zelikow und Rice, schreckten auf und rutschten unruhig auf ihren Stühlen hin und her, während die amerikanischen Beamten ihren Präsidenten drängten, Gorbatschow zu einer Wiederholung seiner Aussage zu bewegen³⁸ – mit Erfolg: der sowjetische Präsident sprach sich, wie sein Berater Tschernajew berichtet, dafür aus, „dem vereinten Deutschland selbst die Entscheidung zu überlassen, zu welchem Bündnis es gehören will“³⁹. Bush legte nach und schlug eine noch weitergehende Formulierung vor, hier zitiert nach Gorbatschows Erinnerungen: „Die USA plädieren eindeutig für die Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO, wenn Deutschland jedoch eine andere Wahl trifft, werden die USA nicht dagegen einschreiten, sondern diese respek-

³⁴ Vgl. *Gorbatschow*, Erinnerungen 721–723 gegenüber 724 f.; *ders.*, Wie es war 136–138 und 140–150; *Tschernajew*, Jahre 298 gegenüber 305 f.; *ders.*, Gorbachev 168; und der Niederschlag seiner Äußerungen bei *Zelikow, Rice*, Germany Unified 275–280; sowie *Kotschemassow*, Mission 252 f.; vgl. auch *Adomeit*, Imperial Overstretch 518–520; und *Biermann*, Krenl 606–611.

³⁵ *Bush, Scowcroft*, World Transformed 283.

³⁶ *Bush, Scowcroft*, World Transformed 282.

³⁷ *Bush, Scowcroft*, World Transformed 282; bei *Zelikow, Rice*, Germany Unified 277: Gorbatschow „nodded and agreed matter-of-factly that this was true.“

³⁸ Vgl. *Zelikow, Rice*, Germany Unified 277 f.

³⁹ *Tschernajew*, Jahre 298.

tieren.“⁴⁰ Knapp erwiderte Gorbatschow, wie James Baker überliefert: „Einverstanden.“⁴¹

Offensichtlich hatte der sowjetische Präsident direkt am Verhandlungstisch eine Kehrtwende vollzogen: ein diplomatisch wie politisch höchst ungewöhnlicher Vorgang – und eine wissenschaftlich unpopuläre Erkenntnis, klingt sie doch – *horribile dictu* – wie alter Treitschke: „Männer machen Geschichte“. Und doch zwingen die Quellen zu diesem Schluß, wie überhaupt der gesamte Vereinigungsprozeß die Bedeutung der Politik und politischen Entscheidungshandelns jedenfalls in solchen zugespitzten und Krisensituationen grundsätzlich demonstriert hat.

Jedenfalls waren auch die amerikanischen Gesprächsteilnehmer so verblüfft, daß sie vor der abschließenden Pressekonferenz noch einmal bei der sowjetischen Seite nachfragten, ob die mit Gorbatschow getroffene Formulierung in die amerikanische Erklärung aufgenommen werden könne – die Sowjets stimmten zu⁴².

Dieses Gespräch benannte Gorbatschows Berater Tschernajew rückblickend als den Moment, da die Moskauer Regierung der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands zustimmte⁴³ – der „Durchbruch“ auf dem Weg zur deutschen Einheit. Für diese These sprechen zwei Gründe: Erstens überliefern sowohl sowjetische als auch amerikanische Beteiligte den Hergang des Gesprächs im Weißen Haus, samt seiner Tragweite, in großer Breite und Einmütigkeit, und das Ergebnis wurde im Kommuniqué auch der Öffentlichkeit bekanntgemacht⁴⁴ (wenn auch zeitgenössisch zumindest in Deutschland zunächst kaum realisiert⁴⁵). Und zweitens liegt dieser Verlauf ganz in der Logik des politischen Vorgangs, dessen entscheidende Ebene letztlich die der Supermächte war.

Es war gekommen, wie Kohl am 25. Februar bei den Besprechungen mit Bush und Baker in Camp David vorhergesagt hatte: „Die Sowjetunion habe aus der Sicht Gorbatschows in Wahrheit nur einen Partner, nämlich die USA. ... Gorbatschow wolle mit der anderen Weltmacht abschließen. ... Er [i. e. Kohl; AR] wolle die Behauptung aufstellen, Gor-

⁴⁰ *Gorbatschow*, Erinnerungen 723.

⁴¹ *Baker*, Drei Jahre 226.

⁴² Vgl. *Zelikow, Rice*, *Germany Unified* 281 f.

⁴³ Vgl. *Adomeit*, *Gorbachev* 221 Anm. 28.

⁴⁴ Vgl. *Zelikow, Rice*, *Germany Unified* 281: „The statement would help nail down Gorbachev's assent.“

⁴⁵ Vgl. etwa den Artikel „Differenzen über Deutschland und Litauen zum Auftakt des Washingtoner Treffens“ in der FAZ (1. Juni 1990) 1 f.

batschow werde im Gespräch mit Präsident Bush diese Konzession machen.“⁴⁶

Als es dann aber genau so kam und als Bush den Bundeskanzler in Ludwigshafen anrief, um ihm die überraschende Einwilligung des sowjetischen Staatschefs in Washington mitzuteilen, da kam Kohl so oft auf andere Themen zu sprechen, daß die amerikanischen Beamten schließlich zu dem Eindruck gelangten: „Kohl had not caught the point.“⁴⁷

Aus zeitgenössischer Perspektive mochte dies nicht einmal überraschen. Denn im Juni 1990 ließ sich keineswegs sicher absehen, was rückblickend so klar vor Augen steht: daß nämlich Gorbatschow die in Washington auf grün gestellte Ampel für den schwierigsten Engpaß auf dem Weg zur deutschen Einheit nicht wieder auf rot schalten würde⁴⁸. Vor dem sowjetischen Präsidenten lag der schwierige Parteitag der KPdSU Anfang Juli, der seine Bereitschaft zu Konzessionen keineswegs erhöhte; die NATO hatte ihrerseits noch sicherheitspolitische Überzeugungsarbeit in Moskau zu leisten, was sie mit ihrem vorgezogenen Gipfel ebenfalls Anfang Juli tat; und schließlich blieben die in Moskau und im Kaukasus verhandelten offenen Fragen und schließlich auch die Frage materieller, namentlich finanzieller deutscher Leistungen zu regeln. Daß im Kaukasus der „Durchbruch“ geschafft worden sei, mag daher durchaus dem subjektiven Empfinden der Beteiligten auf deutscher Seite entsprechen.

Eine geschichtswissenschaftliche Erklärung jedoch wird zwar immer zeitgenössische und subjektive Perspektiven zu berücksichtigen und in ihr Bild zu integrieren haben. Sie wird aber keineswegs dabei stehen bleiben können, den Ablauf aus der Sicht der Beteiligten heraus intuitiv nachzuvollziehen. Vielmehr sucht sie nicht zuletzt wirkungsgeschichtliche Erklärungen in Kenntnis der übergreifenden Zusammenhänge. Und aus dieser Warte wurde der „Durchbruch“ zur deutschen Einheit – so die erste inhaltliche These – nicht Mitte Juli 1990 zwischen Sowjets und

⁴⁶ Protokoll des Gesprächs zwischen Bush und Kohl am 25. Februar 1990 in Camp David, Sonderedition Deutsche Einheit, Dok. 194, S. 877.

⁴⁷ Zelikow, Rice, Germany Unified 280.

⁴⁸ Vgl. in diesem Sinne etwa auch die Aufzeichnungen Scowcrofts, Bush, Scowcroft, World Transformed 283 und 289: „I could scarcely believe what I was witnessing We thought that, for the moment, we had gotten all we could from the Soviets on this subject.“ – „the summit had been a success. . . . But there were still problems. . . . There was an air of uncertainty over Germany. Like Kohl, I had expected Gorbachev to want to solve the final reunification issues at the summit. His statement on the matter had been encouraging, as had the Soviet acquiescence in the President's summation at his press conference. Yet both had been ambiguous and inconclusive. There was still significant light between our positions.“

Deutschen im Kaukasus erzielt, sondern sechs Wochen zuvor zwischen US-Amerikanern und Sowjets in Washington.

Dieser Befund betrifft derweil keineswegs nur eine diplomatiegeschichtliche Petitesse des Vereinigungsprozesses, sondern weist weit darüber hinaus – so die zweite inhaltliche These – auf seine entscheidende Dimension.

II. Die internationale Dimension

Auf internationaler Ebene lagen nicht nur die größten Schwierigkeiten und gefährlichsten Konfliktpotentiale der Wiedervereinigung, sondern auch ihre ersten Ursachen. „Ursachen“ werden dabei, in Anlehnung an Max Weber, als kausal wesentliche Umstände verstanden, ohne die ein Vorgang nicht gedacht werden kann, deren Fehlen aber denkbar ist⁴⁹.

An erster Stelle steht in jeder Hinsicht die Entwicklung in der Sowjetunion, die Krise und der Zusammenbruch des Sowjetkommunismus. Angesichts der immer weiter zunehmenden ökonomischen, sozialen und auch ideologischen Krise in der Sowjetunion ging Gorbatschow bald nach seinem Amtsantritt als Generalsekretär der KPdSU im März 1985 auf Reformkurs, um den Sozialismus durch vor allem wirtschaftliche Reformen bewahren zu können⁵⁰. Die Reformpolitik zog bald unkontrollierbare innere und äußere Weiterungen nach sich; um Handlungsspielräume im Inneren zu gewinnen, mußte Gorbatschow bald äußere Entlastung suchen. Dies bedeutete zum einen, die aufwendige Kontrolle über die Satellitenstaaten im Warschauer Pakt abzubauen, und zum anderen, den Systemkonflikt mit den westlichen Demokratien zurückzuführen, wie es sich in seinen Losungen vom „Haus Europa“ und der „Entideologisierung der internationalen Beziehungen“ ausdrückte⁵¹. Damit legte er allerdings zugleich die Axt an die Wurzeln des Sowjetim-

⁴⁹ Vgl. Max Weber, Objektive Möglichkeit und adäquate Verursachung in der historischen Kausalbetrachtung (1906), in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hrsg. von Johannes Winckelmann (Tübingen ⁷1988) 266–290, hier 273–277 und 288–290.

⁵⁰ Vgl. dazu Adomeit, *Imperial Overstretch* 17 und 193–215; C. J. Bartlett, *The Global Conflict. The International Rivalry of the Great Powers, 1880–1990* (London, New York 1994) 362–385; Helmut Altrichter, *Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917–1991* (München ²2001) 175–191; und Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates* (München 1998) 1019–1052.

⁵¹ Vgl. dazu die Deklaration von Delhi vom 27. November 1986 und Gorbatschows Rede vor den Vereinten Nationen am 7. Dezember 1988; Gorbatschow, *Erinnerungen* 665 und 684; sowie Europa-Archiv 44 (1989) D 23–37, hier 27.

periums. Denn befreit vom rigiden Konformitätszwang und der allgegenwärtigen Interventionsdrohung der Breschnew-Doktrin, die im Juli 1989 auch formell widerrufen wurde, fielen die Blockstaaten Ostmittel- und Südosteuropas innen- und außenpolitisch vom Hegemon ab. 1989 entglitt der Moskauer Führung die Kontrolle über die Entwicklungen in ihrem Machtbereich.

Bis dahin aber hatte Gorbatschow mit seinem aus der Not geborenen Programm enorme Popularität in der Weltöffentlichkeit erzielt und mit seinen unablässigen „Charme-Offensiven“⁵² (James Baker) Washington erheblich in die Defensive getrieben. Vor diesem Hintergrund war die Regierung Bush in den ersten Monaten ihrer Amtszeit im Frühjahr 1989 damit beschäftigt, ihre außenpolitische Position zu finden. Am Ende dieses Prozesses stand – zweite Ursache – eine dezidiert offensive strategische Ausrichtung⁵³. Ob diese von den amerikanischen Beteiligten, namentlich einmal mehr Zelikow und Rice, nachträglich überrationalisiert wird, bleibt zu klären. Jedenfalls aber erteilten Bushs Formeln von der Staatenordnung „based on Western values“⁵⁴ und von „Europe whole and free“⁵⁵, die er Ende Mai 1989 öffentlich vortrug, Gorbatschows Vorstellungen vom „Haus Europa“ mit seinen unterschiedlichen Systemen eine klare Absage; jedenfalls verhielt sich die Regierung Bush der Sowjetunion gegenüber offensiver als die Regierung Reagan in ihrer zweiten Amtszeit. Sie war bereit zu einer finalen Auseinandersetzung mit dem sowjetischen System, um, wie es George Bush formulierte, das Spiel nun endgültig zu gewinnen⁵⁶. Ein abgeleiteter Bestandteil dieser allgemeinen weltpolitischen Disposition war die Befürwortung und nachdrückliche Unterstützung der Einigung Deutschlands.

Die weiteren, genuin deutschen Ursachen wurden erst unter den Bedingungen dieser globalen Konstellation möglich. Als dritte Ursache ist der Zusammenbruch der bereits von innen heraus morschen und ihrer sowjetischen Stütze verlustigen DDR zu nennen, der von der Bürger-

⁵² Baker, *Drei Jahre* 93.

⁵³ Vgl. dazu Bush, *Scowcroft*, *World Transformed* 29–56 und 83f.; Baker, *Drei Jahre* 85–88, 90–93 und 150; Blackwill, *Vereinigung* 213; Hutchings, *Diplomacy* 6–11, 27–38 und 46f.; Zelikow, Rice, *Germany Unified* 24–32; Beschloss, Talbott, *Auf höchster Ebene* 28–37, 58–68 und 92–104; und Garthoff, *Transition* 375–378.

⁵⁴ Presseerklärung Bushs nach dem NATO-Gipfel in Brüssel am 30. Mai 1989, *Public Papers of the Presidents of the United States. George Bush* (künftig: *Public Papers Bush*) 1989/I (Washington D.C. 1990) 638.

⁵⁵ Rede Bushs in der Mainzer Rheingoldhalle am 31. Mai 1989, *Public Papers Bush*. 1989/II 651.

⁵⁶ Vgl. Zelikow, Rice, *Germany Unified* 216.

bewegung letztendlich angestoßen wurde. Während sich die Kräfte für die Bewahrung eines umgestalteten zweiten deutschen Staates nicht durchzusetzen vermochten, befürwortete, viertens, die weit überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung die möglichst rasche Vereinigung mit der Bundesrepublik, wie sich seit Mitte November 1989 in den Demonstrationen und vor allem in den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 manifestierte. Gegen diesen Willen und somit gegen das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bevölkerung hätte es, wie nicht zuletzt die US-Regierung eindeutig formulierte und wie es auch dem deutschlandpolitischen Ansatz der Regierung Kohl entsprach⁵⁷, keine Wiedervereinigung gegeben.

Auch das Handeln der Bundesregierung folgte keinem Automatismus und keiner Zwangsläufigkeit; vielmehr wurden auf bundesdeutscher Seite auch andere Optionen artikuliert, wie sie etwa in den erheblichen Reserven der SPD um Oskar Lafontaine und bei den Grünen gegen eine Wiedervereinigung zum Ausdruck kamen. Insofern ist das zielgerichtete und energische politische Führungshandeln der Bundesregierung und in erster Linie Helmut Kohls auch gegen nationale und vor allem internationale Widerstände ein wesentlicher, variabler Umstand und somit als fünfte Ursache zu nennen.

Die Perspektive dieser Ursachenkonstellation mit ihrem Vorrang der internationalen Faktoren steht unterdessen in unübersehbarem Gegensatz zur in Deutschland vorherrschenden Sichtweise der Wiedervereinigung als einem primär nationalen Projekt, wie sie sich zum einen in der – tendenziell Kohl-freundlichen – Legende vom „Durchbruch im Kaukasus“ manifestiert. Zugespitzt interpretiert, ist diese „Kaukasus-Legende“ die Erzählung von der endlich erfolgreichen großen Politik in Deutsch-

⁵⁷ Vgl. dazu den ersten der vier Punkte der US-Regierung zur deutschen Wiedervereinigung vom 29. November 1989 über das Selbstbestimmungsrecht, *Kaiser, Deutschlands Vereinigung*, Dok. 14, S. 169; vgl. auch Kohls Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland im Bundestag am 8. November 1989 sowie sein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vom 28. November, *Kaiser, Deutschlands Vereinigung*, Dok. 11 und 13, S. 154 und 158. Die Regierung Kohl hatte während der achtziger Jahre eine rhetorische Akzentverlagerung der deutschlandpolitischen Ansprüche vom Begriff „Wiedervereinigung“ auf den Begriff der „Selbstbestimmung“ vorgenommen, vgl. *Matthias Zimmer*, Konzeptionelle Dilemmata und operative Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren, in: *Gustav Schmidt* (Hrsg.), *Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Détente 1945–1989*, Bd. 2 (Bochum 1993) 424; sowie *ders.* Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschland-Politik der Regierung Kohl 1982–1989 (Paderborn 1992) 231.

land nach den verheerenden Fehlschlägen deutscher Weltpolitik im 20. Jahrhundert⁵⁸.

Eine zweite Ausprägung dieser nationalen Sichtweise ist ihr politisch eher linkes Pendant, „politisch unkorrekt“ formuliert: die „Bürgerbewegungs-Legende“ – eine Erzählung der deutschen Vereinigung, die ihren Hauptakzent auf die „friedliche Revolution“ in der DDR legt: sie habe, so tragen auf wissenschaftlicher Ebene etwa Konrad Jarausch, Charles S. Maier oder Heinrich Potthoff vor, und so sagte es auch Bundeskanzler Schröder regierungsamtlich, aus eigener Kraft den Zusammenbruch des SED-Regimes bewirkt und gleichsam als bloße automatische Folgewirkung die Herstellung der Einheit herbeigeführt⁵⁹. Nur übersieht diese Erzählung die konstitutiven internationalen Bedingungen, den Entzug der sowjetischen Unterstützung für die DDR als die erste und wesentliche Ursache ihres Zusammenbruchs. Zugespitzt interpretiert, ist diese „Bürgerbewegungs-Legende“ die Erzählung von der endlich geglückten demokratischen Bürger-Revolution in Deutschland.

Beide Lesarten stilisieren somit dem Grunde nach die deutsche Wiedervereinigung zur Erfüllung der grundlegenden gesellschaftlich-politischen deutschen Sehnsüchte des 19. und 20. Jahrhunderts. Eine solche ‚Whig interpretation‘ der deutschen Geschichte ist bereits im normativen Narrativ der „Erfolgsgeschichte“⁶⁰ der verwestlichten Bundesrepublik angelegt, die auf diese Weise nachgerade ihre Krönung erfährt. Wasser in solchen Wein zu gießen, liegt im Blut kritischer Wissenschaft.

⁵⁸ Die Thesen dieses Abschnitts verdanke ich in wesentlichem Maße der Diskussion mit Andreas Wirsching, Augsburg.

⁵⁹ Vgl. Konrad H. Jarausch, *Die unverhoffte Einheit 1989–1990* (Frankfurt a.M. 1995) 311–313; sowie ders., *Zehn Jahre danach: Die Revolution von 1989/90 in vergleichender Perspektive*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 48 (2000) 909–924, bes. 912–914 und 917 f.; Charles S. Maier, *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus* (Frankfurt a.M. 1999; zuerst Engl. 1997) etwa S. 26; Heinrich Potthoff, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990* (Berlin 1999) etwa S. 343; Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik*, etwa S. 787; oder Jürgen Faulenbachs Editorial zu: *Informationen zur politischen Bildung* 270 (2001): *Deutschland in den 70er/80er Jahren*, S. 2. In diesem Sinne auch Gerhard Schröders Regierungserklärung vom 11. November 1999, zit. nach *Archiv der Gegenwart* 69 (1990) 43908: „Der Entschlossenheit und den mutigen Initiativen der ostdeutschen Bürgerbewegung ... haben wir es zu verdanken, daß wir heute ... in einem gesamtdeutschen Parlament ... debattieren können. Durch die gewaltlose Revolution des Jahres 1989 ist Deutschland ein souveräner und gleichberechtigter Partner in einem zusammenwachsenden Europa geworden.“

⁶⁰ Axel Schildt, *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik* (Frankfurt a.M. 1999).

III. Aufgaben und Legitimität der Zeitgeschichtsschreibung

Vor dem Hintergrund solcher Legenden wird offenkundig, daß das Feld der öffentlichen Erinnerung nicht den Akteuren, Beteiligten und Zeitzeugen überlassen werden darf, auf daß sie es mit ihren Erinnerungen, Meinungen und Urteilen einsäen, aus denen dann das öffentliche Geschichtsbild erwächst. Historiographischer Anteil an der allgemeinen Geschichtskultur ist daher *ab initio* vonnöten, um der Verabsolutierung von subjektiven, tendenziösen oder zumindest verkürzten Erinnerungen und der Bildung von nachträglich umso schwieriger zu revidierenden gesellschaftlich-kulturellen Legenden durch methodisch-kritische und unabhängig-interesselose Reflexion entgegenzuwirken.

Nur: Die Seriosität solcher Geschichtsschreibung über die eigene Zeit wird selbst innerhalb der Geschichtswissenschaft mit deutlichen Vorbehalten versehen. Die Einwände richten sich zum einen auf den Mangel an verfügbaren Quellen und zum anderen auf die zeitliche Nähe zum Gegenstand. Arnold Heeren bemerkte bereits 1809, „daß es eine Unmöglichkeit sey, die Geschichte seiner Zeit ebenso befriedigend als die der Vergangenheit zu schreiben ...; denn welcher Leser brächte zu jener nicht *seine* Ansichten, *seine* Meinungen und *seine* Gefühle?“⁶¹ Ist es also, mit Barbara Tuchman gesprochen, zu voreilig, über Geschichte schon zu schreiben, „während sie noch qualmt“⁶²? Oder ist sie nicht, wie Martin Broszat in der Auseinandersetzung mit Arnulf Barings „Machtwechsel“ anfragte, „hoffnungslos verstrickt in Standortgebundenheit, persönliche und politische Vorurteile, leidet sie nicht auf Schritt und Tritt am Mangel klärender Distanz“ und ist sie nicht dementsprechend voreilig⁶³?

⁶¹ Zit. nach *Gerhard Schulz*, Einführung in die Zeitgeschichte (Darmstadt 1992) (künftig: *Schulz*, Einführung in die Zeitgeschichte) 32.

⁶² *Barbara Tuchman*, Wann ereignet sich Geschichte?, in: *dies.*, In Geschichte denken. Essays (Düsseldorf 1982) 31–39, hier 31, zit. nach *Hans Günter Hockerts*, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: *HJb* 113 (1993) 98–127 (künftig: *Hockerts*, Zeitgeschichte) hier 99.

⁶³ Zur methodisch-theoretischen Diskussion von Zeitgeschichtsschreibung nach *Hans Rothfels*, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: *VfZg* 1 (1953) 1–8 (künftig: *Rothfels*, Zeitgeschichte als Aufgabe), zunächst v.a. *Eberhard Jäckel*, Begriff und Funktion der Zeitgeschichte [1975], in: *ders.*, Umgang mit Vergangenheit. Beiträge zur Geschichte (Stuttgart 1989) (künftig: *Jäckel*, Zeitgeschichte) 133–150; dann – nicht zuletzt durch die Ereignisse von 1989/90 beeinflusst – *Schulz*, Einführung in die Zeitgeschichte; *Hockerts*, Zeitgeschichte; und *Matthias Peter*, *Hans-Jürgen Schröder*, Einführung in das Studium der Zeitgeschichte (Paderborn u.a. 1994) (künftig: *Peter*, *Schröder*, Zeitgeschichte); auf

Unbestritten ist die Quellenlage zur „Epoche der Mitlebenden“⁶⁴ disparat, wenngleich sich dieser Befund in zeitlicher und thematischer Hinsicht recht uneinheitlich ausnimmt. Denn zum einen stehen in der Regel für mehr als dreißig Jahre, häufig auch für kürzer zurückliegende Themen archivalische Quellen zur Verfügung, wenn auch keineswegs in vollem Umfang; dabei nimmt sich die Quellenlage zur Wiedervereinigung schon nach zehn Jahren sehr günstig aus, und dies gilt in noch viel höherem Maße für die Geschichte der DDR. Zum anderen ist gerade im 20. Jahrhundert die Aussagekraft öffentlicher Quellen nicht zu unterschätzen, vollzieht sich doch Politik insbesondere in demokratischen Staaten in wesentlichem Maße öffentlich; Karl Dietrich Brachers Standardwerk über die „Auflösung der Weimarer Republik“⁶⁵ etwa oder Peter Graf Kielmansegg's magistrale Deutung der deutschen Nachkriegsgeschichte⁶⁶ beruhen weitestgehend auf öffentlichen Quellen. Schließlich bedeutet der Mangel an archivalischen Quellen ein Problem mehr für politik- und diplomatiegeschichtliche als für gesellschafts- und vor allem für kulturhistorische Fragestellungen.

Dabei ist eine fragmentarische Quellengrundlage – und dies ist der entscheidende Umstand – nicht gerade ein spezifisches Problem der Zeitgeschichte. Es wird hier durch sukzessives Hinzutreten immer neuer Quellen und durch die Verfügungsgewalt der Protagonisten über ihre eigenen persönlichen Quellen nur besonders virulent. Andererseits stehen im Bereich dieser jüngsten Geschichte aber auch außergewöhnlich vielfältige Quellen – von den Daten der empirischen Sozialforschung über Fernseh- und Rundfunkberichte bis hin zu nach Bedarf erhebbaren Interviews mit Beteiligten (mit ihren jeweils ganz eigenen Problemen der

Forschungsgegenstände bzw. -geschichte konzentriert demgegenüber *Anselm Doering-Manteuffel*, *Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit*, in: *VfZg* 41 (1993) 1–29; forschungspraktisch und -historisch angelegt auch *Eric J. Engstrom*, *Zeitgeschichte as Disciplinary History – On Professional Identity, Self-Reflexive Narratives, and Discipline-Building in Contemporary German History*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 29 (2000) 399–425. *Friedrich Tenbrucks* Essay *Zeitgeschichte als Vergangenheitsbewältigung?*, in: *Thomas Nipperdey, Anselm Doering-Manteuffel, Hans-Ulrich Thamer* (Hrsg.), *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag* (Berlin 1993) 482–495, handelt vom Zusammenhang zwischen Zeitgeschichtsschreibung nach 1945 und der Aufarbeitung des Nationalsozialismus.

⁶⁴ *Rothfels*, *Zeitgeschichte als Aufgabe* 2.

⁶⁵ *Karl Dietrich Bracher*, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie* (Königstein. ⁶1978; zuerst 1955).

⁶⁶ *Peter Graf Kielmansegg*, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland* (Berlin 2000) (künftig: *Kielmansegg*, *Nach der Katastrophe*).

Quellenkritik) – zur Verfügung⁶⁷. So bedarf es der besonderen methodischen Sorgfalt im Hinblick auf die verfügbaren Quellen und die Verbindlichkeit der aus ihnen zu gewinnenden Erkenntnisse und Aussagen. Dies bedeutet nicht zuletzt, klar zu sagen, was man nicht sagen kann.

Ein solches Geschichtsbild ist zwangsweise vorläufig. Doch ist dies das Schicksal aller Geschichtsschreibung, wie es sich im Satz von jeder Generation, die ihre Geschichte neu schreibt, niederschlägt. Im Gegensatz zum aufklärerischen Rationalismus des 18. Jahrhunderts und dem szientistischen Positivismus des 19. Jahrhunderts kann sich das (späte) 20. und das 21. Jahrhundert jedoch, wie Albert Camus formuliert hat, „Sisyphus als einen glücklichen Menschen“ vorstellen.

Daß Vorläufigkeit unterdessen nicht Voreiligkeit bedeutet, ist in erster Linie eine Frage der methodischen Sorgfalt. In besonderer Offensichtlichkeit und Zuspitzung sind diese Probleme der Zeitgeschichtsschreibung die Probleme aller Geschichtsschreibung. Die Unterschiede sind gradueller, aber nicht substantieller Art, im Hinblick auf das Problem der Quellen wie auf das Problem der Distanz⁶⁸, das sich in mindestens drei Facetten zeigt.

Erstens: Das offene Ende des historischen Gegenstandes und die Unkenntnis der mittel- und langfristigen Folgen machen es unmöglich, ihn historisch einzuordnen. In der Tat ist dies ein Problem und *das* Defizit von Zeitgeschichte. Es erfährt eine gewisse Kompensation durch den ihm innewohnenden Umstand, daß die Unbefangenheit durch Kenntnis des Späteren das Bewußtsein für die Offenheit historischer Prozesse schärft. Umgekehrt verändert der Wandel der Gegenwart auch den Blick auf die viel weiter zurückliegende Vergangenheit und verändert ihre historische Einordnung – wie etwa die Wiedervereinigung die Einschätzung der Reichsgründung von 1870/71 beeinflusst oder die europäische Einigung den Blick auf das Alte Reich oder Karl den Großen verändert. So ist auch dieses perspektivische Problem grundsätzlich allgemeiner Natur, auch wenn es sich der Zeitgeschichtsschreibung in besonderem Maße stellt.

Nähe zum Gegenstand bedeutet, zweitens, die Unmöglichkeit, die eigene Deutung der Geschichte in eine historiographische Überlieferungs-

⁶⁷ Vgl. dazu auch *Hockerts*, *Zeitgeschichte* 106–110, hier bes. 106f., und *Gerhard A. Ritter*, *Auswirkungen neuer Medien der Kommunikation auf den historischen Prozeß und die quellenorientierte Forschung in der Zeitgeschichte*, in: *Horst Fuhrmann* (Hrsg.), *Die Kaulbach-Villa als Haus des Historischen Kollegs. Reden und wissenschaftliche Beiträge zur Eröffnung* (München 1989) 145–152.

⁶⁸ Vgl. dazu auch *Hockerts*, *Zeitgeschichte* 110–115.

und Deutungstradition einzuordnen. Auch dieser unausweichliche Mangel trägt indes zugleich einen spezifischen Reiz in sich, der in der Herausforderung der Pionierarbeit liegt.

Der Einwand des Mangels an Distanz zielt aber vor allem auf einen dritten Umstand: es fehle an „Zeitenabstand“, dessen „hermeneutische[] Produktivität“ vor allem Hans-Georg Gadamer betont hat. Der „Zeitenabstand“ nämlich helfe, die Vorurteile zu scheiden: die „wahren Vorurteile, unter denen wir verstehen“ (im wertneutralen Sinne des aller Erkenntnis unausweichlich zugrundeliegenden Vorwissens oder Vorverständnisses), von den „falschen“ oder „irreführenden“ Vorurteilen, „unter denen wir mißverstehen“ (im umgangssprachlichen, negativ konnotierten Sinne der unreflektierten Meinungen und Betroffenheiten ohne ein zureichendes sachliches Fundament)⁶⁹. Dieser Gedanke wirkt aber, wie Jean Grondin bemerkt, in der Tat „etwas einseitig“⁷⁰; und so hat Gadamer dieses Argument in der Neuauflage von „Wahrheit und Methode“ für die „Gesammelten Werke“ auch selbst eingeschränkt⁷¹.

Denn das Problem des Abstandes ist, und das ist entscheidend, nicht ein zeitliches, sondern ein heuristisches, in der produktiven Spannung von Distanz und Nähe aller Geschichtsschreibung zu ihrem Gegenstand – zu Kohl und Lafontaine ebenso wie zu Heinrich IV. und Gregor VII., zu gesellschaftlichen Oberschichten und Randgruppen, zu Männern und Frauen: es ist die Herausforderung, mit Hegel gesprochen, der Erhebung über sich selbst hinaus zur Allgemeinheit⁷², oder, wie man nach Heidegger vielleicht eher sagen würde, die Bewußtmachung der unhintergehbaren Vorurteilsstruktur all unseres Verstehens, das sich von Sinnentwurf zu Sinnentwurf im hermeneutischen Zirkel dreht, die ständige (Selbst-) Aufklärung über unsere eigenen, allgegenwärtigen Vorurteile⁷³.

Diese Probleme liegen jedoch aller geistes- und humanwissenschaftlichen Erkenntnis zugrunde. Alle historische Erkenntnis ist nicht Abbildung eines Objektes, sondern Konstruktion von Sinn. Daher resultiert

⁶⁹ Hans-Georg Gadamer, *Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik* [zuerst 1960] (Tübingen ⁶1990) (= *Gesammelte Werke*. Bd. I; künftig: *Gadamer, Wahrheit und Methode*) 270–305, bes. 273–275, 280f., 302 und 304. die Zitate 302 und 304.

⁷⁰ Jean Grondin, *Einführung in die philosophische Hermeneutik* (Darmstadt 1991) (künftig: *Grondin, Hermeneutik*) 146; vgl. auch *ders.*, *Einführung zu Gadamer* (Tübingen 2000) (künftig: *Grondin, Einführung zu Gadamer*) 140–144.

⁷¹ Vgl. *Gadamer, Wahrheit und Methode* 304 Anm. 228.

⁷² Hier nach *Gadamer, Wahrheit und Methode* 18 und 22.

⁷³ Vgl. *Heidegger, Sein und Zeit* (Tübingen ¹⁴1977; zuerst 1927) 153, und die komprimierte Zusammenfassung bei *Grondin, Hermeneutik* 124–127.

auch die besondere und typische Spannung im Bereich der Zeitgeschichte zwischen dem „Erklärungshorizont des Zeithistorikers“ und dem „Erinnerungshorizont des Zeitzeugen“⁷⁴ bzw. Zeitgenossen. Dies hängt wiederum nicht zuletzt mit der Struktur des menschlichen Gehirns und seiner Wahrnehmungs- und Erinnerungsfähigkeit zusammen. Wolf Singer spricht von der „konstruktivistische[n] Tätigkeit unserer Gehirne“⁷⁵: Der menschliche Wahrnehmungsapparat ist demzufolge nicht nur in seiner Aufnahmekapazität sehr begrenzt und deshalb auf selektive Wahrnehmung von Signalen angewiesen, sondern er ist auch auf kohärente Interpretationen und auf die Bestätigung der eigenen Meinungen ausgerichtet⁷⁶. Aber nicht nur Wahrnehmungen, sondern auch Erinnerungen sind letztlich „datengestützte Erfindungen“, da jeder Erinnerungsvorgang die Gedächtnisspuren aktualisiert, neu in den Gedächtnisspeicher einschreibt und somit die gespeicherten Zusammenhänge verändert. Dies geschieht gar nicht aus Täuschungsabsicht, sondern ist konstitutiv für die kognitiven Prozesse des Menschen. Auch daher ist die Erinnerung der Beteiligten an den „Kaukasus“ subjektiv sicher authentisch. Sie kann aber nicht mit einem wissenschaftlich fundierten Geschichtsbild identisch sein.

Auch wissenschaftliche Erkenntnis erhebt derweil keineswegs den Anspruch auf absolute Wahrheit, sondern vermag immer nur Näherungen an „Wahrheit“ zu erreichen, die sich nur durch diskursiven Konsens, im wissenschaftlichen Gespräch ermitteln läßt und stets vorläufiger Natur ist. In dieser Perspektive liegt die methodisch-theoretische Produktivität einer problemorientierten Hermeneutik im Sinne Gadamers⁷⁷.

⁷⁴ Hockerts, Zeitgeschichte 109.

⁷⁵ Wolf Singer, Wahrnehmen, Erinnern, Vergessen. Über Nutzen und Vorteil der Hirnforschung für die Geschichtswissenschaft, in: *ders.*, Der Beobachter im Gehirn. Essays zur Hirnforschung (Frankfurt a.M. 2002) 77–86, dieses und das nächste Zitat 86.

⁷⁶ Vgl. dazu auch, aus psychologischer Sicht, Christoph Bördlein, Die Bestätigungstendenz. Warum wir (subjektiv) immer Recht behalten, in: *Skeptiker* 13 (2000) 132–138.

⁷⁷ Gadamers Hermeneutik ist seitens der Geschichtswissenschaft zunächst eher kritisch-abwehrend rezipiert worden; vgl. etwa Karl-Georg Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft (München ⁵1982) 109–146; ebenso Wolfgang J. Mommsen, Wandlungen im Bedeutungsgehalt der Kategorie des „Verstehens“, in: Christian Meier, Jörn Rüsen (Hrsg.), Historische Methode (= Theorie der Geschichte. Beiträge zur Historik, Bd. 5) (München 1988) 200–226, hier 214–216 und 221–224; zur Diskussion vgl. Chris Lorenz, Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie (Köln, Weimar, Wien 1997) (künftig: Lorenz, Konstruktion der Vergangenheit) 147–153. Vgl. allerdings jetzt allgemein Grondin, Einführung zu Gadamer, bes. 125–192 (neben seiner umfangreicheren Biographie Hans-Georg Gadamer. Eine Biographie, Tübingen 2000), und bereits seine Einführung in die Hermeneutik, bes. 138–159 und 174–178; sowie Ute Daniel, Kompendium

Denn während einerseits der postmoderne Dekonstruktivismus die Souveränität des Individuums über sprachlich vermittelten Sinn und somit die sinnhafte Verständigungsmöglichkeit grundsätzlich in Frage stellt⁷⁸ und während andererseits die moderne Hirnforschung der Verlässlichkeit menschlicher Wahrnehmung und Erkenntnis ein desaströses Zeugnis ausstellt, eröffnet eine solche reflektierte Hermeneutik in diesem erkenntnistheoretischen Treibsand den tragfähigen Boden von historischem und historiographischem Sinn auf der Basis von Expertengespräch und *common sense* mit einem beschränkten, aber spezifischen humanwissenschaftlichen Wahrheitsanspruch⁷⁹.

Vor dem Hintergrund dieser erkenntnistheoretischen Grundsatzprobleme im Zeichen der Postmoderne nehmen sich die Differenzen zwischen „klassischer“ und Zeitgeschichtsschreibung marginal aus. Die Unterschiede sind gradueller, nicht aber substantieller Art, und die methodischen Standards der Zeitgeschichtsschreibung sind zugleich die allgemeinen geschichtswissenschaftlichen Standards: zum einen Seriosität hinsichtlich der Verbindlichkeit des Aussagbaren und Nachprüfbarkeit der Aussagen (und dies bedeutet zum Beispiel, Aussagen nicht mit Belegen wie „Informationen aus der Bundesregierung“ zu versehen⁸⁰), zum anderen das redliche Bemühen um weitestmögliche Vorurteilslosigkeit (im gebräuchlichen Sinne des Wortes) gegenüber dem Gegenstand als „regulative Idee“, im Sinne der „Ethik der Community of investigators“ (Thomas Nipperdey)⁸¹.

Und dieser für ihre Legitimität unverzichtbare Anspruch bedeutet gerade für die Zeitgeschichtsschreibung (denn hier liegt die Versuchung am nächsten), sich der Politisierung, namentlich der Parteipolitisierung zu entziehen. Denn daß die Akteure des politischen Feldes, mit Pierre

Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter (Frankfurt a.M. 2001) (künftig: *Daniel*, Kulturgeschichte) 103–114.

⁷⁸ Vgl. als nur einen Pfad in das Dickicht der Diskussionen und Positionen: *Ute Daniel*, Kulturgeschichte; sowie *dies.*, Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU)* 48 (1997) 195–218 und 259–278, hier 259–264 und 275–277; *Ernst Hanisch*, Die linguistische Wende. Geschichtswissenschaft und Literatur, in: *Wolfgang Hardtwig, Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Kulturgeschichte Heute (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 16, Göttingen 1996)* 212–230; sowie *Lorenz*, Konstruktion der Vergangenheit 153–170 und 177–187.

⁷⁹ Vgl. *Gadamer*, Wahrheit und Methode 3, 29 und 494.

⁸⁰ Vgl. *Weidenfeld*, Außenpolitik 646 und 862.

⁸¹ *Thomas Nipperdey*, Kann Geschichte objektiv sein? in: *GWU* 30 (1979) 329–342, hier 341 (erstes Zitat), und *ders.*, Zum Problem der Objektivität bei Ranke, in: *Wolfgang J. Mommsen* (Hrsg.), *Leopold von Ranke und die moderne Geschichtswissenschaft* (Stuttgart 1988) 215–222, hier 222 (zweites Zitat).

Bourdieu gesprochen, nach dem „symbolischen Kapital“ des kulturellen Feldes greifen⁸², das ihnen willige Historiker auch gern aushändigen, um es in den politischen Auseinandersetzungen einzusetzen, ist ein nicht zu übersehendes Problem, nicht zuletzt im Bereich der Deutschlandpolitik und der Wiedervereinigung. Die Legitimität des intellektuellen Feldes der Geisteswissenschaften liegt aber allein in seiner interessellosen Autonomie⁸³ – auch gegenüber den Interessen eines Marktes, denen Universitäten und Wissenschaften im Zeichen einer anwendungsorientierten, „vulgärliberal[en]“⁸⁴ Ökonomisierung unhinterfragter Modernisierung ausgeliefert werden.

Epistemologie und Methodologie der Wissenschaft führen somit zu ihrem gesellschaftspolitischen Auftrag zurück. Allemaal gilt dies für die Zeitgeschichtsschreibung, denn die gesellschaftspolitischen ebenso wie die historiographischen Debatten über die siebziger und achtziger Jahre stehen noch erst bevor. Dabei wird sich nicht zuletzt die Frage nach dem Ort der deutschen Wiedervereinigung und der deutschen Teilung in der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts stellen.

⁸² Vgl. *Pierre Bourdieu, Satz und Gegensatz. Über die Verantwortung des Intellektuellen* (Frankfurt a.M. 1989; zuerst Franz. 1982) (künftig: *Bourdieu, Satz und Gegensatz*) 28f. und 39; *ders.*, Über die Beziehungen zwischen Geschichte und Soziologie in Frankreich und Deutschland, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996) 62–89, hier 81; *ders.*, Zur Soziologie der symbolischen Formen (Frankfurt a.M. 1970) 59, 62 und 66; *ders.*, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: *Reinhard Kreckel* (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten* (= *Soziale Welt, Sonderband 2*) (Göttingen 1983) 183–198; und allgemein auch: *ders.*, Sozialer Raum und „Klassen“. *Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen* (Frankfurt a.M. 1991) 9–15 (bes. 10f.) und 30–37; vgl. auch die Zusammenfassung bei *Sven Reichardt*, Bourdieu für Historiker? Ein kultursoziologisches Angebot an die Sozialgeschichte, in: *Thomas Mergel, Thomas Welskopp* (Hrsg.), *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theorie-Debatte* (München 1997) 71–93, bes. 75–80; sowie *Ingrid Gilcher-Holtey*, Kulturelle und symbolische Praktiken: das Unternehmen Pierre Bourdieu, in: *Wolfgang Hardtwig, Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Kulturgeschichte Heute* (*Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 16*, Göttingen 1996) 111–130.

⁸³ *Bourdieu, Satz und Gegensatz* 28f.

⁸⁴ So die beißende Polemik von *Jan Roß*, *Die neuen Staatsfeinde. Was für eine Republik wollen Schröder, Henkel, Westerwelle und Co.?* (Berlin 1998) 37, das gesamte Kapitel „Was ist Vulgärliberalismus?“ 37–46.

IV. Die Wiedervereinigung in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts

Die deutsche Geschichte nach 1945 ist die Geschichte zweier Staaten, die aus einem hervorgingen, sich 40 Jahre lang getrennt und doch aufeinander bezogen, gegeneinander und miteinander entwickelten, deren kleinerer schließlich zusammenbrach und dem anderen beitrug. Die Geschichtsschreibung steht nun vor dem Problem, die doppelte deutsche Zeitgeschichte „zu verknüpfen, ohne sie auf unangemessene Weise zusammenzuschieben“, die Perspektive einer „innere[n] Wiedervereinigung der deutschen Zeitgeschichte“⁸⁵ zu erschließen, ohne sie jedoch an einer unhistorischen Teleologie auszurichten, sondern ihre jeweilige zeitgenössische Offenheit zu wahren und die spezielle deutsche Frage in die allgemeine historische Entwicklung einzuordnen. Diese intellektuelle und darstellerische Herausforderung ist allerdings sehr viel leichter formuliert als umgesetzt, und in diesem von der bisherigen Geschichtsschreibung der deutschen Nachkriegsgeschichte keineswegs eingelösten Anspruch liegt ein grundlegendes darstellerisches und sachliches Problem.

Denn einerseits blieb die deutsche Frage mit ihren spezifischen Problemen in Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik trotz aller faktischer Einrichtung in der Zweistaatlichkeit immer, wenn auch oftmals subkutan präsent. Die Geschichte beider deutscher Staaten war und blieb eine „asymmetrisch verflochtene Parallel- und Abgrenzungsgeschichte“⁸⁶.

Auch wenn die DDR dabei in sehr viel stärkerem Maße auf die Bundesrepublik bezogen war als umgekehrt, stand auch die Bundesrepublik stets in Systemkonkurrenz zum zweiten deutschen Staat, und stets blieb es ihr auf die DDR bezogener Anspruch, das „bessere“ Deutschland zu sein. Auch die Deutschlandpolitik als eigener politischer Gegenstandsbereich verwies darauf, daß die innerdeutschen Beziehungen trotz aller Gewöhnung keine „Normalität“ darstellten; das gilt insbesondere für die Zustände an der innerdeutschen Grenze und in Berlin: die Tötung von Flüchtlingen an der Grenze bis 1989, den Bahnhof Friedrichstraße oder den Häftlingsfreikauf. Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik zeigte

⁸⁵ Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Das Adenauer-Bild in der DDR* (Rhöndorfer Gespräche 15, Bonn 1996) 6f.

⁸⁶ Martin Sabrow, *Die DDR im nationalen Gedächtnis*, in: Jörg Baberowski u. a., *Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte* (Stuttgart 2001) 99.

sich etwa in der Auseinandersetzung um die atomaren Kurzstreckenwaffen 1988/89, als sich abrüstungspolitische mit deutschlandpolitischen Argumenten gegen bündnispolitische Rücksichten verbanden, die weitwirkende Virulenz der deutschen Frage.

Andererseits liefen die zentralen Entwicklungslinien der bundesdeutschen Geschichte, insbesondere der 80er Jahre, in ganz andere Richtungen. Sie entfernten die Bundesrepublik von der deutschen Frage, von der DDR und von der Nation als Ordnungsrahmen, wie es etwa Karl Dietrich Bracher mit dem Begriff „postnationale Demokratie“⁸⁷ zum Ausdruck brachte. Prägend für die bundesdeutsche Entwicklung war erstens ein Prozeß, der sich mit dem allgemein eher unklaren Begriff „Globalisierung“ dennoch plausibel beschreiben läßt. Zwar sind internationale Vernetzung und Verflechtung keine neuartigen Phänomene des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Und doch ist evident, daß ökonomische, kommunikative und gesellschaftlich-kulturelle Entwicklungen in einer neuen Dimension Grenzen überstiegen und die Welt umspannten: von den Waren- und Finanzströmen und Produktionsprozessen, dem erheblich verstärkten internationalen Konkurrenzdruck, unter dem das in den achtziger Jahren noch so gepriesene „Modell Deutschland“ seinen Glanz verlor, über neuartige Kommunikationsmöglichkeiten und Verkehrsformen und die vielfältige Mobilität einer zunehmenden Zahl von Menschen bis hin zur Verbreitung von Massenkulturen.

Prägend war zweitens insbesondere seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein Prozeß zunehmender Europäisierung unter Einschluß der Übertragung staatlicher Kompetenzen und Souveränitätsrechte auf die Europäische Gemeinschaft bzw. die Europäische Union. Hinzu kommt drittens eine neue Stufe der technologischen Entwicklung: die Digitalisierung, die Durchsetzung des Computers, der elektronischen Datenverarbeitung und anderer neuer Medien, die schließlich die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen solchermaßen umfassend veränderten, daß von der „Informationsgesellschaft“ gesprochen wird, die zugleich als eine dritte Stufe der „Industriellen Revolution“ angesehen werden kann (allerdings nicht mehr im klassischen Sinne „industriell“ ist).

Diese Veränderung erfaßte allerdings grundsätzlich nur den Westen, ebenso wie, viertens, ein „Prozeß revolutionären gesellschaftlichen Strukturwandels“ seit den 60er Jahren⁸⁸: ein umfassender Abbau von

⁸⁷ Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Jäger, Werner Link, *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5/I, Stuttgart 1986) 406.

⁸⁸ Kielmansegg, *Nach der Katastrophe* 416 und 428.

Autoritäten und sogenannten „Pflichtwerten“, ein Prozeß zunehmender innerer Liberalisierung, aber mehr als das, mehr auch, als der Begriff „Verwestlichung“⁸⁹ suggeriert, vielmehr ein Prozeß zunehmender Individualisierung und radikaler Pluralisierung in Verbindung mit fundamentalen Entnormativierung, auch als „Wertewandel“⁹⁰ bezeichnet, bei dem es allerdings auch partielle, zumindest phänomenologische Berührungen mit der Entwicklung in der DDR gibt – eine allgemeine Abnahme sozialer Bindungen, nicht zuletzt ein Prozeß breiter Entkirchlichung, ein grundlegender Wandel im Verhältnis der Geschlechter, der Wandel der Sexualmoral, die Auflösung der bürgerlichen Familie als gesellschaftliches Leitbild samt dem dramatischen Geburtenrückgang und seinen gar nicht zu überschätzenden Auswirkungen auf die demographische und soziale Entwicklung und die sozialen Sicherungssysteme.

Zu diesen Entwicklungen, mächtigen Grundströmungen der bundesdeutschen Geschichte der siebziger und vor allem der achtziger Jahre, die erst in den neunziger Jahren sichtbar an die Oberfläche getreten sind, lag die deutsche Wiedervereinigung, samt der Wiederherstellung des Ordnungsmodells Nationalstaat, quer.

Daraus lassen sich nun, im Hinblick auf die Einordnung der Wiedervereinigung in die deutsche Geschichte, zwei entgegengesetzte Argumente formen: Europäisierung, Globalisierung, Digitalisierung und Postmoderne waren allesamt nicht stark genug, so die eine Wendung, um zu verhindern, daß die Wiedervereinigung unvorhergesehen und mit großer Wucht in die scheinbar ganz anders verlaufende Geschichte hereinbrach. Die deutsche Frage, die nationale Frage war demzufolge eine zentrale Grundströmung der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Das Argument läßt sich aber auch umdrehen: Wenn die Wiedervereinigung quer zu den Trends lag, die in den neunziger Jahren voll zum Durchbruch kamen und wenn aber diese Tendenzen die neunziger Jahre offenkundig nachhaltig geprägt haben und somit als die historisch relevanten Entwicklungen anzusehen sind, dann war die Wiedervereinigung

⁸⁹ Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel*, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert* (Göttingen 1999); *Heinrich August Winkler*, *Der lange Weg nach Westen*. 2. Bd.: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung* (München 2000). Kritisch zu diesem Konzept des „Westens“ auch *Philipp Gassert*, *Die Bundesrepublik, Europa und der Westen*, in: *Jörg Baberowski u. a., Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte* (Stuttgart 2001) 69–84.

⁹⁰ *Helmut Klages, Peter Kmieciak* (Hrsg.), *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel* (Frankfurt a.M. 1979); *Ronald Inglehart*, *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt* (Frankfurt a.M. 1989).

gegenüber Europäisierung und Globalisierung, Digitalisierung und Postmoderne vielleicht gar kein so entscheidendes Ereignis für die „alte“ Bundesrepublik und auch für das vereinte Deutschland als Ganzes? Dann wäre die Zäsur von 1989/90, von der wir alle unbesehen reden, gar keine so zentrale Zäsur.

In all den hier skizzierten Problemen, ihrem kontroversen Potential und nicht zuletzt in solchen noch erst zu führenden Grundsatzdebatten liegt unterdessen ein besonderer Reiz der deutschen Wiedervereinigung als Herausforderung für die Zeitgeschichtsschreibung.

Aufgaben, Stipendiaten, Schriften

Aufgaben des Historischen Kollegs

Das Historische Kolleg, vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft als „Stiftung Historisches Kolleg“ errichtet, nahm im Oktober 1980 mit dem ersten Kollegjahr seine Tätigkeit in München auf. Es wurde zu dem Zweck gegründet, namhafte, durch herausragende Leistungen ausgewiesene Gelehrte aus dem gesamten Bereich der historisch orientierten Wissenschaften zu fördern. Seit dem Kollegjahr 1988/89 hat es seinen Sitz in der Kaulbach-Villa, die gemeinsam vom Freistaat Bayern und den Gründern des Historischen Kollegs für dessen Aufgaben wiederhergestellt wurde. Nach zwanzigjähriger ausschließlich privater Förderung durch den Stiftungsfonds Deutsche Bank und den Stifterverband ist an deren Stelle mit Beginn des Kollegjahres 2000/2001 – als „public private partnership“ – eine gemeinsame Finanzierung aus öffentlichen und privaten Mitteln getreten: Der Freistaat Bayern sorgt für die Grundausstattung des Kollegs, nämlich Personal- und Sachaufwand sowie Institutsgebäude, private Zuwendungsgeber übernehmen die Aufwendungen zur Dotierung der Stipendien für die Wissenschaftler, die am Kolleg ein Forschungsjahr verbringen können. Träger des Historischen Kollegs ist jetzt die „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs“.

Den an das Historische Kolleg Berufenen wird die Möglichkeit geboten, frei von Lehr- und sonstigen Verpflichtungen in ungestörter Umgebung eine größere wissenschaftliche Arbeit („opus magnum“) abzuschließen. Es werden jährlich bis zu drei Forschungsstipendien vergeben, deren Verleihung zugleich eine Würdigung der bisherigen Leistungen der Berufenen darstellen soll. Im Vordergrund der Förderidee steht nicht die Unterstützung bestimmter Forschungsthemen, sondern die von Forscherpersönlichkeiten. Die ins Kolleg berufenen Wissenschaftler haben Residenzpflicht in der Kaulbach-Villa. Mit deren Bezug 1988 wurde zusätzlich ein Stipendium für besonders qualifizierte Nachwuchswissenschaftler eingerichtet, die das 35. Lebensjahr noch nicht wesentlich überschritten haben. Dieses Förderstipendium soll vornehmlich dem Abschluß von Habilitationsschriften dienen.

In Ergänzung der ursprünglichen Förderkonzeption hat der Stiftungsfonds Deutsche Bank im Jahre 1982 einen deutschen Historikerpreis ausgesetzt, der als „Preis des Historischen Kollegs“ vergeben wird. Mit

diesem Preis wird das wissenschaftliche Gesamtschaffen eines Historikers im Sinne der Zielsetzungen des Historischen Kollegs gewürdigt, wobei die Grundlage für die Auszeichnung ein herausragendes Werk bilden soll, das wissenschaftliches Neuland erschließt, über die Fachgrenzen hinaus wirkt und in seiner sprachlichen Gestaltung vorbildhaft ist. Der bisher mit 50 000 DM dotierte Preis wird alle drei Jahre vergeben; verliehen wird er vom Bundespräsidenten als dem Schirmherrn des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Das Historische Kolleg läßt es sich auch sonst angelegen sein, über fachliche Grenzen hinaus zu wirken. Jeder Stipendiat ist verpflichtet, Ziele und Ergebnisse seiner Arbeit in einem Vortrag der Öffentlichkeit vorzustellen; jeder Forschungsstipendiat hat im Bereich seines Forschungsvorhabens ein internationales Kolloquium abzuhalten. Die Vorlesungen zur Eröffnung der Kollegjahre und die Veranstaltungen zur Verleihung des Historikerpreises wenden sich in besonderer Weise an die geschichtlich interessierte Öffentlichkeit. Mit den „Schriften des Historischen Kollegs“ kommen die wissenschaftlichen Erträge zur Publikation, die aus Kolloquien und Vortragsveranstaltungen des Kollegs hervorgehen. Die geförderten „opera magna“ der Stipendiaten dagegen werden unabhängig und getrennt von den „Schriften des Historischen Kollegs“ veröffentlicht.

Mitglieder des Kuratoriums und der Auswahlkommission, Gäste des Kuratoriums

Dem Kuratorium des Historischen Kollegs gehören derzeit an:

Vorsitzender:

Professor Dr. LOTHAR GALL

Stellvertretender Vorsitzender:

Professor Dr. DIETMAR WILLOWEIT

Persönliche Mitglieder:

Professor Dr. ETIENNE FRANÇOIS, Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Berlin, Professor für Geschichte an der Universität Paris I

Professor Dr. JOHANNES FRIED, Professor für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Frankfurt a.M.

Professor Dr. KLAUS HILDEBRAND, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Bonn

Professor Dr. MANFRED HILDERMEIER, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Göttingen

Professor Dr. CLAUDIA MÄRTL, Professorin für Mittelalterliche Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. JOCHEN MARTIN, Professor für Alte Geschichte und Historische Anthropologie an der Universität Freiburg i.Br.

Mitglieder kraft Amtes:

Professor Dr. LOTHAR GALL, Präsident der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Frankfurt a.M.

Professor Dr. HEINRICH NÖTH, Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

Professor Dr. URSULA PETERS, Vizepräsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Ministerialdirektor Dr. WOLFGANG QUINT, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Professor Dr. DIETMAR WILLOWEIT, Sekretär der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Professor für Deutsche Rechtsgeschichte, Kirchenrecht, bürgerliches Recht und Handelsrecht an der Universität Würzburg

Der Auswahlkommission für den „Preis des Historischen Kollegs“ gehören derzeit ferner an (Stand 2003):

Professor Dr. WOLFGANG FRÜHWALD, Professor für Neuere Deutsche Literaturgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. RUDOLF SCHIEFFER, Präsident der Monumenta Germaniae Historica, Professor für Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. VOLKER ULLRICH, Die Zeit, Hamburg

Ständige Gäste des Kuratoriums als Vertreter der privaten Zuwendungsgeber:

Dr. ALOIS BUCH, Fidentia – Gesellschaft für Stiftungs- und Spendenberatung, Düsseldorf

JÜRGEN CHR. REGGE, Vorstand der Fritz Thyssen Stiftung, Köln

Dr. HEINZ-RUDI SPIEGEL, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen

ELISABETH VIEBIG, DaimlerChrysler AG, Stuttgart

Kollegjahr 2001/2002

Forschungsstipendiaten

HELMUT ALTRICHTER

Geboren 1945 in Alt-Moetein/Mähren, Studium der Geschichte, Germanistik, Politischen Wissenschaften und des Russischen in Erlangen und Wien, 1970 erstes Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien, 1974 Promotion, 1982 Habilitation, 1983 Akademischer Oberrat auf Zeit, 1984 Aufnahme in das Heisenberg-Programm der DFG, 1985 Fiebigger-Professor für Neuere und Osteuropäische Geschichte an der Universität Augsburg, seit 1990 ordentlicher Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Erlangen.

Zahlreiche wissenschaftliche Auslandsaufenthalte und Studienreisen nach Rußland, Mittelasien und die USA, mehrfach Austauschwissenschaftler an der Akademie der Wissenschaften in Moskau, Vorsitzender des Verbandes der Osteuropahistoriker (1993–1999), Mitherausgeber der Jahrbücher für Geschichte Osteuropas und der Erlanger Studien zur Geschichte; Mitglied der Wissenschaftlichen Beiräte des Instituts für Zeitgeschichte München, des Herder-Instituts Marburg und des Deutschen Historischen Instituts in Warschau; Mitglied des DFG-Bibliotheksausschusses und seiner diversen Unterausschüsse.

Veröffentlichungen

Konstitutionalismus und Imperialismus. Der Reichstag und die deutsch-russischen Beziehungen 1890–1914 (Erlanger Historische Studien, Bd. 1) 1977

Staat und Revolution in Sowjetrußland 1917–1922/23 (Erträge der Forschung, Bd. 148) ²1996

Die Bauern von Tver. Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung, 1984

Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917–1991, 1993, ²2001 (korean. 1997)

Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, 1997
 Hrsg., Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod.
 Bd. 1: Staat und Partei. Dokumente (dtv-dokumente 2948) 1986
 Hrsg. zusammen mit Heiko Haumann, Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod. Bd 2: Wirtschaft und Gesellschaft. Dokumente (dtv-dokumente 2949) 1987
 Hrsg. und Einleitung, Bilder erzählen Geschichte (Rombach Historie, Bd. 6) 1995
 „Offene Großbaustelle Rußland“. Reflexionen über das „Schwarzbuch des Kommunismus“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999) S. 321–361

Gefördertes Forschungsvorhaben

Rußland 1989. Die Erosion eines Systems, der Zerfall einer Weltmacht,
 das Ende einer Epoche

Vortrag (8. Juli 2002)

War der Zerfall der Sowjetunion vorauszusehen?

Kolloquium (5. bis 8. Juni 2002)

Geschichte im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und
 Südosteuropas

MARIE-LUISE RECKER

Geboren 1945 in Osnabrück, Studium der Geschichte und Romanistik in Münster, 1970 erste Philologische Staatsprüfung, 1970–73 Promotionsstipendium der Stiftung Volkswagenwerk für einen dreijährigen Studienaufenthalt am St Antony's College Oxford, 1974 Promotion, 1974–84 wissenschaftliche Assistentin am Historischen Seminar der Universität Münster, ebendort 1983 Habilitation und bis 1989 Professorin auf Zeit, SS 1985 bis WS 1989/90 Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Osnabrück, Frankfurt a.M. und Bayreuth, seit 1990 ordentliche Professorin für neueste Geschichte an der Universität Frankfurt a.M.

Veröffentlichungen

England und der Donauraum 1919–1929. Probleme einer europäischen Nachkriegsordnung (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 3) 1976

Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 29) 1985

Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1945 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 8) 1990

Das Personalvertretungsgesetz vom 5. August 1955. Eine Fallstudie zum parlamentarischen Entscheidungsprozeß in der frühen Bundesrepublik Deutschland, in: Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle, Klaus Tenfelde (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, 1994, S. 446–461

Wahlen und Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1969, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik Deutschland, 1997, S. 267–309

Politische Reden 1945–1990, hrsg. v. Marie-Luise Recker (Bibliothek deutscher Klassiker, Bd. 163) 1999

Bilanz. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Marie-Luise Recker, Burkhard Jellonnek, Bernd Rauls, 2001

Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 2002

Gefördertes Forschungsvorhaben

Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1969

Vortrag (10. Juni 2002)

„Es braucht nicht niederreißende Polemik, sondern aufbauende Tat“
Zur Parlamentskultur der Bundesrepublik Deutschland

Kolloquium (18. bis 20. April 2002)

Parlamentarismus in Europa im 19. und 20. Jahrhundert
Deutschland, England und Frankreich im Vergleich

JÜRGEN TRABANT

Geboren 1942 in Frankfurt a.M., Studium der Romanistik, Germanistik und Philosophie an den Universitäten Frankfurt, Tübingen und Paris, 1969 Promotion in Tübingen, 1969–71 Lektor für Deutsch an den Universitäten in Bari und Rom, 1969–72 Assistent am Romanischen Seminar Tübingen, 1972–75 Dozent in Hamburg, 1975 ordentlicher Professor für Französisch (Linguistik) an der Pädagogischen Hochschule Berlin, seit 1980 ordentlicher Professor für Romanische Sprachwissenschaft (Französisch und Italienisch) an der Freien Universität Berlin.

Forschungsstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (1975), Akademie-Stipendium der Stiftung Volkswagenwerk (1985/86), Fellow des Collegiums Budapest (1994/95), wiederholte Gastprofessuren in den USA, Gründungsmitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (1993), Sekretar der Geisteswissenschaftlichen Klasse dieser Akademie (seit 1998).

Veröffentlichungen

- Zur Semiologie des literarischen Kunstwerks, 1970 (span. 1976)
 Elemente der Semiotik, 1976, ³1996 (jap. 1979, port. und it. 1980, korean. 2001)
 Apeliotes oder Der Sinn der Sprache, 1986 (frz. 1992)
 Traditionen Humboldts, 1990 (korean. 1998, frz. 1999)
 Neue Wissenschaft von alten Zeichen: Vicos Sematologie, 1994 (it. 1996)
 Artikulationen. Historische Anthropologie der Sprache, 1998
 Der gallische Herkules. Über Sprache und Politik in Frankreich und Deutschland, 2002
 Mithridates im Paradies. Kleine Geschichte des Sprachdenkens, 2003
 Hrsg., Wilhelm von Humboldt: Über die Sprache, 1985, ²1994
 Hrsg., Sprache denken. Positionen aktueller Sprachphilosophie, 1995
 Hrsg. zusammen mit S. Ward, New Essays on the Origin of Language, 2001
 Hrsg. zusammen mit B. Jostes, Fremdes in fremden Sprachen, 2001

Gefördertes Forschungsvorhaben

Mithridates im Paradies:
Geschichte des europäischen Sprachdenkens

Vortrag (22. April 2002)

Sprache der Geschichte

Kolloquium (5. Juli 2002)

Sprache der Geschichte

Förderstipendiat

ANDREAS RÖDDER

Geboren 1967 in Wissen/Sieg, Studium der Geschichte und Germanistik in Bonn, Tübingen und Stuttgart, 1991 erstes Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien an der Universität Tübingen, 1995 Promotion in Bonn, 1994–2001 wissenschaftlicher Assistent am Historischen Institut der Universität Stuttgart, dort 2001 Habilitation und seither Hochschuldozent.

Veröffentlichungen

Stresemanns Erbe. Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929–1931, 1996

Der Mythos von der frühen Westbindung. Konrad Adenauer und Stresemanns Außenpolitik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993) S. 543–573

Dichtung und Wahrheit. Der Quellenwert von Heinrich Brünnings Memoiren und seine Kanzlerschaft, in: Historische Zeitschrift 265 (1997) S. 77–116

Staatskunst statt Kriegshandwerk. Die deutsche Vereinigung von 1990 in internationaler Perspektive, in: Historisches Jahrbuch 118 (1998) S. 223–260

Reflexionen über das Ende der Weimarer Republik. Die Präsidialkabinette 1930–1932/33: Restaurationsstrategie oder Krisenmanagement?, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999) S. 87–101

Zeitgeschichte als Herausforderung: Die deutsche Einheit, in: Historische Zeitschrift 270 (2000) S. 669–687

Die radikale Herausforderung. Die politische Kultur der englischen Konservativen zwischen ländlicher Tradition und industrieller Moderne 1846–1868, 2002

Gefördertes Forschungsvorhaben

Die Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1990
(Oldenbourg Grundriß der Geschichte)

Vortrag (22. Juli 2002)

„Durchbruch im Kaukasus“?
Die deutsche Wiedervereinigung als Herausforderung
für die Zeitgeschichte

Kollegjahr 2002/2003

Die Forschungsstipendien für das 23. Kollegjahr wurden vergeben an:

Professor Dr. ANSELM DOERING-MANTEUFFEL, Universität Tübingen, für das Forschungsvorhaben „Deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts“;

Professor Dr. JAN-DIRK MÜLLER, Ludwig-Maximilians-Universität München, für das Forschungsvorhaben „Kulturmuster – Erzählmuster um 1200“;

Professor Dr. PETER SCHÄFER, Freie Universität Berlin/Princeton University, USA, für das Forschungsvorhaben „Geschichte der jüdischen Mystik. Gesamtdarstellung“.

Das Förderstipendium wurde vergeben an:

Privatdozent Dr. BERNHARD LÖFFLER, Universität Passau, für das Forschungsvorhaben „Ludwig Erhard 1897–1977. Eine Biographie“.

Geförderte Veröffentlichungen der Stipendiaten

(„opera magna“)

Heinrich Lutz

Das Ringen um deutsche Einheit und kirchliche Erneuerung. Von Maximilian I. bis zum Westfälischen Frieden 1490 bis 1648 (Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 4) Berlin: Propyläen Verlag, 1983, 504 S. ISBN 3-549-05814-4

Heinz Angermeier

Die Reichsreform 1410–1555. Die Staatsproblematik in Deutschland zwischen Mittelalter und Gegenwart. München: Verlag C.H. Beck, 1984, 344 S. ISBN 3-406-30278-5

Hartmut Hoffmann

Buchkunst und Königtum im ottonischen und frühsalischen Reich. Textband: XX, 566 S.; Tafelband: 360 S. mit 310 Abb. (Schriften der Monumenta Germaniae Historica, Bd. 30, 2 Teile) Stuttgart: Anton Hiersemann, 1986 ISBN 3-7722-8638-9 und 3-7772-8639-7

Antoni Mączak

Rządzący i rządzeni. Władza i społeczeństwo w Europie wczesnonowoczesnej. Warszawa: Państwowy Instytut Wydawniczy, 1986, 327 S. ISBN 83-06-01417-0

Hans Conrad Peyer

Von der Gastfreundschaft zum Gasthaus. Studien zur Gastlichkeit im Mittelalter (Schriften der Monumenta Germaniae Historica, Bd. 31) Hannover: Hahnsche Buchhandlung, 1987, XXXIV, 307 S. ISBN 3-7752-5153-7.

Italianische Übersetzung: Viaggiare nel medioevo dall'ospitalità alla locanda. Rom, Bari: Editori Laterza, 1990, 397 S. ISBN 88-420-3661-7. Japanische Übersetzung 1997, ISBN 4-938551-34-9

Eberhard Kolb

Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71. München: Oldenbourg Verlag, 1989 (2. Auflage 1990), XII, 408 S. ISBN 3-486-54642-2

Otto Pflanze

Bismarck and the Development of Germany

Vol. 1: The Period of Unification, 1815–1871, XXX, 518 S. ISBN 0-691-05587-4,

Vol. 2: The Period of Consolidation, 1871–1880, XVII, 554 S. ISBN 0-691-0588-2,

Vol. 3: The Period of Fortification, 1880–1898, VIII, 474 S. ISBN 0-691-05587-4.

Princeton, N.J.: Princeton University Press, 1990.

Deutsche Übersetzung in 2 Bänden. München: Verlag C.H. Beck

Bd. 1: Bismarck. Der Reichsgründer, 906 S. mit 87 Abb. und 2 Karten, 1997, ISBN 3-406-42725-1. Broschierte Sonderausgabe 2001 ISBN 3-406-48206-6

Bd. 2: Bismarck. Der Reichskanzler, 808 S. mit 79 Abb. und 1 Karte, 1998, ISBN 3-406-42726-X. Broschierte Sonderausgabe 2001 ISBN 3-406-48207-4

Jürgen Kocka

Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800 (Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, hrsg. v. Gerhard A. Ritter, Bd. 1) Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 1990, 320 S. ISBN 3-8012-0152-X

Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert (Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, hrsg. v. Gerhard A. Ritter, Bd. 2) Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 1990, XIII, 722 S. ISBN 3-8012-0153-8

Gerhard A. Ritter (gemeinsam mit Klaus Tenfelde)

Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871–1914 (Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, hrsg. v. Gerhard A. Ritter, Bd. 5) Bonn: Verlag J.H. Dietz Nachf., 1992, XI, 890 S. ISBN 3-8012-0168-6

Paolo Prodi

Il sacramento del potere. Il giuramento politico nella storia costituzionale dell'occidente. Bologna: Società editrice il Mulino, 1992, 602 S. ISBN 88-15-03443-9.

Deutsche Übersetzung: Das Sakrament der Herrschaft. Der politische Eid in der Verfassungsgeschichte des Okzidents (Schriften des Italie-

nisch-Deutschen Instituts in Trient, Bd. 11) Berlin: Duncker & Humblot, 1997, 555 S. ISBN 3-438-09245-7

Hartmut Boockmann

Ostpreußen und Westpreußen (Deutsche Geschichte im Osten Europas) Berlin: Wolf Jobst Siedler Verlag, 1992, 475 S. ISBN 3-88680-212-4

John C. G. Röhl

Wilhelm II.

Bd. 1: Die Jugend des Kaisers 1859–1888. München: Verlag C. H. Beck 1993, 980 S. ISBN 3-406-37668-1

Bd. 2: Der Aufbau der persönlichen Monarchie 1888–1900. München: Verlag C. H. Beck 2001, 1437 S., 40 Abb. ISBN 3-406-48229-5

Heinrich August Winkler

Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München: Verlag C.H. Beck, 1993 (3. Auflage 1998), 709 S. ISBN 3-406-37646-0. Broschierte Sonderausgabe 1999 ISBN 3-406-44037-1

Gerald D. Feldman

The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924. New York/Oxford: Oxford University Press, 1993, XIX, 1011 S. mit Abb. ISBN 0-19-503791-X

Johannes Fried

Der Weg in die Geschichte. Die Ursprünge Deutschlands bis 1024 (Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 1) Berlin: Propyläen Verlag, 1994, 922 S. ISBN 3-549-05811-X

Ludwig Schmugge

Kirche, Kinder, Karrieren. Päpstliche Dispense von der unehelichen Geburt im Spätmittelalter. Zürich: Artemis & Winkler Verlag, 1995, 511 S. ISBN 3-7608-1110-8

Klaus Hildebrand

Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945. Stuttgart: Deutsche-Verlags-Anstalt, 1995, 1054 S. ISBN 3-421-06691-4

Wolfgang J. Mommsen

Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918 (Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 7, 2. Teil) Berlin: Propyläen Verlag, 1995, 946 S. ISBN 3-549-05820-9

Hans Eberhard Mayer

Die Kanzlei der lateinischen Könige von Jerusalem (Schriften der Monumenta Germaniae Historica, Bd. 40, 2 Teile) Teil 1: 906 S., Teil 2: 1027 S. Hannover: Hahnsche Buchhandlung, 1996, ISBN 3-7752-5440-4

Manfred Hildermeier

Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München: Verlag C.H. Beck, 1998, 1206 S., ISBN 3-406-43588-2

Wolfgang Reinhard

Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart. München: Verlag C.H. Beck, 1999, 631 S., 13 Abb. ISBN 3-406-34501-8

Peter Blickle

Kommunalismus. Skizzen einer gesellschaftlichen Organisationsform. Bd. 1: Oberdeutschland. München: R. Oldenbourg Verlag, 2000, XII, 196 S. ISBN 3-486-56461-7

Bd. 2: Europa. München: R. Oldenbourg Verlag, 2000, IX, 422 S. ISBN 3-486-56462-5

Manlio Bellomo

I fatti e il diritto tra le certezze e i dubbi dei giuristi medievali (secoli XIII – XIV) (I libri di Erice 27) Roma: Il Cigno Galileo Galilei, 2000, 750 S. ISBN 88-7831-110-3

Frank-Rutger Hausmann

„Vom Strudel der Ereignisse verschlungen“. Deutsche Romanistik im „Dritten Reich“ (Analecta Romanica Heft 61) Frankfurt a.M.: Verlag Vittorio Klostermann, 2000, XXIII, 741 S. ISBN 3-465-03116-4

Jürgen Miethke

De potestate papae. Die päpstliche Amtskompetenz im Widerstreit der politischen Theorie von Thomas von Aquin bis Wilhelm von Ockham

(Spätmittelalter und Reformation, Neue Reihe Bd. 16) Tübingen: Verlag J. C. B. Mohr, 2000, XII, 347 S. ISBN 0-8122-3567-3

Robert E. Lerner

The Feast of Saint Abraham. Medieval Millenarians and the Jews. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2001, 186 S. ISBN 0-8122-3567-3

Harold James

The End of Globalization. Lessons from the Great Depression. Cambridge Mass.: Harvard University Press, 2001, 260 S. ISBN 0-674-00474-4

Gerhard Besier

Die Kirchen und das Dritte Reich. Spaltungen und Abwehrkämpfe 1934–1937. Berlin, München: Propyläen Verlag, 2001, 1262 S. ISBN 3-549-07149-3

Helmut Georg Koenigsberger

Monarchies, States Generals and Parliaments. The Netherlands in the Fifteenth and Sixteenth Centuries. Cambridge: Cambridge University Press, 2001, 381 S. ISBN 0-521-80330-6

František Šmahel

Die Hussitische Revolution. Aus dem Tschechischen übersetzt von Thomas Krzenek, Redaktion Alexander Patschovsky (Schriften der Monumenta Germaniae Historica, Bd. 43 in 3 Teilbänden) Hannover: Hahnsche Buchhandlung, 2002, XLIV, 2286 S. ISBN 3-7752-5443-9

Jürgen Trabant

Mithridates im Paradies. Kleine Geschichte des europäischen Sprachdenkens. München: Verlag C.H. Beck, 2003, 356 S. ISBN 3-406-50200-8

Geförderte Veröffentlichungen der Förderstipendiaten

Johannes Schilling

Klöster und Mönche in der hessischen Reformation (Quellen und Forschungen zur Reformationgeschichte, Bd. 67) Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 1997, 262 S. ISBN 3-579-01735-7

Hans-Werner Hahn

Die industrielle Revolution in Deutschland (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 49) München: R. Oldenbourg Verlag, 1998, 164 S. ISBN 3-486-55763-7 (geb.) ISBN 3-486-55762-9 (brosch.)

Thomas Vogtherr

Die Reichsabteien der Benediktiner und das Königtum im hohen Mittelalter (900–1125) (Mittelalter-Forschungen, Bd. 5) Stuttgart: Jan Thorbecke Verlag, 2000, 361 S. ISBN 3-7995-4255-8

Andreas Schulz

Vormundschaft und Protektion. Eliten und Bürger in Bremen 1750–1880 (Stadt und Bürgertum, hrsg. v. Lothar Gall, Bd. 13) München: Oldenbourg Verlag, 2002, X, 790 S. ISBN 3-486-56582-6

Schriften des Historischen Kollegs

Kolloquien

- 1 *Heinrich Lutz* (Hrsg.)
Das römisch-deutsche Reich im politischen System Karls V., 1982, XII, 288 S. ISBN 3-486-51371-0
- 2 *Otto Pflanze* (Hrsg.)
Innenpolitische Probleme des Bismarck Reiches, 1983, XII, 304 S.
ISBN 3-486-51481-4 *vergriffen*
- 3 *Hans Conrad Peyer* (Hrsg.)
Gastfreundschaft, Taverne und Gasthaus im Mittelalter, 1983, XIV, 275 S. ISBN 3-486-51661-2 *vergriffen*
- 4 *Eberhard Weis* (Hrsg.)
Reformen im rheinbündischen Deutschland, 1984, XVI, 310 S.
ISBN 3-486-51671-X
- 5 *Heinz Angermeier* (Hrsg.)
Säkulare Aspekte der Reformationszeit, 1983, XII, 278 S. ISBN 3-486-51841-0
- 6 *Gerald D. Feldman* (Hrsg.)
Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, 1985, XII, 407 S. ISBN 3-486-52221-3 *vergriffen*
- 7 *Jürgen Kocka* (Hrsg.)
Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich, 1986, XVI, 342 S. ISBN 3-486-52871-8 *vergriffen*
- 8 *Konrad Repgen* (Hrsg.)
Krieg und Politik 1618–1648. Europäische Probleme und Perspektiven, 1988, XII, 454 S. ISBN 3-486-53761-X *vergriffen*
- 9 *Antoni Mączak* (Hrsg.)
Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit, 1988, X, 386 S.
ISBN 3-486-54021-1

-
- 10 *Eberhard Kolb* (Hrsg.)
Europa vor dem Krieg von 1870. Mähtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch, 1987, XII, 216 S. ISBN 3-486-54121-8
- 11 *Helmut Georg Koenigsberger* (Hrsg.)
Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit, 1988, XII, 323 S. ISBN 3-486-54341-5
- 12 *Winfried Schulze* (Hrsg.)
Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität, 1988, X, 416 S. ISBN 3-486-54351-2
- 13 *Johanne Autenrieth* (Hrsg.)
Renaissance- und Humanistenhandschriften, 1988, XII, 214 S. mit Abbildungen ISBN 3-486-54511-6
- 14 *Ernst Schulin* (Hrsg.)
Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965), 1989, XI, 303 S. ISBN 3-486-54831-X
- 15 *Wilfried Barner* (Hrsg.)
Tradition, Norm, Innovation. Soziales und literarisches Traditionsverhalten in der Frühzeit der deutschen Aufklärung, 1989, XXV, 370 S. ISBN 3-486-54771-2
- 16 *Hartmut Boockmann* (Hrsg.)
Die Anfänge der ständischen Vertretungen in Preußen und seinen Nachbarländern, 1992, X, 264 S. ISBN 3-486-55840-4
- 17 *John C. G. Röhl* (Hrsg.)
Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte, 1991, XIII, 366 S. ISBN 3-486-55841-2 *vergriffen*
- 18 *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.)
Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs, 1990, XXI, 461 S. ISBN 3-486-55641-X
- 19 *Roger Dufraisse* (Hrsg.)
Revolution und Gegenrevolution 1789–1830. Zur geistigen Auseinandersetzung in Frankreich und Deutschland, 1991, XX, 274 S. ISBN 3-486-55844-7

- 20 *Klaus Schreiner* (Hrsg.)
Laienfrömmigkeit im späten Mittelalter. Formen, Funktionen, politisch-soziale Zusammenhänge, 1992, XII, 411 S. ISBN 3-486-55902-8
- 21 *Jürgen Miethke* (Hrsg.)
Das Publikum politischer Theorie im 14. Jahrhundert, 1992, IX, 301 S. ISBN 3-486-55898-6
- 22 *Dieter Simon* (Hrsg.)
Eherecht und Familiengut in Antike und Mittelalter, 1992, IX, 168 S. ISBN 3-486-55885-4
- 23 *Volker Press* (Hrsg.)
Alternativen zur Reichsverfassung in der Frühen Neuzeit? 1995, X, 254 S. ISBN 3-486-56035-2
- 24 *Kurt Raaflaub* (Hrsg.)
Anfänge politischen Denkens in der Antike. Griechenland und die nahöstlichen Kulturen, 1993, XXIV, 461 S. ISBN 3-486-55993-1
- 25 *Shulamit Volkov* (Hrsg.)
Deutsche Juden und die Moderne, 1994, XXIV, 170 S. ISBN 3-486-56029-8
- 26 *Heinrich A. Winkler* (Hrsg.)
Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, 1992, XIII, 296 S. ISBN 3-486-55943-5
- 27 *Johannes Fried* (Hrsg.)
Dialektik und Rhetorik im früheren und hohen Mittelalter. Rezeption, Überlieferung und gesellschaftliche Wirkung antiker Gelehrsamkeit vornehmlich im 9. und 12. Jahrhundert, 1997, XXI, 304 S. ISBN 3-486-56028-X
- 28 *Paolo Prodi* (Hrsg.)
Glaube und Eid. Treueformeln, Glaubensbekenntnisse und Sozialdisziplinierung zwischen Mittelalter und Neuzeit, 1993, XXX, 246 S. ISBN 3-486-55994-X
- 29 *Ludwig Schmugge* (Hrsg.)
Illegitimität im Spätmittelalter, 1994, X, 314 S. ISBN 3-486-56069-7

-
- 30 *Bernhard Kölver* (Hrsg.)
Recht, Staat und Verwaltung im klassischen Indien, 1997, XVIII,
257 S. ISBN 3-486-56193-6
- 31 *Elisabeth Fehrenbach* (Hrsg.)
Adel und Bürgertum in Deutschland 1770–1848, 1994, XVI, 251 S.
ISBN 3-486-56027-1
- 32 *Robert E. Lerner* (Hrsg.)
Neue Richtungen in der hoch- und spätmittelalterlichen Bibel-
exegese, 1996, XI, 191 S. ISBN 3-486-56083-2
- 33 *Klaus Hildebrand* (Hrsg.)
Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen
Nachbarn (1871–1945), 1995, X, 232 S. ISBN 3-486-56084-0
- 34 *Wolfgang J. Mommsen* (Hrsg.)
Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und
Schriftsteller im Ersten Weltkrieg, 1995, X, 282 S. ISBN 3-486-
56085-9
vergriffen
- 35 *Peter Krüger* (Hrsg.)
Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingun-
gen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit, 1996, XVI, 272 S.
ISBN 3-486-56171-5
- 36 *Peter Blickle* (Hrsg.)
Theorien kommunaler Ordnung in Europa, 1996, IX, 268 S. ISBN
3-486-56192-8
- 37 *Hans Eberhard Mayer* (Hrsg.)
Die Kreuzfahrerstaaten als multikulturelle Gesellschaft. Einwande-
rer und Minderheiten im 12. und 13. Jahrhundert, 1997, XI, 187 S.
ISBN 3-486-56257-6
- 38 *Manlio Bellomo* (Hrsg.)
Die Kunst der Disputation. Probleme der Rechtsauslegung und
Rechtsanwendung im 13. und 14. Jahrhundert, 1997, X, 248 S.
ISBN 3-486-56258-4
- 39 *František Šmahel* (Hrsg.)
Häresie und vorzeitige Reformation im Spätmittelalter, 1998, XV,
304 S. ISBN 3-486-56259-2

- 40 *Alfred Haverkamp* (Hrsg.)
Information, Kommunikation und Selbstdarstellung in mittelalterlichen Gemeinden, 1998, XXII, 288 S. ISBN 3-486-56260-6
- 41 *Knut Schulz* (Hrsg.)
Handwerk in Europa. Vom Spätmittelalter bis zur Frühen Neuzeit, 1999, XX, 313 S. ISBN 3-486-56395-5
- 42 *Werner Eck* (Hrsg.)
Lokale Autonomie und römische Ordnungsmacht in den kaiserzeitlichen Provinzen vom 1. bis 3. Jahrhundert, 1999, X, 327 S. ISBN 3-486-56385-8
- 43 *Manfred Hildermeier* (Hrsg.)
Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg. Neue Wege der Forschung / Stalinism before the Second World War. New Avenues of Research, 1998, XVI, 345 S. ISBN 3-486-56350-5
- 44 *Aharon Oppenheimer* (Hrsg.)
Jüdische Geschichte in hellenistisch-römischer Zeit. Wege der Forschung: Vom alten zum neuen Schürer, 1999, XII, 275 S. ISBN 3-486-56414-5
- 45 *Dietmar Willoweit* (Hrsg.)
Die Begründung des Rechts als historisches Problem, 2000, VIII, 345 S. ISBN 3-486-56482-X
- 46 *Stephen A. Schuker* (Hrsg.)
Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963, 2000, XX, 280 S. ISBN 3-486-56496-X
- 47 *Wolfgang Reinhard* (Hrsg.)
Verstaatlichung der Welt? Europäische Staatsmodelle und außereuropäische Machtprozesse, 1999, XVI, 375 S. ISBN 3-486-56416-1
- 48 *Gerhard Besier* (Hrsg.)
Zwischen „nationaler Revolution“ und militärischer Aggression. Transformationen in Kirche und Gesellschaft 1934–1939 (mit Beiträgen von D. L. Bergen, G. Besier, A. Chandler, J. S. Conway, T. Fandel, F. Hartweg, H. Kiesel, H.-M. Lauterer, K.-M. Mallmann,

- H. Mommsen, I. Montgomery, G. Ringshausen, J. H. Schoeps, K. Schwarz, J. Smolik, M. Wolffsohn) 2001, XXVIII, 276 S. ISBN 3-486-56543-5
- 49 *David Cohen* (Hrsg.)
Demokratie, Recht und soziale Kontrolle im klassischen Athen (mit Beiträgen von J. Comaroff, J. Elster, Chr. A. Faraone, L. Foxhall, K.-J. Hölkesskamp, A. Maffi, J. Martin, W. I. Miller, C. Patterson, G. Thür, H. Versnel) 2002, IX, 205 S. ISBN 3-486-56662-8
- 50 *Thomas A. Brady* (Hrsg.)
Die deutsche Reformation zwischen Spätmittelalter und Früher Neuzeit (mit Beiträgen von Th. A. Brady, C. Fasolt, B. Hamm, S. C. Karant-Nunn, H. A. Oberman, H. R. Schmidt, E. Schubert, M. Schulze, T. Scott, H. Wenzel) 2001, XXI, 258 S. ISBN 3-486-56565-6
- 51 *Harold James* (Hrsg.)
The Interwar Depression in an International Context (mit Beiträgen von Ch. Buchheim, F. Capie, P. Clavin, B. Eichengreen, G. D. Feldman, C.-L. Holtfrerich, H. James, A. Ritschl, M. Rosengarten, D. Rothermund, R. Skidelsky, S. Solomou) 2002, XVII, 192 S. ISBN 3-486-56610-5
- 52 *Christof Dipper* (Hrsg.)
Deutschland und Italien, 1860–1960 (mit Beiträgen von F. Bauer, G. Corni, Chr. Dipper, L. Klinkhammer, B. Mantelli, M. Meriggi, L. Raphael, F. Rugge, W. Schieder, P. Schiera, H.-U. Thamer, U. Wengenroth, R. Wörsdörfer) (in Vorbereitung)
- 53 *Frank-Rutger Hausmann* (Hrsg.)
Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945 (mit Beiträgen von M. G. Ash, J. Court, H.-J. Dahms, H. Dainat, J. Elvert, A. Gerhard, F.-R. Hausmann, C. Knobloch, J. Lerchenmüller, L. Mertens, O. G. Oexle, W. Pape, K. L. Pfeiffer, H. W. Schaller) 2002, XXV, 373 S. ISBN 3-486-56639-3
- 54 *Frank Kolb* (Hrsg.)
Chora und Polis (mit Beiträgen von J. Bintliff, M. Brunet, J. C. Carter, L. Foxhall, H.-J. Gehrke, U. Hailer, Ph. Howard, B. Iplikçioğlu, M. H. Jameson, F. Kolb, H. Lohmann, Th. Marksteiner, P.

Ørsted, R. Osborne, A. Şanlı, S. Saprykin, Ch. Schuler, A. Thomsen, M. Wörrle) (in Vorbereitung)

55 *Hans Günter Hockerts* (Hrsg.)

Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts (mit Beiträgen von A. Doering-Manteuffel, E. François, K. Gabriel, H. G. Hockerts, S. Kott, Ch. S. Maier, H. Möller, J. Paulmann, D. Pollack, M. Sabrow, H.-P. Schwarz, H. Siegrist, M. Szölösi-Janze, D. Willoweit, H. F. Zacher) (in Vorbereitung)

56 *Wolfgang Hardtwig* (Hrsg.)

Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit (mit Beiträgen von H. Altrichter, D. Beyrau, M. Brenner, G. Corni, R. Graf, W. Hardtwig, L. Hölscher, D. Kaufmann, I. Kershaw, F.-L. Kroll, W. Nerdinger, D. Neutatz, P. Nolte, L. Raphael, J. Reulecke, Th. Rohrkämmer, K. Schlögel, E. Tenorth) (in Vorbereitung)

57 *Diethelm Klippel* (Hrsg.)

Naturrecht und Staat. Politische Funktionen des europäischen Naturrechts (17.–19. Jahrhundert) (in Vorbereitung)

58 *Jürgen Reulecke* (Hrsg.)

Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert (mit Beiträgen von U. A. J. Becher, H. Bude, B. Giesen, G. Hardach, U. Herbert, U. Herrmann, Th. A. Kohut, B. Lindner, H. Mommsen, L. Niethammer, B. A. Rusinek, A. Schildt, P. Schulz-Hageleit, D. Wierling, J. Zinnecker) 2003, ca. 320 S. ISBN 3-486-56747-0

59 *Klaus Hildebrand* (Hrsg.)

Zwischen Politik und Religion. Studien zur Entstehung, Existenz und Wirkung des Totalitarismus. Kolloquium der Mitglieder des Historischen Kollegs, 23. November 2001 (mit Beiträgen von G. Bersier, U. Freitag, K. Hildebrand, M. Hildermeier, H. G. Hockerts, L. Klinkhammer, K. Schreiner) 2003, ca. 200 S. ISBN 3-486-56748-9

60 *Marie-Luise Recker* (Hrsg.)

Parlamentarismus in Europa im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich (in Vorbereitung)

-
- 61 *Helmut Altrichter* (Hrsg.)
Geschichte im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südost-
europas (in Vorbereitung)
- 62 *Jürgen Trabant* (Hrsg.)
Sprache der Geschichte (in Vorbereitung)

Vorträge

- 1 *Heinrich Lutz*
Die deutsche Nation zu Beginn der Neuzeit. Fragen nach dem Gelingen und Scheitern deutscher Einheit im 16. Jahrhundert, 1982, IV, 31 S. *vergriffen*
- 2 *Otto Pflanze*
Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, 1982, IV, 39 S. *vergriffen*
- 3 *Hans Conrad Peyer*
Gastfreundschaft und kommerzielle Gastlichkeit im Mittelalter, 1983, IV, 24 S. *vergriffen*
- 4 *Eberhard Weis*
Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des ersten Empire (1799–1815), 1984, 41 S. *vergriffen*
- 5 *Heinz Angermeier*
Reichsreform und Reformation, 1983, IV, 76 S. *vergriffen*
- 6 *Gerald D. Feldman*
Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23, 1984, IV, 41 S. *vergriffen*
- 7 *Erich Angermann*
Abraham Lincoln und die Erneuerung der nationalen Identität der Vereinigten Staaten von Amerika, 1984, IV, 33 S. *vergriffen*
- 8 *Jürgen Kocka*
Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, 1987, 48 S. *vergriffen*
- 9 *Konrad Repgen*
Kriegslegitimationen in Alteuropa. Entwurf einer historischen Typologie, 1985, 27 S. *vergriffen*
- 10 *Antoni Mączak*
Der Staat als Unternehmen. Adel und Amtsträger in Polen und Europa in der Frühen Neuzeit, 1989, 32 S.

-
- 11 *Eberhard Kolb*
Der schwierige Weg zum Frieden. Das Problem der Kriegsbeendigung 1870/71, 1985, 33 S. *vergriffen*
- 12 *Helmut Georg Koenigsberger*
Fürst und Generalstände. Maximilian I. in den Niederlanden (1477–1493), 1987, 27 S. *vergriffen*
- 13 *Winfried Schulze*
Vom Gemeinnutz zum Eigennutz. Über den Normenwandel in der ständischen Gesellschaft der Frühen Neuzeit, 1987, 40 S. *vergriffen*
- 14 *Johanne Autenrieth*
„Litterae Virgilianae“. Vom Fortleben einer römischen Schrift, 1988, 51 S.
- 15 *Tilemann Grimm*
Blickpunkte auf Südostasien. Historische und kulturanthropologische Fragen zur Politik, 1988, 37 S.
- 16 *Ernst Schulin*
Geschichtswissenschaft in unserem Jahrhundert. Probleme und Umrisse einer Geschichte der Historie, 1988, 34 S. *vergriffen*
- 17 *Hartmut Boockmann*
Geschäfte und Geschäftigkeit auf dem Reichstag im späten Mittelalter, 1988, 33 S. *vergriffen*
- 18 *Wilfried Barner*
Literaturwissenschaft – eine Geschichtswissenschaft? 1990, 42 S. *vergriffen*
- 19 *John C. G. Röhl*
Kaiser Wilhelm II. Eine Studie über Cäsarenwahnsinn, 1989, 36 S. *vergriffen*
- 20 *Klaus Schreiner*
Mönchsein in der Adelsgesellschaft des hohen und späten Mittelalters. Klösterliche Gemeinschaftsbildung zwischen spiritueller Selbstbehauptung und sozialer Anpassung, 1989, 68 S. *vergriffen*

- 21 *Roger Dufrasse*
Die Deutschen und Napoleon im 20. Jahrhundert, 1991, 43 S.
- 22 *Gerhard A. Ritter*
Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, 1989, 72 S. *vergriffen*
- 23 *Jürgen Miethke*
Die mittelalterlichen Universitäten und das gesprochene Wort, 1990, 48 S. *vergriffen*
- 24 *Dieter Simon*
Lob des Eunuchen, 1994, 27 S.
- 25 *Thomas Vogtherr*
Der König und der Heilige. Heinrich IV., der heilige Remaklus und die Mönche des Doppelklosters Stablo-Malmedy, 1990, 29 S. *vergriffen*
- 26 *Johannes Schilling*
Gewesene Mönche. Lebensgeschichten in der Reformation, 1990, 36 S. *vergriffen*
- 27 *Kurt Raaflaub*
Politisches Denken und Krise der Polis. Athen im Verfassungskonflikt des späten 5. Jahrhunderts v. Chr., 1992, 63 S.
- 28 *Volker Press*
Altes Reich und Deutscher Bund. Kontinuität in der Diskontinuität, 1995, 31 S.
- 29 *Shulamit Volkov*
Die Erfindung einer Tradition. Zur Entstehung des modernen Judentums in Deutschland, 1992, 30 S.
- 30 *Franz Bauer*
Gehalt und Gestalt in der Monumentalsymbolik. Zur Ikonologie des Nationalstaats in Deutschland und Italien 1860–1914, 1992, 39 S.
- 31 *Heinrich A. Winkler*
Mußte Weimar scheitern? Das Ende der ersten Republik und die Kontinuität der deutschen Geschichte, 1991, 32 S. *vergriffen*

-
- 32 *Johannes Fried*
Kunst und Kommerz. Über das Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft im Mittelalter vornehmlich am Beispiel der Kaufleute und Handelsmessen, 1992, 40 S.
- 33 *Paolo Prodi*
Der Eid in der europäischen Verfassungsgeschichte, 1992, 35 S.
- 34 *Jean-Marie Moeglin*
Dynastisches Bewußtsein und Geschichtsschreibung. Zum Selbstverständnis der Wittelsbacher, Habsburger und Hohenzollern im Spätmittelalter, 1993, 47 S.
- 35 *Bernhard Kölver*
Ritual und historischer Raum. Zum indischen Geschichtsverständnis, 1993, 65 S.
- 36 *Elisabeth Fehrenbach*
Adel und Bürgertum im deutschen Vormärz, 1994, 31 S.
- 37 *Ludwig Schmugge*
Schleichwege zu Pfründe und Altar. Päpstliche Dispense vom Geburtsmakel 1449–1533, 1994, 35 S.
- 38 *Hans-Werner Hahn*
Zwischen Fortschritt und Krisen. Die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts als Durchbruchphase der deutschen Industrialisierung, 1995, 47 S.
- 39 *Robert E. Lerner*
Himmelsvision oder Sinnendelirium? Franziskaner und Professoren als Traumdeuter im Paris des 13. Jahrhunderts, 1995, 35 S.
- 40 *Andreas Schulz*
Weltbürger und Geldaristokraten. Hanseatisches Bürgertum im 19. Jahrhundert, 1995, 38 S.
- 41 *Wolfgang J. Mommsen*
Die Herausforderung der bürgerlichen Kultur durch die künstlerische Avantgarde. Zum Verhältnis von Kultur und Politik im Wilhelminischen Deutschland, 1994, 30 S.

- 42 *Klaus Hildebrand*
Reich – Großmacht – Nation. Betrachtungen zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871–1945, 1995, 25 S.
- 43 *Hans Eberhard Mayer*
Herrschaft und Verwaltung im Kreuzfahrerkingreich Jerusalem, 1996, 38 S.
- 44 *Peter Blickle*
Reformation und kommunaler Geist. Die Antwort der Theologen auf den Wandel der Verfassung im Spätmittelalter, 1996, 42 S.
- 45 *Peter Krüger*
Wege und Widersprüche der europäischen Integration im 20. Jahrhundert, 1995, 39 S.
- 46 *Werner Greiling*
„Intelligenzblätter“ und gesellschaftlicher Wandel in Thüringen. Anzeigenwesen, Nachrichtenvermittlung, Rasonnement und Sozialdisziplinierung, 1995, 38 S.

Dokumentationen

- 1 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Erste Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1984, VI, 70 S., mit Abbildungen *vergriffen*
- 2 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Horst Fuhrmann, Das Interesse am Mittelalter in heutiger Zeit. Beobachtungen und Vermutungen – Lothar Gall, Theodor Schieder 1908 bis 1984, 1987, 65 S. *vergriffen*
- 3 Leopold von Ranke: Vorträge anlässlich seines 100. Todestages. Gedenkfeier der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft am 12. Mai 1986, 1987, 44 S. *vergriffen*
- 4 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Zweite Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1987, 98 S., mit Abbildungen
- 5 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Thomas Nipperdey, Religion und Gesellschaft: Deutschland um 1900, 1988, 29 S. *vergriffen*
- 6 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Christian Meier, Die Rolle des Krieges im klassischen Athen, 1991, 55 S.
- 7 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Dritte Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1991, 122 S., mit Abbildungen *vergriffen*
- 8 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Historisches Kolleg 1980–1990. Vorträge anlässlich des zehnjährigen Bestehens und zum Gedenken an Alfred Herrhausen, 1991, 63 S.

- 9 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Karl Leyser, Am Vorabend der ersten europäischen Revolution. Das 11. Jahrhundert als Umbruchszeit, 1994, 32 S.
- 10 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Vierte Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1993, 98 S., mit Abbildungen
- 11 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Rudolf Smend, Mose als geschichtliche Gestalt, 1995, 23 S.
- 12 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Über die Offenheit der Geschichte. Kolloquium der Mitglieder des Historischen Kollegs, 20. und 21. November 1992, 1996, 84 S.

Vorträge und Dokumentationen sind nicht im Buchhandel erhältlich; sie können, soweit lieferbar, über die Geschäftsstelle des Historischen Kollegs (Kaulbachstraße 15, 80539 München) bezogen werden.

Jahrbuch des Historischen Kollegs

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1995:

Arnold Esch

Rom in der Renaissance. Seine Quellenlage als methodisches Problem

Manlio Bellomo

Geschichte eines Mannes: Bartolus von Sassoferrato und die moderne europäische Jurisprudenz

František Šmahel

Das verlorene Ideal der Stadt in der böhmischen Reformation

Alfred Haverkamp

„... an die große Glocke hängen“. Über Öffentlichkeit im Mittelalter

Hans-Christof Kraus

Montesquieu, Blackstone, De Lolme und die englische Verfassung des 18. Jahrhunderts

1996, VIII, 180 S. ISBN 3-486-56176-6

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1996:

Johannes Fried

Wissenschaft und Phantasie. Das Beispiel der Geschichte

Manfred Hildermeier

Revolution und Kultur: Der „Neue Mensch“ in der frühen Sowjetunion

Knut Schulz

Handwerk im spätmittelalterlichen Europa. Zur Wanderung und Ausbildung von Lehrlingen in der Fremde

Werner Eck

Mord im Kaiserhaus? Ein politischer Prozeß im Rom des Jahres 20 n. Chr.

Wolfram Pyta

Konzert der Mächte und kollektives Sicherheitssystem: Neue Wege zwischenstaatlicher Friedenswahrung in Europa nach dem Wiener Kongreß 1815

1997, VI, 202 S. ISBN 3-486-56300-9

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1997:*Eberhard Weis*

Hardenberg und Montgelas. Versuch eines Vergleichs ihrer Persönlichkeiten und ihrer Politik

Dietmar Willoweit

Vom alten guten Recht. Normensuche zwischen Erfahrungswissen und Ursprungslegenden

Aharon Oppenheimer

Messianismus in römischer Zeit. Zur Pluralität eines Begriffes bei Juden und Christen

Stephen A. Schuker

Bayern und der rheinische Separatismus 1923–1924

Gerhard Schuck

Zwischen Ständeordnung und Arbeitsgesellschaft. Der Arbeitsbegriff in der frühneuzeitlichen Policey am Beispiel Bayerns

1998, XXI, 169 S. ISBN 3-486-56375-0

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1998:*Peter Pulzer*

Der deutsche Michel in John Bulls Spiegel: Das britische Deutschlandbild im 19. Jahrhundert

Gerhard Besier

„The friends... in America need to know the truth...“

Die deutschen Kirchen im Urteil der Vereinigten Staaten (1933–1941)

David Cohen

Die Schwestern der Medea. Frauen, Öffentlichkeit und soziale Kontrolle im klassischen Athen

Wolfgang Reinhard

Staat machen: Verfassungsgeschichte als Kulturgeschichte

Lutz Klinkhammer

Die Zivilisierung der Affekte. Kriminalitätsbekämpfung im Rheinland und in Piemont unter französischer Herrschaft 1798–1814

1999, 193 S. ISBN 3-486-56420-X

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1999:

Jan Assmann

Ägypten in der Gedächtnisgeschichte des Abendlandes

Thomas A. Brady

Ranke, Rom und die Reformation: Leopold von Rankes Entdeckung des Katholizismus

Harold James

Das Ende der Globalisierung? Lehren aus der Weltwirtschaftskrise

Christof Dipper

Helden überkreuz oder das Kreuz mit den Helden. Wie Deutsche und Italiener die Heroen der nationalen Einigung (der anderen) wahrnahmen

Felicitas Schmieder

„... von etlichen geistlichen leyen wegen“. Definitionen der Bürgerschaft im spätmittelalterlichen Frankfurt am Main

2000, 199 S. ISBN 3-486-56492-7

Jahrbuch des Historischen Kollegs 2000:

Winfried Schulze

Die Wahrnehmung von Zeit und Jahrhundertwenden

Frank Kolb

Von der Burg zur Polis. Akkulturation in einer kleinasiatischen „Provinz“

Hans Günter Hockerts

Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung in Deutschland: Eine historische Bilanz 1945–2000

Frank-Rutger Hausmann

„Auch im Krieg schweigen die Musen nicht“. Die ‚Deutschen Wissenschaftlichen Institute‘ (DWI) im Zweiten Weltkrieg (1940–1945)

Ulrike Freitag

Scheich oder Sultan – Stamm oder Staat? Staatsbildung im Hadramaut (Jemen) im 19. und 20. Jahrhundert

2001, 250 S. ISBN 3-486-56557-5

Jahrbuch des Historischen Kollegs 2001:*Michael Stolleis*

Das Auge des Gesetzes. Materialien zu einer neuzeitlichen Metapher

Wolfgang Hardtwig

Die Krise des Geschichtsbewußtseins in Kaiserreich und Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus

Diethelm Klippel

Kant im Kontext. Der naturrechtliche Diskurs um 1800

Jürgen Reulecke

Neuer Mensch und neue Männlichkeit. Die „junge Generation“ im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts

Peter Burschel

Paradiese der Gewalt. Martyrium, Imagination und die Metamorphosen des nachtridentinischen Heiligenhimmels

2002, VI, 219 S. ISBN 3-486-56641-5

Jahrbuch des Historischen Kollegs 2002:*Wolfgang Reinhard*

Geschichte als Delegation

Helmut Altrichter

War der Zerfall der Sowjetunion vorauszusehen?

Marie-Luise Recker

„Es braucht nicht niederreißende Polemik, sondern aufbauende Tat“. Zur Parlamentskultur der Bundesrepublik Deutschland

Jürgen Trabant

Sprache der Geschichte

Andreas Rödder

„Durchbruch im Kaukasus“? Die deutsche Wiedervereinigung und die Zeitgeschichtsschreibung

2003, VI, 178 S. ISBN 3-486-56736-5

Sonderveröffentlichung

Horst Fuhrmann (Hrsg.)

Die Kaulbach-Villa als Haus des Historischen Kollegs. Reden und wissenschaftliche Beiträge zur Eröffnung, 1989, XII, 232 S. ISBN 3-486-55611-8